

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

55. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XI. Gesetzgebungsperiode

Freitag, 19. Mai 1967

Tagesordnung

1. Fortsetzung der Debatte über die Erklärung der Bundesregierung über die Tätigkeit im vergangenen Arbeitsjahr
2. Organhaftpflichtgesetz
3. Verzicht auf Schadenersatzforderungen des Bundes gegenüber Bundesorganen
4. Kapitalberichtigungsgesetz
5. Entgeltliche und unentgeltliche Veräußerung von bundeseigenen Liegenschaften
6. Bericht des Bundesministers für Finanzen betreffend Auflösung von Rücklagen
7. Ergänzung des Jahresprogrammes 1966/67 des ERP-Fonds; Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen für Kohlenarbeiter — Abänderung der Grundsätze

Inhalt

Nationalrat

Angelobung des Abgeordneten Fux (S. 4350)

Personalien

Krankmeldung (S. 4350)
 Entschuldigungen (S. 4350)
 Ordnungsruf (S. 4415)

Ausschüsse

Zuweisung der Anträge 45 bis 49 (S. 4350)
 Zuweisung der Regierungsvorlagen 436, 451, 457, 458, 459, 460, 462 und 463 sowie zweier Berichte (S. 4350)

Verhandlungen

Fortsetzung der Debatte über die Erklärung der Bundesregierung

Redner: Zeillinger (S. 4351), Tödling (S. 4365), Dr. Hertha Firnberg (S. 4370), Dr. Scrinzi (S. 4375), Dr. Josef Gruber (S. 4382), Ing. Kunst (S. 4389), Reich (S. 4398), Haberl (S. 4406), Meißl (S. 4411), Wielandner (S. 4416), Heinz (S. 4421), Müller (S. 4425), Czernetz (S. 4429), Doktor Withalm (S. 4438), Rosa Weber (S. 4450), Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs (S. 4456) und Peter (S. 4465)

Gemeinsame Beratung über

Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (206 d. B.): Organhaftpflichtgesetz (467 d. B.)

Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (207 d. B.): Verzicht auf Schadenersatzforderungen des Bundes gegenüber Bundesorganen (468 d. B.)

Berichterstatter: Dr. Hauser (S. 4470)

Redner: Dr. Kleiner (S. 4471) und Guggenberger (S. 4472)

Annahme der beiden Gesetzentwürfe (S. 4472)

Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage (416 d. B.): Kapitalberichtigungsgesetz (469 d. B.)

Berichterstatter: Scherrer (S. 4473)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 4474)

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (427 d. B.): Entgeltliche und unentgeltliche Veräußerung von bundeseigenen Liegenschaften (464 d. B.)

Berichterstatter: Ing. Karl Hofstetter (S. 4474)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 4474)

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Bericht des Bundesministers für Finanzen betreffend Auflösung von Rücklagen für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1966 (465 d. B.)

Berichterstatter: Dipl.-Ing. Fink (S. 4474)

Kenntnisnahme (S. 4474)

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Bericht der Bundesregierung gemäß § 11 Abs. 2 ERP-Fonds-Gesetz betreffend Ergänzung des Jahresprogrammes 1966/67 des ERP-Fonds; Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen für Kohlenarbeiter — Abänderung der Grundsätze (466 d. B.)

Berichterstatter: Kulhanek (S. 4475)

Kenntnisnahme (S. 4475)

Eingebracht wurden

Regierungsvorlage

461: Güter- und Seilwege-Grundsatzgesetz 1967 (S. 4350)

Berichte

des Bundeskanzlers über den Besuch der österreichischen Delegation in der Ungarischen Volksrepublik — Außenpolitischer Ausschuß (S. 4350)

des Bundeskanzlers, durch den sein Bericht betreffend Ermächtigung der Bundesregierung an den Bundesminister für Landesverteidigung zur Verfügung über das Bundesheer abgeändert wird — Verfassungsausschuß (S. 4350)

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Broda, Eberhard, Frühbauer, Zankl und Genossen an den Bundesminister für Finanzen, betreffend Prüfung der Anträge auf Erhöhung der KFZ-Versicherungsprämien (299/J)

Zankl, Lukas, Luptowits und Genossen an den Bundesminister für Justiz, betreffend die Bedachtnahme auf die strafbaren Handlungen des Dr. Gerhard Reichmann bei der Bestimmung der Kautionssumme anlässlich der Aufhebung der Untersuchungshaft (300/J)

Hellwagner, Pfeifer, Fux und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, betreffend Benachteiligung eines geschädigten Landwirtes (301/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident Dr. Maleta,
Zweiter Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner,
Dritter Präsident Wallner.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das amtliche Protokoll der 54. Sitzung des Nationalrates vom 17. Mai 1967 ist in der Kanzlei aufgelegt, unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Krank gemeldet ist der Abgeordnete Robert Graf.

Entschuldigt sind die Abgeordneten Dr. Broda, Ing. Sallinger, Horr, Kostroun, Weikhart und Dr. Tull.

Entschuldigt ist auch Bundesminister Doktor Klecatsky.

Seitens der Hauptwahlbehörde ist die Mitteilung eingelangt, daß an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Erwin Steinmaßl Herr Franz Fux in den Nationalrat berufen worden ist.

Da der Wahlschein bereits vorliegt und Herr Franz Fux im Hause anwesend ist, nehme ich sogleich seine Angelobung vor. Nach Verlesung der Gelöbnisformel durch den Schriftführer wird der Herr Abgeordnete die Angelobung mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten haben.

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Zeillinger, um die Verlesung der Gelöbnisformel.

Schriftführer Zeillinger verliest die Gelöbnisformel. — Abgeordneter Fux leistet die Angelobung.

Präsident: Ich begrüße den neuen Herrn Abgeordneten herzlich in unserer Mitte.

Die in der letzten Sitzung eingebrachten Anträge weise ich zu wie folgt:

Antrag 45/A der Abgeordneten Kostroun und Genossen, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz abgeändert wird (20. Novelle zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz), und

Antrag 49/A der Abgeordneten Kulhanek und Genossen, betreffend neuerliche Abänderung des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes,

dem Ausschuß für soziale Verwaltung;

Antrag 46/A der Abgeordneten Griebner und Genossen, betreffend die Schaffung eines Bundesgesetzes über die Erhebung einer Ausgleichsabgabe (Ausgleichsabgabengesetz),

Antrag 47/A der Abgeordneten Griebner und Genossen, betreffend die Schaffung eines Bundesgesetzes über die Erhebung eines Ab-

schöpfungsbetrages und einer Ausgleichsabgabe bei der Einfuhr von Stärke und von Stärkeprodukten (Stärkegesetz), und

Antrag 48/A der Abgeordneten Griebner und Genossen, betreffend die Schaffung eines Bundesgesetzes über die Erhebung eines Abschöpfungsbetrages bei der Einfuhr von Zuckerrüben, Melasse und Zucker (Zucker-gesetz),

dem Finanz- und Budgetausschuß.

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Zeillinger, um die Verlesung des Einlaufes.

Schriftführer Zeillinger: Von der Bundesregierung ist folgende Vorlage eingelangt:

Bundesgesetz, betreffend Grundsätze für land- und forstwirtschaftliche Bringungsrechte (Güter- und Seilwege-Grundsatzgesetz 1967) (461 der Beilagen).

Ferner sind folgende Berichte eingelangt:

Bericht des Bundeskanzlers über den Besuch der österreichischen Delegation in der Ungarischen Volksrepublik;

Bericht des Bundeskanzlers, durch den der Bericht des Bundeskanzlers betreffend Ermächtigung der Bundesregierung an den Bundesminister für Landesverteidigung zur Verfügung über das Bundesheer (III-23 der Beilagen) abgeändert wird.

Präsident: Die soeben vom Herrn Schriftführer verlesene Regierungsvorlage werde ich gemäß § 41 Abs. 4 Geschäftsordnungsgesetz in der nächsten Sitzung zuweisen.

Die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen weise ich zu wie folgt:

436 der Beilagen: Bundesverfassungsgesetz über die Änderung der Landesgrenze zwischen den Bundesländern Oberösterreich und Salzburg, dem Verfassungsausschuß;

451 der Beilagen: Bundesgesetz, mit dem der Patentanwaltsberuf geregelt wird (Patent-anwalts-gesetz), dem Handlungsausschuß;

457 der Beilagen: Bundesgesetz über das Ruhen des gerichtlichen Dienstes an Samstagen, Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen, dem Justizausschuß;

458 der Beilagen: Übereinkommen zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Beglaubigung, und

459 der Beilagen: Bundesgesetz über die Ausstellung der Apostille nach dem Übereinkommen zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Beglaubigung,

dem Außenpolitischen Ausschuß;

Präsident

460 der Beilagen: Bundesgesetz über das Erlöschen von Forderungen des Bundes gegen die Simmering-Graz-Pauker AG und die Rax-Werk Ges. m. b. H., dem Finanz- und Budgetausschuß;

462 der Beilagen: Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz abgeändert wird (20. Novelle zum ASVG.), und

463 der Beilagen: Bundesgesetz über die Kranken- und Unfallversicherung öffentlich Bediensteter (Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz),

dem Ausschuß für soziale Verwaltung.

Die eingelangten Berichte weise ich zu wie folgt:

den Bericht des Bundeskanzlers über den Besuch der österreichischen Delegation in der Ungarischen Volksrepublik dem Außenpolitischen Ausschuß und

den Bericht des Bundeskanzlers, durch den der Bericht des Bundeskanzlers, betreffend die Ermächtigung der Bundesregierung an den Bundesminister für Landesverteidigung zur Verfügung über das Bundesheer (III-23 der Beilagen), abgeändert wird, dem Verfassungsausschuß.

Es ist mir ferner der Vorschlag zugekommen, die Debatte über die Punkte 2 und 3 der heutigen Tagesordnung unter einem vorzunehmen. Es sind dies die Berichte des Verfassungsausschusses

über das Organhaftpflichtgesetz und

über ein Bundesgesetz, betreffend den Verzicht auf Schadenersatzforderungen des Bundes gegenüber Bundesorganen.

Falls dieser Vorschlag angenommen wird, wird zuerst der Berichterstatter seine beiden Berichte geben, sodann wird die Debatte über diese beiden Punkte gemeinsam durchgeführt. Selbstverständlich erfolgt die Abstimmung — wie immer in solchen Fällen — getrennt. Wird dagegen ein Einwand erhoben? — Dies ist nicht der Fall. Die Debatte über die Punkte 2 und 3 wird demgemäß gemeinsam durchgeführt.

1. Punkt: Fortsetzung der Debatte über die Erklärung der Bundesregierung

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: Fortsetzung der Debatte über die Erklärung der Bundesregierung über die Tätigkeit im vergangenen Arbeitsjahr.

Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Zeillinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Zeillinger** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Weder durch die Regierungserklärung noch durch

Astronomen konnte geklärt werden, warum der Herr Bundeskanzler plötzlich am „392. Jahrestag“ der ersten Regierungserklärung (*Abg. Dr. Withalm: So alt wird er nicht!*) den unwiderstehlichen Drang in sich verspürte, mit einer neuen Erklärung sein eigenes Loblied zu singen. Möglicherweise handelt es sich dabei um eine neue Zeiteinteilung, vielleicht um das „Klaus-Jahr“. Auf jeden Fall ist es uns zu lang. Nicht nur wir Freiheitlichen beziehungsweise die Opposition in diesem Haus waren es, die Kritik geübt haben; mittlerweile mußte auch der Herr Kanzler zur Kenntnis nehmen: Auch die unabhängige Presse, die sonst dem Kanzler durchaus freundlich gesinnt ist, hat lebhaft Kritik an dieser Regierungserklärung am 392. Tag geübt. So schrieb etwa eine Zeitung, der Kanzler habe mit wenigen grundsätzlichen oder gar neuen Feststellungen aufgewartet. Eine andere unabhängige Zeitung nannte seine Erklärung „eine Mischung aus Optimismus und Eigenlob“, wobei wir Freiheitlichen das „Eigenlob“ nur noch unterstreichen können. Wenn wir sämtliche Kritiken der unabhängigen Presse lesen, können wir feststellen, daß diese Regierungserklärung nicht besser war als die von der Regierung Klaus geleistete Arbeit.

Wir wollen aber heute, bevor wir auf Details eingehen, grundsätzlich zu einigen Fragen eine Stellungnahme namens der Freiheitlichen abgeben. Wir müssen dabei feststellen, daß sich nach mehr als einem Jahr gegenüber der Koalition nichts geändert hat. Der von Klaus einst angekündigte neue Stil ist ausgeblieben. Alle alten Fehler hat die neue Regierung beibehalten. Ich darf nur als ein Beispiel dafür den Proporz herausgreifen, der angeblich nur ein Übel der Koalition war, heute aber in der Regierung Klaus mit seinem Assistenten Withalm genauso weitergeführt wird.

Unter Mißachtung des Volksbegehrens wird bei Rundfunk und Fernsehen, vor allem bei den Übertragungen aus diesem Hause, der Proporz beibehalten. Jeder kann es mit der Uhr genau kontrollieren: Nach dem Klaus-Withalm-Schlüssel sind allen freiheitlichen Sprechern zusammen viereinhalb Minuten zugestanden worden, damit wir den Standpunkt der Freiheitlichen der Öffentlichkeit mitteilen können. Der Herr Kanzler selber hat natürlich geglaubt, sich keiner Beschränkung unterwerfen zu müssen.

Vor nicht allzu langer Zeit haben wir denselben Proporz bei der Aufteilung der Direktorenposten zwischen ÖVP und SPÖ bei den verstaatlichten Betrieben vorgefunden, ein Proporz, für den die Regierung Klaus auch

Zeillinger

prompt die Zustimmung der sozialistischen Opposition 24 Stunden nach Einbringung eines Mißtrauensantrages bekommen hat.

Auch die Einstellung der Regierung Klaus zur Korruption und den Mißständen hat sich im Vergleich zur Koalition in keiner Weise geändert. Sicher, Klaus kann heute erklären, all die Korruptionsfälle — es sind so viele, wie wir sie in diesem Jahrhundert nicht erlebt haben, in einem einzigen Jahr zutage gekommen — wären nicht die Alleinschuld der ÖVP und der ÖVP-Minister, das gehe zum Teil auf die ... (*Unruhe bei der ÖVP. — Abg. Dr. van Tongel: Das ist eine beabsichtigte Störung! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Herr Kollege! Abgesehen davon, ob die Störung beabsichtigt ist oder nicht, kann ich mir vorstellen, daß die ÖVP kein Interesse daran hat, den Standpunkt der Freiheitlichen zu hören. Aber das ist eben auch ihr Stil, ihre Einstellung gegenüber der Opposition.

Die Regierung Klaus kann nun sagen: Wir sind an dieser Korruption, die nun aufgedeckt wurde, nur zu 50 Prozent mitschuldig, denn sie stammt zum Teil noch aus der Koalition! — Richtig. (*Neuerliche Unruhe in den Bänken der ÖVP-Abgeordneten.*)

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Bitte, etwas ruhiger!

Abgeordneter **Zeillinger** (*fortsetzend*): Die Frage ist aber: Wie sieht es jetzt aus, und welche Aussichten haben wir für die Zukunft? Und da müssen wir Freiheitlichen feststellen: Die vergangenen Monate haben gezeigt, daß wir keine Hoffnung schöpfen können, daß durch diese Regierung die Korruption in Österreich wirkungsvoll bekämpft wird.

Ich darf Sie daran erinnern, mit welchem Schwung die Herren von der Volkspartei immer wieder den Rechnungshof bekämpfen und in die Schranken weisen. Am liebsten wäre es ihnen, wenn man dieses oberste Kontrollorgan überhaupt abschaffen könnte, um ungehindert wirtschaften zu können. Sie haben keinerlei Maßnahmen gegen die Korruption beim Autobahnbau ergriffen. Ich darf Sie daran erinnern, daß die Firmen, bei denen die größten Skandale aufgedeckt worden sind, die sogar schon gerichtlich verurteilt worden sind, nach wie vor weitere Bauaufträge durch das Bautenministerium bekommen. Im Gegenteil: Sie haben sogar sehr mutig unter Korruptionisten das Hohelied darüber gesungen, in welcher Form dieser Autobahnbau ... (*Neuerliche Unruhe bei der ÖVP.*)

Präsident (*neuerlich das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte um etwas mehr Aufmerk-

samkeit und Ruhe! (*Abg. Peter: Man soll die Diskussion nicht an zwei Tagen ansetzen, wenn die ÖVP daran nicht interessiert ist!*)

Abgeordneter **Zeillinger** (*fortsetzend*): Ich kann mir vorstellen, Herr Präsident, daß es die ÖVP einfach nicht interessiert, was die freiheitliche Opposition zu sagen hat. Sie haben 85 Mandate, Sie meinen, wir haben dem Herrn Bundeskanzler zugehört, und sagen: Es ist ja völlig gleichgültig, was die Opposition sagt. Wir setzen unsere 85 Mandate dafür ein, daß alles so bleibt, die Korruption wird nicht abgestellt, es wird keine Untersuchung geführt. (*Zwischenruf des Abg. Hartl.*) Herr Kollege Hartl! Warum stimmen Sie nicht zu, daß eine Untersuchung gegen den Verteidigungsminister geführt wird? Hier sitzt ein Mann auf der Regierungsbank, gegen den aus dem Ministerium die schwersten Vorwürfe erhoben worden sind, Vorwürfe wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt, Vorwürfe wegen Verpolitisierung des Heeres, der Vorwurf, daß er die Landesverteidigung gefährdet. Wir haben nichts anderes als eine objektive Untersuchung verlangt, und Sie verhindern diese Untersuchung, meine Herren! Das ist der Stil der Regierung Klaus nach einem Jahr. (*Zustimmung bei der FPÖ.*)

Sie haben zwar vom Volk 85 Mandate und damit die absolute Mehrheit bekommen, aber Sie haben nicht die Unfehlbarkeit erhalten. Auch Sie sind fehlerhaft. Auch wenn man manchmal daran zweifeln könnte, wenn man zum Beispiel hört, daß hier auf der Regierungsbank ein Mann sitzt, der vor kurzem die Anordnung getroffen hat, daß bei seinem Erscheinen die Bundeshymne zu spielen ist. Meine Herren! Da könnte man wirklich manchmal glauben, daß diese Regierung Klaus nicht mehr auf dem Boden der Wirklichkeit steht. Daß die Bundeshymne beim Erscheinen eines Ministers gespielt wird, das sind Ihre Sorgen, das ist der Stil der Regierung Klaus! Aber Sie werden verstehen, daß wir Freiheitlichen gegen eine solche Regierung in Opposition stehen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Nun wollen wir Freiheitlichen die Regierungserklärung näher untersuchen, die der Herr Bundeskanzler hier verlesen hat, nachdem sie bereits in einer Broschüre erschienen war. Ich darf im übrigen den Herrn Justizminister — er ist nicht hier; ich erinnere mich, er ist heute bei einer Richtertagung, er ist daher entschuldigt — darauf aufmerksam machen, daß auch Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers, sofern sie nicht durch das Parlament immunisiert sind, dem Presserecht unterworfen sind und daher ein Impressum aufzuweisen haben. Ich konnte in dieser Broschüre kein Impressum feststellen. Ich habe diese Bro-

Zeillinger

schüre lange vor Ihrer Rede bekommen und kann nur sagen: Wenn das ein Freiheitlicher machte, Herr Bundeskanzler, wäre die Staatsanwaltschaft längst eingeschritten. Aber Sie haben sich eben ein Sonderrecht geschaffen, Sie glauben eben, daß Sie sich an die gesetzlichen Bestimmungen nicht zu halten brauchen! (*Abg. Peter: Man soll „ÖVP-Bundesparteiobmann“ als Impressum hineinschreiben!*)

Nun haben Sie sich in dieser Regierungserklärung selbst eine Note gegeben. Es ist der seltene Fall, daß sich derjenige, der zur Beurteilung heransteht, selbst benotet hat. Das ist auch ein neuer Stil. Wenn dieser Stil in den Schulen eingeführt wird, wird das jedenfalls sehr lustig werden. Sie haben dabei eine neue Benotung gefunden; Sie sind offenbar mit der bisherigen Notenskala nicht ausgekommen und haben festgestellt, daß die Entwicklung „nicht unbefriedigend“ ist. Also zwischen „unbefriedigend“ und „genügend“ haben Sie noch „nicht unbefriedigend“ eingeschoben. Wir Freiheitlichen wollen einmal untersuchen, ob das, was Sie berichtet haben beziehungsweise was Sie getan haben, tatsächlich „nicht unbefriedigend“, wie Sie es nannten, ist.

Ich darf zuerst einmal Ihre Regierungserklärung als Unterlage heranziehen. Wenn wir hier vor allem die Zeitwörter anschauen und weniger das, was hier gelobt wird, dann werden wir feststellen, daß sehr vieles irreal ist. So heißt es, es werde gearbeitet (*Abg. Peter: Aber wie gearbeitet!*), es befinde sich im Begutachtungsverfahren, die Arbeit werde aufgenommen, die Begutachtung sei in Bälde abgeschlossen, es sei etwas in Vorbereitung, und in einer ganzen Reihe von Fällen heißt es, es werde dieses und jenes in Angriff genommen. Es handelt sich um die „angriffs“-lustigste Regierung, die wir je hatten. Wenn Sie die Regierungserklärung durchlesen, dann werden Sie sehen, was alles die Regierung in „Angriff“ nehmen wird. Ich weiß nicht, gegen wen Sie den Angriff richten werden: gegen die Bünde innerhalb der ÖVP, oder gegen wen wollen Sie in Angriff gehen?

Sie versprechen wieder einmal das neue Strafgesetzbuch. Ich muß Ihnen sagen: Auf diesem Gebiet sind die Arbeiten sehr weit fortgeschritten. Diese Materie wäre nach den Erklärungen einer Regierung, der Sie selbst vorgestanden haben, an und für sich schon für das Parlament beratungsreif. Eine aus wirklichen Fachleuten und Politikern zusammengesetzte Strafrechtskommission hat über ein Jahrzehnt daran gearbeitet. Sie werden verstehen, daß wir, wenn wir hören, daß immer noch und immer noch daran gearbeitet wird, in Sorge darüber sind, was dann herauskommen wird. Denn man kann

ein Strafgesetzbuch, das ja nicht wie andere Gesetze nur ein paar Monate unnovelliert bleiben, sondern womöglich ein Jahrhundert überdauern soll, nicht mit 85 Mandaten, nicht mit einer so knappen, hauchdünnen Mehrheit beschließen. Es wäre sehr erfreulich, wenn Sie das Strafgesetzbuch in der Form, wie es die Strafrechtskommission ausgearbeitet hat, dem Hause vorlegen würden und nicht in der Form, wie Sie es nun offensichtlich umändern wollen.

An dem neuen Strafgesetzbuch wird also noch immer gearbeitet. Am Militärstrafrecht, auch schon seit vielen Jahren versprochen, wird gearbeitet. An anderen Materien des Justizrechtes wird gearbeitet. Der Energieplan wird in Angriff genommen. Ich darf daran erinnern, Herr Bundeskanzler, daß hier schon oft erklärt worden ist, daß der Energieplan bereits in Arbeit ist. Ich darf Sie daran erinnern, daß Direktoren der verstaatlichten Werke im Rechnungshofausschuß erklärt haben, daß das Nichtvorhandensein des Energieplanes einen nicht wiedergutzumachenden Schaden vor allem für unsere verstaatlichte Wirtschaft bedeutet, und daß Direktoren, die zum Teil Ihrer Partei angehören, erklärt haben, wenn Sie noch ein Jahr zuwarten, dann werden Sie auf gewissen Gebieten nur mehr Leichen vorfinden. Das Jahr ist bald um. Jetzt teilen Sie uns mit, daß Sie das erst in Angriff nehmen. Wir haben es Ihnen, da Sie nicht im Ausschuß waren, hier im Hause gesagt. Sie haben nichts getan. Sie werden es in Angriff nehmen! Ja, bringen Sie bewußt diese verstaatlichten Betriebe um, Herr Bundeskanzler, wenn Sie jetzt erst darangehen, den Energieplan, der schon seit Jahren da sein sollte, in Angriff zu nehmen?

Ebenso haben wir aus Ihrer Regierungserklärung enttäuschend gehört, daß Sie die Raumordnung erst in Angriff nehmen. In einem Zeitpunkt, zu dem in anderen Staaten Europas bereits fertige Gesetze vorliegen und wo ja auch, das darf ich hier sagen, dieses Problem in fast allen Bundesländern und in allen Städten bereits gelöst ist, geht die Regierung daran, es in Angriff zu nehmen. Wir lesen weiters ... (*Unruhe bei der ÖVP. — Abg. Peter: Herr Präsident, so geht es da drüben nicht weiter! — Abg. Mayr: Wie benehmt ihr euch?*)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Es wird jedenfalls durch Zwischenrufe zwischen den einzelnen Fraktionen nicht ruhiger. Ich bitte, sich etwas zu beruhigen und die Zwischenrufe zwischen den Fraktionen, die ja den Lärm nicht vermindern, sondern vermehren, zu unterlassen. Das Wort hat der Abgeordnete Zeillinger.

Abgeordneter Zeillinger (*fortsetzend*): Darf ich zu dem Zwischenruf, den der Herr Ordner Mayr gemacht hat, eines feststellen: Für mich ist Ihr heutiges Verhalten bei dieser grundsätzlichen Debatte eine Lehre. Ich werde in Zukunft bei Ausführungen des Bundeskanzlers nicht mehr nur Zwischenrufe machen, die parlamentarisch sind, sondern wir werden genauso den Herrn Klaus stören, denn er ist genauso Abgeordneter und derselben Ordnung wie wir unterworfen. Nein, meine Herren, das, was Sie heute hier betreiben ... (*Ruf bei der ÖVP: Den Bundeskanzler niederschreien?*) Was ist der Bundeskanzler? Er steht hier, und wir haben ihm zuzuhören, aber Sie haben auch die Opposition zu hören. Wenn das Ihr Stil ist ... (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Herr Kollege, machen Sie einmal da den Mund auf, reden Sie einmal und lesen Sie nicht vom Blatt ab! Sie sind doch jener Mann, der in einer ganzen Legislaturperiode einen einzigen Zwischenruf gemacht und keine einzige Rede gehalten hat. Sie können sich doch nicht aufregen; wenn hier Parlamentarier verhandeln, dann seien Sie ruhig!

Es hat einmal eine Taktik gegeben, da haben die Herren hinausgehen müssen, die immer Zwischenrufe gemacht haben. Die neue Taktik ist, daß sie eben meine Ausführungen stören müssen. Meine Herren, mich werden Sie am Reden nicht hindern können, Sie werden nur erreichen, daß ich etwas heiserer bin. Ich versichere Ihnen aber, daß ich in zwei Stunden wieder bei Stimme bin und weiterreden werde. Hindern werden Sie die freiheitliche Opposition mit der Methode, die Ihr Ordner Mayr aufgezeigt hat, bestimmt nicht, auch wenn es Ihnen sehr angenehm wäre.

Aber ich kann Sie beruhigen: der Klaus, der Withalm haben dafür gesorgt, das Fernsehen mußte schon abgeschaltet werden. Sie brauchen sich nicht mehr zu strapazieren, Reden von Freiheitlichen dürfen nur insgesamt viereinhalb Minuten übertragen werden, während der Herr Kanzler Klaus gestern geglaubt hat, daß seine ganze Rede übertragen wird. Er ist etwas enttäuscht gewesen. Bis zum Nachmittag hat er darum gekämpft, daß seine ganze 50 Minuten-Rede übertragen wird. Ich wäre sehr dafür gewesen, denn es wären dann dem letzten Rundfunkhörer dabei die Füße eingeschlafen, wenn er das gehört hätte. Wir sind absolut dafür, Herr Kollege. Es gibt nur Standpunkte, die man vertreten kann, und nicht irgendwie die Größe eines Menschen oder seine Hautfarbe, die dafür entscheidend ist, wie lang übertragen wird und wie lange nicht übertragen wird.

Wir haben weiter ... (*Abg. Mayr: Die Traummännlein sitzen da oben!*) Na, Herr Kollege, ich muß Ihnen noch einmal sagen: Wenn ich die heutigen Zeitungen anschaue, dann wäre ich an Ihrer Stelle recht kleinlaut. Ich möchte feststellen, daß die freiheitliche Opposition in der Beurteilung der unabhängigen Presse von gestern wesentlich besser weggekommen ist als der Herr Bundeskanzler Klaus. (*Zwischenrufe.*) Na bitte, lesen Sie die Zeitungen. Zeitungen sollten Sie wenigstens lesen; dann wüßten Sie, daß selbst dem Kanzler nahestehende Journalisten diese Regierungserklärung als enttäuschend bezeichnet haben und daß sie ebenfalls festgestellt haben, was wir ja auch gesagt haben, daß er nichts anderes getan hat, als am 392. Tag sein eigenes Loblied zu singen. Sie, meine Herren, genügen ihm nicht, Sie geben ihm zuwenig Weihrauch, er muß es selber machen, weil Ihre Ausführungen ihn offenbar zuwenig befriedigen hinsichtlich des Eigenlobes.

Wir haben aus den Ausführungen des Herrn Kanzlers zu einem Zeitpunkt, wo täglich Menschen auf der Straße sterben und wir — nicht erst seit einem Jahrzehnt, sondern schon länger — um das Verkehrsproblem wissen, gehört, daß das Verkehrskonzept in Angriff genommen wird. Ja wie viele Menschen müssen noch sterben, bis Sie sich endlich auffaffen, tatsächlich hier die notwendigen Maßnahmen zu treffen?

Wir haben gehört, daß aus dem Gewerbe-recht einige Hauptstücke im Begutachtungsverfahren sind. Wir haben gehört, daß zur Kodifikation des Arbeitsrechtes die Arbeit aufgenommen wird. Wir haben gehört, daß das Berufsausbildungsgesetz auf dem Begutachtungsweg und abgeschlossen ist. Wir haben gehört, daß die Wohnungsreform — ich erinnere mich noch genau, gehört zu haben, daß Sie sie in der Schublade haben — in Bälde kommen wird. Heute lesen wir in der Zeitung, daß sie kommen wird. Was das Jahr geschehen ist, da Sie sie ja schon seit einem Jahr in der Schublade haben, weiß ich nicht. Offenbar hat irgendeiner der eifersüchtigen Bundesobmänner der ÖVP die Schlüssel zu der Schublade weggenommen, damit der Kanzler diese schon lange fertige Wohnungsreform nicht herausnehmen kann. Wohnbau-förderung — Begutachtung abgeschlossen; Mietrechtsänderung — Begutachtung abgeschlossen; Einkommensteuerreform — in Vorbereitung. Das alles, meine Damen und Herren, sind Zitate aus der Erklärung, die der Herr Kanzler vorgestern abgegeben hat. Man hat auch da und dort festgestellt, daß die Ausführungen der Opposition nicht in allen Punkten die sonst gewohnte Höhe

Zeillinger

haben. Es ist eben auch für eine Opposition nicht leicht, wenn etwas so Inhaltsloses, so Leeres geboten wird an einem so künstlich konstruierten Tag, am 392. Tage! Ja, zu nichts kann man nicht viel sagen. Wir bemühen uns ohnehin, Herr Kanzler, von der Opposition her, das, was Sie nicht getan haben, durch einen Gegenstandspunkt wenigstens einigermaßen aufzuwerten.

Wir haben hier aus Ihren Erklärungen zum Beispiel auch mit Interesse gehört, daß die Staatsausgaben nicht unwesentlich vermehrt worden sind. Auch die Bundesplanposten sind nicht unwesentlich vermehrt worden. Ich darf Ihnen hier, Herr Kanzler — Sie waren noch nicht im Parlament —, in Erinnerung rufen, daß dieses Haus vor 13 oder 14 Jahren einstimmig beschlossen hat, die Zahl der Planstellen des Bundes müsse gesenkt werden. Die damaligen Redner haben sehr hoffnungsvolle Ziffern genannt. Nun hören wir nach 13 oder 14 Jahren nur, es werde in einigen Ministerien gestoppt, im gesamten aber wären zu den hunderttausend noch weitere Planposten geschaffen worden, obwohl wir heute eine Verwaltung haben, die nach früheren Begriffen ausreicht, um ein 35- bis 40-Millionen-Volk zu verwalten. Das ist die Situation. Das gibt schon zu überlegen, wenn das der Herr Kanzler mitteilt.

Sie haben uns mit Stolz mitgeteilt, daß man rechtzeitig und termingerecht das Budget vorlegen konnte. Aber Sie haben nicht mitgeteilt, daß dieses Budget, das Sie vorgelegt haben, verfassungswidrig war. Und Sie haben sich nicht etwa wie manche Angeklagte darauf berufen, daß Sie sagen: Das haben wir nicht gewußt, das ist uns passiert — nein, Sie haben es genau gewußt. Wenn Sie nachlesen in den Reden der Freiheitlichen von früheren Jahren, dann werden Sie sehen, daß wir immer wieder auf die Verfassungswidrigkeit dieses Budgets hingewiesen haben. Und wieder haben Sie es versucht, denn jetzt haben Sie ja 85 Mandate. Wieder versuchten Sie verfassungswidrig ein Gesetz durchzubringen. Erst der Verfassungsgerichtshof mußte Kanzler Klaus und seine Ministerkollegen in die Schranken weisen.

Das haben Sie offenbar vergessen, ich muß sagen, einen der denkwürdigsten Augenblicke, weil das im österreichischen Parlament überhaupt noch nicht passiert ist: Die Regierungs-Abgeordneten, Ihre Minister, mußten sich schnell hinunter in die Abgeordnetenbänke setzen, um gegen ihr eigenes Budget zu stimmen. (*Abg. Dr. Pittermann: Abstimmung ich gegen ich!*) Jawohl, sie mußten gegen ihr eigenes Gesetz stimmen, weil sie es nicht riskieren konnten, daß eventuell die

Opposition eine Volte schlägt und die Regierung niederschlägt. Das war einer der denkwürdigsten und typischsten Fälle in diesem Regierungsjahr, die Tatsache, daß Sie zuerst versucht haben, verfassungswidrig mit Ihrer Mehrheit ein Gesetz durchzudrücken, und daß Sie erst vom Verfassungsgerichtshof in die Schranken gerufen werden mußten. Und dann mußten Sie und Ihre Kollegen sich schnell heruntersetzen und gegen Ihren eigenen Antrag stimmen. Da muß man wirklich fragen, Herr Kanzler: Wenn Sie etwas einbringen, meinen Sie das ernst, oder meinen Sie es nicht ernst, weil Sie ja doch gelegentlich bereit sind, gegen Ihre eigenen Regierungsvorlagen zu stimmen?

Wenn wir uns heute hier weiter Ihre Regierungserklärung ansehen, so stellen wir fest, daß wir auch in der EWG-Politik stecken geblieben sind, daß wir nicht weitergekommen sind, daß wir auch bei einem anderen Thema der Außenpolitik, in der Südtirolpolitik, mit dem sich der nächste Sprecher der Freiheitlichen, Dr. Scrinzi, beschäftigen wird, stecken geblieben sind.

Mit einem Wort: Es ist doch dürftig. Selbst das, was Sie an Positivem aufweisen können, ist dürftig und ist nur ein Teil des Nachholbedarfs, ein Teil dessen, was durch jahrelange Koalitionsschwierigkeiten einfach liegengelassen ist. Echte, neue, revolutionäre, reformistische Leistungen, von denen man sagt: Das ist der Stil Klaus, das ist etwas völlig Neues!, solche Leistungen sind ausgeblieben. Kleinarbeit haben Sie aufgearbeitet, aber Neues haben Sie nicht geboten.

Sie haben hier festgestellt, daß das alles auf Grund von Regierungsvorlagen geschehen ist. Bekanntlich, Herr Kanzler — aber das darf ich Ihnen nicht sagen —, gibt es hier nur Regierungsvorlagen oder Initiativen der Abgeordneten. Auf Grund wessen hätte es denn geschehen sollen?

Aber das, was nicht geschehen ist, ist auch deshalb nicht geschehen, weil Sie die Regierungsvorlagen nicht eingebracht haben. Sie haben immer sehr geschickt formuliert, wenn Sie auf Grund einer Regierungsvorlage etwas beschlossen haben. Nur dort, wo es unangenehm ist, wo es sich um eine Steigerung der Staatsausgaben handelt, dort haben Sie sehr geschickt formuliert: nicht durch eine Regierungsvorlage, sondern durch ein beschlossenes Budget trat eine Steigerung der Staatsausgaben um 4,5 und 7,8 Milliarden Schilling im heurigen Jahr ein. Das ist so wie jener alte, berühmte Scherz eines Rechtsanwalts, der, wenn er einen Prozeß gewinnt, schreibt: Ich habe Ihren Prozeß gewonnen, und der, wenn er einen Prozeß verliert, seinem Klienten

4356

Nationalrat XI. GP. — 55. Sitzung — 19. Mai 1967

Zeillinger

schreibt: Sie haben Ihren Prozeß verloren. Genauso war es beim Herrn Kanzler. Wenn er ein Gesetz durchgebracht hat, hat er gesagt: Regierungsvorlage. Und wenn etwas Schlechtes beschlossen wurde, hat er gesagt: Ihr habt das beschlossen. (*Abg. Dr. Pittermann: Sogar Gehaltserhöhungen!*)

Meine Herren von der ÖVP! Jetzt hören Sie es: Hätten Sie es nicht beschlossen! Wir Oppositionellen haben ohnehin dagegen gestimmt. Jetzt wirft euch euer eigener Kanzler vor, er hätte ohnehin sparen wollen, er hätte wirklich sparen wollen, er ist ja so arm, aber ihr von der Regierungsmehrheit habt ihn gezwungen, die Staatsausgaben um 7800 Millionen Schilling im heurigen Jahr zu erweitern.

Meine Damen und Herren! Zu diesem Ergebnis kommt man, wenn man die Regierungserklärung Klaus durchliest. Der Herr Kanzler hat sich selbst die Note „nicht unbefriedigend“ gegeben. Ich muß sagen, daß auch Fehler passiert sind. Man sollte wenigstens Beamte haben, die das genauer durchlesen, wenigstens das Datum. Das ist kein Vorwurf gegen Sie, Herr Kanzler, aber Sie wissen, daß wir schon oft festgestellt haben, daß jene Herren, von denen Sie unmittelbar umgeben sind und die offenbar mehr Parteigünstlinge als Fachleute sind, sehr schlampig arbeiten. Ich darf Sie daran erinnern, daß hunderte Druckfehler bereits hier im Hause korrigiert werden mußten, daß wir uns manchmal wegen der vielen Druckfehler bei einem Gesetz gar nicht ausgekannt haben, was in früheren Jahren in dieser Form nie vorgekommen ist. Das ist der Stil Ihrer Regierung! Wenigstens die Erklärungen des Kanzlers sollten von Fehlern befreit werden. Nicht mit Wirkung vom 1. November, sondern mit Wirkung vom 1. Oktober wurden die Kleinrenten erhöht. Das ist ein Irrtum, der aber offensichtlich nicht Ihnen, sondern einfach jenen, die die Rede verfaßt haben, anzulasten ist.

Wenn Sie sich selber die Note „nicht unbefriedigend“ gegeben haben, dann erlauben Sie, daß wir Freiheitlichen Ihnen auch eine Note geben. Wir sagen zu dieser Regierungserklärung: Sie war ungenügend. Sie war genauso ungenügend wie die Arbeit, die in diesem Jahr geleistet worden ist.

Der Herr Kanzler hat über sehr viel nicht gesprochen. Viel interessanter als das, was er gesagt hat, ist ja jenes, was er in dieser Regierungserklärung nicht gesagt hat. Ich darf einige nur ganz kleine Beispiele herausgreifen, die offenbar dem Herrn Bundeskanzler zu unbedeutend waren, um erwähnt zu werden.

Ich erinnere daran, daß die erste Maßnahme, mit der er seine Tätigkeit begonnen hat, die Erhöhung der Benzinpreise und die damit

natürlich verbundene Erhöhung der Tarife und der Konsumentenpreise war. Meine Herren! Ich darf jetzt die Wirtschaftstreibenden und die Konsumenten, ganz gleich, welcher Partei sie angehören, einladen, einmal darüber nachzudenken. Wir sind uns doch darüber im klaren, daß jede Verteuerung des Transportes unweigerlich zu einer Verteuerung auch für den Konsumenten führen muß. Daher sagen wir: Klaus hat gemeinsam mit Schmitz sehr bewußt die Konsumentenpreise erhöht, denn das erste und wichtigste war ihnen, ganz gewaltig mit den Benzinpreisen hinaufzugehen, und zwar mit all den Folgerungen, die dann natürlich eingetreten sind.

Sie können nicht sagen, daß Sie das nicht gewußt haben. Wir haben es Ihnen im Parlament gesagt, und andererseits hat auch die Wirklichkeit es gezeigt. Das hat der Herr Kanzler offenbar vergessen, das ist ihm zu unwichtig gewesen. Wenn man die Regierungserklärung anschaut, so hat er ja wirklich andere wichtige Dinge darin zu sagen gehabt. Benzinpreiserhöhung, Tariferhöhung — das ist uninteressant.

Vielleicht darf man etwas, was durchaus gut war, in seiner Wirkung hier beleuchten. Ich möchte auch ein Beispiel herausgreifen, das ein anderer freiheitlicher Sprecher, Kollege Meißl, dann behandeln wird, ich möchte nur den Stil der Arbeit beleuchten. Subventionsabbau: zu ihm sagen wir Freiheitlichen absolut ja. Die damit verbundene Preiserhöhung für den Konsumenten ist mehr als bedenklich, aber in manchen Fällen vielleicht unausweichlich. Aber daß für den Produzenten, für den das ganze gemacht werden soll, nicht ein Groschen dabei herauskommt, das, Herr Kanzler und Herr Landwirtschaftsminister, ist ein Skandal! Und das ist Ihr Stil! Sie sagen nach außen: Subventionsabbau, weil Sie wissen, daß Sie damit gewissen Beifall finden. Die armen Bauern kriegen ja wirklich wenig. Sie machen einen Subventionsabbau, der Konsument ist bereit, um 1 S mehr zu zahlen. Der eine schimpft, der andere nimmt es in Kauf. Aber sagen Sie, Herr Kanzler: Was haben die Bauern bekommen? Sagen Sie es doch! Warum schweigen Sie über solche Dinge, die ja viel wesentlicher sind? Weil das Ihre Wähler sind, befürchten Sie, nicht sagen zu können, daß die nichts bekommen haben. Würden Sie sagen, daß sie etwas bekommen haben, machen die natürlich einen Aufstand, weil es nicht der Wahrheit entspricht.

Wir haben festgestellt, daß die Milch zwar um 1 S teurer geworden ist und daß der Milchkonsum dadurch interessanterweise um 3,3 Prozent gesunken ist. Den Molkereien

Zeillinger

bleiben seit dieser Zeit täglich um 50.000 l mehr übrig als im Vorjahr. Herr Kanzler! Wenn ich mir durchlese, was alles Sie für wichtig gefunden haben, muß ich sagen: So unbedeutend sind doch diese Auswirkungen Ihrer Regierungspolitik auch nicht. Herr Kollege! Machen Sie jetzt einen Zwischenruf und sagen Sie mir, daß das nicht stimmt.

Die Folge davon ist, daß der Staat der erste Discounter sein muß. Die Butter muß zu Discountpreisen exportiert werden, wenn wir nicht darin ersticken wollen. Meine Herren! Das ist auch eine der Folgen der Planlosigkeiten und der überstürzten Arbeiten, die Sie hier gemacht haben.

Nun darf ich eine andere Episode hier in Erinnerung rufen. Am 10. Mai haben wir draußen — Herr Kanzler, Sie haben es genauso gesehen wie wir — 500 Demonstranten gesehen. Die Zahl ist vielleicht nicht so sehr bedeutend, aber man soll nicht so sehr die Zahl, man soll auch den Inhalt, das, worum es sich handelt, beachten. Es sind 500 Demonstranten aus den Bergbaugebieten aufmarschiert.

Herr Kanzler! Das ist doch kein neues Problem! Ich darf daran erinnern — ich glaube, so lange gehören Sie auch schon dem Hause an —: Seit 1960 ist doch die Krise im Kohlenbergbau bekannt. Hat man früher die SPÖ gefragt, hat es immer geheißt: Die Schwarzen sind schuld. Hat man die Herren von der ÖVP gefragt, haben sie gesagt: Die Roten sind schuld. Jetzt frage ich Sie: Wer ist denn seit 20. April 1966 schuld? Sind die Bünde daran schuld, oder woran liegt jetzt die Schuld? Warum müssen jetzt noch die Arbeiter aufmarschieren? Ich habe zum Beispiel ein Transparent mit der Aufschrift gesehen: „Bergbau Wiesenau vor neun Jahren gesperrt — keine Ersatzarbeitsplätze“. Meine Herren von der sozialistischen Seite: Acht Jahre davon gehen auch auf Ihr Konto! Sie fordern die Ersatzarbeitsplätze. Sie können jetzt hier wieder erklären: Die ÖVP ist schuld.

Herr Kanzler! Darüber muß doch eine Erklärung abgegeben werden. Menschen gehen auf die Straße und demonstrieren, und Sie geben hier eine Regierungserklärung ab und übersehen das alles? Sie erwähnten Gesetze, die sicher wichtig sind, aber die vielleicht, im ganzen gesehen, doch hinter der Tatsache zurückbleiben, daß Menschen auf die Straße gehen und sagen: Die Regierung hat uns vor neun Jahren das versprochen, acht Jahre habt ihr euch aufeinander ausgedredet, daß der andere es verhindert; seit einem Jahr fällt diese Ausrede weg, und noch immer

müssen wir marschieren und fragen: Wo ist die Einlösung des Wortes, das uns diese Regierung gegeben hat?

Über das, Herr Kanzler, sollte man nicht mit einer Handbewegung hinweggehen, sondern solche Sachen, wenn es sich auch nur um 500 Menschen handelt, gehören hinein. Das sind strukturelle Fragen, denn die Krise im Kohlenbergbau, das Fehlen eines Energieplanes kann man nicht damit abtun, daß man sagt: Wir werden es in Angriff nehmen. Das sind Menschenschicksale. Heute sind es nur ein paar tausend, vielleicht zehntausend, aber in Kürze können es mehr sein. Wir alle wollen das nicht, aber durch Verschweigen lösen wir die Probleme doch nicht, wir müssen darüber reden. Herr Kanzler! Sie haben so viel schamhaft verschwiegen, über das zu reden notwendig gewesen wäre.

Sie haben in Ihrer Regierungserklärung ein Stichwort gebracht. Ich weiß nicht, warum Sie das gemacht haben, denn ich muß Ihnen ehrlich sagen: Herr Kanzler, wenn ich in Ihrer Situation wäre, hätte ich das Wort nicht ausgesprochen; es war das Wort „Volksbegehren“. Sie haben das Wort „Volksbegehren“ neuerlich erwähnt und haben dabei zu sagen vergessen, daß Sie, Herr Bundeskanzler, ganz persönlich das Volksbegehren abgewürgt haben. Nicht nur als einfacher Abgeordneter, der hier dagegen gestimmt hat beziehungsweise nichts dazu getan hat, damit es herkommt, sondern als Kanzler hätten Sie das Volksbegehren in der alten Legislaturperiode dem Hause zur Entscheidung vorlegen können. Sie haben es nicht getan, Sie waren Jurist genug, um die Hintertürln zu kennen, wie man ein solches Volksbegehren abwürgen kann. Jetzt, nachdem 832.000 Menschen praktisch um das Ziel ihrer Forderungen gebracht worden sind, kommen Sie plötzlich und zitieren dieses Volksbegehren. Warum haben Sie es denn nicht vorher in der letzten Legislaturperiode zitiert, als noch die Möglichkeit bestanden hätte, es durchzubringen? Sie wollen uns doch nicht einreden, daß das Rundfunkreformgesetz, dem die Freiheitlichen zugestimmt haben, weil es besser als der frühere Zustand ist, das Volksbegehren ist.

Herr Bundeskanzler, es gibt grundsätzliche Fragen, und ein Volksbegehren zu achten, das ist nach freiheitlichem Standpunkt eine der grundsätzlichen Fragen, um die es hier geht. Sie haben das Volksbegehren mißachtet, Sie haben es nicht der vorgesehenen Erledigung zugeführt. Sie haben eine Gewißheit: Es wird kein neues Volksbegehren mehr kommen, denn die unabhängige Presse hat genauso wie das Volk erkennen müssen, daß man ein Volksbegehren nicht einmal dann durchbringt,

Zeillinger

wenn 832.000 Menschen es verlangen. Niemand glaubt doch, daß Sie, wenn Sie den Mut gehabt haben, das erste Volksbegehren abzuwürgen, in Zukunft diesen Mut nicht noch einmal haben werden. Sie haben durch Ihr Verhalten in der Vergangenheit den Gedanken, diese urdemokratische Idee eines Volksbegehrens, einer über dem Parlament noch stehenden Kontrollmöglichkeit abgewürgt. Geben Sie das doch zu, und erwähnen Sie hier nicht so: Dem Geiste des Volksbegehrens ist Rechnung getragen worden! Nein, Herr Kanzler, da war viel zu wenig Pathos, mit noch mehr Pathos hätten Sie uns auch nicht überzeugen können. Sie und die Abgeordneten Ihrer Partei haben damals das Volksbegehren umgebracht, und niemals ist in diesem Hause über das Volksbegehren abgestimmt worden. Das ist Ihr Verschulden, Herr Bundeskanzler. Ich habe es nur erwähnt, weil Sie selbst das Volksbegehren als Zeugen anrufen für das Rundfunkreformgesetz, das niemals ein Volksbegehren ersetzen kann. Selbst dann, Herr Bundeskanzler, wenn diese ÖVP-Gesetzesvorlage wortwörtlich das gewesen wäre, was im Volksbegehren gestanden ist, kann sie es nicht ersetzen. Ein Volksbegehren hat hier im Hause erledigt zu werden und darf von keiner Regierung umgebracht werden; das ist unser freiheitlicher Standpunkt dazu. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Herr Bundeskanzler, ich darf hier, weil Sie auch den Rundfunk angeschnitten haben, sagen: Über Ihre Einstellung gerade in den Fragen der Massenmedien, über die Sie an und für sich hier nicht gesprochen haben, weil Sie sich auch nur das herausgesucht haben, gibt es doch ernste Differenzen. Warum haben Sie nicht darüber gesprochen?

Ich bin überzeugt, der Herr Präsident wird mich deswegen nicht zurechtweisen, wenn ich mich immer mehr von dem entfernen muß, was Sie gesagt haben, und auf das komme, was Sie verschwiegen haben. Warum haben Sie nicht zugegeben, daß gerade in der Frage der Benützung der Massenmedien schwerwiegende Differenzen zwischen der Regierungspartei und der Opposition, zwischen der Regierung und der Opposition bestehen? Warum haben Sie nicht gesagt, daß Sie auf dem Standpunkt stehen, daß erstens der Wert eines Standpunktes von der Größe abhängig ist in dem Fall der Partei; wenn Sie persönlich etwas größer wären, würden Sie vielleicht sagen, von der Größe der Abgeordneten. Das wäre ein Proporz, mit dem ich unter Umständen einverstanden wäre. (*Abg. Tödling: Bei der Größe kommen Sie mit!*) Bei der persönlichen Größe käme ich mit, bei der Größe der Partei kämen wir nicht mit.

Da kommen wir auch auf ein urdemokratisches Recht. Jeder Mensch, jede Partei hat einen Standpunkt. Und eine Demokratie besteht doch darin, daß jeder seinen Standpunkt frei äußern kann. Mit dem Beschneiden, daß man sagt: Ihr seid so wenig, euer Standpunkt ist nicht mehr wert als vier Minuten, meine Herren, da fängt es an. Das kann so enden, daß Sie als Mehrheit sagen: Der Standpunkt der Freiheitlichen ist nur mehr eine Minute wert, und daß Sie dann überhaupt zum Standpunkt der Diktaturen kommen und sagen: Der Standpunkt der Freiheitlichen soll durch die Mundpropaganda weitergetragen werden! Was brauchen die einen Rundfunk und ein Fernsehen!

Hier geht es doch um grundsätzliche Auseinandersetzungen. Die Stimme des Bundeskanzlers muß man bis zum Überdruß hören, alle Meinungsäußerungen, die nicht von der Opposition kommen, in Leserschriften der Zeitungen und so weiter, könnte man doch wirklich interessanter gestalten. Es nützt nichts, es gibt keine Stimme der Opposition demgegenüber. Nur die Regierung kann zum Rundfunk gehen, nur die Regierung kann zum Fernsehen gehen. Ich sage noch einmal, falls Sie es nicht wissen sollten: Der Herr Kanzler hat gestern allen Ernstes verlangt, daß diese bei Gott nicht in allen Teilen interessante Erklärung — wollen wir uns wenigstens einigen, daß einige Schwächen drinnen sind, die in seinem Interesse weggelassen werden sollten — zur Gänze, daß also alle 55 Minuten übertragen werden sollen. Ich anerkenne, daß die Fraktion hier nicht mitgegangen ist, aber ich darf Ihnen, Herr Generalsekretär, sagen, daß noch am Nachmittag von den Beamten des Kanzlers gesagt wurde: Es ist unmöglich, daß der Kanzler beschnitten wird. Es wird drüben noch herumgestritten. (*Allgemeine Heiterkeit. — Abg. Dr. Withalm: Das hat er selbst veranlaßt!*) Ja, ja. Sehen Sie, das waren seine eigenen Beamten. Sie können sich drüben erkundigen. Sie können sich auch bei den zuständigen Beamten des Hauses darüber erkundigen, daß irgendein „Dr. Hö“, ich weiß nicht, wie er genau heißt, hier angerufen hat und gesagt hat: Es ist unmöglich, der Herr Bundeskanzler kann doch nicht beschnitten werden (*Abg. Peter: Davor scheint er Angst zu haben; er ist gegangen! — erneute Heiterkeit*), die Rede des Bundeskanzlers — das habe ich ohne Nebenabsicht gesagt — muß zur Gänze gebracht werden. Meine Herren, hier sieht man doch die Einstellung! Sie können doch nicht bestreiten — wollen wir uns einigen, weil schon das Wort „beschnitten“ gesagt wurde —, probiert hat er es; wäre es gegangen, dann wären 50 Minuten übertragen worden.

Zeillinger

Und das zweite, meine Herren, wir Abgeordneten hätten dann erst um Mitternacht unsere Gegenstellungnahme abgeben können. Ich anerkenne, Herr Kollege Withalm, daß Sie auch von Haus aus gegen einen solchen Standpunkt Stellung bezogen haben, und er ist auch abgewürdigt worden. Ich bringe es aber nur als symptomatisch, und ich werde noch einige Beispiele bringen, die symptomatisch sind für die Überheblichkeit, die heute die Regierung Klaus, der Kanzler und seine Minister, hier im Parlament zeigen, weil sie wissen, daß sie 85 Abgeordnete haben, die einfach kritiklos mit ihnen durch dick und dünn gehen. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Herr Kollege Withalm, ich glaube, das wäre ein Punkt — und Sie werden, glaube ich, heute noch nach mir sprechen —, über den wir sprechen können, das sind nicht Fragen einer Regierung, sondern das sind grundsätzliche Fragen der Demokratie. Ich möchte gleich sagen: Wenn wir Freiheitlichen keinen eigenen Standpunkt zu einer Sache haben — um ein offenes Wort zu sagen —, dann gehören wir überhaupt nicht in den Rundfunk und ins Fernsehen; aber wenn wir einen eigenen Standpunkt haben, der sich grundsätzlich von dem der ÖVP unterscheidet, dann müssen wir doch, was das Wesen einer demokratischen Diskussion ist, genauso die Möglichkeit haben, unseren Standpunkt darzulegen. Da kann man nicht sagen: Sie haben 39 Minuten, und wir haben nur soundsoviel Minuten, wir müssen also schneller reden und kürzere Sätze machen. Wir können so nicht unseren Standpunkt darlegen.

Ich glaube, hier sind, wenn auch nur am Rande — der Herr Bundeskanzler hat es sehr geschickt vermieden, darauf einzugehen —, Fragen, wo wir noch Abgeordnete geblieben sind, über die wir einmal reden sollten. Meine Herren, ich habe seinerzeit einmal gesagt — und vielleicht wird mir heute die linke Hälfte des Hauses recht geben —, man sollte in der Regierung auch immer daran denken, daß man auch einmal in Opposition sein kann, und die Opposition daher so behandeln, wie man selber als Opposition behandelt werden möchte. Vielleicht gibt mir heute mancher Herr der linken Hälfte dieses Hauses bereits recht, aber ich darf hier an Ihr Fair play erinnern und sagen: Das wäre ein Punkt, über den man einmal leidenschaftslos und vielleicht außerhalb der Debatte vom Pult weg reden müßte. Nur totsichweigen — nicht darüber reden — kann man das nicht. Kaum ist die Regierung Klaus installiert worden, ist den Freiheitlichen, wie uns mitgeteilt worden ist, nach dem Klaus-Withalm-Proporz die Sendezeit im Rundfunk und Fernsehen weiter mit der Begründung beschnitten

worden: Ihr habt Mandate verloren! Ich glaube, Sie haben auch nichts gewonnen und haben eine Sendezeit dazubekommen. Das ist das, worüber man sich einmal grundsätzlich unterhalten sollte und worüber man in einer Regierungserklärung nicht einfach hinweggehen sollte.

Ich darf noch einmal die Regierungserklärung zur Hand nehmen. Der Herr Bundeskanzler hat hier von seiner Besuchsdiplo-matie, wie er es nannte, vor allem im Donauraum gesprochen. Das ist eine sehr — möchte ich sagen — schamhafte Umschreibung dessen, was wir der Regierung vorwerfen, daß sie auffallend viele Kontakte mit kommunistischen Führern sucht, nicht nur mit Staatsmännern des Ostens, obwohl das dort sehr oft ident ist, sondern auch mit kommunistischen Führern. Nach unserer freiheitlichen Ansicht sollten diese Ostkontakte keineswegs abgebrochen werden — wir stehen auf dem Boden der Wirklichkeit —, aber der Herr Kanzler Klaus hat noch vor einem Jahr der linken Hälfte dieses Hauses die Ostanfälligkeit vorgeworfen. Ja, meine Herren, darf ich Ihnen jetzt also ein in der Mitte Stehender sagen: Wenn die Roten ostanfällig wären, ja was ist dann heute die Regierung? Die ist ja noch viel ostanfälliger, wenn ich die Vielfalt von Kontakten ansehe, die heute hier zum Teil völlig überflüssigerweise mit kommunistischen Politikern des Ostens gehalten werden.

Wir Freiheitlichen stehen auf dem Standpunkt, daß es sehr zweckmäßig wäre, wenn einiges von der Energie und Initiative, die Herr Klaus und seine Minister gegenüber dem Osten, gegenüber den Kommunisten entwickeln, im Westen in Richtung Europäische Wirtschaftsgemeinschaft abgezweigt worden wäre. Wir sehen also zuviel Verlagerung des Gewichtes nach Osten und zuwenig ernsthaftes Bemühen — der eine EWG-Partisan Dr. Bock ist zuwenig, um uns glaubwürdig zu machen —, zuwenig ernsthafte Versuche, eine wirklich glaubwürdige europäische Politik zu machen.

Damit darf ich vielleicht gleich zu dem Thema der europäischen Gemeinschaft kommen. Ja, meine Damen und Herren, die Erkenntnis ist nun für uns vielleicht furchtbar. Für uns Freiheitliche nicht! Wir haben es vom ersten Tag an in diesem Hause gesagt. Für Sie mag es furchtbar sein, Schritt für Schritt erleben zu müssen, daß alles, was die freiheitlichen Sprecher von diesem Pult gesagt haben, Wort für Wort eingetreten ist. Ich darf an die Reden des jetzt als Botschafter im Ausland Österreich vertretenden Dr. Gredler erinnern. Meine Damen und Herren, lesen Sie genau seine Reden nach! Ich habe es mit Vergnügen getan.

4360

Nationalrat XI. GP. — 55. Sitzung — 19. Mai 1967

Zeillinger

Genau das ist eingetreten, was Gredler prophezeit hat; und was die Regierung darüber gesagt hat, was kommen wird, das ist nicht eingetreten. Das ist eine ungeheure Blamage, daß diese kleine Opposition, die kaum über Informationsquellen wie die Regierung verfügt, in einem so wichtigen Punkt, wie es die Europapolitik und unser Verhältnis zur europäischen Gemeinschaft ist, so hundertprozentig recht hatte. Darf ich Sie an Ihre Zwischenrufe und an Ihr Gelächter und an Ihre Handbewegung erinnern: Was verstehen Sie von Außenpolitik?, als wir sagten: Die Engländer, auf die Sie sich heute so sehr stützen, diese Engländer werden wenn nicht vor uns, so doch bald nach uns den Aufnahmeantrag an die EWG stellen. Sie haben es mittlerweile erlebt, daß sie es getan haben. Sogar eine sozialistische Regierung ist mittlerweile in England gekommen, und sie hat das Aufnahmeansuchen erneuert. Meine Herren! Das haben Sie doch alle auf Grund wahrscheinlich der Informationen Ihrer Diplomaten und vor allem auf Grund Ihrer politischen Überlegungen abgestritten, daß es kommen wird, wie wir gesagt haben! Darüber müßte doch auch ein Wort verloren werden.

Nach all dem, was hier geschehen ist, nach all dem, wie hier von österreichischen Politikern die europäische Einigung diffamiert und bekämpft worden ist, müssen wir sagen: Sie hatten doch nur einen Wunsch in diesem Saale, nämlich die EWG umzubringen. (*Zwischenruf.*) Das wissen doch die Europäer! Die sind ja auch nicht dumm. Das ist nicht gelungen. Und nun kommen wir hin und möchten am liebsten uralte Kämpfer und illegale Mitglieder bei der EWG schon seit je her gewesen sein. Daß nun die die Ohren zurücklegen und sagen: Meine Herren, so eilig haben wir es wiederum nicht mit euch!, das ist verständlich. Aber dafür tragen Sie doch die Verantwortung, was jetzt geschehen ist.

Auch ein Minister, der mittlerweile Vizekanzler geworden ist, Bock, der nun sehr in EWG-Tönen tut, ist doch auch nicht glaubwürdig bei den Europäern. Auch Herr Bock hat doch bis zum Jahre 1963 alles bekämpft, was von der EWG gekommen ist. Er hat uns Freiheitliche bei keiner einzigen Abstimmung unterstützt, wir sind Ihnen doch weitestgehend entgegengekommen, wir haben Ihre eigenen Ausführungen von Parteitag und so weiter in dieses Haus hereingenommen, um irgendwie eine Annäherung an die EWG zu erreichen. Aber es war auch der heutige Vizekanzler Bock bis zum Jahre 1963 ein Gegner dieser europäischen Einigung und hat bei jeder Abstimmung in diesem Haus gegen

eine Annäherung an die EWG gestimmt. Er ist also kein so alter Kämpfer für die europäische Einigung, wie er heute tut.

Und nun lesen wir Zahlen. Der Anteil der Exporte in den EWG-Raum — der Herr Kanzler hat das offenbar übersehen oder er hat das Material nicht — ist von 46,7 auf 44,6 gefallen. Das sind ernste Zahlen, Herr Kanzler. Sie haben sie vergessen; vielleicht können Sie Ihren Sekretär erinnern, daß er Ihnen so wichtige Ziffern übergibt, an denen Menschenschicksale hängen, an denen das Interesse unserer Wirtschaft hängt. Darüber muß man doch reden! Was bieten Sie dagegen? Eine Regierungserklärung wird denjenigen, die nicht mehr exportieren können, zuwenig sein; die können sie sich höchstens klein zerschneiden, aber sonst können Sie nichts damit anfangen. Was wollen sie diesen Leuten dafür geben? Sie gehen darüber einfach hinweg, als ob es nicht gewesen wäre.

Der Anteil der EFTA ist sicherlich gestiegen; zwar nicht so stark, wie das Verhältnis zur EWG gefallen ist. Der EFTA-Anteil ist von 18,4 auf 20,1 Prozent gestiegen, aber in der Auswirkung ist das natürlich kaum der Bruchteil eines Ersatzes.

Wir hören heute bereits Debatten, wie groß die Diskriminierung durch die EWG ist. Darf ich fragen: Ist vielleicht noch jemand im Hause — der Vizekanzler wird sich erinnern können —, der damals gesagt hat: Die Diskriminierung durch die EWG wird durch das EFTA-Einkommen ausgeglichen werden!?! Ist noch einer davon da? Hoffentlich ist das nicht jemand, der heute davon spricht, daß wir durch die EWG-Politik, die die österreichische Regierung betrieben hat, diskriminiert werden!

Herr Generalsekretär! Die günstigste Zahl aus einer ÖVP-Schrift — vielleicht können Sie das berichtigen — habe ich bisher mit 1,6 Milliarden Schilling gefunden. Ich kenne allerdings die Schrift einer Wirtschaftskammer, die das pro Jahr mit 800 Millionen bis 1000 Millionen Schilling beziffert hat. Aber nehmen wir die günstigste Schrift aus Ihrer Mitte an. Das bedeutet 1600 Millionen Schilling aus der Diskriminierung. Da rede ich gar nicht von der Gefährdung der Arbeitsplätze, von Umstellungen der Industrie, die neu investieren muß, die fehlgeplant hat. Ich nehme nur die reine Zolldiskriminierung. Sie macht nach Ihren eigenen Angaben 1,6 Milliarden Schilling aus.

Ich habe in einer Schrift der Volkspartei gelesen, daß durch die EWG-Politik der Regierung vor Klaus und jetzt der Regierung mit Klaus ein Drittel der Wirtschaft nicht geschädigt ist, ein Drittel der Wirtschaft ist gering geschädigt, und ein Drittel der Wirt-

Zeillinger

schaft ist stark geschädigt. Herr Bundeskanzler! Ein Drittel der österreichischen Wirtschaft, das ist schon ein bißerl was! Darüber müßten wir doch irgendwo etwas lesen können, zumal das von Ihrer eigenen Partei nicht bestritten wird. Wir könnten schon eine Erklärung erwarten, was angesichts dieser Situation mit diesen Menschen gesehen soll. Das sind nicht nur die Wirtschaftstreibenden, sondern das ist auch der Export, das sind die Einnahmen aus dem Export, das ist das Schicksal der Arbeitnehmer in diesen Betrieben. Über das alles lesen wir nichts, aber wir lesen davon, daß Sie irgendwann einmal ein Gesetz in Angriff nehmen werden.

Meine Damen und Herren! Ich hoffe, daß heute alles das durch die Sprecher der Regierungspartei noch gesagt wird, was der Herr Bundeskanzler nicht gesagt hat. Ich muß allerdings dem Herrn Kanzler eines sagen: Wenn er heute ein Schlußwort hält und dann alles das sagt, was er in seiner Erklärung nicht gesagt hat, dann bin ich gleich der erste, der sich zum Wort meldet, dann melden wir Freiheitlichen alle uns wieder zum Wort! Denn daß Sie zuerst nichts sagen und debattieren lassen und nachher herausgehen und glauben, daß Sie nun das Schlußwort haben, dieses Spiel wird in diesem Hause nicht gespielt. Wir haben auch die Möglichkeit, uns zu melden. Ich garantiere Ihnen, wir werden uns melden, wenn Sie erst dann mit den neuen Sachen kommen, vielleicht mit der Ausrede: Vorher ist es mir nicht eingefallen. Mich haben erst die Oppositionellen aufmerksam machen müssen, daß man auch darüber reden könnte, daß zum Beispiel ein Drittel der Wirtschaft in Österreich gering geschädigt ist und ein Drittel durch die EWG-Politik, die Sie, Herr Kanzler, betreiben, stark geschädigt ist.

Meine Damen und Herren! In der ÖVP-Presse ist als Antwort auf die bisherigen freiheitlichen Sprecher gestanden — man konnte die Regierung Klaus nicht als ganz fehlerlos hinstellen, es hat sich mittlerweile herumgesprochen, daß nicht nur die Tätigkeit, sondern auch die Regierungserklärung eine Enttäuschung war, daß sie ein bißchen zu stark nach Eigenlob gestunken hat —, daß die Opposition keine Alternativen bietet. Dazu muß ich Ihnen sagen: Es ist an und für sich sicherlich eine Notwendigkeit — ich bestreite es gar nicht —, daß die Opposition Alternativen zur Debatte stellt. Es ist allerdings, wie ich klar feststellen möchte, nicht Aufgabe der Opposition, zu einer Regierungserklärung eine Alternative zu stellen. Über eine Regierungserklärung hat debattiert zu werden, aber eine Alternative zu einer Regierungspolitik ist

an und für sich nicht Aufgabe der Opposition, und das ist auch für uns freiheitliche Abgeordneten eine schwer lösbare Aufgabe; wir haben keine Kammern, wir haben keine Körperschaften zur Verfügung, wir haben kein Ministerium, von dem wir Unterlagen bekommen. Aber trotzdem, Herr Kanzler, darf ich Ihnen, wenn wir aus Ihrer Parteipresse erfahren, es liege nur daran, daß die Oppositionellen keine Alternative bringen, vielleicht zu dem einen oder zu dem anderen Punkt noch eine Alternative sagen. Zum Beispiel wäre es eine Alternative zu der bisher von Ihnen betriebenen Politik, wenn Sie den Kontrollorganen dieses Staates Ihre volle Unterstützung geben würden. Das wäre etwas Neues, und das wäre eine Alternative, und das würde eine weitgehende Wirkung haben.

Ich möchte, um nicht zu lange zu werden — ich habe mir das Beweismaterial zusammengetragen —, nicht darüber sprechen, durch welche Ausführungen, durch welche Handlungen und durch welche Abstimmungen Sie die Kontrollorgane und die Kontrolltätigkeit einzuzwingen versuchen. Aber ich bin gerne bereit, wenn Sie dem grundsätzlich widersprechen, dieses Beweismaterial in einer weiteren Wortmeldung hier vorzulegen. Geben Sie Ihren Widerstand gegen den Rechnungshof auf! Öffnen Sie einer Kontrolle Tür und Tor, und sagen Sie: Wir sind sogar froh darüber, wenn wir kontrolliert werden! Sie werden sehen: Erst dann beginnt eine wirksame Bekämpfung der Korruption.

Damit komme ich zur zweiten Alternative, Herr Bundeskanzler: Eine Alternative zu Ihrer Politik wäre eine wirksame Bekämpfung der Korruption! Sie und Ihre Regierung haben bisher nichts getan, im Gegenteil, die Korruptionisten sind ermutigt worden fortzufahren. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Jede Sofortmaßnahme ist vermißt worden.

Herr Bundeskanzler! Ich darf Sie daran erinnern, daß zum Beispiel über eine so wichtige Frage nichts vernommen wurde, wie es die Tatsache ist, daß der Rechnungshofpräsident, wie er uns dokumentarisch nachgewiesen hat, viele Monate, bevor die Polizei und die Staatsanwaltschaft eingeschritten sind, dem jetzigen Herrn Vizekanzler Bock und seinem damaligen Staatssekretär Kotzina das Ungeheuerliche mitgeteilt hat, die schweren Vorwürfe, Vorwürfe über verbrecherisches Verhalten, Dinge, die aufgedeckt worden sind. Herr Bundeskanzler! Wir vermessen bis jetzt eine Erklärung, warum damals und bis heute nichts geschehen ist, um das abzustellen. Man hat so lange gewartet, bis die Polizei und der Staatsanwalt einschritten. Das ist es, da hätten wir einen neuen Stil erwartet. Wir müssen feststellen,

Zeillinger

daß Sie einfach im alten Stil fortsetzen und sagen: Solange einer nicht vom Schreibtisch weg verhaftet wird, ist er ein lieber Parteifreund, den ich zu decken habe.

Herr Dr. Klaus! Da wäre eine Alternative notwendig! Zeigen Sie, daß man es auch anders machen könnte! Lassen Sie eine ungehinderte gerichtliche Untersuchung durchführen! Ich möchte gleich sagen: Ich bin mir als Jurist vollkommen im klaren, daß es viele Einstellungen geben wird. Ich bin froh, wenn das Verfahren gegen einen Menschen, der unschuldig angegriffen wird, möglichst bald eingestellt wird; darauf hat jeder Anspruch. Aber wir können doch nicht leugnen, daß sich Fakten, daß sich Tatsachen ereignet haben, die man schlicht und einfach im Volke als Korruption bezeichnet, ob das nun strafrechtlich verfolgbar oder strafrechtlich nicht verfolgbar ist.

Aber Herr Dr. Klaus! Sagen Sie doch mit einem Wort: Was haben Sie über die Gerichte hinaus getan, um die Korruption für die Zukunft zu verhindern? Das ist kein Eingriff in ein schwebendes Verfahren, wenn man beispielsweise sagt: Ich habe festgestellt, daß der Beamte etwas getan hat, was zwar nicht strafrechtlich verfolgbar ist, aber ich versetze ihn zumindest von der Stelle, wo er die Möglichkeit hat, das noch einmal zu tun. Nein, verurteilte Leute sind wieder aufgenommen worden, sind wieder auf die alten Stellen gesetzt worden und haben neuerlich dasselbe Verbrechen begangen, sind wieder verhaftet worden. Firmen haben wieder Aufträge bekommen, obwohl sie schon abgeurteilt waren. Das geht bis in die jüngsten Tage hinein.

Herr Kanzler! Sie und Ihre Partei haben gesagt, es soll eine Alternative geben. Machen Sie das anders! Drehen Sie um 180 Grad, lassen Sie den Willen, die Korruption zu bekämpfen, hier erkennen! Nicht hier mit Erklärungen! Ich bin der erste, der das anerkennen würde — so wie ich heute zum Beispiel in der Frage des Rundfunks die Haltung des Generalsekretärs Withalm anerkannt habe — und der sagt: Jawohl, hier ist eine Maßnahme geschehen, die tatsächlich geeignet ist, die Korruption zu bekämpfen. Sehen Sie, das ist eine Alternative zu Ihrer Politik. Nicht monatelang warten und einen Brief verstecken, damit ihn nur ja niemand liest, obwohl man weiß, daß eines Tages die Polizei kommen wird. Das sind Fragen, wo wir Freiheitlichen eben der Meinung sind, daß Sie noch nicht die richtige Einstellung zur Bekämpfung der Korruption haben. Lassen Sie Ihren Willen zum Durchgreifen hier nicht nur durch Worte erkennen, sondern auch durch Taten.

Eine weitere Alternative, Herr Bundeskanzler — ich darf noch einmal erinnern —: echte Waffengleichheit zwischen Regierung und Opposition, echte Waffengleichheit bei der Behandlung der Massenmedien, echte Waffengleichheit auf allen Gebieten.

Zu dem Versuch — sicher nicht von der Regierung, aber vom Institut des Herrn Kollegen Kummer —, die Fragestunde einzuengen: Ich möchte anerkennen, daß sich der Nationalratspräsident — der nicht meiner Partei angehört —, obwohl es seine Partei war, nicht auf diesen Weg hat führen lassen und bereit war, als Präsident des Hauses die demokratischen Rechte der Abgeordneten mit zu schützen. Sehen Sie, wir Oppositionellen anerkennen so etwas, aber hier war von der Mehrheitspartei der Versuch, das Fragerecht — und es gibt hie und da unangenehme Fragen — einzuengen. Das liegt ganz auf der Linie, den Rechnungshof einzuengen, das Fragerecht einzuengen; es soll nur nicht kontrolliert werden, alles Unangenehme soll vermieden werden, damit der große Mann, der Kanzler, und seine Minister, die oben stehen, ja nicht angegriffen werden.

Ich darf Ihnen nur dieses eine Beispiel noch ganz kurz in Erinnerung rufen — auch wieder, Herr Kanzler, eine Alternative —: Ich darf Ihnen noch einmal den Fall einer verhinderten Untersuchung gegen den Verteidigungsminister bringen. Sicher, Sie haben 85 Mandate, aber wäre es nicht richtig gewesen, wenn aus Ihrer Mitte der Antrag gekommen wäre, den Zeillinger und die Freiheitlichen zu widerlegen und zu beweisen, daß Ihr Verteidigungsminister ein Ehrenmann ist und daher nicht das Verbrechen des Mißbrauchs der Amtsgewalt begangen hat und daß die Vorwürfe, die aus dem Ministerium gegen ihn erhoben werden, nicht stimmen und daß er selber eine Untersuchung verlangt? Nein, meine Damen und Herren, Sie haben Ihre 85 Mandate bis zum heutigen Tage eingesetzt, um Mauer zu machen, damit nicht untersucht werden kann, obwohl sogar der Vorwurf eines strafrechtlichen Tatbestandes gegen den Verteidigungsminister erhoben wird.

Ich darf Ihnen sagen: Diese Frage wird Sie in nächster Zeit noch sehr oft beschäftigen. Der Herr Minister hat hier im Parlament zum Beispiel erklärt, daß die politische Kartei, in der Menschen eingeteilt werden in solche, die aufgenommen werden dürfen oder nicht, nicht existiert. Als Zeuge vor Gericht hat er erklärt, die Kartei existierte bis zu seiner Amtsübernahme, er habe sie von seinem Vorgänger übernommen, aber er hat die Kartei vernichten lassen, so wie er alle Mißstände beseitigt hat. — Da muß es ja bei Schleizer fein zugegangen sein, wenn der Prader die

Zeillinger

Mißstände hat beseitigen müssen bei seiner Amtsübernahme. Gestern wieder haben Sie gehört, daß Minister Schleinzer gesagt hat, er habe keine Kartei führen lassen. Aber nun sagt Prader selbst, die Kartei habe existiert. Der Leiter des Personalwesens sagte als Zeuge, die Kartei habe vor Prader existiert und er habe sie nach Prader auch noch gesehen.

Meine Damen und Herren von der Regierungspartei! Sind das nicht aufklärungswürdige Fälle?

Hier hat doch ein Minister entweder vor dem Parlament unrichtig ausgesagt, oder der Minister hat vor Gericht unrichtige Aussagen gemacht. Ich kann nicht sagen, was geschehen ist, aber alles kann nicht richtig sein, irgend etwas muß falsch sein. Sind Sie nicht selber der Ansicht, daß das untersucht gehört?

Ich darf Ihnen noch etwas anderes mitteilen. Ein Zeuge hat vor Gericht ausgesagt, daß er über Weisung des Ministers eine unwahre Anfragebeantwortung ausgearbeitet hat! Als er den Minister aufmerksam gemacht hat, daß das unwahr ist, hat er die Weisung bekommen: Es bleibt dabei! Dann hat er den Sekretär zum Minister geschickt und gesagt: Das ist unrichtig, ich kann es mit meinem Gewissen nicht vereinbaren, das den Abgeordneten des Parlaments mitzuteilen! Der Sekretär kam zurück, der Minister blieb bei seiner Weisung.

Herr Bundeskanzler! Das sind nicht unbekannte Tatsachen, sie stehen bei Gericht im Protokoll, das Ihnen genauso bekannt ist wie uns Abgeordneten. Das ist eine Frage, ich möchte fast sagen, des Parlamentarismus, der Einstellung zur Demokratie (*Abg. Dr. van Tongel: Der Anständigkeit vor allem!*), über die Sie kein Wort verloren haben.

Nun kommt wieder die Alternative von uns: Objektiv untersuchen, nicht die Untersuchung verhindern. Vielleicht ist alles unrichtig, aber irgend jemand muß eine falsche Zeugenaussage begangen haben und irgend jemand muß eine unrichtige Erklärung hier im Parlament abgegeben haben. Muß! Das können Sie auf Grund der Protokolle feststellen. Da können wir als Abgeordnete und Sie als Regierungspartei doch nicht untätig zusehen! Eine Alternative zu Ihrer Politik, Herr Kanzler, ist: Lassen Sie untersuchen, wenn solche Vorwürfe erhoben werden, verhindern Sie nicht die Untersuchung, wenn schon der Minister selber sie nicht beantragt. Wenn mir heute jemand ein Verbrechen vorwirft, werde ich selber die Untersuchung beantragen. Aber wenn er selber schon nicht die Untersuchung beantragt, dann verlangen doch wenigstens Sie als Parteiboss und als Kanzler

eine Untersuchung, um die Opposition durch die Tat zu widerlegen. Hier könnten Sie grundlegend Ihren Stil ändern.

Darf ich Ihnen noch etwas sagen, Herr Bundeskanzler. Sie suchen Alternativen. Darf ich Sie zum Beispiel erinnern, daß Sie hinsichtlich der Verwaltungsreform sehr viel versprochen haben und daß das, was Sie hier mitgeteilt haben — ich glaube, auch nach Ihrer eigenen Ansicht —, mehr als dürftig ist. Sie haben auch für die Zukunft — sehr vorsichtig! — gar nichts versprochen, sondern waren äußerst vorsichtig.

Verwaltungsersparnis, was ließe sich da nicht alles machen, Herr Kanzler! Sie haben keinerlei Ausblicke gegeben, Sie haben darüber kein Wort verloren, obwohl das einmal eines der Hauptanliegen Ihrer Partei war. Ich nehme an, daß die ÖVP-Regierung doch wenigstens die Anliegen der ÖVP erfüllen wird!

Verwaltungsersparnis — darf ich nur ein kleines Beispiel auch von dieser Gerichtsverhandlung erzählen. Dort hat ein Minister erklärt, das mit dem Auto, das seine Gattin an einem Sonntag zuschanden gefahren hat — er nannte es einen kleinen Blechschaden, aber der Richter hat gesagt, ein Blechschaden mit 16.000 S ist etwas unglaublich —, gehe vollkommen in Ordnung, daß das das Bundesheer bezahlt habe. — Hier gehen eben auch die Meinungen auseinander, und hier geht es auch um eine grundsätzliche Einstellung. Der Minister steht auf dem Standpunkt, seine Frau könne am Sonntag das Auto zuschanden fahren und das Bundesheer hat einfach 16.000 S auf den Tisch zu legen.

Herr Kanzler, darf ich Ihnen einen Rat geben? Der Besuch des Schweizers Spühler ist hier von meinem Parteifreund Peter mit Recht kritisiert worden. Das wäre ein Thema, über das Sie mit Spühler hätten reden können: Einstellung zum Vermögen des Staates grundsätzlich und zu den Dienstautos. Da hätten Sie festgestellt, wie Spühler den Kopf geschüttelt hätte, wenn Sie ihm gesagt hätten, daß einer Ihrer Minister durch seine Frau ein Auto zuschanden fahren läßt und das Ministerium, das Bundesheer, die Verteidigung diesen Schaden bezahlen muß. Das wäre ein Gesprächsthema mit Spühler gewesen, da hätten Sie uns viel Neues in der Regierungserklärung mitteilen können.

Darf ich vielleicht noch etwas sagen: Herr Bundeskanzler, Sie haben die im Dezember in Aussicht gestellte Regierungsumbildung völlig übersehen. Wenn Sie schon der Generalsekretär zurückgepfiffen hat, was Ihnen sicher nicht angenehm war, aber reden hätten Sie ja doch etwas müssen. Sie haben doch Hoffnungen nicht nur bei den Abgeordneten der

4364

Nationalrat XI. GP. — 55. Sitzung — 19. Mai 1967

Zeillinger

eigenen Partei und bei der Opposition erweckt, sondern auch Hoffnungen im Volk. Lesen Sie doch die Zeitungen vom Dezember. Über Weihnachten wollten Sie nachdenken — Sie hätten Zeit gehabt. Sie wollten nachdenken, was Sie umbilden, da doch einige Regierungsmitglieder mehr als angeschlagen waren. Damit haben Sie doch den Vorwurf gegen Ihre Minister abgefangen, indem Sie gesagt haben: Wir brauchen nichts zu untersuchen, wartet doch, nächsten Jänner werden wir antworten, wir werden die Regierung umbilden! — Was ist herausgekommen? Schauen Sie sich die umgebildete Regierung an — dort sitzt sie! (*Heiterkeit.*) Ein neuer Staatssekretär im Bundeskanzleramt — Taus gab ich für Koren! Ganz zum Unterschied von meinem Parteifreund Peter kann ich über die Tätigkeit des Staatssekretärs nichts sagen, aber ich darf Ihnen (*zu Staatssekretär Dr. Koren gewendet*) eines versichern — das ist nichts gegen Sie —: Als Regierungsumbildung sind Sie uns zuwenig! (*Heiterkeit.*) Wir haben mehr erwartet, der Kanzler hat auch mehr Hoffnungen erweckt. Herr Kanzler, Sie haben doch eindeutige Erklärungen vor der Presse und überall abgegeben — und in der Regierungserklärung kein Wort! Es ist nicht eine Sache von Ihnen persönlich, ob Sie die Regierung umbilden. So eine Sache ist das letzten Endes doch nicht. Wir glauben überhaupt, daß nicht nur Sie, sondern auch Ihre Minister hier beinahe schon eine Überheblichkeit gegenüber diesem Hause haben, die kaum mehr zu überbieten ist.

Meine Damen und Herren! Ich bin vielleicht noch kein alter Parlamentarier, aber ich gehöre dem Hause immerhin 14 Jahre an. Ich war erschüttert, als ich dieser Tage hörte, daß ein Minister dieser Regierung angeordnet hat, daß jedesmal bei seinem Erscheinen die Bundeshymne zu spielen ist. Das ist eine mehr als ernste Angelegenheit! Hier beginnen bereits gewisse Grenzen, die nicht mehr im Bereich des Juristen liegen. Hier liegt ein Fall vor, über den wir zweifellos hier in diesem Hause noch einmal diskutieren müssen. (*Abg. Pay: Wie heißt der Minister?*) — Dreimal dürfen Sie fragen, wenn ich hinzufüge: Im selben Befehl steht drinnen, daß sein Kommen mit einem Signalthorn anzukündigen ist, worauf dann die Bundeshymne zu spielen ist.

Meine Damen und Herren! Da, glauben wir, ist es doch nur mehr ein Schritt, bis diese Regierung verlangt, daß das Volk sich niederzuknien hat, wenn der Herr Klaus oder seine Minister kommen. Meine Herren! Hier sind wir an einem ernstesten Punkt angekommen. Sie haben 85 Mandate — aber nicht mehr! Sie haben die Mehrheit, aber Sie haben nicht

das Recht, nun diese Mehrheit zu mißbrauchen, indem Sie die Demokratie geradezu ver-gewaltigen. Es ist auch der Minister nur ein Mensch. Kollege Hartl, wenn Sie einmal General werden wollen — ich wünsche Ihnen, daß Sie als General in Pension gehen —, ich muß Ihnen sagen: Das ist eine zu ernste Sache, als daß man es mit einem Ihrer Zwischenrufe abtun könnte! Das ist ein viel zu ernstes Problem! Denken Sie einmal in Ruhe darüber nach, was das bedeutet. Ich glaube, daß man sich mit solchen Dingen nicht spielen sollte. Darüber hat der Kanzler geschwiegen. Wenn die Bundeshymne beim Minister gespielt werden soll, dann wird sie auch bei ihm kommen. Das ist klar. Es ist selbstverständlich, daß sie dann auch bei allen Ministern gespielt wird. Ja, meine Herren, Herr Generalsekretär: In welchem Staat gibt es das? Sagen Sie uns doch, wo Sie uns hinführen wollen? — Das sind ernste Probleme. Das sind Probleme, die man nicht einfach hinweg-schweigen kann.

Meine Damen und Herren! Bei der verspäteten Geburtstagsfeier sind wir — die Verwandten der Regierung und jene, die, ich möchte sagen, mit dem Kind lieber nichts zu tun haben wollen und immer schon gegen dieses Kind waren — hier nun versammelt, um über diese Regierung zu diskutieren.

Ich habe in den 14 Jahren, in denen ich dem Parlament angehöre, mehrere, ich möchte fast sagen, viele Regierungen erlebt, aber ich habe noch keine Regierung erlebt, bei der man schon nach einem Jahr erschüttert feststellen kann, daß keine Hoffnung besteht, daß sich in dieser Regierung irgend etwas ändern, irgend etwas bessern würde. Dieses ein Jahr und 29 Tage alte Kind läßt uns deutlich — durch die Regierungserklärung des Herrn Kanzlers ist es ganz eindeutig geworden — erkennen: Es ist keine Hoffnung, daß hier irgend etwas geändert wird. Man wird mit dem alten Karren weiterfahren, und wir Freiheitlichen werden, nicht weil wir nicht in der Regierung sind, sondern weil wir gegen die Regierung Klaus, gegen seine Minister, gegen diese Arbeit und gegen diese Methode und gegen diese Einstellung zum Parlamentarismus sind, die diese Regierung in ihrer Regierungserklärung und in ihrer Arbeit erkennen läßt — wir werden also, nicht weil wir nicht in der Regierung sind, sondern aus Überzeugung zu diesem System in Opposition stehen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Tödling. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Tödling** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die heutige Debatte gibt Gelegenheit, außer eine Art Bilanzübersicht über ein Jahr ÖVP-Regierung zu machen, auch die Haltung der Oppositionsparteien zur speziellen Frage der Landesverteidigung zu betrachten. Unsere Haltung, die Haltung der Österreichischen Volkspartei, zur Frage der Landesverteidigung ist eindeutig. Ich hatte selbst Gelegenheit, anlässlich der Budgetdebatte im Dezember des vorigen Jahres dies hier darzulegen.

Ich möchte diese Betrachtung an die Spitze meiner Ausführungen stellen; dann haben Sie, meine Damen und Herren von den Oppositionsparteien, Gelegenheit, sozusagen en bloc Ihre Zwischenrufe zu machen und Ihre Abneigung gegenüber dem Herrn Verteidigungsminister oder der Landesverteidigung schlechthin kundzutun. (Abg. Pay: *Nicht vermischen! Landesverteidigung und Verteidigungsminister ist ein großer Unterschied!* — Abg. Czettel: *Das ist nicht dasselbe! Das nicht vermischen!*) Herr Kollege Czettel, auf Sie komme ich ja noch speziell zu reden.

Meine Damen und Herren! Ich gehöre nun schon elf Jahre dem Landesverteidigungsausschuß an und glaube à conto dessen auch in der Lage zu sein, eine entsprechende Betrachtung anstellen zu können. Ich habe in den langen Jahren der Ausschubarbeit eine Reihe von Kollegen beider Oppositionsparteien kennengelernt, von denen man sagen kann, daß ihnen die Landesverteidigung eine Herzenssache und ein echtes Anliegen ist. Aber leider mußten diese paar Kollegen zwei Sprachen sprechen: die Parteisprache unterschied sich in vielen Fällen von ihrer eigenen Meinung. (Abg. Zeillinger: *Das kann man dem Prader nicht nachsagen!*) Herr Kollege Zeillinger, ich bin schon bei Ihnen; nur nicht hudeln.

Der Ton der FPÖ, Herr Kollege Zeillinger, hat sich im Laufe der Zeit sehr, sehr gewandelt. (Abg. Peter: *Das hängt vom Herrn Bundeskanzler und seiner Regierung ab!*) Ich erinnere mich auch an Ihren Vorgänger im Verteidigungsausschuß, Herr Kollege Zeillinger, ich bitte, jetzt nicht böse zu sein, das ist keine Erfindung von mir; aber Ihre Parteigänger sagen, wenn von Ihnen und in Zusammenhang damit von der Landesverteidigung die Rede ist: „Unser Zeillinger hat ja einen Anti-Prader-Komplex.“ Das hört man von Ihren Parteigängern. (Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Peter: *Er kann doch kein Prader-Fan sein!* — *Heiterkeit.*) Ich habe betont, das ist die Meinung Ihrer eigenen Parteigänger.

Aber, Herr Kollege Zeillinger, wenn ich schon bei Ihnen bin, darf ich doch einiges zu dem sagen, was Sie vorher ausgeführt haben.

Das Abspielen der Bundeshymne! Minister Prader hat eine diesbezügliche Anweisung nicht gegeben. Das war seit eh und je so. Soll er es jetzt abschaffen? Oder die bewußte Kartei! Ich weiß, das ist Ihr Lieblingsargument. Aber vielleicht war es zur Gründungszeit aus Staatssicherheitsgründen notwendig, so etwas zu haben. (Abg. Peter: *Sie verwechseln die ÖVP schon wieder mit dem Staat!*) Aber als die Frage an den Minister gestellt wurde, war keine Kartei da.

Meine Damen und Herren! In diesem Zusammenhang ist nicht uninteressant: Ich habe hier, fotokopiert, ein Schreiben, das beginnt: „Werter Genosse Sima ...“, und das gezeichnet ist: „Dein Stephani“. In der Mitte dieses Schreibens heißt es in einem Absatz: „Der Einstellungswerber war mir bisher nicht bekannt, da er auf unseren Listen nicht verzeichnet ist.“ (Rufe bei der ÖVP: *Ah, da schau!* — Abg. Melter: *Das macht mit der anderen Seite aus!* — *Zwischenrufe des Abg. Steininger.* — *Ruf bei der SPÖ: Ist das eine Kartei?* — Abg. Peter: *Was war daran jetzt überzeugend, Herr Tödling?*) Meine Damen und Herren! — Herr Kollege Steininger, ich bin schon bei Ihnen. (Abg. Melter: *Eine Hand wäscht die andere!* — *Der Präsident gibt das Glockenzeichen.* — *Anhaltende Zwischenrufe.* — Abg. Zeillinger: *Warum sagen Sie das mir?*)

Meine Damen und Herren! Die wahre Einstellung der SPÖ — Herr Kollege Zeillinger, es ist schon genug für heute, ich hätte noch Dinge da, aber mir ist die Zeit zu wertvoll — zum Bundesheer ist gerade in der letzten Debatte in eindeutiger Weise zutage getreten. Ich erinnere Sie an die Debatte über die Ausbildung im Bundesheer in der Frage der Kleinkriegsführung. In dieser Debatte, meine Damen und Herren, haben Sie sich eindeutig demaskiert. Ihr Ja zur Landesverteidigung ist nichts als ein Lippenbekenntnis. Das möchte ich Ihnen in aller Deutlichkeit sagen. (Abg. Dr. Kreisky: *Sie sind sehr unvorsichtig!* — *Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.* — Abg. Pay: *Sie haben die Vaterlandsliebe nicht gepachtet!* — *Ruf bei der SPÖ: Wir haben früher verteidigt als Sie!* — Abg. Dr. Kreisky: *Es war sehr leichtfertig von Ihnen, das zu sagen, weil wir das Theater mit dem Prader nicht mitmachen!*) Herr Dr. Kreisky, ich komme noch darauf zurück! (Abg. Pay: *Sie haben das nicht für sich gepachtet!* — Abg. Dr. Kreisky: *Eine Schande ist das! Wir haben im Jahre 1950 Österreich verteidigt!*) Nein, wir haben es nicht gepachtet! (Abg. Dr. Kreisky: *Aber Sie haben nicht das Recht, uns zu beleidigen und zu sagen, daß wir nicht für die Landesverteidigung sind!* — *Anhaltende Zwischenrufe.* — *Der Präsident gibt das*

Tödling

Glockenzeichen.) Aber, meine Damen und Herren, im Sinne der Neutralitätserklärung sind wir zur Verteidigung unserer Grenzen selbst verpflichtet. (*Ruf bei der SPÖ: Eine Verdrehung ist das! — Abg. Peter: Verteidigt die Grenzen, aber nicht den Prader!*) Es heißt dort: „mit allen zu Gebote stehenden Mitteln“. Und dazu gehört auch die Ausbildung in der Kleinkriegsführung. (*Anhaltende Zwischenrufe. — Der Präsident gibt erneut das Glockenzeichen.*)

Vom SPÖ-Sprecher wurde am 21. April 1967 hier erklärt: „Kleinkriegsausbildung ist eines Kulturstaates unwürdig.“ Jeder Krieg ist eines Kulturstaates unwürdig, aber wir haben ja nicht die Möglichkeit, uns die Kampfesführung auszusuchen. Wir haben uns auf die uns bekannten Möglichkeiten der Kampfesführung einzurichten, und dazu gehört auch die Kleinkriegsausbildung. (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei den Sozialisten.*)

Herr Kollege Czettel! Sie haben damals den Zwischenruf gemacht und verwundert gefragt: „Auch mit dem Messer?“ (*Abg. Czettel: Aber den Fernsehfilm habe ich gesehen!*) Auf die Frage: „Auch mit dem Messer?“, Herr Kollege, möchte ich nur sagen: Wenn es um dieses Land geht — auch mit dem Messer! (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Probst: Und zu so etwas applaudieren Sie! Schämen Sie sich!*)

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Meine Damen und Herren, bitte sich etwas zu beruhigen! (*Abg. Dr. Kreisky: Im Jahre 1950 haben wir das Land verteidigt! — Abg. Hartl: Da waren Sie gar nicht da! — Abg. Dr. Kreisky: Ich war da, jawohl! — Abg. Hartl: Sie allein aber nicht!*)

Abgeordneter Tödling (*fortsetzend*): Herr Kollege Probst! Das Mitführen von Transparenten und meinetwegen das Absingen der Internationale wird zuwenig sein, wenn wir vor dem Ernstfall stehen. (*Weitere lebhaftete Rufe und Gegenrufe.*)

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Meine Damen und Herren! Bitte jetzt lassen Sie mich auch etwas verteidigen, nämlich die Ruhe hier im Saal. (*Abg. Peter: Er soll mit dem Geist und nicht mit dem Messer kämpfen! — Abg. Sekanina: Dazu ist er ja nicht imstande! — Der Präsident gibt neuerlich das Glockenzeichen.*) Der Appell geht an alle!

Abgeordneter Tödling (*fortsetzend*): Meine Damen und Herren! Wenn Sie sich so aufregen über diesen Vorwurf: Ich habe ja echte Beweise hier. (*Zwischenruf des Abg. Mondl.*) Herr Kollege Mondl! Ich habe nichts gegen Sie! Ich habe betont, ich habe eine Reihe von Kollegen kennengelernt, mit denen ernst zu

reden ist. Aber wenn Sie sich als Partei deklarieren, dann sprechen Sie eine andere Sprache. (*Abg. Pay: Sie brauchen uns nicht zu klassifizieren!*) Aber, meine Damen und Herren, warum die Aufregung? (*Ruf bei der SPÖ: Weil Sie vom Messer geredet haben!*) Hier die Transparente vom 1. Mai: „Wir brauchen kein Bundesheer, es genügt die Feuerwehr!“ Oder Herr Minister a. D. Probst: „Telephonanschlüsse wären wichtiger als Panzer und Waffen.“ (*Abg. Probst: Vielleicht nicht?*) Die „Arbeiter-Zeitung“ schreibt: „Thirring-Plan: Österreich soll als erstes Land total abrüsten.“ Die „Zukunft“, auch eine Zeitung von Ihnen, in der Nummer 6: „Wir wollen keine Soldaten sein!“ (*Abg. Preußler: Kollege Tödling, lesen Sie die „Furche“!*) Schauen Sie, meine Damen und Herren, eine Stimme aus dem Ausland, aus dem Jahre 1964, die „Süddeutsche Zeitung“: „Österreichs Militär kämpft um Geld.“ (*Abg. Dr. Hertha Firnberg: Na und? Was ist das für ein Beweis?*) „Die SPÖ widersetzt sich den Plänen des Bundesheeres zur Verstärkung seiner Kampfkraft.“ Also Pressestimmen aus dem Ausland. (*Abg. Lanc: Das nennen Sie Kampfkraft? Das ist Erziehung zum Verbrechen! Ich werde meine Kinder nicht mit dem Messer ausbilden lassen!*) Ich habe sie noch packweise hier, meine Damen und Herren. (*Weitere lebhaftete Zwischenrufe. — Abg. Konir: Nehmen wir die Kraft, wer der Stärkere ist!*) Herr Kollege, an dem Mikrophon bin ich der Stärkere! Die Einstellung der Soldaten ... (*Heftige Zwischenrufe.*)

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Meine Damen und Herren! Ich bitte um etwas mehr Ruhe! (*Abg. Lanc: Ich werde meinem Sohn nicht solches „Heldentum“ beibringen lassen! Er hat die Stirn, so etwas zu verteidigen! — Abg. Mayr: Sie beweisen ja die Landesverteidigung! — Zwischenruf des Abg. Peter.*)

Abgeordneter Tödling (*fortsetzend*): Ja! Aber dann müssen Sie beweisen, daß es Ihnen ernst ist. (*Abg. Dr. Kreisky: Wollen Sie die gemeinsame Landesverteidigung?*) Ja, wir wollen sie!

Wie eindeutig positiv die Einstellung der Soldaten zur Frage der Landesverteidigung ist, geht aus Meinungsbefragungen hervor, welche der heerespsychologische Dienst angestellt hat. 85 Prozent unserer Soldaten haben eindeutig ja gesagt und positiv zur Frage Landesverteidigung Stellung genommen. (*Abg. Lanc: Landesverteidigung — ja, aber Erziehung zu Verbrechen — nein!*) Ganze 6 Prozent umfassen eine negativ eingestellte Gruppe, welche den Dingen ablehnend gegenübersteht. (*Abg. Dr. Hertha Firnberg: Sind das lauter ÖVPLer, die 85 Prozent? Das sind unsere*

Tödling

jungen Arbeiter und Angestellten!) Gnädige Frau! Wollen wir die Zwiegespräche weiterführen? Ich bin gern bereit dazu. (Anhaltende Zwischenrufe.)

Präsident: Aber, meine Damen und Herren! Es kann sich ja jeder zum Wort melden und andere Auffassungen vertreten.

Abgeordneter **Tödling** (*fortsetzend*): Meine Damen und Herren! Um das Bild von unseren Soldaten abzurunden — ich habe schon von den 85 Prozent gesprochen —, möchte ich noch erwähnen, wie groß die Zahl der Waffendienstverweigerer ist. Ich glaube, daß das auch ein Beweis dafür ist, daß unsere Jugend durchaus positiv zu den Dingen steht. In den Jahrgängen 1937 bis 1947 haben sich ganze 555 Waffendienstverweigerer gefunden. Den geringsten Anteil hatte der Jahrgang 1947 mit 14 Mann oder 0,03 Prozent. Diese Zahlen, meine Damen und Herren, beweisen (*Abg. Konir: Das beweist, daß die Sozialisten nicht gegen das Bundesheer sind!*), daß unsere Jugend in keiner Weise angekränkt ist und man durchaus mit ihr rechnen kann. (*Zwischenrufe bei der SPÖ. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen im Zuge dieser Ausführungen — vielleicht paßt es nicht ganz her, aber ich glaube, es wirft ein gutes Bild auf die Einstellung der Jugend — hier nicht vorenthalten und mit Genehmigung des Herrn Präsidenten auszugswise einen Aufsatz vorlesen, einen Aufsatz einer Schülerin aus Graz. Ich glaube, mancher Bundesheergegner — ich weiß, wir sind alle dafür, Sie haben es in vielen Zwischenrufen hier kundgetan — muß beschämt sein, wenn er die Meinung dieses Mädchens hört. Das Mädchen schreibt — ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren — unter anderem:

„Wer jedoch soll uns überhaupt angreifen? Wir sind doch in der ganzen Welt als gemütlich und friedliebend bekannt, Österreich, ein Durchgangsweg von Nord nach Süd und von West nach Ost. Wenn es wirklich zu einem Angriff kommt, müssen wir mit überlegenen geistigen Waffen und Argumenten zeigen, wie neutral dieses Österreich ist, sagen nochmals die Bundesheergegner.“ Und der letzte Absatz: „So reden und reden sie, haben zu jedem Ja ihre unzähligen Aber, und die Gefahr ist groß, daß wir eines Tages alle unseren österreichischen Filzhut vor fremden Stahlhelmen ziehen müssen.“ Der Aufsatz war übertitelt: „Stahlhelm oder Filzhut?“

Wenn wir heute, wie schon eingangs erwähnt, Bilanz ziehen, so muß ich an die Spitze den Einsatz des Bundesheeres in den Katastrophenjahren 1965/66 stellen. Es wurde schon mehr-

mals in diesem Hohen Hause darüber gesprochen. Ich kann mir daher manches Beiwerk ersparen und möchte nur mit nüchternen Zahlen nochmals auf die Leistungen des Bundesheeres hinweisen. Das Bundesheer hat in den beiden genannten Jahren 4.068.000 Arbeitsstunden geleistet. Das entspricht der Stundenleistung eines Betriebes mit 2000 Arbeitern innerhalb eines Jahres. Das Bundesheer hat 156 km Wege gebaut beziehungsweise wieder instandgesetzt — etwa die Entfernung von Wien nach Bruck an der Mur. 383 Brücken mit einer Gesamtlänge von 7166 m wurden neu errichtet. Unsere Hubschrauber flogen 1420 Stunden und haben neben mehr als 6000 Personen auch 432.000 kg Sachgüter befördert. Der Sachaufwand an Treibstoffen und an Maschinen war enorm.

Das Verteidigungsministerium hat richtigerweise, nachdem bei diesen Einsätzen selbstverständlich auch Mängel zutage getreten sind, Vorsorge getroffen und die entsprechenden Nachschaffungen durchgeführt. 1966 wurden Geräte verschiedenster Art im Werte von rund 160 Millionen Schilling angeschafft. Für das Jahr 1967 sind Anschaffungen, die etwa vom Sturmboot bis zu Greiferzügen reichen, im Werte von 36 Millionen Schilling vorgesehen.

Abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich zum Kapitel Katastropheneinsatz mit Bedauern bemerken, daß diese Einsätze drei Menschenleben gefordert haben und daß 69 Soldaten verletzt wurden. Angesichts der Gefährlichkeit dieser Einsätze muß man von einer hohen Einsatzbereitschaft unserer Soldaten sprechen, aber auch die gute Führung anerkennen.

Im Wege der Budgeterstellung für den Rest des Jahres 1966 und das Jahr 1967 war es nun erstmals möglich, eine echte Konzeption anzustellen.

Auf legislativem Gebiet hat die ÖVP-Regierung eine bemerkenswerte Aktivität entwickelt. (*Unruhe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Nach Wegfall der „Koalitionsbremse“ konnten längst fällige gesetzliche Verfügungen getroffen werden. Das Mitbeschließen durch die Opposition möchte ich keinesfalls verschweigen.

Am 17. Mai 1966 wurde die Aufstellung von territorialen Sicherungstruppen, die zusammen mit dem Grenzschutz die Landwehr bilden sollen, beschlossen. Ich möchte nicht verschweigen, daß sich im Verteidigungsausschuß die Gemüter erhitzt haben, als diese Frage beraten wurde. Die Auffassung speziell des damaligen Herrn Staatssekretärs Rösch war, daß die Grenzschutzkompanien vollauf genügen. Ich meine, daß unsere Einsatz-

Tödling

verbände eine Rückendeckung brauchen und daß diese Aufgabe den territorialen Verbänden zufallen soll. (*Abg. Eberhard: Das stimmt doch nicht!*) Herr Kollege Eberhard, bitte? (*Abg. Eberhard: Das stimmt doch nicht!*) Das stimmt genau! (*Abg. Eberhard: Er hat doch gesagt, man solle zuerst die Grenzschutzkompanien aufstellen! Sie können doch nicht gleichzeitig auf zwei oder meinetwegen fünf Geleisen fahren!*) Herr Kollege! Ich kann es nachweisen! Aber bitte, wir haben ja schon genug zwischen den Bänken diskutiert.

Am 28. Mai 1966 wurde entsprechend den verfassungsrechtlichen und militärischen Erfordernissen das Verfügungsrecht über das Bundesheer neu geregelt. Wie wir seit heute wissen, wurden die letzten Wünsche des Herrn Bundespräsidenten in diesem Zusammenhang auch berücksichtigt. (*Zwischenrufe und Unruhe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Ich möchte nicht wiederholen, was ich anläßlich der letzten Budgetdebatte dazu schon ausgeführt habe, aber angemerkt soll werden, daß praktisch der Verteidigungsminister nach der alten Regelung lediglich die Möglichkeit der Alarmierung hatte und dann etwa bis zum Schußbefehl ein sehr, sehr komplizierter ... (*Abg. Eberhard: Sprechen Sie doch zur Geburtstagsrede des Herrn Bundeskanzlers und nicht zum Militär!*) Ja, der Herr Bundeskanzler hat in seinem Bericht einen Absatz der Frage Landesverteidigung gewidmet, und ich spreche dazu. Herr Kollege Eberhard, wir reden nicht nach Bundesländern. Sie haben vielleicht das falsche Geleise erwischt, indem Sie vorgestern der Meinung waren, daß ... (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Haril: Es war ein roter Eisenbahner, der eine falsche Weiche gestellt hat! — Abg. Eberhard: Sie reden doch die ganze Zeit nur von der Landesverteidigung!*) Ja, vorgestern hat es geheißt — so in den Couloirs —, die sozialistischen Sprecher reden nach Bundesländern. Nun, wir sprechen zur Regierungserklärung. (*Abg. Dr. Pittermann: Das geht die Bundesländer nichts an?*)

Ich habe schon gesagt: Die Schwierigkeiten glichen in der Frage des Verfügungsrechtes über das Bundesheer einem Dschungel, einem Kompetenzdschungel, und ich glaube, daß diese Frage nun endgültig geklärt ist. (*Abg. Dr. Pittermann: Da irren Sie sich, Herr Tödling! — Weitere Zwischenrufe.*) Herr Kollege Mondl, lassen Sie das, wir zwei verstehen uns, reden wir dann darüber weiter. (*Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Dr. Pittermann: Da irren Sie sich! Der Dschungel ist noch nicht geklärt!*)

Am 7. Juli 1966 wurde das Wehrgesetz in wesentlichen Punkten abgeändert. Die Änderungen betreffen insbesondere Maßnahmen

zur Verbesserung der Lage des Kaderpersonals, zur Intensivierung der Ausbildungsmöglichkeiten im Rahmen der Inspektionen und Instruktionen sowie von freiwilligen Waffenübungen. Darüber hinaus wurden verbesserte Möglichkeiten der personellen Mobilmachung und des Ergänzungswesens geschaffen. Nach dieser Neuregelung können Inspektionen nunmehr ununterbrochen für die Dauer von vier Tagen jährlich durchgeführt werden. Diese Zusammenfassung auf vier Tage bedeutet auch eine wesentliche Vereinfachung der administrativen Notwendigkeiten. Die Entschädigungen für die Teilnahme an Inspektionen wurden pauschaliert. Gegenüber der früheren Regelung über den Verdienstentgang, welcher nachgewiesen werden mußte — übrigens ein Verlangen des damaligen Staatssekretärs Rösch —, bedeutet dies auch eine wesentliche Verwaltungsvereinfachung.

Die Wehrgesetznovelle hat auch bezüglich der freiwilligen Waffenübungen bessere Voraussetzungen geschaffen. Die Wehrgesetznovelle vom 7. Juli 1966 hat außerdem die Möglichkeit geschaffen, daß Beamte und Vertragsbedienstete bis zum 65. Lebensjahr eine Unteroffiziersfunktion ausüben können. — Nur wieder als Randbemerkung: Auch gegen diese Regelung etwa im Sinne der 65 Jahre hat sich damals Staatssekretär Rösch ausgesprochen.

Am 23. November 1966 wurde die Tapferkeitsmedaillenzulage erhöht und ein Ehrensold für Besitzer des MariaTheresien-Ordens geschaffen.

Am 15. Dezember 1966 wurden wesentliche Bestimmungen des Heeresgebührengesetzes geändert und ergänzt. Das Taggeld und die Dienstgradzulagen wurden erhöht. Die Bestimmungen über den Familienunterhalt, über die Sachbezüge und die gesundheitliche Betreuung wurden verbessert. Es erhalten unsere Präsenzdiener statt früher 8 S nunmehr 12 S pro Tag; das entspricht einer Erhöhung um 50 Prozent.

Mit Wirkung vom 1. Jänner 1967 wurden die Dienstgradzulagen, die Wehrpflichtigen zustehen, welche den ordentlichen Präsenzdienst, freiwillige Waffenübungen oder einen außerordentlichen Präsenzdienst leisten, um 100 Prozent erhöht. Neu ist auch, daß den Präsenzdienern bei der Entlassung die Leibwäsche überlassen wird. Für die Ableistung einer freiwilligen Waffenübung wurde der Entschädigungs-Mindestsatz von 40 auf 55 S und der Höchstsatz von 150 auf 200 S pro Tag erhöht. Dies und noch eine Reihe anderer Erhöhungen haben zur Folge, daß das Bundes-

Tödling

ministerium für Landesverteidigung im Jahre 1967 um 22,6 Millionen Schilling mehr als im Vorjahr aufwenden muß.

Nicht unerwähnt soll im Zuge dieses Bilanzberichtes bleiben, daß der Landesverteidigungsrat eine Aktivierung erfahren hat und im verstärkten Maße zur Beratung von Angelegenheiten der Landesverteidigung herangezogen wurde.

Organisatorische und operative Konzepte für den Einsatz und den weiteren Ausbau unseres Bundesheeres wurden erarbeitet. Im Zuge dieser Vorbereitungen wurden drei Schwerpunkte herausgestellt: die Fliegerabwehr, die Panzerabwehr und die Motorisierung des Heeres.

Hand in Hand mit der Fliegerabwehr geht selbstverständlich auch die Luftraumüberwachung. Um hier zu einer entsprechenden Koordinierung zu kommen, ist der Abschluß eines Übereinkommens zwischen den zuständigen Ressorts in Aussicht genommen, wonach beim Kommando der Luftstreitkräfte eine Meldezentrale eingerichtet werden soll. Hinsichtlich der Ausstattung der Luftstreitkräfte mit Flugzeugen, welche für die Verteidigung des Landes geeignet erscheinen, sind noch Überprüfungen und Untersuchungen im Gange. Die Hubschrauberflotte wurde durch eine Reihe von Neuanschaffungen verstärkt.

Der Erwähnung wert ist in diesem Zusammenhang die Einrichtung der Bundesfachschule für Flugtechnik. Im Einvernehmen mit den Bundesministerien für Unterricht und für Finanzen wurde diese Bundesfachschule mit Wirkung vom 12. September 1966 Wirklichkeit. Diese Bundesfachschule mit dreijähriger Ausbildungsdauer und mit dem Sitz in Langenlebarn ist bislang mangels anderer Unterbringungsmöglichkeiten noch in Wien untergebracht. Mit dem Schuljahr 1967/68 werden auch zivile Schüler diese Schule besuchen können. Es ist daher die Einrichtung eines Internates in Langenlebarn erforderlich. Ziel dieser neuen Fachschule ist es, fliegertechnisches Fachpersonal für das Bundesheer ohne Belastung der zivilen Wirtschaft heranzubilden. Außerdem soll in Ermangelung einer anderen Ausbildungsmöglichkeit auf dem zivilen Sektor auch Fachpersonal für den zivilen Bedarf herangebildet werden.

Wie allseits bekannt, hat das Motorisierungsproblem des Bundesheeres für die österreichische Kraftfahrzeugindustrie eine besondere Bedeutung. Es würde hier zu weit führen, die einzelnen Anschaffungen im Detail anzuführen. Jedenfalls handelt es sich um Größenordnungen, welche für die Kraftfahrzeugindustrie von Bedeutung sind. Darüber hinaus erwähne ich die Beschaffung verschiedener anderer Bedarfs-

güter für das Bundesheer, die für unsere gesamte österreichische Wirtschaft eine beachtliche Größenordnung darstellt.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die umfassende Landesverteidigung ist längst kein Schlagwort mehr, sondern es wurde in dieser Richtung ebenfalls zielstrebige Arbeit geleistet. Neben anderen Maßnahmen ist das Verteidigungsministerium richtigerweise daran gegangen, den Boden für den Gedanken der umfassenden Landesverteidigung durch Informationen vorzubereiten. Im besonderen muß hier erwähnt werden, daß die Seminare, die durchgeführt wurden, allseits regen Zuspruch hatten und eine beachtliche Zahl von Teilnehmern zu verzeichnen war. Im Vorjahr wurden insgesamt 15 solcher Seminare durchgeführt. Der Teilnehmerkreis reicht von Abgeordneten — wir selber waren ja auch dabei — über Chefredakteure bis zu den Jugendlichen. Dem Vernehmen nach sollen in Hinkunft auch Betriebsräte an diesen Informationskursen teilnehmen.

Vorausschauend möchte ich mitteilen, daß der Herr Bundesminister für Landesverteidigung in der Lage sein wird, im Herbst des heurigen Jahres dem Verteidigungsrat und der Bundesregierung den ersten Teil des Verteidigungsplanes vorzulegen. Auf Antrag des Herrn Bundesministers für Landesverteidigung hat die Bundesregierung am 8. Juni 1966 das Organisationsschema für den Aufbau der umfassenden Landesverteidigung der neuen Rechtslage angepaßt, was infolge der Neuerrichtung des Bautenministeriums und der neuen Kompetenzen erforderlich war.

Meine Damen und Herren! Nach der sicherlich lückenhaften Skizzierung der Maßnahmen auf dem Sektor Landesverteidigung in der Berichtszeit, also in einem Jahr ÖVP-Regierung, möchte ich noch ein legislatives Erfordernis berühren, ohne das wir, auf Dauer gesehen, nicht auskommen werden. Es wäre natürlich zweckmäßig, ein umfassendes Leistungsgesetz zu haben. Da aber ein solches auf Sicht gesehen nicht erreichbar sein wird, wollen wir uns fürs erste mit einem Anforderungsgesetz behelfen, welches sich auf Kraftfahrzeuge, Baumaschinen und Schiffe beziehen soll. In Anspruch nehmen kann man diese vorgesehene gesetzliche Regelung natürlich nur dann, wenn es um den Schutz unserer Grenzen geht. Ich glaube, daß dieses vorgesehene Gesetz das Bild auf legislativem Gebiet — wenn auch nicht zur Gänze — abrundet und zu vervollständigen in der Lage ist.

Das Gesetz über die Lagerung von Munition liegt im Haus und wird in Kürze der Beschlußfassung zugeführt werden.

Tödling

Meine Damen und Herren! Nach den stürmischen Szenen am Beginn meiner Rede ist es nun an der Zeit ... (Abg. Pay: Sie haben ja nur provoziert!) Nein, nein, ich habe nur die Wahrheit gesagt. (Abg. Pay: Gestern haben wir im Ausschuß zusammengearbeitet, und heute haben Sie provoziert!) Herr Kollege Pay! Lassen Sie mich schließen!

Präsident: Es ist ja schon vorüber.

Abgeordneter **Tödling** (fortsetzend): Abschließend möchte ich feststellen, daß mein Bericht keinesfalls Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann. Ich glaube aber, aus dem Gesagten geht eindeutig hervor, daß für die Landesverteidigung in einem Jahr ÖVP-Regierung mehr geschehen ist als in mehreren vorangegangenen Jahren der Koalitionsregierung. (Abg. Pay: Das ist eine typische Übertreibung! — Abg. Probst: Wer war denn bisher der Landesverteidigungsminister?) Bei allen Auseinandersetzungen ... (Abg. Probst: Wozu wart ihr in der Regierung, wenn nichts weiterging? Sie sitzen in der Regierung, und es geht nichts weiter!) Bei allen Auseinandersetzungen — meine Damen und Herren, das ist ein ernstes Wort —, die manchmal besser unterblieben wären, muß uns, dem Gesetzgeber, klar sein, daß wir nie fahrlässig handeln dürfen. Für alles, was geschieht oder an Vorsorge nicht geschieht, tragen wir die Verantwortung. Möge unserem Bundesheer der Ernstfall erspart bleiben. Aber wenn es notwendig ist, dann soll es auch bereit sein. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Hertha Firnberg. Ich erteile es ihr.

Abgeordnete Dr. Hertha **Firnberg** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Lassen Sie mich einmal nach diesen „kriegerischen“ Auseinandersetzungen meines Vorredners einerseits zur friedlichen Nutzung dieses Hauses zurückkehren, andererseits aber doch auch zur Sache: zum Bericht des Herrn Bundeskanzlers über die Tätigkeit der Bundesregierung im vergangenen Arbeitsjahr. Er ist in diesem Bericht mehrmals auf Fragen der Kultur, der Bildung und der Forschung eingegangen. Seine erste Feststellung war, daß dieses Jahr eine eindeutige Akzentverschiebung zugunsten von Bildung und Forschung gebracht habe. Er begründet diese Feststellung mit einer erstaunlichen Argumentation. Nicht etwa damit, daß in diesem Jahr eine verstärkte Forschungs- und Bildungsförderung und -planung stattgefunden habe, nicht etwa damit, daß Maßnahmen zur Milderung der längst bekannten Bildungsmalaise eingeleitet wurden. Nein! Die Begründung lautet nach den Worten

des Herrn Bundeskanzlers, daß heute Bildung und Forschung in der allgemeinen Diskussion wesentlich mehr Erwähnung finden. Mit anderen Worten kurz und deutlich gesagt: Es wird darüber mehr geredet. (Abg. Harwalik: Nein, es wird auch mehr Geld für die Kultur ausgegeben!) Herr Kollege Harwalik! Korrigieren Sie nicht Ihren Kanzler; ich habe ihn hier wörtlich zitiert.

Uns scheint diese Argumentation doch sehr typisch für diese Regierung zu sein. Sie paßt genau zu den Formulierungen, es werde geprüft, es werde studiert — Herr Kollege Harwalik, ich habe immer wieder darauf hingewiesen (Abg. Harwalik: Es wird mehr Geld ausgegeben, es gibt mehr Schulen, es gibt mehr Lehrer!) —, es werde in Angriff genommen, es werde daran gearbeitet werden und so weiter. Es wird immer wieder, wenn wir konkrete Taten verlangen, gesagt: Es wird geprüft, es wird studiert.

Selbst das Zeugnis, das der Herr Bundeskanzler hier als besonders beweiskräftig anzieht, den Professorentag vom 3. November 1966, zitiert er nur unvollständig — auch das ist sehr typisch —, nämlich nur die positive Seite, nur den angenehmen Teil. Er zitiert nicht, was an Negativem, an Wesentlichem in der Resolution des Professorentages stand, daß die Ansätze für den Sachaufwand der Hochschulen im Budgetvoranschlag bedenklich niedrig und die Hochschulen gefährdend sind.

Ich möchte im übrigen doch auch ein Wort zu der angeführten „aktivierten Öffentlichkeitsarbeit“ der Regierung sagen. Mehr und mehr bürgert sich, ich möchte fast sagen, die Unsitte ein, daß wir Abgeordnete uns aus der Presse, aus den Zeitungen darüber informieren müssen, was an wichtiger Regierungstätigkeit, an wichtigen Regierungsvorhaben vorliegt. Ich lese zum Beispiel in der „Hochschulzeitung“ vom 1. Mai 1967, daß der Herr Unterrichtsminister am 27. April einen Tätigkeitsbericht seines Ministeriums über das Jahr 1966 in einer Pressekonferenz gegeben hat. Uns Abgeordneten wurde kein solcher Tätigkeitsbericht vorgelegt. Seit der Premiere der Frau Sozialminister in einer der allerersten Sitzungen des Hohen Hauses, als wir auf Pressenachrichten, auf Pressekonferenzen als Informationsquellen hingewiesen wurden, hat sich das immer wieder eingebürgert. Ich möchte im Namen der Abgeordneten gegen diese Unsitte leidenschaftlich protestieren. Hier im Hause ist uns Bericht zu erstatten (Beifall bei der SPÖ) und, Herr Bundeskanzler, nicht nur dann, wenn Sie, wie eben jetzt, die Gelegenheit benützen wollen, um in recht lobenden Enunziationen einen Regierungsbericht vorzulegen, wie Kollege Zeillinger sehr ausführlich dargelegt hat.

Dr. Hertha Firnberg

Was uns aber am Bericht des Herrn Bundeskanzlers noch sehr typisch erscheint, soweit es das Kulturkapitel, aber auch die anderen Teile betrifft, ist die Selbstzufriedenheit, die hier zutage tritt, die Selbstbeweihräucherung und natürlich die Beweihräucherung durch die nahestehenden Abgeordneten. (*Abg. Harwalik: Das ist die Beweihräucherungstaktik der Opposition: Was wir tun, ist Weihrauch! Was wir konkret an Zahlen bringen, ist Weihrauch! Es wird geprüft! Es wird geprüft und gewogen! Und das ist alles deutlich in dem Bericht des Herrn Bundeskanzlers drinnen! Wir haben alles getan, um die Voraussetzungen zu schaffen...*)

Präsident: Ich bitte, sich zum Wort zu melden.

Abgeordnete Dr. Hertha Firnberg (*fortsetzend*): Ich komme schon noch dazu, Herr Kollege Harwalik, lassen Sie mich weiterreden! (*Abg. Harwalik: Es steht doch deutlich in der Regierungserklärung, im Bericht des Herrn Kanzlers, es wird geprüft, es wurde gewogen! Bleiben Sie doch sachlich!*) Ich bin ganz sachlich, Kollege Harwalik, Sie nehmen mir das Zitat, das ich bringen wollte, vorweg. Der Herr Bundeskanzler sagte und schrieb: „Wir haben alles getan, um die Voraussetzungen für eine gedeihliche kulturelle Entwicklung zu schaffen.“ — Ist wirklich alles getan worden? Nennen Sie das, was geschehen ist, alles? (*Abg. Harwalik: Unter den gegebenen Voraussetzungen! Frau Abgeordnete! Lesen Sie doch die Sachen selbst kritisch!*) Ich möchte mich nicht aufhalten, wir haben diese Argumente schon längst widerlegt. Wir haben diese Argumente immer wieder widerlegt.

Wir haben in der Budgetdebatte den Nachweis erbracht, daß die Steigerung des Unterrichtsbudgets für 1967 keinen „Vorrang“ für Wissenschaft, Kunst und Bildung statuiert — das ist keine neue Sache —, sondern daß das lediglich die Fortsetzung eines (*Abg. Hartl: ... sozialistischen Antrages ist!*) weit in die Koalitionszeit zurückgehenden Trends ist.

Wir haben anlässlich der Debatte über das Bündel der Hochschulgesetze ausführlich Gelegenheit genommen, unseren sozialistischen Anteil, unsere Initiativen gerade auf diesem wichtigen Gebiet herauszustellen. Ich muß das nicht noch einmal nachweisen. Alles, was die legislativen Maßnahmen betrifft, liegt im Protokoll fest. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, daß wir der Motor für die Gründung der Hochschule in Linz waren, so wie wir der Motor für die hoffentlich bald erfolgende Gründung der Hochschule in Klagenfurt waren. (*Abg. Dr. J. Gruber: Alles habt ihr getan!*) Wir haben alles getan. Es gibt andere Stimmen, es sind nicht nur Sozialisten,

die finden, daß nicht alles getan wurde. (*Ruf bei der ÖVP: Viel geredet und nichts getan!*)

Ich habe eine interessante Broschüre, sie ist betitelt mit „Versäumnisse und Chancen“ und ist erst jüngst erschienen. Herr Professor Orlicek schreibt in diesem Buch: „Man muß leider zusammenfassen, daß die Lage an den österreichischen Technischen Hochschulen besorgniserregend schlecht ist, und es erscheint eigentlich überraschend, daß noch immer Ingenieure ausgebildet werden können, die dem europäischen Niveau entsprechen. Wenn nicht bald wirksame Maßnahmen getroffen werden, wird Österreich sich auf dem Gebiet des technischen Unterrichtes zu einem unterentwickelten Land „entwickeln.“ (*Abg. Mitterer: Derzeit haben wir jedenfalls noch genug ausländische Studenten!*)

Auch Herr Kollege Kummer, lieber Kollege Mitterer, ist nicht ganz so zuversichtlich wie der Herr Bundeskanzler. Auf der 13. Internationalen Tagung der Sozialakademie Dortmund sprach er über das Bildungsdefizit in Österreich. (*Ruf bei der ÖVP: Der Kummer? — Ruf bei der ÖVP: Der macht euch Kummer!*) Ja, der Kummer hat es ausgeführt, er wird euch Kummer machen. Ich kann nicht alles zitieren, ich müßte sonst ein ganzes Referat hier vorlesen. Er erklärte unter anderem:

„Es stagniert die Entwicklung auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Forschung. Es fehlt an langfristiger Planung und Vorbereitung, zu der auch Forschung und Entwicklung gehören. ... Wirtschaft und Verwaltung ... bieten zuwenig attraktive Aufgaben und zu geringe Aufstiegschancen. ... Es wundert uns daher nicht, wenn gerade jüngere und tatkräftige Wissenschaftler ins Ausland gehen.“

Er bemängelt den Ausbau der höheren Schulen, nicht nur den quantitativen Ausbau, sondern auch den Lehrplan, die Stundenzahl, die Unterrichtsgestaltung.

Er sagt bezüglich der Hochschulen: „Der Nachholbedarf ist ungeheuer groß, sie leiden unter einem kaum erträglichen Mangel an Raum und Lehrkräften, doch wird diese Belastung noch steigen.“

Er spricht von der Notwendigkeit eines neuen Berufsausbildungsgesetzes und sagt dazu: „Die Ergebnisse der Lehrlingsprüfungen sind bei uns derzeit denkbar schlecht.“

Er schließt: „Das Bild, das ich über die Bildung in Österreich zu entwerfen hatte, ist für uns nicht erfreulich.“ (*Abg. Harwalik: Das gilt für alle Länder Europas! Von allen Hochschulen Europas bringe ich Ihnen solche Berichte, wir stehen in der Bildungsexplosion! — Abg. Dr. Kummer: Dasselbe gilt für Deutsch-*

Dr. Hertha Firnberg

land und die Schweiz! — Abg. Moser: Nur mit dem Unterschied, daß Sie zufrieden sind!) Kollege Harwalik! Lesen Sie sich diesen Bericht über die Dortmunder Tagung durch! (*Weitere Zwischenrufe.*) Ich komme schon noch darauf zu sprechen. So ist es nicht!

Wir Abgeordnete, Kollege Harwalik, könnten noch einen ganz spezifischen Katalog von Dingen anführen, die nicht so schön und gut sind. Einer der Kollegen — ich glaube, Sie waren es, Kollege Harwalik — hat daran erinnert, daß ich von einem „Hochschulskandal“ gesprochen habe. Das war jener Skandal, der sich beim Studium der Soziologie an der Wiener Universität abgespielt hat. — Ich erinnere Sie an den Entwurf des Schulunterrichtsgesetzes, der zur Begutachtung ausgesandt wurde. Das hat Wellen der Empörung und Entrüstung nicht nur in sozialistischen Kreisen, sondern bei allen Pädagogen hervorgerufen. Das waren nur ein paar kleine Beispiele. (*Abg. Harwalik: Das ist eine Diskussionsgrundlage, wir leben in der Demokratie!*) Ja, ja. (*Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.* — *Abg. Moser: Die Absicht der Regierung!*)

Meine Damen und Herren! Wir haben oft genug im Hohen Hause über Bildungsfragen, Kulturfragen und Wissenschaftsfragen diskutiert. Wir haben immer wieder festgestellt, daß Bildung heute eine unerläßliche Voraussetzung für das Wirtschaftswachstum ist, eine Investition, die ebenso wichtig ist wie alle anderen Investitionen. Wir wissen heute genau, daß das Wirtschaftswachstum immer mehr vom Stand der Wissenschaft, der Forschung und vom Fortschritt in der Technologie abhängt.

Wir alle kennen die Situation in Österreich. Die Stagnation auf dem Bildungs- und Forschungssektor, die wir heute haben, wird die Bildungskatastrophe von morgen heraufbeschwören, wenn nicht ein gewaltiger Wandel in der Bildungspolitik einsetzt, nicht die Politik der „kleinen Schritte“, wie sie jetzt gegangen wird, sondern ein echter Wandel, ein Bruch des bisherigen Trends, wie Herr Dr. Steindl in seiner hochinteressanten Broschüre formuliert.

Die harte Tatsache, daß wir in Österreich einen ungeheuren Rückstand auf diesem Gebiet haben und daß in diesem Jahr nichts aufgeholt wurde, wird durch eine Reihe von Untersuchungen vor Augen geführt. Ich erinnere an die Studie der Arbeiterkammer Wien, an die halboffizielle Schrift Bobleters, an die neuen Studien Klappachers, Steindls und an den vielzitierten OECD-Bericht. Von welchem Standpunkt immer sie ausgehen, sie kommen immer alle zum gleichen Ergebnis, zum gleichen

katastrophalen Bild für uns in Österreich. (*Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.*)

Forschung und Wissenschaft haben auf der ganzen Welt in den beiden letzten Jahrzehnten eine gewaltige Entwicklung durchgemacht. Die Forschungsausgaben wurden gewaltig gesteigert und das Forschungspersonal ungeheuer vergrößert. In den Vereinigten Staaten sind 1,5 Millionen, in der Sowjetunion 1,2 Millionen und in Europa 0,5 Millionen Menschen in der Forschung tätig. Man schätzt heute den finanziellen Aufwand für die Forschung in der Welt auf rund 1500 Milliarden Schilling. Alle entwickelten Industrieländer und auch Länder, die nicht ganz als Industrieländer entwickelt sind, geben heute ungefähr 1,5 bis 3 Prozent und auch mehr ihres Nationalprodukts für Forschungszwecke aus. Kollege Harwalik! Mit diesen Zahlen müssen wir Vergleiche anstellen und nicht mit der Bildungssituation des Jahres 1945, wie Sie es vorgestern getan haben, nicht mit der Zeit, in der nicht nur das Bildungswesen, sondern ganz Österreich aus den Trümmern des Kriegs kaum aufstanden war. (*Abg. Harwalik: Beides muß man tun!*) Nein, wir müssen, wenn wir weitergehen wollen auf dem Weg der Bildungs- und Forschungsförderung, mit den anderen entwickelten Ländern vergleichen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich möchte keineswegs bestreiten, meine Damen und Herren, daß alle Länder Bildungsprobleme haben. Ob man es jetzt Bildungsexplosion oder Bildungsevolution nennt, überall ist eine stärkere Bildungsfreudigkeit zu sehen. Österreich aber schneidet bei dem Vergleich katastrophal schlecht ab. Ich möchte aus der ganzen Fülle der zur Verfügung stehenden Zahlen und Indikatoren nur einen herausgreifen, um das zu illustrieren, den Anteil am Nationalprodukt, der für Forschung und Entwicklung in den einzelnen Ländern ausgeben wird.

Wir haben Länder, bei denen der Anteil 3 Prozent übersteigt; die USA gehören dazu. Großbritannien: über 2 Prozent. Die Niederlande, Frankreich, Schweden, die Schweiz und die Bundesrepublik Deutschland reichen an 2 Prozent heran. Auch Japan gibt heute 1,9 Prozent aus. Polen 1,2 Prozent, Belgien 1 Prozent, Norwegen an 1 Prozent. Und Österreich? Ein Drittelprozent. Eine beschämende Feststellung! Wir finden Österreich am untersten Ende der Rangordnung und, wie die Broschüre — nicht von uns verfaßt — betont, etwa auf der Höhe der Entwicklungsländer Ghana und Indien. (*Abg. Harwalik: Der Vergleich mit den Entwicklungsländern ist falsch; wir sind ja schon entwickelt!* — *Abg. Moser: Amerika ist unterentwickelt?*) Und

Dr. Hertha Firnberg

daher müssen wir nichts mehr ausgeben? (*Abg. Harwalik: O ja, aber der Vergleich mit den Entwicklungsländern ist falsch! Die Prämisse ist falsch!*) Und der Vergleich mit den Industrieländern? Sind wir so hoch entwickelt, daß wir nichts mehr ausgeben müssen? Wenn Amerika 3½ Prozent ausgibt, wenn die Schweiz 2 Prozent ausgibt, genügt uns in Österreich ein Drittelprozent? Kollege Harwalik, das ist eine typische Feststellung für diese Partei, das ist typisch, so sehen Sie es wirklich. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Es kann uns nicht verwundern, wenn wir diese Situation sehen, daß wir bisher unser ganzes technisches Wissen einfach importieren mußten. Die Bilanz der Patente und Lizenzen zeigt das. (*Weitere Zwischenrufe des Abg. Harwalik.*) Wir werden nicht bestehen können, meine Damen und Herren, in einer neuen Zeit, in der, wie Steindl in seiner Untersuchung mahnend ausführt, die technische Leistung eine der wichtigsten Waffen der internationalen Konkurrenz ist. (*Zwischenrufe.*)

Wenn ich jetzt weiterreden darf, möchte ich noch folgendes sagen. In einer Zeit der Integration, in einer Zeit, in der der Wirtschaftsprotektionismus endgültig zu Ende geht, ist mehr Forschung, mehr Bildung, mehr Ausbildung notwendig. Ich möchte jetzt fragen, wo die konkreten Maßnahmen blieben, die aus all diesen Berichten abgeleitet wurden? Ich vermisste sie im Bericht, und ich vermisste die Vorausschau auf die zukünftigen Vorhaben.

Ich möchte hier nochmals betonen, daß vielfältige Maßnahmen notwendig sind. Keinesfalls können wir Sozialisten uns der Auffassung des Herrn Bundeskanzlers anschließen, der — auch wörtlich zitiert — in seiner Erklärung sagte, daß die Aufgabe des Staates darin besteht, dort, wo es notwendig ist, die entsprechenden materiellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Das scheint aber doch ein sehr mageres Konzept einer Wissenschafts- und Forschungspolitik zu sein!

Notwendig ist — das sagen wir Ihnen als Alternative, obwohl wir als Opposition nicht verpflichtet wären, der Regierungspartei Alternativen auf den Tisch zu legen — neben der besseren finanziellen Dotierung eine umfassende Wissenschafts- und Bildungsplanung und Forschungsförderung. Wir müssen die sogenannte „intellektuelle Infrastruktur“ ausbauen, und zwar rasch, denn wir sind am Ende mit unserem Reservoir an Akademikern. Der vielgerühmte, höchst interessante und dankenswerte OECD-Bericht bringt das wie viele andere Untersuchungen.

Wir werden 1980 125.000 Akademiker brauchen, und wir haben jetzt 78.000. Wir werden

1975 28.000 Maturanten brauchen, und wir haben jetzt 12.000. Wir werden 1980 61.000 Mittelschulingenieure brauchen, und wir haben 23.000. Die Wirtschaft, aber auch die Verwaltung, der öffentliche Sektor wird mehr und wird anders ausgebildete Akademiker und Maturanten benötigen, mehr benötigen in dem Augenblick, in dem Rationalisierung und Automation tatsächlich in die Verwaltung einziehen. Das ganze Gerede von Verwaltungsreform bleibt völlig zwecklos, solange wir nicht bereit sind, diese Frage anzuschneiden. Das ist nicht eine Frage der Ersparnis von ein paar tausend Akten; hier liegt der Kernpunkt.

Ich möchte nur ein paar Beispiele nennen. Wir werden 5000 Hochschullehrer brauchen. Wir werden, allein um unsere elektronischen Datenverarbeitungsmaschinen bedienen zu können, 1000 Systemingenieure und 5000 bis 10.000 Programmierer und ähnlich technisch geschultes hochqualifiziertes Personal in den nächsten Jahren brauchen. Ich kann nicht oft genug im Namen meiner Partei wiederholen, daß aus diesem Grunde alle Begabungsreserven unseres Landes ausgeschöpft werden müssen, alle. (*Beifall bei der SPÖ.*) Alle gezielten und organisierten Anstrengungen einer modernen Bildungspolitik müssen vervielfacht werden.

Wir Sozialisten werden unsere Aktivitäten verstärken. Morgen beginnt eine große Enquete: „Mehr Kinder an höhere Schulen.“ Wir werden im Kreise unserer kompetenten Fachleute und unserer Politiker alles besprechen, was notwendig sein wird.

In diesem Zusammenhang noch ein Wort zu den ständigen Hinweisen, die wir vom Herrn Unterrichtsminister immer wieder bekommen, wenn wir von der Problematik der Hochschulen und Mittelschulen, soweit es die Raum- und Personalnot betrifft, sprechen. Das ist der ständige Hinweis, daß man auch die Hörerzahl an die gegebenen Raum- und Personalkapazitäten anpassen könnte, wie das in anderen Ländern geschieht. Wir haben und werden diese Tendenzen immer ablehnen. Wir sind der Meinung, daß die Ausschöpfung der Begabungsreserven notwendig ist. Daß sie nicht gelungen ist, das bestätigt die Hochschulstatistik, und nicht nur sie, das bestätigt auch zum Beispiel die Resolution des fünften Studententages.

Diese Ausschöpfung ist nicht echt von dieser Regierungspartei versucht worden. Denn warum wird der Antrag, den wir als Initiativantrag eingebracht haben, Studienbeihilfen für Mittelschüler zu geben — und wir wissen, daß hier der Kernpunkt liegt —, nicht behandelt? (*Abg. Harwalik: Weil er schlecht ist!*) Es gibt

4374

Nationalrat XI. GP. — 55. Sitzung — 19. Mai 1967

Dr. Hertha Firnberg

Länder — der Herr Kollege Kummer wird mir das bestätigen —, in welchen diese Ausschöpfung des Bildungsreservoirs gelungen ist. Ich weise zum Beispiel auf Schweden hin. In Schweden hat sich die Zahl der Studenten zwischen 1945 und 1965 von 15.000 auf 70.000 erhöht. Das ist also auch eine Bildungsexplosion. Aber rund ein Viertel der Studierenden sind Arbeiter- und Bauernkinder, und das ist der Unterschied zu Österreich; wir sind nicht über 6 Prozent hinausgekommen! Aber in Schweden macht man genau das, was wir verlangen, man gibt nämlich Stipendien an Mittelschüler und damit eine Ermunterung zum Studium an die Eltern und an die Jungen. (*Abg. Harwalik: In allen Ländern gibt's Stipendien!*) In diesem Land ist die Bereitschaft ernst. Herr Kollege Harwalik! Die Mittel sind geplant und überlegt, und die Methoden sind unkonventionell und modern.

Es ist unvorstellbar für uns in Österreich angesichts der konservativen Haltung, die wir überall finden, gerade auf dem Gebiet des Unterrichts- und Bildungssektors, der Domäne der Österreichischen Volkspartei seit 22 Jahren, daß ein Großteil der nicht ganz jungen neu immatrikulierten Studenten Volksschullehrer sind, die vom Dienst freigestellt werden, und — die große Überraschung — Hausfrauen, die ihre Kinder großgezogen haben, dann die Matura machten und jetzt studieren und die, wie der Berichterstatter sagte, eine bedeutende Begabtenreserve darstellen; das Studium dieser Hausfrauen, die akademisch ausgebildet werden, hat den Lehrermangel erheblich verringert.

Was in Österreich fehlt und was der Österreichischen Volkspartei fehlt, das ist eben die Bereitschaft zu einer echten Planung und darüber hinaus die Bereitschaft, unkonventionelle neue Wege zu gehen.

Daher möchte ich nochmals besonders dringlich das urgieren, was im Bericht des Herrn Bundeskanzlers fehlt, nämlich das Generalkonzept für die Hochschulen, für die Neugründungen, für die Studienrichtungen, für die Ausbauten. Es jährt sich fast der Tag, daß das Hohe Haus die Entschliebung für die Gründung der Hochschule in Klagenfurt gefaßt hat.

Die Forderung nach einem „Generalplan“ für die Hochschulen wird nicht nur von den Sozialisten gestellt und immer wieder gestellt, sondern auch die Rektorenkonferenz vom 17. April hat sie erhoben.

Meine Damen und Herren! Wir urgieren alle die speziellen Studiengesetze, denn ohne sie bleibt — da stimmen wir doch alle überein — die ganze Hochschulreform Papier. Wir urgie-

ren dringendst das Forschungsratgesetz, für welches unser Initiativantrag 7/A seit 13. Mai 1966 hier im Hause liegt. Er wurde nicht behandelt, was wir zutiefst bedauern. Eine Schande für das ganze Haus ist, daß selbst unserem Antrag, dieses Dringlichkeitsprojekt allerersten Ranges einer Fristsetzung zu unterziehen, die Zustimmung fehlte.

Ich habe viele wesentliche Punkte nicht genannt. Es wurde nicht davon gesprochen, daß keine Maßnahmen ergriffen wurden, die Studiendauer zu verkürzen, die Verringerung der Ausfallsquote zu veranlassen, daß nichts zur Vorsorge für den akademischen Nachwuchs geschehen ist.

Alles in allem: Dieser neu vorliegende Bericht bestätigt das, was wir in Bildungsdebatten immer wieder sagen mußten, daß nämlich die großen Probleme der Bildungspolitik von dieser Regierung, von dieser Mehrheit nicht gelöst werden können. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Lassen Sie mich noch kurz ein Kapitel anschneiden. Der Herr Bundeskanzler hat seine Ausführungen zu den Kultur- und Bildungsfragen mit der Rundfunkreform geschlossen. Er hat festgestellt, daß das Rundfunkgesetz den Grundsätzen des Volksbegehrens entspreche. Wir müssen demgegenüber feststellen — und auch das sind Fakten —, daß selbst die Initiatoren des Volksbegehrens, die unabhängigen Zeitungen — wie Herr Dr. Kummer sie nennt, die „neutralen“ Zeitungen —, recht heftige Kritik an diesem Rundfunkgesetz geübt und konstatiert haben, daß es den Grundsätzen des Volksbegehrens nicht entspreche. Die Bevölkerung selbst ist in ihrer überwältigenden Mehrheit einer Meinung, die nicht die des Herrn Bundeskanzlers ist. Sie meint, daß das, was in Rundfunk und Fernsehen heute vorgeht, mit dem Sinn des Volksbegehrens nicht übereinstimme.

Ich habe hier Ergebnisse der jüngsten Meinungsbefragung. Ganze 21 Prozent der Befragten und auch nur ein Drittel der ÖVP-Anhänger waren der Meinung des Herrn Bundeskanzlers, daß dem Sinn des Volksbegehrens entspreche, was in Rundfunk und Fernsehen jetzt geschieht.

Die Entpolitisierung hat sehr eigentümliche Züge. Da ist nicht nur die Farce der Ausschreibung eines Postens eines Chefredakteurs, die so genau auf einen einzigen Mann zugeschnitten ist, daß nur mehr die Anfangsbuchstaben des Bewerbers mit A. D. fehlten, um Herrn Alfons Dalma zu kennzeichnen.

Auch eine ganze Reihe weiterer wichtiger Posten sind mit Herren besetzt worden, die der ÖVP angehören. Ein wichtiger Posten ist besetzt mit dem Pressereferenten der Indu-

Dr. Hertha Firnberg

striellenvereinigung, ein weiterer mit einem Herrn, der bisher seinen Sitz in der Bundesparteileitung der Österreichischen Volkspartei hatte. Es gibt noch einiges. Und man hört, daß in der ÖAAB-Fraktion mitgeteilt wurde, daß gute Posten im Rundfunk und Fernsehen nicht nur nach Fachkenntnissen, sondern auch nach Verdiensten um die ÖVP vergeben werden. (*Hört! Hört!-Rufe bei der SPÖ.* — Abg. Moser: „Entpolitisierung“!) Ich glaube nicht, daß das unseren Vorstellungen von Unabhängigkeit und Entpolitisierung entspricht.

Es werden jetzt eilige Berechnungen ange stellt. Ich weiß nicht, welche Milliardenbeträge als künftiger Bedarf herauskommen werden — es wurden bisher 3 Milliarden genannt —, aber eine kräftige Gebührenerhöhung war das erste Versprechen an die Teilnehmer.

Wie „entpolitisierte“ Sendungen aussehen, das zeigte der „Wochenspiegel der Inlands- presse“ vom 14. Mai. Ich bringe dieses Bei- spiel, weil eine Reihe von empörten Staats- bürgerinnen und Staatsbürgern ausdrücklich gebeten und dazu aufgefordert haben, es vor- zubringen. In diesem Wochenspiegel mußte ausgerechnet eine Zeitung zitiert werden, die sich über den Besuch des Herrn Bundes- präsidenten bei der Weltausstellung in einer höhnischen und zynischen Weise lustig machte. Man findet es für notwendig, daß die Wiltener nach Montreal gehen, man findet es für richtig, daß der Landeshauptmann von Tirol und der Landtagspräsident nach Kanada reisen; aber das Staatsoberhaupt, das möge weder in Be- gleitung der Gattin noch unter Polizeigeleit zum Flugplatz begleitet werden, um die Aus- stellung in Montreal zu besuchen. Ich bringe das deshalb vor, weil ich im Namen vieler Rundfunkhörer und Rundfunkhörerinnen ge- gen diese Form der Herabsetzung des ersten Mannes im Staate protestieren möchte. (*Bei- fall bei der SPÖ.*)

Mein Parteifreund Probst hat vorgestern erneut die Studios für Wien und Niederöster- reich eingemahnt. Erst wenn diese Forderung erfüllt ist, kann tatsächlich von dem „gesunden Föderalismus“ in Rundfunk und Fernsehen, von dem jetzt so gern geredet wird, gesprochen werden.

Hohes Haus! Darüber hinaus bringe ich aber unser größtes Anliegen vor: Die Ent- politisierung kann und darf nicht als Deck- mantel einer Monopolisierung dieser größten Massenmedien durch die Österreichische Volks- partei dienen. (*Beifall bei der SPÖ.*) Rundfunk und Fernsehen werden nicht von einer Partei, sondern auch von den 2 Millionen, die sozia- listisch gewählt haben, finanziert und bezahlt. Wenn wir etwas wollen, dann — der Herr Bundeskanzler möge gestatten, daß ich ihn

einmal plagierte — wollen wir wenigstens Rundfunk und Fernsehen für alle Österreicher! (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als näch- stem Redner erteile ich dem Herrn Abgeord- neten Dr. Scrinzi das Wort. (*Abg. Peter: Die ÖVP-Abgeordneten interessieren sich nicht mehr für die Erklärung des Bundeskanzlers! — Abg. Altenburger: Aber nicht so wie die Opposition! — Abg. Peter: Altenburger sprach von den Blindgängern der Koalition! Ich bitte, darauf einzugehen! — Abg. Altenburger: Der Opposition! Hoffentlich können Sie noch Deutsch! — Abg. Peter: Haben Sie es inzwischen gelernt, Herr Altenburger? — Abg. Dr. J. Gruber: Was kann man schon vom Peter lernen? — Abg. Altenburger: Sie werden zum Blind- gänger! — Abg. Peter: Und Sie zum Rohr- krepierer der ÖVP, Herr Altenburger!*)

Abgeordneter Dr. Scrinzi (FPÖ): Herr Prä- sident! Meine Damen und Herren! Ich kann nicht annehmen, daß die Unterlassung von weiteren Wortmeldungen aus dem Lager der Regierungspartei zum Ausdruck bringt, daß diese Partei erkannt hat, daß die Verteidigung des uns vorliegenden Berichtes des Herrn Bun- deskanzlers hoffnungslos und aussichtslos ge- worden ist. Nach der Geschäftsordnung wäre es ja so, daß sich jeweils die Sprecher der Opposition und der Regierungspartei bei einer derartigen Debatte abzulösen haben. Aber ich gebe mich doch noch der Hoffnung hin, daß wir hier wenigstens aus dem Munde des Herrn Generalsekretärs noch erfahren werden, was nun die ÖVP wirklich will, denn aus dem Bericht des Herrn Bundeskanzlers konnten wir das bisher nicht erfahren. Er hat uns nur mit- geteilt, was die Regierung bisher getan oder angeblich getan hat.

Mein Parteifreund Zeillinger hat schon darauf hingewiesen, daß das entscheidende in diesem Bericht das ist, was nicht drinnen steht. Wir wollen aber auf die Diskussion der fehlenden Stellen des Berichtes nicht eingehen. Wir sind der Meinung, daß wir mit dem Bericht, der von uns weder verlangt wurde noch auch nach parlamentarischem Brauch üblich ist, einfach in jeder Richtung überfordert sind; Sie ebenso wie auch die Opposition! Denn in der Regel pflegen wir uns einmal im Jahr aus Anlaß der Budgetdebatte mit der Regierungspolitik auseinanderzusetzen. Wenn Sie hier quasi ein kleines Plebiszit über das bisherige Resultat der Regierungspolitik des Kabinetts Klaus haben wollten, so waren Sie fehl am Platze. Es wäre besser gewesen, Sie hätten eine Presse- konferenz abgehalten und das Haus nicht genötigt, sich mit diesem Inventurbericht zu befassen, weil wir sehr viel andere und dring- liche Arbeit eigentlich für notwendiger halten.

Dr. Scrinzi

Aber nun ist es so, Ihr Generalsekretär hat die Debatte über den Bericht beantragt, und wir können sie nicht ablehnen, denn Sie würden daraus folgern, daß wir zu diesem Bericht nichts zu sagen haben, oder gar, daß wir ihm zustimmen.

Ich betone noch einmal: Es ist ein überflüssiger, unüblicher Bericht, und das negative Echo, das er in der Öffentlichkeit gefunden hat, ist heute von meinem Parteifreund Zeillinger schon angeführt worden. Er ist langweilig in jeder Richtung, er ist keine Grundlage für eine echte Diskussion, denn er wärmt auf, was wir in diesem Hause ohnedies schon ausreichend diskutiert haben, und er bringt nicht eine einzige Perspektive für das, was morgen oder übermorgen sein soll. Er ist eine langweilige Inventur dessen, was sich in diesem vergangenen Jahr ereignet hat. Er enthält zahlreiche Ladenhüter aus der Zeit der Koalition, die wir besser hier nicht aufgewärmt gesehen hätten, er ruft uns eine Reihe von sehr kurzlebigen Modeartikeln des Kabinetts Klaus in Erinnerung, die sich inzwischen weitgehend überlebt haben oder die in der innerparteilichen Proporzdiskussion der Regierungspartei offensichtlich bereits auf der Strecke geblieben sind.

Vieles, was uns als große Reformen in der Regierungserklärung vom 20. April des vergangenen Jahres angekündigt wurde, erweist sich heute schon als abgewertet, und aus den großen Reformen ist ein armseliges und vor allem auch im legislativen Sinn häufig unbefriedigendes Flickwerk geworden. Vieles ist überhaupt zur bloßen optischen Maßnahme abgesunken.

Der ganze Bericht wird von einem betonten Optimismus getragen, der mit der Wirklichkeit, der politischen und wirtschaftlichen Situation Österreichs sehr erheblich kontrastiert.

Gewiß war dieses Haus und waren alle Österreicher bereit, aus der internationalen Entwicklung, aus der wir ja nicht ausgeklammert werden können, Konsequenzen zu ziehen, und waren alle Österreicher bereit, dafür auch gewisse Opfer auf sich zu nehmen. Aber alle Österreicher, und alle Österreicher in einem zumutbaren Ausmaß.

Aber was hat diese Regierung gemacht? Sie hat diese Opfer in sehr einseitiger Weise der großen Gruppe der kleinen und mittleren Verdienner aufgehalst, sie hat dann diesen Opfersinn umgefälscht in große Erfolge der ÖVP-Regierungskunst und Regierungspolitik und hat dann am Ende gerade mit diesem Bericht dem Österreicher einreden wollen, er habe überhaupt keine Opfer auf sich zu nehmen gehabt, denn dieses erste Jahr der ÖVP-Regierungspolitik sei ein einziger sozialer Fort-

schritt und habe dem Österreicher, vor allem dem kleinen Österreicher, der „Familie Österreicher“, ein Mehr gebracht. Das halten wir nicht für sehr glücklich. Wir sind der Meinung, daß sich damit die Regierung außerordentlich ungläubwürdig gemacht hat und daß das nicht der Weg zum Erfolg ist.

Die Regierung soll den Mut haben, wenn sie vom Volk Opfer verlangt, ihm das auch zu sagen und nicht durch einen Optimismus und durch eine Darstellung der Dinge, die mit der Wirklichkeit dermaßen in Widerspruch steht, eine irrealen und unrealistische Politik machen.

Dieser fehlende Mut zur Redlichkeit wird nicht nur von uns als Opposition, sondern gerade von der unabhängigen Presse immer wieder beklagt. Ich könnte Ihnen zahlreiche Beispiele dafür zitieren. Um nur vielleicht eines in Erinnerung zu rufen: Wie war die Haltung, als es um die Forderungen der öffentlich Bediensteten auf Teuerungsabgeltung ging? Was haben wir hier aus dem Mund des Finanzministers zu hören gehabt, und was war dann das Ergebnis?

Dieser mangelnde Mut zur Redlichkeit kennzeichnet auch insbesondere die ganze Budgetpolitik der Regierung. Was zu sagen notwendig wäre, wird peinlich verschwiegen. Wir hören in diesem Bericht kein Wort über die Entwicklung der Handelsbilanz, der Zahlungsbilanz, der Leistungsbilanz. Es stimmt, Herr Vizekanzler Bock, wenn Sie mich damit kommentieren wollten, es stimmt leider, daß alle diese unangenehmen Dinge in diesem Bericht nicht ausgesprochen sind.

Wir hören nichts davon, was sich letzten Endes als Resultat dieses ersten Jahres der ÖVP-Politik ergibt und was deshalb auch in den Bericht hinein gehört hätte, nämlich die Tatsache, daß wir im kommenden Haushalt mit einem Abgang von 7 bis 8 Milliarden zu rechnen haben werden. Selbst diesen Umstand hat man noch beschönigt und bemäntelt. Man spricht davon, daß man ihn durch Kreditoperationen ausgleichen will, und will damit dem einzelnen Bürger unseres Landes verheimlichen, daß das nicht mehr und nicht weniger bedeutet, als mehr Schulden zu machen und diese Schulden auf dem Umweg über die Geldwertverdünnung dem einzelnen Konsumenten wieder aufzuhalsen und insbesondere auch dem Steuerzahler.

Der Abgeordnete Mitterer hat an die SPÖ hier im Hause die Aufforderung gerichtet, sie solle doch einmal im Zusammenhang mit der EWG-Frage sagen, was sie nun eigentlich wolle. Wir müssen diese Frage unsererseits an die ÖVP stellen: Was will nun die Regierung

Dr. Scrinzi

und die Regierungspartei eigentlich in der EWG-Frage? Sie hat sich durch ihre Maßnahmen, aber noch sehr viel mehr durch ihre Äußerungen in einem Maße unglaublich gemacht, daß das schon langsam zu einem Skandal auszuarten beginnt. Nicht zu Unrecht schreibt die gestrige „Presse“ von der Janusköpfigkeit der österreichischen Politik.

In den ganzen bisherigen Debattenbeiträgen scheint mir nur ein wesentlicher Satz gefallen zu sein, und den werden wir uns sehr gut merken und Ihnen zeitgerecht wieder in Erinnerung rufen. Es war die Bemerkung des Abgeordneten Fiedler, daß die Frage, was wir in Brüssel erreichen werden, von unserer eigenen Haltung abhängt. Es schien ihm offensichtlich notwendig, diese Feststellung zu treffen, nachdem durch eine Reihe von sehr unglücklichen politischen Aktionen des Kabinettes Klaus doch in der Öffentlichkeit — nicht nur in der österreichischen, sondern auch in der internationalen — der Eindruck entstanden ist, die Frage dessen, was in Brüssel erreicht werden kann, wird der Entscheidung und dem Schiedsspruch der Sowjetunion unterworfen. Aber Ihr Abgeordneter Fiedler hat nun Ihre Verantwortlichkeit damit deponiert, jene Verantwortlichkeit, deren Sie sich in der Zeit der Koalition entzogen haben mit dem Hinweis auf Ihren linksseitigen Partner und der Sie sich jetzt zunehmend zu entziehen versuchen mit dem Hinweis auf die Erfordernisse der österreichischen Neutralität, wobei Sie es offensichtlich zunehmend nichtösterreichischen Kräften überlassen, zu interpretieren, worin diese, nach Ihrer Version freiwillig übernommene, Neutralität zu bestehen habe. Wie weit sind Sie hier von dem klaren und unmißverständlichen Kurs eines Kanzlers Raab etwa abgekommen, der gar keinen Zweifel darüber gelassen hat, daß diese immerwährende Neutralität nur als eine militärische verstanden werden kann.

Es heißt einleitend in dem Bericht des Herrn Bundeskanzlers, daß sich der Übergang vom System der Koalitionsregierung zu jenem der Einparteienregierung reibungslos vollzogen habe. Meine Damen und Herren, das ist in mancher Richtung zutreffend. Man hätte nur hinzusetzen müssen: Er hat sich auch weitgehend erfolglos vollzogen, denn in entscheidenden Dingen ist nicht sehr viel anders geworden, wenn wir von der hektischen Aktivität dieser Regierung absehen.

Sie haben uns auch einzureden versucht, daß wir mit diesem Übergang zu einer Einparteienregierung gewissermaßen in die Fußstapfen der ältesten Demokratien getreten wären. Diese Feststellung ist erstens einmal geschichtswidrig. Sie ist eine Verbeugung vor den angelsächsischen Demokratien, die Sie ruhig machen

mögen, aber wenn Sie das tun, dann dürfen Sie nicht verschweigen, daß, um einen solchen echten Übergang zu vollziehen, auch eine Änderung einer ganzen Reihe von Verfahrensfragen notwendig wäre. Denn in diesen angelsächsischen Demokratien sind die Verhältnisse zwischen Regierung und Regierungspartei und Regierung und Opposition und die Beziehungen zwischen beiden Parteien, die Regierung und Opposition repräsentieren, grundlegend andere als hier. Die ÖVP-Fraktion hat sich ja in diesem Hause bisher darauf beschränkt, der österreichischen Öffentlichkeit einreden zu wollen, daß das Kabinett Klaus unfehlbar ist. Sie hat sich gerade in dieser Debatte bisher als eine Weihrauchbrigade erwiesen, die alles glorifiziert und nichts kritisiert, was diese Regierung in dem abgelaufenen Jahr getan hat. Sehen Sie sich da einmal das englische Parlament an! Sehen Sie gerade im Zusammenhang mit der jüngsten Entwicklung in England, mit der Diskussion über das EWG-Ansuchen, das Verhalten der beiden dort vertretenen Parteien, auch der derzeit regierenden Labour-Partei an! Sie setzt an zur Kritik auch an der eigenen Regierung, während Sie etwa, wenn, wie es vorgekommen ist, drei Abgeordnete es gewagt haben, gegen das Diktat der Regierungsbank aufzulocken, diese Leute intern disziplinieren. Wenn Sie das angelsächsische System als das richtige betrachten, dann müssen Sie es auch zur Gänze übernehmen. Dann können Sie sich nicht darauf beschränken, als Regierungspartei bloß die Rolle der Gesundheitsfürsorge für Ihre Regierung zu spielen.

Wir sind aber der Meinung, daß sich dieser Übergang zur Einparteienregierung im Schutze einer absoluten parlamentarischen Mehrheit keineswegs so reibungslos vollzogen hat, wie es erforderlich, wie es insbesondere im Hinblick auf eine weitere gedeihliche demokratische Entwicklung dieses Landes notwendig wäre.

Es hat schon unser Sprecher vom heutigen Tag darauf hingewiesen, daß am Anfang dieses Überganges die offene und noch viel mehr die versteckte Diskriminierung des obersten Kontrollorgans, des Rechnungshofes, stand: ein außerordentlich bedenkliches Symptom. Und wenn diese Diskriminierung Ihrerseits nicht zu massiven Aktionen geführt hat, so sind wir überzeugt, dies geschah nicht aus Einsicht, daß wir dieses Organ im Interesse unserer Demokratie nicht antasten dürfen, sondern weil Sie sehr bald erfahren mußten, wie negativ selbst die Ihnen nahestehende Öffentlichkeit auf Ihre Attacken reagiert hat.

Ein weiteres bedenkliches Symptom, das beweist, wie gefährlicher Sand in das Getriebe der parlamentarischen Arbeit gekommen ist,

Dr. Scrinzi

ist das Aufhören einer gemeinsamen Außenpolitik. Dazu werden wir noch ein paar Beweise bringen.

Ebenso scheint uns recht bedenklich eine methodische Entwicklung, die sich zunehmend deutlich abzeichnet, nämlich der Versuch, die politische Verantwortung und die politische Entscheidung unter dem Titel der Verschlichung der Politik auf dem Umweg über bestellte Gutachten zu blockieren. Ein gefährliches Verfahren, auf welches Sie sich hier eingelassen haben!

Gewiß gibt es eine ganze Reihe von Detailfragen in unserem öffentlichen Leben — und es werden zwangsläufig immer mehr —, bei denen die Volksvertretung des Rates der Fachleute nicht entbehren kann. Aber zu versuchen, echte politische Entscheidungen auf diese Weise zu neutralisieren, der Volksvertretung zu insinuieren, sie sei geistig nicht fähig, diese Probleme zu bewältigen, das halten wir für einen bedenklichen und gefährlichen Weg.

Ein weiteres bedenkliches Symptom war das gleichfalls schon heute von meinem Parteifreund Zeillinger zitierte Fehlen eines harten Durchgreifens gegen die Korruption. Sie werden doch nicht bestreiten können, daß nach einem Jahr ÖVP-Regierung in der Öffentlichkeit der berechnete Eindruck entstanden ist, und zwar auf Grund von konkludenten Handlungen, die diese Regierung und die Regierungsmehrheit in diesem Hause gesetzt haben, daß hier alles beim alten bleibt, daß man auch hier unter genialer Anwendung der Möglichkeiten sowohl der Formaljuristerei wie der Formaldemokratie die wahren Schuldigen wieder laufen lassen wird, um ein paar kleine Mitläufer dem Volke als Opfer vorzuwerfen. Auch hier haben Sie Ihre Gutachter eingesetzt, um elementare Anliegen der Volksvertretung zu paralisieren. Ersparen Sie es mir, auf die Beispiele in diesem Zusammenhang einzugehen.

Aber aus den jüngsten Tagen möchte ich doch etwas vorbringen, was sich weitgehend unter Ausschluß der Öffentlichkeit als bedenklicher Vorgang zugetragen hat, ein Vorgang, den wir für einen Beweis dessen halten, was wir hier eben zu kritisieren unternommen haben.

Die große Serie von Korruptionsfällen, die sich in den letzten Jahren in Österreich in erschreckender Weise gehäuft haben, hat eine Kulmination mit dem sogenannten Reichmann-Skandal erfahren. Schon heute ist klar, daß dieser Skandal, der nach den bisherigen Ergebnissen dem österreichischen Steuerzahler nicht weniger als 450 Millionen Schilling gekostet hat, möglich war, ich sage vorerst nur: durch Fahrlässigkeit und grobe Fahrlässigkeit verantwortlicher Organe einer im Besitze der Republik stehenden Bank.

Wir haben schon aus Anlaß des Schiwitz-Prozesses — und das ist durch gerichtliches Urteil festgestellt — erfahren müssen, daß auch dieser Skandal, der immerhin mehr als 100 Millionen Schilling Schaden, offiziellen Schaden für die Republik gebracht hat, nur möglich wurde, weil die verantwortlichen Funktionäre der Creditanstalt sich grober Fahrlässigkeit schuldig gemacht haben. Das ist im Gerichtsurteil nachzulesen.

Wer nun erwartet hatte, daß die Regierung, die soviel von Durchgreifen gesprochen hat, hier durchgreifen würde, in irgendeiner Richtung Konsequenzen ziehen würde, sah sich enttäuscht.

Nun wissen wir, daß gegenwärtig der Rechnungshof dieses Institut prüft. Was ist nun geschehen? Während diese Überprüfung läuft, ist über Antrag des Finanzreferenten der ÖVP, des Herrn Präsidenten des Aufsichtsrates dieses Institutes, des Ministers a. D. und Jagdgast des Herrn Dr. Reichmann, der alte Aufsichtsrat ohne personelle Veränderungen auf weitere fünf Jahre neu bestellt worden, offensichtlich, um einem allfälligen negativen Ergebnis der Rechnungshofprüfung vorzugreifen und uns vor vollendete Tatsachen zu stellen. Sehen wir davon ab, daß eine Reihe der auf fünf Jahre Wiederbestellten, und zwar vorzeitig Wiederbestellten — die Funktionsperiode dieses Organes ist noch gar nicht abgelaufen —, selbstverständlich die Altersgrenze überschritten haben wird oder zumindest in dieser Periode überschreiten wird. Da kann man nur sagen: Schlimmer als in den schlimmsten Zeiten der Koalition. Nicht in einem einzigen Fall sind die Bestimmungen des Aktiengesetzes angewendet worden, nicht ein einziger dieser Funktionäre ist bisher zur Verantwortung gezogen worden. Über höchst fragwürdige und Millionen kostende Gestionen einzelner dieser Funktionäre ist der Aufsichtsrat dieses Institutes bis heute nicht informiert worden; etwa darüber, daß allein zur Liquidierung des Schiwitz-Skandales ohne jedes Mandat des Aufsichtsrates 25 Millionen Schilling neuerlich aufgewendet wurden, um den Skandal in der Öffentlichkeit zu verkleinern.

Reden wir nicht davon, was im Zusammenhang damit mit den getreulich nach Proporz bestellten Anwälten passiert ist. Reden wir nicht davon, daß für die Liquidierung und für die Vertuschung des Gesamtausmaßes dieses Skandales gigantische Anwaltshonorare gezahlt wurden; eines dieser „kleinen“ Honorare für einen einzigen Anwalt beträgt 1,65 Millionen Schilling.

Meine Damen und Herren! Das ist die Form, wie das Kabinett Klaus durchgreift und zur

Dr. Serinzi

Trockenlegung des Korruptionssumpfes beiträgt.

Wir haben hier im Haus wiederholt — meine Fraktion und zuletzt ich persönlich — in zwei Anfragen auf diese Mißstände hinzuweisen versucht. Wir haben ausweichende, nichtsagende und zum Teil unsachliche Antworten von der Ministerbank bekommen. Wir haben feststellen müssen, daß zum Beispiel Herr Reichmann gegen eine Kautions von 500.000 S aus der Untersuchungshaft freigelassen wurde mit der Mitteilung: Er besitzt kein Vermögen. Ein Einspruch des weisungsgebundenen Staatsanwaltes gegen diesen unerhörten Vorgang ist nicht erfolgt. Ich frage: Warum nicht? Schuld ist angeblich eine Ratskammer, von der man erfahrungsgemäß zu erwarten habe, daß sie in derartigen Fällen einem Einspruch ohnedies nicht stattgäbe. Dieser Herr Reichmann, der uns um beinahe eine halbe Milliarde Schilling innerhalb einiger Jahre schädigen konnte, huldigt derzeit an der Grenze in Kufstein dem Waidwerk.

Ein anderer Fall. Als ich mir erlaubt habe, zu fragen, ob man es in Ordnung befände, daß verstaatlichte Banken Kredite in der Höhe von 20, 30, 40 bis 80 Millionen Schilling geben, ohne sich auch nur die Mühe zu machen, in das Grundbuch des Kreditwerbers zu sehen, hat der Herr Finanzminister gefunden, es sei alles in Ordnung. Die Bankenaufsicht habe keinen Grund gehabt, hier einzuschreiten. Na, vielleicht hat sie wirklich keinen Grund gehabt, wenn wir hören, daß der zuständige oberste Beamte, der als Bankenkommisär dafür verantwortlich wäre, hier nach dem Rechten zu sehen, seinerseits in einem den Banken gehörigen Unternehmen im Aufsichtsrat sitzt und sich hiermit selber kontrolliert. Auch das alles wird in Ordnung gefunden. Wir wissen, daß der Herr Bundeskanzler informiert war und gewarnt wurde. Er hat es nicht für notwendig gefunden, hier einzugreifen.

Der Abgeordnete Fiedler hat mit Recht festgestellt, daß die Außenpolitik zu leicht wiege, zu wenig ernst genommen werde. Nur war diese Feststellung an eine völlig falsche Adresse gerichtet. Ich habe nicht vernommen, daß der außenpolitische Sprecher der ÖVP sich etwa unserer Kritik angeschlossen hätte, als wir die Amputation des Außenministeriums im Rahmen des Kompetenzgesetzes kritisiert haben; das fand man alles in Ordnung. Heute beklagt man sich, daß dieses Ressort zu wenig Gewicht habe.

Der Stilwandel, der sich in der Außenpolitik vollzogen hat, ist gleichfalls sehr bedenklich. Meine Damen und Herren! Glauben Sie doch nicht, daß wir in der Welt außenpolitisch deshalb ernst genommen werden, wenn wir uns

nun vor der Weltöffentlichkeit als Muster Schüler der Deklarationen von Jalta, Moskau und Potsdam aufspielen. Glauben Sie, daß uns das jemand abnimmt? Deshalb ist es ganz unbegreiflich, was in diesem Zusammenhang an Einzelaktionen von der ÖVP-Bundesregierung gesetzt wurde.

Der verstorbene Bundeskanzler Raab konnte seinerzeit nicht Minister werden, weil die Russen dagegen Einspruch erhoben haben. Seine unmißverständliche politische und ideologische antikommunistische Haltung war den Russen bekannt. Und trotzdem war es nicht zuletzt Raab, der 1955 in Moskau doch Wesentliches dazu beitragen konnte, Österreich nach zehn Jahren zum Staatsvertrag zu verhelfen. Die Russen sind Realpolitiker und lassen sich kein X für ein U vormachen und haben für Ideologie in der Politik im Grunde nichts übrig.

Zwölf Jahre später zieht wiederum ein österreichischer Kanzler nach Moskau und hält es für angebracht, sich dort über die kriminelle Ideologie zu verbreitern, die nun in Österreich abgetan und erledigt sei. Solche Feststellungen dienen, glaube ich, nicht Österreich, sie bringen uns nichts ein, besonders wenn man dann kurze Zeit später dem Herrn Kadar in Budapest im ZK einen Höflichkeitsbesuch abstattet.

Es liegt nicht an uns, wenn dieser Bericht der Bundesregierung, 21 Seiten lang, der Außenpolitik ganze 17 Zeilen widmet. Wir sind uns darüber im klaren, daß der Aktionsradius möglicher österreichischer Außenpolitik sehr klein ist. Er war schon 1918 erheblich verkleinert worden. Aber schon damals hat sich sehr kurze Zeit später herausgestellt, daß Außenpolitik und Wirtschaftspolitik nicht zu trennen sind. Denn es war die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs schuld, daß schon vier Jahre nach dem Zusammenbruch, im Jahr 1922, mit den Genfer Protokollen eine unabhängige österreichische Außenpolitik aufgehört hat. Wir sind jetzt in einer ähnlichen Situation. Wir laufen neuerlich Gefahr, durch völlige Verkenntung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten uns des letzten Restes von außenpolitischer Unabhängigkeit und außenpolitischer Initiative zu begeben. Diese Initiative wäre notwendig, und sie wäre auf einer ganzen Reihe von Gebieten möglich. Es wird die Aufgabe meiner Fraktion sein, diesem Hohen Haus und seinen Parteien in nächster Zeit dazu ganz konkrete Vorschläge vorzulegen.

Wenn wir diesen kleinen Aktionsradius unserer Außenpolitik jetzt noch weiterhin dadurch einengen, daß wir ihn zum Teil zum Gegenstand von Expertenuntersuchungen über das Wesen der österreichischen Neutralität machen, daß wir die Frage der Interpretation

Dr. Scrinzi

dieser Neutralität außerösterreichischen Mächten überantworten, dann ist es Zeit, den letzten Rest außenpolitischen Schaugeschäftes, den wir in diesem Jahr erlebt haben, zu liquidieren. Denn dann ist es schade um die Spesen, die wir dafür aufwenden.

Ich weiß nicht, was es einbringen soll, daß nun eine Regierung Klaus und ein Gespann Klaus-Tončić versuchen, ihre außenpolitischen Vorgänger links zu überholen. Was hier dazu im Bericht gesagt wurde, ist langweilige und fade chronologische Glorifizierung. Die Wirklichkeit sieht ganz anders aus. Nicht genug mit den Ohrfeigen, die wir am Ende des Podgorny-Besuches in Österreich bekommen haben, wobei der neutrale Status dieses Landes mißbraucht wurde, um von diesem unserem Boden aus andere, uns befreundete Mächte und Nationen zu beschimpfen, hat man unter den gleichen negativen Voraussetzungen es für notwendig erachtet, einen Staatsbesuch in Moskau durchzuführen, damit uns neuerlich Ohrfeigen erteilt werden konnten. Denn wenn es darum gegangen wäre, Zugeständnisse der Sowjetunion beim Bau einer Erdgasleitung oder der Wiener U-Bahn zu erreichen, so hätte die Entsendung eines subalternen Beamten oder eines Diplomaten unserer Auffassung nach genügt.

Der nächste große außenpolitische Erfolg, der im Zuge der Debatte hier so gelobt wurde, war der Tito-Besuch, der zweifellos einen Rekord dargestellt hat, aber nur in bezug auf die Kosten und die Sicherheitsmaßnahmen, die notwendig waren, um diesen Besuch ordnungsgemäß abrollen zu lassen; der im übrigen eine Herausforderung für Hunderttausende von Opfern gerade dieses Mannes war, und der dann noch einen geschmacklosen Höhepunkt dadurch erhielt, daß der Wiener Bürgermeister es für notwendig erachtete, Herrn Tito in einer Weise hier zu begrüßen, die man nur als Herausforderung bezeichnen kann.

Eine Menge von Dingen über diese außenpolitischen Aktionen haben wir aus den Zeitungen, über den Rundfunk, über das Fernsehen und im Ausland vernommen. Dem Hohen Haus selber liegt ein Bericht vor, 24 Zeilen umfassend, meisterhaft in der Art, mit einer Reihe von Worten nichts zu sagen.

Man hätte doch den Mut haben müssen, dem Hohen Haus hier mitzuteilen, daß all diese offiziellen Aktionen ohne reales Ergebnis waren. Sie haben nur dazu beigetragen, in der Weltöffentlichkeit Unsicherheit darüber zu verbreiten, wo Österreich wirklich steht. Ich glaube, der Kommentar, den die „Salzburger Nachrichten“ am 29. April dieses Jahres dazu gegeben haben, ist richtig, ihm ist nichts

hinzuzufügen. Dieser Kommentar lautet: „Österreichs Weg wird keinesfalls glaubwürdiger, und zwar weder im Osten noch im Westen, wenn er mit halben Äußerungen und vagen Worten gepflastert ist.“

Alles in allem kann man sagen, daß die Pseudoaktivität dieser österreichischen Außenpolitik ein einziges Versagen war. Wir haben eine Reihe von alten Freunden verärgert, zum Teil vor den Kopf gestoßen und keine neuen dazugewonnen.

Von interessanten Dingen, über die informiert zu werden dieses Hohe Haus hier und die österreichische Öffentlichkeit Anspruch hätten — etwa über die Entwicklung auf dem Gebiet der Neuner-Kommission —, lesen wir in dem Bericht kein Wort. Wir werden damit abgespeist, welch großartiger Erfolg es sei, daß es uns gelungen ist, in Konkurrenz mit der Schweiz die UNIDO nach Österreich zu bringen. Zweifellos etwas, was wir begrüßen, was wir positiv werten, aber zuwenig, um damit ein Jahr hektischer außenpolitischer Aktivität zu legitimieren.

Nun, ich glaube, ein Thema hat das völlige Versagen der außenpolitischen Bemühungen des Kabinetts Klaus unmißverständlich dokumentiert, und das ist die Südtirol-Frage. Hiezu enthält der Bericht auf Seite 17 eine lapidare Feststellung, die man nur als eine glatte Irreführung der Öffentlichkeit über die tatsächlichen Verhältnisse bezeichnen muß. Es ist erstens unrichtig, daß die Expertengespräche unverzüglich aufgenommen worden seien; man hätte bestenfalls davon reden können, daß nach jahrelang laufenden Expertengesprächen diese wieder fortgesetzt wurden. Es ist unrichtig, daß hier wirklich Fortschritte erzielt worden wären.

Der Herr Abgeordnete Fiedler hat gesagt, die Bemühungen der ÖVP-Regierung hätten aus dem Sprengstoffpaket ein Verhandlungspaket gemacht. Meine Damen und Herren, Sie werden alle gelesen und verfolgt haben, was sich gerade in den letzten Tagen im Südtirol-Prozeß in Linz getan hat. Sie werden zugeben, daß das, was wir dort erfahren haben, diese Feststellungen Lügen straft. Mir scheint sehr viel zutreffender, was ein Südtiroler im Zeugenstand und nicht als Angeklagter dazu gesagt hat, daß dieses Paket die „Marschverpflegung auf dem Todesmarsch der Südtiroler Volksgruppe“ ist. Wenn Sie dazu die Kommentare und die offiziellen und halb-offiziösen Äußerungen von italienischer Seite gerade in den jüngsten Wochen gehört haben, so werden Sie zugeben müssen, daß das nicht in jeder Richtung übertrieben erscheint. Ich darf erinnern an das, was im besonderen der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses

Dr. Scrinzi

der römischen Kammer zu sagen hatte. Über diese Tatsache, daß elementare Erfordernisse in dem Paket nicht enthalten sind, kann das Operieren mit den 120 neuen Kompetenzen nicht hinwegtäuschen.

Es muß neuerlich gesagt werden, daß man unter Anwendung eines erheblichen Druckes die Südtiroler Volksgruppenführung zwar veranlassen konnte, mit einer knappen Mehrheit dieses Paket anzunehmen, aber es wurde etwas angenommen, was bislang nicht existent ist. Selbst bis zum heutigen Tag existiert noch immer kein Paket mit einem allgemein akzeptierten einseitigen, österreichischen Text, geschweige denn, daß es einen akkomodierten Text dieses Paketes gäbe. Man hat also die Volksgruppenführung — weil man darauf aus war, auf alle Fälle einen Erfolg zu erzielen — gezwungen, zu etwas ja zu sagen, was faktisch noch gar nicht existent ist.

Und das zweite: Das Ja zum Paket ist schließlich dann mit der Junktimierung erfolgt, daß endgültig die Landesversammlung nur dann entscheiden werde, wenn neben einem klaren Paket auch eine Formel für die internationale Verankerung vorliege. Nun, hier haben wir heute eine Formel, die die Südtiroler Vertretung als die magische Formel des Außenministers Dr. Tončić bezeichnet. Ihre Magie besteht nämlich darin, daß sie einem Verzicht auf Verankerung gleichkommt; denn es wird nicht mehr und nicht weniger heute erwartet, als daß wir zustimmen, daß von beiden Seiten stillschweigend auf der einen Seite auf die positive Verankerung verzichtet wird und auf der anderen Seite verzichtet wird, auszusprechen, daß die Verankerung abgelehnt werde.

Ich verkenne nicht die Schwierigkeiten, die da entstehen, aber ich wehre mich dagegen, daß hier versucht wird, eine ausgesprochene Pleite, einen ausgesprochenen Mißerfolg in einen Erfolg umzudeuten. Hier müssen die gemeinsamen Anstrengungen fortgesetzt werden, hier muß versucht werden, die Frage Südtirol so lange in der internationalen Diskussion zu halten, bis eine Lösung gefunden wird, die das Überleben dieser deutschen Volksgruppe in Südtirol garantiert; es muß gegen die angezettelte Verschwörung angekämpft werden, die versucht, diese Minderheit als Terroristen, als Neonazisten und ähnliches zu stempeln.

Ich vermissе bisher zum Beispiel eine Aktion auf die unerhörte Verleumdung, die gerade jetzt im Zusammenhang mit dem Südtirol-Prozeß offensichtlich lanciert wird und die ich in der „Presse“ vom 16. 5. lese, daß es die Südtiroler Terroristen darauf angelegt hätten, mindestens 10.000 Menschen zu ermorden. Das nehmen wir offensichtlich still-

schweigend zur Kenntnis. Die alte und wiederholt erhobene Forderung, endlich durch eine mindestens Europa erfassende Information dieser Brunnenvergifterei entgegenzutreten, ist bisher bei den zuständigen Stellen der Regierung immer noch ungehört geblieben. Während wir im Begriffe sind, vor der Aufgabe zu kapitulieren, durch eine internationale Kontrolle und Garantie das wenige, was bislang erhandelt werden konnte, auch zu sichern, müssen wir feststellen, daß es in ähnlich gelagerten Fällen durchaus möglich ist, die zuständigen europäischen Instanzen zu aktivieren.

Ich erinnere an das im Februar ergangene Urteil im belgischen Sprachenstreit, das gezeigt hat, daß es möglich ist, die Instanzen, die sich ein hoffnungsvolles Europa geschaffen hat, auch einzusetzen. Wenige Zeit später waren drei Mitglieder des Europarates bereit, sich der Streitschlichtungsinstanz in zwischenstaatlichen Streitfällen zu unterwerfen. Es handelt sich um die Streitfälle, die zwischen der Bundesrepublik, Dänemark und den Niederlanden in den letzten Jahren entstanden waren. Nur Italien, das zwar die Europäische Streitbeilegungskonvention vom 29. April 1957 in Straßburg mit unterzeichnet hat, ist offensichtlich nicht dazu zu bringen, sie in den entscheidenden Teilen zu ratifizieren und dann auch anzuwenden.

Gerade das muß uns mißtrauisch machen und uns veranlassen, in der Verankerungsfrage nicht nachzugeben und uns nicht auf vage Expertisen, die, nebenbei gesagt, gar nicht einhellig sind, zu verlassen, daß es doch mit etlichen juristischen Kunststücken möglich sein werde, das Paket judiziabel zu machen; denn judiziabel wird immer nur die Behauptung einer konkreten Verletzung einer Vertragsnorm bleiben. Aber die Frage der Unterwanderungs- und Assimilierungspolitik in Südtirol, die Vorenthaltung der Autonomie, die man heute jedem Volk und jedem Volksstamm in der Welt garantiert, sind keine Probleme von Rechtsnormen, sondern das sind politische Fragen, und diese müssen auch politisch abgesichert werden.

Ich darf deshalb, ohne auf die Einzelheiten oder gar auf Alternativen, die sich in diesem Zusammenhang ergeben, einzugehen, heute schon ankündigen, daß das bisherige Verhandlungsergebnis in der Frage Südtirol von meiner Partei unter gar keinen Umständen angenommen oder gar mitverantwortet werden wird.

Meine Damen und Herren! Es wäre noch über eine ganze Reihe von Dingen zu diskutieren, und sie wären zu kritisieren. Aber in der von Ihnen geforderten und uns aufgezwun-

Dr. Scrinzi

genen Diskussion haben Sie sich am ersten Tage ja darauf beschränkt, Ihre Regierung zu glorifizieren. Am zweiten Tag haben Sie versucht, im ersten Teil die Debatte dadurch unmöglich zu machen, daß Sie im Hause einen solchen Krach hervorgerufen haben, daß die Redner der Opposition nicht zu Wort kommen konnten, und im zweiten Teil führen Sie die Debatte dadurch, daß Sie durch Abwesenheit glänzen.

Meine Damen und Herren von der ÖVP! Damit haben Sie die Wertigkeit dieses ganzen Unternehmens selber qualifiziert. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Gruber das Wort.

Abgeordneter Dr. Josef Gruber (ÖVP): Meine Damen und Herren! Wenn Herr Dr. Scrinzi gemeint hat, wir hätten durch Abwesenheit gegläntzt, dann darf ich ihm vorhalten, daß ihm von der Österreichischen Volkspartei zumindest mit der gleichen Aufmerksamkeit zugehört wurde wie von seiner eigenen Partei. Wenn er glaubt, daß wir nicht ans Rednerpult treten, dann werde ich ihm nun beweisen, daß wir sehr wohl auch noch weiter debattieren wollen. Es war allerdings schwer, Herr Dr. Scrinzi, Ihren Ausführungen nun eine Stunde lang mit der notwendigen Aufmerksamkeit zu folgen. Ich erspare es mir daher, auf Ihre Ausführungen einzugehen, und werde mit ein paar Bemerkungen auf die Ausführungen Ihrer Vorrednerin eingehen. Diese waren immerhin interessant, und ich glaube, man kann sich damit auseinandersetzen.

Aber so, Frau Kollegin Dr. Firnberg, ist es nun auch wieder nicht, daß Sie die Bildungspolitik in Österreich erfunden oder gepachtet hätten. Was Sie an Ziffern zum besten gegeben haben, das stammt nicht von einer Enquete, die Sie veranstaltet haben, sondern das sind die Ziffern, die im OECD-Bericht enthalten sind. Dieser OECD-Bericht wurde ja nicht von der Sozialistischen Partei initiiert, sondern dieser Bericht ist auch von der Regierung mit getragen; er steht uns zur Verfügung. Wir wissen genauso gut wie Sie, welche Mängel in unserem Bildungssystem noch vorhanden sind. Dadurch, daß Sie Dr. Kummer zitiert haben, haben Sie uns nichts angetan oder gar „Kummer“ bereitet, das alles wissen wir auch. Aber sagen Sie uns doch ein Land, in dem diese Mängel nicht vorhanden sind. *(Abg. Dr. Hertha Firnberg: Herr Dr. Gruber, ich habe gesagt: In jedem Land gibt es Probleme!) Na also! (Abg. Dr. Hertha Firnberg: Aber sie sind nicht so arg wie in Österreich, und es werden Maß-*

nahmen ergriffen!) Warum echauffieren Sie sich dann so bei Ihrer Rede, um uns vorzuhalten, daß die österreichische Bildungspolitik Pleite gemacht hätte? *(Abg. Czettel: Sowieso!)* Vom Unterrichtsministerium ist bereits der Auftrag für eine Bildungsplanung gegeben worden, nicht von der Sozialistischen Partei! *(Ruf bei der SPÖ: Nach vielen Urgerien von uns!)* Was Sie hier urgerien, das wird auch ohne Ihr Zutun von uns selbst wahrgenommen. Seien Sie dessen versichert. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. A. Pichler: Auf Kosten der Länder und Gemeinden! — Weitere Zwischenrufe.)* Es ist immerhin etwas interessanter geworden als während der Ausführungen des Herrn Abgeordneten Scrinzi. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Wenn Sie hier die Behauptung aufgestellt haben, im Bericht der Bundesregierung sei immer nur die Formel: „Es wird...“ enthalten, dann kann ich Ihnen sagen: „Es wurde“ auch. *(Abg. Moser: Es wurden inzwischen die Preise erhöht!)* Wir können ruhig auch im Perfekt sprechen. *(Abg. Doktor Hertha Firnberg: O ja, zum Beispiel beim Abbau der landwirtschaftlichen Subventionen: das „wurde“! — Gegenruf des Abg. Glaser.)* Wir reden nicht nur in der Zukunft.

Ich werde Ihnen etwas sagen, Frau Dr. Firnberg: In welchen Zeitintervallen waren früher Hochschulgründungen üblich? In Jahrhunderten! Wir haben innerhalb von wenigen Jahren zwei neue Hochschulen gegründet und haben außerdem noch die neue Fakultät für die Universität Innsbruck... *(Abg. Dr. Hertha Firnberg: Sie haben sie gegründet?)* Die Regierung hat sie gegründet, doch nicht Sie! *(Abg. Moser: Was hat denn diese Regierung gegründet? — Abg. Dr. Hertha Firnberg: Sie können doch nicht alles für sich in Anspruch nehmen, was 20 Jahre gemeinsam erarbeitet wurde! — Weitere Zwischenrufe. — Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner gibt das Glockenzeichen.)* Diese Regierung hat immerhin schon die neue Fakultät in Innsbruck gegründet. Wenn Sie der Abänderung des Hochschulorganisationsgesetzes betreffend Linz und betreffend Innsbruck zugestimmt haben, so kann ich Ihnen sagen, daß wir damit einverstanden sind, aber wir hätten das Gesetz auch ohne Sie abgeändert. Darauf können Sie sich verlassen. Dazu haben wir Sie nicht gebraucht! *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Hertha Firnberg: Sie waren sehr froh, daß wir mitgewirkt haben!)*

Es sind also zwei Hochschulen gegründet worden, es wurde eine neue Fakultät gegründet, und es wird in jedem politischen Bezirk eine allgemeinbildende höhere Schule errichtet. Dazu ist kein Gesetz notwendig, dazu brauchen wir Sie überhaupt nicht, das

Dr. Josef Gruber

macht das Unterrichtsressort auch ohne Sie. (*Abg. Wielandner: Das machen die Gemeinden!*) Nein, das machen nicht die Gemeinden, Herr Bürgermeister Wielandner. Sie sind ja nicht in der Situation, daß Sie bis jetzt einen Grund für eine solche Schule zur Verfügung gestellt haben. Ich weiß, daß die Gemeinden auch unter dieser Last seufzen. Wenn Sie aber meinen, es ginge so, daß man heute alles dem Bund aufhalst und andere Gebietskörperschaften nichts dazu beitragen, dann ist das auch, Frau Abgeordnete Dr. Firnberg, keine unkonventionelle Bildungspolitik. (*Abg. Moser: Aber dann haben Sie kein Recht, damit zu prahlen!*) Wenn Sie glauben, Sie können sich immer auf den Buchstaben berufen und sagen, ein Land brauche nichts dazu beizutragen, daß eine Hochschule gegründet wird, eine Gemeinde brauche eventuell keinen Grund beizustellen, so ist das nicht so. (*Unruhe und Zwischenrufe. — Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner gibt das Glockenzeichen.*) Nur im gemeinsamen Bemühen aller Stellen in Österreich kommen wir in der Bildungspolitik überhaupt weiter. (*Beifall bei der ÖVP.*) Wir haben bereits bewiesen, daß hier sehr weitgehende Fortschritte erzielt werden und heute bereits praktisch in jedem politischen Bezirk auch eine allgemeinbildende höhere Schule vorhanden ist. (*Abg. Steininger: Herr Dr. Gruber, das ist ja nicht richtig!*) Und das, glaube ich ... (*Abg. Dr. Hertha Firnberg: Alles in dem einen Jahr?*) Na gut, warum kritisieren Sie dann lange, daß nichts geschehen ist, daß immer nur in der Zukunftsfarm gesprochen wird? Wir haben auch für die Vergangenheit genug Leistungsbeweise aufzuweisen. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Doktor Hertha Firnberg: Alles, was 20 Jahre gemeinsam gemacht wurde, wäre jetzt Ihr Erfolg!*)

Aber, Frau Abgeordnete Dr. Firnberg, ein Kapitel hätten Sie besser doch nicht angeschnitten: das Kapitel Volksbegehren — Rundfunk. Wenn ich daran denke, welche Haltung der Herr Abgeordnete Dr. Winter hier an diesem Pult zum Volksbegehren eingenommen hat, dann scheint es geradezu eine Zumutung zu sein, Ihnen zuzuhören, wie Sie sich jetzt als Verteidiger des Volksbegehrens aufspielen. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Spielbüchler: Das ist eine Verdrehung! — Abg. A. Pichler: Der Ton macht die Musik!*) Sie hätten wohl am besten dazu gar nichts gesagt, sondern schamhaft geschwiegen. (*Abg. A. Pichler: Das hätten Sie auch besser getan!*) Dann hätte man vielleicht nicht mehr daran gedacht, daß Sie ja eine ganz besondere Stellung zum Rundfunk-Volksbegehren eingenommen haben. (*Abg. A. Pichler: Was Sie aus dem Volksbegehren gemacht haben! — Weitere Zwischenrufe.*)

Frau Abgeordnete! In diesem Fall kann ich wirklich sagen: Si tacuisses, philosophus mansisses! (*Abg. Dr. Hertha Firnberg: Ich werde niemals schweigen, wenn es um Gerechtigkeit und Wahrheit geht!*)

Ich möchte aber noch auf eine Bemerkung zurückkommen, die vorgestern der Herr Abgeordnete Thalhammer, seines Zeichens oberösterreichischer Abgeordneter, gemacht hat. Er hat sich bemüßt gefühlt, hier über das sogenannte berühmte oberösterreichische politische Klima zu sprechen, und hat gemeint: Na, so gut ist das ... (*Abg. Thalhammer: Da werde ich Sie fragen!*) Ach, er sitzt ohnehin da. Herr Abgeordneter Thalhammer, ich darf Ihnen sagen: Wenn Sie und Ihr Herr Kollege Tull weiter fortfahren, hier in dieser Art zu reden, dann wird es tatsächlich bald mit dem oberösterreichischen Klima zu Ende sein. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. A. Pichler: Da brauchen Sie erst die Oberösterreicher!*)

Herr Abgeordneter Thalhammer! Die Sozialistische Partei hat gerade auf dem Schulsektor jetzt einen besonderen Wunsch. Fragen Sie Ihren Herrn Landesrat Demuth, ob er nicht gerne Landesschulinspektor würde. Er wird es beim guten politischen Klima in Oberösterreich; er wird es aber nicht, wenn das eintritt, was Sie hier provozieren! Das kann ich Ihnen sagen. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. A. Pichler: Das ist eine politische Erpressung! — Abg. Czettel: Also schweigen sollen wir, damit Sie regieren können!*) Man soll halt solche Stellungnahmen nicht provozieren. Sie hätten besser getan, sich das vorher zu überlegen, Herr Abgeordneter Thalhammer! (*Abg. Lanc: Jetzt haben Sie sich demaskiert! Das wird Ihnen noch weh tun in Oberösterreich! — Abg. Mayr: Sie haben ja von Oberösterreich keine Ahnung!*) Ja, ich glaube, das tut Ihnen weh; ich kann auch nichts dafür. (*Abg. Moser: Das ist eine sachliche Politik! — Abg. A. Pichler: Eine „Politik für alle Österreicher“!*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Regierung Klaus hat in diesem einen Jahr ihrer Tätigkeit (*Abg. Czettel: Zuckerbrot und Peitsche!*) — das müssen vielleicht Sie wissen, Herr Polizeiminister (*Abg. Dr. Hertha Firnberg: Die demokratische Maske fällt langsam!*) — sicherlich eine ganze Reihe von Problemen gelöst. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Aber wie!*) Ich glaube, daß man sehr schwer sagen kann, was bei den Sozialisten in dieser Debatte überwiegt: das Bedauern über die Aktivität der Regierung (*Heiterkeit bei der SPÖ*) — der Herr Abgeordnete Dr. Scrinzi hat das immer wieder eine „hektische Aktivität“ genannt — oder auf der anderen Seite das Gejammer über

4384

Nationalrat XI. GP. — 55. Sitzung — 19. Mai 1967

Dr. Josef Gruber

das, was nicht geschehen ist. *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Wir jammern doch nicht! Denken Sie an die Wachstumsgesetze!)*

Herr Abgeordneter Dr. Weihs! Es sind zum Beispiel Probleme gelöst worden, die lange Zeit zur verschimmelten Marschverpflegung der Koalition gehört haben. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Das Rundfunkproblem ... *(Abg. Dr. Hertha Firnberg: Aber Sie mästen sich ganz gut an ihren Leistungen: Zuerst beanspruchen Sie alles für sich, und jetzt ist es die „verschimmelte Marschverpflegung“!)* Ich darf Ihnen sagen, Frau Abgeordnete Dr. Firnberg: Wir haben zum Beispiel im Vorjahr die Hochschulstudiengesetze verabschiedet *(Abg. Dr. Hertha Firnberg: Unsere Arbeit!)* — natürlich eure, alles ist euer! —, nachdem der Herr Minister Piffel den Widerstand der Sozialisten, insbesondere durch den Herrn Präsidenten Ing. Waldbrunner verkörpert, überwinden konnte. *(Abg. Dr. Stella Klein-Löw: Herausgezogen aus dem Verhandlungspaket der Koalition!)* Das haben wir ja schon im Vorjahr gesagt. Frau Kollegin Dr. Klein-Löw! Sie wissen ganz genau, wie die Dinge gelegen sind. Wir haben es begrüßt, daß Sie mitgegangen sind. Wir haben damit auch ein Problem einer Lösung zugeführt, das jahrelang in der Diskussion gestanden ist, dessen Lösung immer wieder verschoben wurde und am Einspruch der Sozialisten gescheitert ist. *(Abg. Dr. Hertha Firnberg: Am Widerstand der ÖVP gescheitert ist!)*

Wir haben auch ein Problem gelöst, das schon in der Ersten Republik vorhanden war: das Personalvertretungsgesetz. *(Abg. Czettel: Aber wie!)* Wir haben es so gelöst, wie es der Vorstellung des Herrn Bundesrates Dr. Koubek entsprochen hat. *(Abg. Czettel: Nach den Grundsätzen des Betriebsrätegesetzes?)* Daß er nachher eine Kehrtwendung um 180 Grad gemacht hat *(Rufe bei der ÖVP: Machen hat müssen, müssen!)*, müssen Sie mit ihm selber ausmachen. *(Abg. Dr. Hertha Firnberg: Ist das eine Märchenstunde?)*

Ein Problem, das die Koalition in den letzten Jahren immer wieder beschäftigt hat und in seinem Ursprung bereits auf die Erste Republik zurückgeht, ist das Wohnungsproblem. Auch dazu möchte ich einige Bemerkungen machen. Hat die Regierung etwa auf diesem Gebiet nichts getan? *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Mist!)* Das möchte ich den Herrn Abgeordneten Zeillinger fragen. Er ist jetzt leider nicht da; er hat vorhin schon mit dem Schlaf zu kämpfen gehabt, ich verstehe das. *(Heiterkeit. — Abg. Dipl.-Ing. Doktor O. Weihs: Wenn man Ihnen zuhört!)* Ich möchte ihn doch fragen, ob er dieses eine Jahr in diesem Haus überhaupt verschlafen hat, ob er nicht zur Kenntnis genommen hat,

daß das Versprechen der Regierung in diesem Punkt bereits in wesentlichen Teilen eingelöst ist.

Wir haben bereits im Dezember des vergangenen Jahres auf Grund eines Initiativantrages eine Änderung des Wohnbauförderungsgesetzes 1954 beschlossen. Diesem Initiativantrag ging eine Einigung der Landeshauptleute über einen neuen Schlüssel voraus. Es ist damals, weil das am 15. Dezember war — alle wollten schon in die Weihnachtsferien gehen ... *(Abg. Czettel: Sie vor allem!)* Nein, nein, Sie noch viel mehr, Herr Abgeordneter Czettel! *(Abg. Czettel: Wir haben ja gesehen, wie Sie sich verhalten haben! Wenn es 10 Uhr war, sind Sie unruhig geworden!)* Es ist gar nichts anderes dazu gesagt worden, lediglich die freiheitliche Fraktion gab die Erklärung ab, daß sie in diesem Punkt die Abstimmung freigeben werde. Es wäre aber sicherlich dazu etwas zu sagen gewesen. Ich fühle mich, provoziert durch den Herrn Abgeordneten Probst in seiner vorgestrigen Rede, verpflichtet, etwas dazu zu sagen.

Abgeordneter Probst hat hier über den Verteilungsmodus der Wohnbaumittel ein Klagegeld angestimmt. Ich möchte aber festhalten, daß der neue Schlüssel praktisch im Einverständnis mit allen Bundesländern von uns beschlossen worden ist. Man kann also nicht nachträglich sagen, wie benachteiligt ein Bundesland wäre. Ich darf aber auch, wenn dies in Vergessenheit geraten sein sollte, darauf hinweisen, daß diese neue Verteilung notwendig geworden ist, weil die sogenannte Proksch-Verordnung zu dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben worden war.

Meine sehr verehrten Kollegen von der Linken! Sie wissen, daß an dem Kampf gegen diese Verordnung nicht nur ÖVP-Leute maßgeblich beteiligt waren, sondern in gleicher Weise auch die sozialistischen Mandatäre in den Bundesländern. Mich hat der Herr Landesrat Schober, der vorgestern da droben auf der Galerie gesessen ist, persönlich gefragt, ob Oberösterreich wirklich die Verfassungsklage einbringen würde; die Kärntner warten schon darauf, daß sie in diesem Punkt nicht alleingelassen werden. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Nun ist der neue Schlüssel ausgearbeitet worden, er ist in Kraft getreten, und jetzt sagt der Herr Abgeordnete Probst, daß sich, wenn auf diesem Weg weitergegangen würde, eine Katastrophe anbahne, weil eben Wien nun weniger Wohnbaumittel bekomme. Das ist natürlich eine Folge eines neuen Schlüssels. Das wissen wir ohnehin! *(Abg. Lanc: Die Hälfte von dem, was Wien aufbringt!)* Ich will keinem Menschen das Recht absprechen,

Dr. Josef Gruber

sich für sein Bundesland besonders einzusetzen, und ich respektiere das. (*Abg. Haberl: Das sagt Drimmel auch!*) Ich möchte mich aber mit der Argumentation des Herrn Abgeordneten Probst doch in einigen Punkten auseinandersetzen. (*Abg. Lanc: Fragen Sie den Herrn Dr. Drimmel! Der wird Ihnen Ejzess geben!*) Glauben Sie nicht, daß wir mit unseren Wiener Freunden auch solche Debatten führen? Das ist doch selbstverständlich. Aber man muß auch die Argumentation der anderen Bundesländer einmal anhören.

Es ist schon vor geraumer Zeit ein Artikel erschienen: „Gegen jahrelange Überbezüge hat Wien eigentlich nie protestiert“. (*Abg. Czettel: Wer tut das schon? — Heiterkeit bei der ÖVP.*) Sicherlich. (*Abg. Czettel: Wobei noch geklärt werden muß, ob es Überbezüge waren!*) Man soll also nicht uns vielleicht eine Wien-Feindlichkeit in die Schuhe schieben, wenn wir sagen: Wir wollen auch zu unserem Recht kommen! Kollege Czettel! Sie müßten die Sache für Niederösterreich auch kennen! (*Abg. Lanc: Sagen Sie, wann es Überbezüge gegeben hat!*)

Wir in Oberösterreich haben allein in den Jahren 1961 bis 1966 150 Millionen Schilling zuwenig erhalten. Das ist eine Tatsache. Nun sind wir uns aber darüber einig — und ich nehme an, daß sich der Herr Kollege Moser zu diesem Kapitel noch zu Wort melden wird —, daß der Wiederaufbau im wesentlichen beendet ist und daß natürlich daher auch nicht der Schlüssel des Wiederaufbaufonds auf die neue Wohnbauförderung übertragen werden kann, wonach Wien als Bundesland 58 Prozent der gesamten Mittel bekommt; das macht immerhin bei 1,8 Milliarden Schilling einen ganz ansehnlichen Betrag aus.

Sie müssen also verstehen, daß wir bei einem Schlüssel für die neue Wohnbauförderung auch auf unseren Rechten bestehen, und da ist, glaube ich, eigentlich nicht die Front zwischen rechts und links, sondern da ist eben die Front zwischen denen, die etwas hergeben müssen, und jenen, die etwas wollen. Das ist doch ganz selbstverständlich. (*Abg. Lanc: Und die Wiener sollen hergeben! Nur hergeben! Immer hergeben! So können Sie den Föderalismus auf die Dauer nicht verstehen!*) Herr Kollege Lanc! Ich werde mich noch etwas eingehender damit beschäftigen, aber lesen Sie einmal zwischendurch den Artikel, damit Sie in dieser Sache überhaupt in Kenntnis gesetzt sind! (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Lanc: Ich brauche keine Artikel, um die Problematik zu kennen! — Abg. Dr. Withalm: Nur die „Arbeiter-Zeitung“!*)

Ich darf noch etwas zu diesem Punkte sagen. Der Herr Abgeordnete Probst — ich bedaure, daß er jetzt nicht da ist, aber jeder Mensch

hat natürlich das Bedürfnis, seinen Hunger zu stillen — hat auch gar keine richtigen Zahlen genannt. Er hat etwas von 46 Prozent gesagt. Auch diese Durchschnittszahl stimmt nicht. Er hat auch gesagt, daß die Regierung nun beabsichtige, Wien auf 23 Prozent herabzudrücken. Ich muß — und dabei komme ich wieder auf den Abgeordneten Zeillinger mit einer Bemerkung zurück — erwidern: Die Regierung hat keineswegs ihren Entwurf für ein Wohnbauförderungsgesetz 1968 in der Tischlade gehalten, sondern der Entwurf ist zur Begutachtung verschickt, er ist in aller Öffentlichkeit diskutiert worden, und da hätte der Herr Abgeordnete Probst auch daraufkommen können, daß in dem Entwurf überhaupt kein Schlüssel enthalten ist (*Abg. Dr. Withalm: Er ist ein junger Föderalist! — Abg. Haberl: Dafür werdet ihr jetzt Zentralisten!*), sondern daß man das völlig offengelassen hat. Aber es ist richtig, was der Herr Abgeordnete Dr. Withalm sagt: Der Herr Minister a. D. ist ein so junger Föderalist, daß er das vielleicht noch nicht wissen konnte. (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Skritek: Sie überheblicher Kerl!*) Herr Abgeordneter Skritek! Haben Sie vielleicht bemerkt, mit welcher Pose sich der Herr Minister a. D. Probst hierhergestellt hat, um seine Fragen an den Herrn Bundeskanzler zu formulieren? Das war nicht überheblich? Wenn einer von der ÖVP etwas sagt, was Ihnen nicht paßt, dann ist er überheblich; da tun wir nicht mit! (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP. — Abg. Harwalik zu Abg. Lanc, der die Ausführungen des Redners stehend verfolgt: Herr Kollege Lanc! Sie haben einen Sitz- und keinen Standplatz im Parlament! — Heiterkeit.*)

Ich möchte Ihnen noch einmal sagen: Der Entwurf, der zur Begutachtung ausgesendet wurde, hat bewußt den Schlüssel überhaupt offengelassen, um den Landeshauptleuten Gelegenheit zu geben, auf einvernehmlicher Basis einen Schlüssel vorzuschlagen.

Nun darf ich auch hier ganz offen sagen, daß die sozialistischen Vertreter der Länder natürlich auch für ihr Land genauso kämpfen, wie die ÖVP-Vertreter für Wien kämpfen. Das ist doch selbstverständlich. Aber auf einer gewissen Mittellinie muß man sich einmal treffen. (*Abg. Czettel: Warum machen Sie Probst dann einen Vorwurf?*) Er soll nicht mit falschen Zahlen operieren; den Vorwurf mache ich ihm! Er hätte sonst genau wissen können, daß heute bereits eine gewisse Annäherung, die jedenfalls über 30 Prozent für Wien liegt, praktisch schon, möchte ich sagen, im Bereich des Tatsächlichen liegt. Ich verrate nicht zuviel, daher habe ich etwas vorsichtig formuliert, aber Sie wissen ganz genau, daß man unter

Dr. Josef Gruber

die 30 Prozent nicht gehen wird, sondern daß man selbstverständlich Verständnis für die Wiener Situation haben wird.

Ich möchte aber doch noch etwas auch zu der Argumentation, betreffend den vielzitierten qualitativen Wohnungsfehlbestand, sagen. Es ist richtig: Wien hat einen qualitativen Wohnungsfehlbestand. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, der qualitative Wohnungsfehlbestand ist nicht nur in Wien vorhanden, er besteht auch in anderen Bundesländern. Es ist nicht einmal so, daß Wien prozentuell den größten qualitativen Wohnungsfehlbestand hat. (*Abg. Gertrude Wondrack: Dank der sozialistischen Wohnungspolitik! — Abg. Czettel: Absolut!*) Absolut, Herr Kollege Czettel!

Ich darf Ihnen etwas aus dem Wirtschaftsstatistischen Handbuch der Wiener Arbeiterkammer, Jahrgang 1964, vorlesen. (*Abg. Dr. Mussil: Das stimmt ja nicht! — Heiterkeit.*) Ich möchte dazu sagen, daß dieses Jahrbuch tatsächlich eine Fundgrube für Zahlen und Fakten ist, die für die ÖVP-Politik und gegen die SPÖ-Politik sprechen. (*Abg. Czettel: Der Mussil bestreitet es aber, Herr Kollege Gruber!*) Herr Minister Czettel! Ich nehme aber an, daß Sie es mit Ihrem geistigen Großvater, dem Philosophen Hegel, halten, der einmal, als man ihm vorgehalten hat, daß die Tatsachen ja gegen seine Philosophie seien, gesagt hat: „Umso schlimmer für die Tatsachen!“ (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.*) Sie glauben nicht, daß Hegel Ihr geistiger Großvater ist? Immerhin hat genauso wie Feuerbach auch Marx bei ihm gelernt. (*Abg. Lanc: Auch der Gruber! Gruber hat ihn eifrig studiert!*)

Diesem Wirtschaftsstatistischen Handbuch der Wiener Arbeiterkammer entnehme ich, daß das Burgenland 50 Prozent von allen seinen Wohnungen als schlecht deklariert hat. 50 Prozent des gesamten burgenländischen Wohnungsbestandes sind schlecht. Als entsprechende Merkmale sind hier angegeben: Wohnungen mit Wasserentnahme und Klo außerhalb der Wohnung. (*Abg. Czettel: Ihr habt zulange regiert im Burgenland!*) Bitte, ich werde Ihnen die niederösterreichischen Ziffern auch sagen. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Drei Jahre ist es schon rot!*) Ich darf Ihnen weiters verraten, daß das Land Niederösterreich 38,6 Prozent schlecht ausgestattete Wohnungen hat (*Abg. Konir: Weil der Müllner das Geld verbraucht hat!*), daß das Land Steiermark 38,4 Prozent schlecht ausgestattete Wohnungen hat (*Abg. Moser: Hat auch einen schwarzen Landeshauptmann!*) und daß erst dann das Land Wien mit 32,5 Prozent kommt und Kärnten bereits mit 32 Prozent. (*Abg. Wodica: Merken Sie den Unterschied!*) Auch das Land Oberösterreich — weil Sie vorher

von den ÖVP-Landesregierungen gesprochen haben: Kärnten und Wien rangieren auch mit — ist mit 30 Prozent nicht gerade so weit, daß man sagen kann, dort seien die Wohnungen ohnehin alle phantastisch. Ich wollte damit nur beweisen, daß es den qualitativen Wohnungsfehlbestand in jedem Bundesland gibt, in manchen Bundesländern sogar stärker als in Wien, und daß man mit diesem Argument nicht einfach operieren kann. So geht das tatsächlich nicht.

Ich könnte Ihnen aus diesem Buch auch nachweisen: Je weniger Wohnungen dem Mietengesetz unterliegen, desto höher ist der Prozentsatz der gut ausgestatteten Wohnungen. Auch das können Sie sich hinter die Ohren schreiben.

Ich möchte als zweites Faktum sagen: Wir haben am 25. Jänner hier die Kleine Wohnungsreform beschlossen. Damals ist dazu gesprochen worden. Ich möchte gar nicht mehr dazu sagen als die wesentlichsten Grundzüge. Der Inhalt war, daß beim Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds Wohnungseigentum begründet werden kann, daß eine Annäherung des Wiederaufbaufonds an die übrige Wohnbauförderung eingeleitet wurde, daß Bestimmungen gegen den Mißbrauch beim Wohnhaus-Wiederaufbaufonds eingeführt wurden ... (*Abg. Lanc: Unsere Forderung!*) Das haben wir schon drinnen gehabt, Herr Abgeordneter Lanc! Sie sollen nicht über Dinge reden, über die Sie recht wenig wissen. (*Abg. Moser: Sie sollten auch aufzählen, was wir erst im Ausschuß hineinnehmen mußten!*) Das haben wir auch. Wir waren damals so loyal, daß wir gesagt haben ... (*Abg. Moser: Dann reden Sie nichts davon!*) Habe ich etwas kritisiert? Ich habe nur festgestellt, daß wir das drinnen haben. (*Abg. Moser: Sie nehmen etwas für sich in Anspruch, was nicht Ihr Verdienst ist!*) Ich habe nicht gesagt, daß die einzige Grundlage die Regierungsvorlage war. (*Abg. Dr. Witalm: Wir haben jetzt überhaupt nichts beansprucht!*)

Aber einer Behauptung, Herr Abgeordneter Moser, die Sie damals gemacht haben, möchte ich heute noch widersprechen. Sie haben damals erklärt: Kleine Wohnungsreform, aber damit wird keine einzige Wohnung mehr gebaut! (*Abg. Czettel: Werden wir sehen!*) So gut rechnen müßte aber der Herr Abgeordnete Moser schon können: Wenn es beim Wiederaufbaufonds einen Betrag von 1,8 Milliarden Schilling gibt und nun 10 Prozent Eigenmittel verlangt werden, so sind das 180 Millionen Schilling, die zusätzlich dem Wohnbau zur Verfügung stehen. (*Abg. Moser: Wann wird denn die Wohnbauanleihe aufgelegt?*) Sie wird heuer aufgelegt, Herr Abgeordneter Moser.

Dr. Josef Gruber

(*Abg. Moser: In welchem Ausmaß denn? Nächstes Jahr ist das Gesetz schon außer Kraft! — Abg. Glaser: Sie stimmen ja sowieso dagegen! — Abg. Czettel: Passen Sie auf, daß der Finanzminister einverstanden ist!*) Nein, das werden Sie noch erleben, wenn Sie sich bei den Zwischenrufen nicht allzusehr strapazieren, daß Sie der Schlag trifft. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Moser: Wann wird sie aufgelegt? Antworten Sie doch darauf! — Weitere Zwischenrufe.*)

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner** (*das Glockenzeichen gebend*): Meine Damen und Herren! Beruhigen Sie sich beiderseitig! Mit der Aufregung halten Sie die Stunden nicht durch, die uns noch bevorstehen. (*Heiterkeit und Beifall.*)

Abgeordneter **Dr. Gruber** (*fortsetzend*): Wir haben seinerzeit, als wir zur Beschlußfassung der Kleinen Wohnungsreform auf den Semmering gefahren sind, vom Herrn Staatssekretär Weikhart gute Ratschläge mitbekommen. Wir haben sie uns zu Herzen genommen und haben gleich die weitere Marschroute für unsere Vorhaben festgelegt. Jetzt darüber sehr viel zu sprechen, halte ich für überflüssig, weil wir in absehbarer Zeit Gelegenheit haben, uns ausführlich darüber auseinanderzusetzen. (*Abg. Lanc: Außerdem haben Sie die Marschroute seither geändert!*) Nein, die Marschroute haben wir nicht geändert, Herr Abgeordneter Lanc. (*Abg. Moser: Wo ist denn die Mietenbeihilfe? — Abg. Czettel: Die ist am Semmering geblieben!*) Die Mietenbeihilfe ist in der Subjektförderung enthalten.

Darf ich Ihnen nun aus Ihrem eigenen Dokument etwas vorhalten. Sie kennen es doch, Sie haben es uns im Jahre 1965 überreicht. Herr Abgeordneter Moser, im sozialistischen Konzept — es war zugegebenermaßen sehr dürftig — steht immerhin drinnen, daß man sich vorstellt eine „Vereinheitlichung der Förderungsbedingungen aller Wohnbaufonds“. Haben wir das? — Na also. Man stellte sich vor: „Die Annuität sollte (wie derzeit beim Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds) mit 2 Prozent und einer entsprechenden Rückzahlungszeit von 69½ Jahren festgesetzt werden.“ Das haben wir. Wir sind fast auf Ihr Konzept übergegangen. (*Abg. Thalhammer: Mietzinserhöhung!*) Herr Abgeordneter Thalhammer! Überlegen Sie es sich zuerst, wenn Sie etwas sagen! In diesem Ihrem Dokument steht: „Der einheitliche Förderungskredit soll... 60 Prozent der Gesamtbaukosten im Wege der Direktfinanzierung sichern.“ Das steht da drinnen. Wir sind bei 60 Prozent. Wissen Sie das nicht? Dann steht noch: „Zu den Kapitalmarktmitteln sollen Annuitätzuschüsse von mindestens 4 Prozent gegeben werden.“ Da sagen wir allerdings: Diese Annuitätzuschüsse

geben wir nicht wahllos jedem, der ansucht, sondern nur dem, der im Rahmen der Subjektförderung wirklich förderungswürdig ist. (*Abg. Moser: Wer ist das?*) Sie sind in der Materie schon so lange praktisch daheim: Sie kennen die Vorarlberger Richtlinien, die Salzburger Richtlinien, Sie haben vielleicht schon etwas von den Kölner Richtlinien gehört, Sie haben vielleicht auch die deutschen Regelungen studiert, Sie werden also auch ... (*Abg. Moser: Aber wir haben bisher keine Richtlinien kennengelernt, die Sie erarbeitet haben!*) Ja, weil wir der Meinung sind, daß die Länder das festsetzen sollen, was im Rahmen der Länder tatsächlich als notwendig erachtet wird.

Ich wollte Ihnen nur sagen, daß wir mit den Grundsätzen unserer Wohnbauförderung nicht woanders stehen, als Sie selbst vorgeschlagen haben. Ich bin neugierig, wie Sie Ihre sture Ablehnung begründen, die wir bereits allenthalben hören. In der Arbeiterkammer sagt man: Konkret gehen wir in die Diskussion nicht so sehr ein, aber „aus grundsätzlichen Erwägungen“ müssen wir das ablehnen. Ich hätte dort gern eine ausführliche Debatte darüber gehabt, aber die war eigentlich nicht möglich. Sie beschränken sich lediglich darauf, daß Sie jetzt wieder vom längst verendeten „Zinsgeier“ reden, der schon längst in Verwesung übergegangen ist. (*Abg. Ing. Häuser: Siehe Hausbesitzerzeitung!*) Wenn Sie ihn wieder ausgraben, dann werden Sie die politische Luft damit vermutlich sehr stark verpestet. Ich glaube, daß Sie sich etwas anderes einfallen lassen sollten als die ewige Propagandawalze, der Mieterschutz sei in Gefahr. Sie wissen ganz genau, wie unser Mietrechtsänderungsgesetz beschaffen ist und daß der Mieterschutz keineswegs in Gefahr ist. Unsere Absicht dabei ist lediglich ... (*Abg. Moser: Mir scheint, Sie haben es nicht gelesen!*) Moment, Herr Abgeordneter Moser, ich habe es schon gelesen. Ich lese Ihnen jetzt etwas anderes vor (*Abg. Glaser: Der Lanc denkt eh schon nach!*):

Wir wollen einen „Ausgleich zwischen extremen Auswirkungen des Mieterschutzes und Mietzinsfreiheit“ schaffen, also einen Ausgleich zwischen den extremen Auswirkungen des Mieterschutzes auf der einen Seite und der Mietzinsfreiheit auf der anderen Seite. Das ist unser Bestreben. (*Abg. Moser: Dadurch, daß Sie generell die Zinse verteuern! Das ist Ihr Ausgleich!*) Diese Formulierung, die ich Ihnen jetzt vorgelesen habe, stammt aus einer Resolution, die die oberösterreichische Arbeiterkammer-Vollversammlung einstimmig beschlossen hat. Dieser Passus ist nicht auf unsere Initiative hineingenommen worden, damit hat uns Herr Kollege Kleiner als Verfasser dieser Resolution selbst überrascht.

4388

Nationalrat XI. GP. — 55. Sitzung — 19. Mai 1967

Dr. Josef Gruber

(*Beifall bei der ÖVP.*) Sie werden sich schwer tun, gegen Ihre eigenen Leute zu argumentieren.

Ich möchte aber doch noch ein paar Worte zu den anderen Kompetenzbereichen des Bautenministeriums sagen, und zwar zum Bundesstraßenbau und zum Bundeshochbau. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist bei diesen beiden Sektoren in der Erklärung der Bundesregierung von keinen legislatorischen Initiativen die Rede. Es ist auch nicht notwendig. Ich glaube, die Tätigkeit einer Regierung besteht ja nicht nur darin, daß sie uns Gesetzesinitiativen bringt, sondern besteht vor allen Dingen auch in der Administration, in der Verwaltung. Daß auf diesen beiden Sektoren des Bauwesens doch immerhin einiges geschehen ist, kann man mit Fug und Recht behaupten. Natürlich ist auch etwas geschehen, was uns alle nicht sehr freut, aber über den Bauskandal ist so viel gesprochen worden und wird wahrscheinlich noch gesprochen werden, daß Sie es mir sicherlich zugute halten, wenn ich darüber jetzt nichts spreche.

Man kann aber auch das Faktum nicht einfach abtun, daß wir heute eine Autobahn von unserer Landesgrenze bis zur Bundeshauptstadt oder, wenn Sie umgekehrt wollen, von der Bundeshauptstadt bis über Salzburg hinaus befahrbar haben und daß jedes andere Land sicherlich ein solches Ereignis gebührend würdigen würde.

Ich habe hier einen Ausschnitt aus der „Zürcher Zeitung“ vom 7. April 1967, wo in ziemlich großer Aufmachung berichtet wird, daß nun eine durchgehende Strecke von 84 km Autobahn befahrbar ist, daß das eine zu würdige Leistung ist und daß man mit den bisher bestehenden 208 km schon ein Drittel des gesamten schweizerischen Autobahnnetzes in Betrieb genommen hat. Aus der Meldung geht hervor, daß man in der Schweiz darüber eigentlich nur voll des Lobes ist und daß man auch nicht Anstoß daran nimmt, daß pro Kilometer Autobahn dort 6 Millionen Franken beziehungsweise 6,7 Millionen Franken aufgewendet wurden. Wenn man das umrechnet, ist es jedenfalls mehr als die 23,5 Millionen, die für den durchschnittlichen Kilometer Autobahn auf der Westautobahn in Österreich aufgewendet wurden. Ich glaube, daß es ganz günstig ist, auch einmal eine solche Stimme zur Kenntnis zu bringen, weil wir sonst Gefahr laufen, daß wir bei uns immer nur das Schlechte sehen, ein Haar in der Suppe suchen und so weiter, und andere müssen uns dann demonstrieren, daß man sich über eine nationale Leistung ersten Ranges auch freuen kann.

Ich glaube, daß die Eröffnung des bisher fehlenden Teilstückes bei Amstetten, daß die Eröffnung der Einfahrt von Preßbaum nach

Wien herein, daß die Fertigstellung der Wiental-Begleitstraße doch immerhin eine bedeutende Leistung ist, auch wenn man heute in Betracht ziehen muß, daß die eigentlichen Leistungen auf dem Bausektor bereits auf andere Autobahnabschnitte verlagert wurden, in die Steiermark, nach Kärnten, Tirol, Salzburg und Vorarlberg. Es sind heuer insgesamt pro Bundesland in Steiermark, Kärnten und Tirol 230 Millionen Schilling für Autobahnen vorgesehen, für Vorarlberg 100 Millionen, für Salzburg 80 Millionen, und für Oberösterreich und Niederösterreich steht auch noch ein Betrag zur endgültigen Fertigstellung zur Verfügung.

Ferner sind 180 Millionen Schilling für die vierte Wiener Donaubrücke bereitgestellt. Dies erwähne ich deswegen, weil der Herr Abgeordnete Probst es für gut befunden hat, auch dieses Kapitel hier anzuschneiden und zu fragen: Wann kommt die vierte Donaubrücke? Ich muß schon sagen, einen etwas besseren Kontakt zu seinen Parteifreunden in Wien hätte ich ihm doch zugemutet. Daß er nicht den besten Kontakt mit seinen Genossen etwa in Vorarlberg hat, das wissen wir alle längst (*Heiterkeit*), aber daß er nicht einmal weiß, was der Herr Bürgermeister Marek bereits mit dem Bautenminister ausgehandelt hat, daß er nicht weiß, daß am 3. April, glaube ich, eine Enquete über die vierte Donaubrücke stattgefunden hat und daß bereits am 13. April dieses Jahres vom Bautenminister praktisch der Beschluß veröffentlicht wurde, diese Brücke zu bauen, und daß die Mittel zur Verfügung gestellt werden, wundert mich. Das weiß der Herr Abgeordnete Probst alles nicht.

Er weiß gar nichts davon, daß bereits der Herr Bautenminister im Ministerrat berichtet hat über die Bereitschaft des Bundes, auch den Hochwasserschutzdamm in Wien zu errichten, daß allerdings noch immer kein formeller Antrag der Gemeinde Wien vorliegt, um die Förderung nach dem Wasserwirtschaftsförderungsgesetz durchführen zu können, Abgeordneter Skritek. (*Abg. Skritek: Es geht um etwas anderes auch noch!*) Geht es um etwas anderes? Na gut, aber man kann hier nicht ein Lamento anstimmen, wenn noch nicht einmal der Antrag von der Gemeinde Wien da ist.

Meine sehr verehrten Herren! Ich glaube, es ließe sich in dem Zusammenhang noch einiges auch zu den vorgebrachten Wünschen des Bundeslandes Wien bezüglich Bundesstraßen sagen. Selbstverständlich, jedes Land kämpft um eine Verbesserung seiner eigenen Position. Aber man muß das auch alles mit Argumenten tun, die wirklich hieb- und stichfest sind.

Ich möchte zu diesem Kapitel nur noch sagen, daß wir heute ein im Gesetz festgelegtes Autobahnnetz von über 1000 km haben, wovon

Dr. Josef Gruber

bereits mehr als ein Drittel ausgebaut ist, etwa 362 km sind dem Verkehr übergeben. Wir brauchen also dieses Licht nicht unbedingt unter den Scheffel zu stellen, auch nicht, was den Bundesstraßenbau anlangt. Die 9241 km Bundesstraßen erfordern jährlich einen ganz beträchtlichen Aufwand an finanziellen Mitteln. Es geht hier eben so wie auf anderen Sektoren auch, wie etwa auf dem Gebiete der Unterrichtsbauten. Natürlich, jedes Land und jede Stadt will möglichst rasch zu seiner Schule kommen, und jedes Land und jede Region möchte möglichst rasch eine gut ausgebaute Straße haben. Aber auf einmal alles zu tun, das kann eben niemand.

Weil ich gerade von den Unterrichtsbauten gesprochen habe, so sei auch auf die ganz respektable Leistung auf diesem Gebiet verwiesen. Es stehen heuer mehr Mittel zur Verfügung als im abgelaufenen Jahr. 617 Millionen Schilling insgesamt sind für Neubauten, für Generalsanierungen, für den Ankauf von Grundstücken vorgesehen. Es ist nicht so, daß sich der Bund alle Grundstücke schenken läßt, wie immer wieder behauptet wird. Es sind 36 Neubauten allein auf dem Gebiete des höheren Schulwesens im Gang. 56 Projekte sind in Planung. Es sind derzeit etwa 1000 Klassen für allgemeinbildende und berufsbildende höhere Schulen im Bau. Wenn man einen Durchschnitt von 27 Schülern pro Klasse zugrunde legt, dann werden derzeit Schulgebäude für 27.000 Schüler errichtet. (*Präsident Wallner übernimmt den Vorsitz.*)

Man soll also nicht immer nur kritisieren, auch wenn man in der Opposition ist, man soll auch einmal anerkennen, was wir mit den Mitteln aller Österreicher, mit den Steuermitteln aller Menschen in diesem Lande leisten. Es ist letzten Endes ja die Leistung der gesamten österreichischen Bevölkerung, und ich glaube, wir können auch darauf stolz sein.

Damit ist aber noch längst nicht die gesamte Investitionstätigkeit des Bundes auf dem Bau-sektor erschöpft. Wenn wir etwa darauf hinweisen, daß in den letzten fünf Jahren die Elektrizitätswirtschaft allein 18,5 Milliarden Schilling verbaut hat — das sind 3,7 Milliarden Schilling pro Jahr —, wenn wir darauf hinweisen, daß für den Wasserschutzbau in diesem Jahr wieder 650 Millionen Schilling zur Verfügung stehen, dann ergibt sich hier eben doch eine Leistung, auf die wir alle miteinander stolz sein können.

Der Herr Abgeordnete Peter hat nun vorgestern gemeint, die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers sei kein Bericht einer Regierung gewesen, sondern eine Propagandarede des ÖVP-Bundesparteiobmannes. Darauf kann ich nur folgendes sagen: Wenn ein solcher Bericht

hier gegeben wird, dann verlangen wir nicht, daß Sie in allem und jedem Ihre Zustimmung geben. Aber Sie müssen uns auch zugestehen, daß wir einen Rechenschaftsbericht über ein Jahr Arbeit, und zwar intensiver und fleißiger Arbeit, hier im Parlamente zur Kenntnis bekommen und darüber diskutieren. Es mag schon so sein, daß dieser Leistungsbericht für sich spricht und durch ihn die Bevölkerung über die positive Arbeit von Regierung und Parlament aufgeklärt wird, sodaß davon vielleicht eine werbende Wirkung ausgeht. (*Abg. Dr. Hertha Firnberg: Das glaube ich nicht!*) Wenn Sie Propaganda in dem Sinne verstehen, dann glaube ich auch, daß es eine Propagandarede gewesen ist. (*Abg. Eberhard: Das ist aber ein Trugschluß!*) Das lassen wir den Wähler einmal entscheiden. (*Abg. Eberhard: Der Wähler wird dann im Jahre 1970 entscheiden!*) So sicher bin ich nicht, Herr Abgeordneter Eberhard, daß Sie dann in einer anderen Stärke dasitzen werden als heute, sondern es wird so sein, daß die österreichische Bevölkerung diesen Bericht mit Genugtuung zur Kenntnis nimmt.

Sie können zur Kenntnis nehmen, daß die Regierung unser volles Vertrauen und die volle Unterstützung von seiten der ÖVP-Abgeordneten hat. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP. — Abg. Eberhard: Das wäre schön traurig, wenn sie es nicht hätte!*)

Präsident **Wallner**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kunst. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Ing. Kunst** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Obwohl die Österreichische Volkspartei bei den letzten Wahlen nur 48 Prozent der Wählerstimmen erhalten hat, hat sie es für zweckmäßig erachtet, allein zu regieren. Das ist ihr Recht. (*Abg. Dr. Witzhalm: So wie die Labour Party in England! Das haben wir schon oft gesagt!*) Aber daß ihre Arroganz und Überlegenheit so weit geht, daß sie der Meinung ist, sie brauche auf die Opposition überhaupt nicht zu hören, und daß sie darüber hinaus der Meinung ist, sie brauche auch die Interessenvertretungen bei Gesetzesbegutachtungen nicht anzuhören, das ist ein sehr bedenklicher Zustand.

Mein Vorredner, der Herr Abgeordnete Gruber, ist sogar noch etwas weiter gegangen als Ihr früherer Standpunkt: Reden könnt ihr ja, wenn wir es auch nicht gern haben, aber letzten Endes bestimmen wir mit Mehrheit, was geschieht! Der Herr Abgeordnete Gruber hat nun gezeigt, was wirklich darunter zu verstehen ist. Er ist weiter gegangen und hat erklärt: Wenn Sie, Herr Abgeordneter der Sozialistischen Partei aus Oberösterreich, noch

4390

Nationalrat XI. GP. — 55. Sitzung — 19. Mai 1967

Ing. Kunst

einmal eine solche Bemerkung machen, die uns nicht paßt, dann wird Ihr Gesinnungskollege in Oberösterreich, der praktisch auf Grund seiner fachlichen Eignung Inspektor im Schulwesen werden sollte, nicht Inspektor werden. Das ist eine glatte Erpressung! (*Lebhafte Zwischenrufe bei der SPÖ. — Widerspruch bei der ÖVP. — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen.*) Das ist glatte Erpressung, die wir ganz energisch zurückweisen müssen, und das ist gleichzeitig ein Faustschlag gegen die Erklärung Ihres Bundeskanzlers, der erklärt hat, niemals dürfe ein Staatsbürger wegen seiner politischen Gesinnung einen Nachteil erleiden. (*Abg. Ing. Häuser: So schaut die Praxis aus! — Abg. Moser: So schaut die Wirklichkeit aus! — Abg. Glaser: Wo bleibt denn die Listenverlesung, die Dr. Kreisky angekündigt hat? Stundenlang, hat er gesagt, wird er darüber reden!*)

Die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers war eine sehr dürftige Erklärung, und die Diskussionsbeiträge, die die Vertreter der Österreichischen Volkspartei in diesem Haus zu dieser Erklärung abgegeben haben, kann man dahin gehend zusammenfassen: Wir ÖVPLer, wir als Regierungspartei haben alles getan, was möglich war; es ist alles gut und schön, und wir können froh und sicher in die Zukunft sehen! Nachdem man aber die Arbeitslosigkeit in verschiedenen Gebieten unseres Staates, nachdem man die Zahlungsbilanzdefizite und andere erschreckende wirtschaftliche Probleme nicht einfach übertünchen kann, geht man in der Argumentation einen Schritt weiter und erklärt: Dafür ist natürlich nicht die Alleinregierung der ÖVP maßgebend verantwortlich, sondern dafür gibt es selbstverständlich nur die Verantwortung der Koalition! Und sofern das allein auf österreichischem Gebiet nicht ausreicht, macht man die internationale Entwicklung dafür verantwortlich. (*Abg. Machunze: Oder den Petrus!*) Den Petrus können Sie auch dafür verantwortlich machen. (*Ruf bei der SPÖ: Den Santa Claus!*) Auch dazu haben Sie sich selbst ja schon geäußert. Dazu gestatten Sie mir einige Antworten.

Sie, meine Herren der Österreichischen Volkspartei, haben das Glück, daß Sie noch von dem zehren, was in zwanzigjähriger guter Zusammenarbeit zwischen den beiden starken Parteien in Österreich geschaffen wurde. Wenn wir heute ein neutraler Staat sind und wenn wir in der Lage waren, eine Währungsreserve zu schaffen, von der Sie im vergangenen Jahr bereits 5680 Millionen Schilling abgeschöpft haben, so verdanken Sie das dieser Koalitionsregierung, und in dieser Koalitionsregierung waren es die Sozialisten, die nicht nur als Sozialistische Partei, sondern auch in allen Institutionen, auch im Gewerkschaftsbund,

den Mut gehabt haben, nach der furchterlichen Zeit des zweiten Weltkrieges und des Zusammenbruches diesen Staat und diese Wirtschaft aufzubauen zum Wohle ganz Österreichs! (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Withalm: Herr Kollege! Daß es einmal einen Kamitz gegeben hat, haben Sie ganz vergessen! Das haben Sie nie gehört!*) Und wenn man international von einem österreichischen Wirtschaftswunder spricht, dann ist das nicht das Verdienst der Österreichischen Volkspartei, Herr Sekretär Withalm, sondern dann ist es das Verdienst der Arbeiter, Angestellten, Beamten und der Bauern in diesem Staat. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wir haben den Mut gehabt, zu erklären: Nach einem sinnlosen, furchterlichen Weltkrieg ist es notwendig, daß wir den Riemen eng schnallen, daß wir auf den gerechten Lohnanteil verzichten, damit die ausgebombten und ausgeplünderten Betriebe dieses Staates aufgebaut werden können. Wir haben eingesehen, daß die Industrie- und Gewerbebetriebe in dieser Aufbauzeit mehr Gewinne brauchen, damit sie investieren können und wir rascher das Wirtschaftswachstum fördern können. Das haben wir eingesehen. Wir haben aber erklärt: Wir erwarten, daß die Gegenseite ebenfalls das staatsbürgerliche Bewußtsein voranstellt!

Unter Hunger wurde diese Aufbauarbeit geleistet, in guter, ehrlicher Zusammenarbeit, in der schwersten Zeit, in der uns durch die Besatzungstruppen große Belastungen auferlegt waren, in der der Verkehr durch die Bombenschäden lahmgelegt war, in der die Fabriken ausgeplündert und zerstört waren. Und diese Leistung wird nun herabgefotzelt von Ihnen, die Sie die Nutznießer dieser zwanzigjährigen Koalitionsarbeit sind! (*Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Glaser: Das ist eine Frechheit!*) Das ist keine Frechheit, das sind Tatsachen, Herr Abgeordneter! Sie haben dann die Möglichkeit, hier zu sprechen! (*Abg. Glaser: Das Wort „Fotzelei“ ist eine Frechheit!*) Dann können Sie das Gegenteil beweisen! (*Abg. Ing. Häuser: Fragt den Gruber wegen Frechheiten! — Ruf bei der SPÖ: Der Herr Glaser muß von Frechheiten reden! Gerade Sie! — Rufe: Ordnungsruf! — Abg. Glaser: Was ist dann Fotzelei? — Ruf bei der SPÖ: Sie haben kein Jota geleistet für die Arbeitnehmer! Sie nicht! — Abg. Glaser: Da muß ich auf Sie warten!*)

Präsident Wallner (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen. (*Abg. Glaser: Von den Verdiensten vom Olah leben Sie heute noch! — Gegenrufe bei der SPÖ.*)

Abgeordneter Ing. **Kunst** (fortsetzend): Auf Grund der Tatsache, daß in Österreich eine beängstigende wirtschaftliche Situation herrscht, reden Sie sich sehr leicht auf die internationale Entwicklung aus, und auch dazu gestatten Sie mir, als Abgeordneter meine Meinung zu sagen.

Wenn wir in der internationalen und in der nationalen Situation feststellen, daß es wirtschaftliche Schwierigkeiten gibt und daß die Industrie- und Gewerbebetriebe und die Landwirtschaft ihre Produkte nicht absetzen können, so liegt das nicht daran, daß die einzelnen Staatsbürger in diesen Staaten sich nicht besser kleiden, nicht besser leben, sich nicht sattessen und nicht besser wohnen wollen; es liegt auch nicht daran, daß die Industrie- und Gewerbebetriebe und die Landwirte nicht in der Lage sind, die Produkte zu erzeugen, die die Menschen haben möchten, um schöner oder besser zu leben. Alle Voraussetzungen sind gegeben! Es liegt an der Verteilung der gemeinsam erarbeiteten Reingewinne, und es liegt an der Organisation. Nur dadurch entstehen Krisen, daß diejenigen Menschen, die Betriebe besitzen, denen, die in diesen Betrieben arbeiten, nicht jenen gerechten Anteil geben, der es ihnen ermöglicht, den Lebensstandard zu verbessern. (Ruf bei der ÖVP: *Siehe Konsum!*) Das ist eine Tatsache! Denn Sie können ja nicht sagen, daß wir in Österreich vielleicht lieber Margarine essen und zusehen, wie 400.000 kg Butter um 15,50 S nach Japan verkauft werden, sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das wird in Österreich nie jemand verstehen! (Abg. **Wodica**: *Das ist ÖVP-Politik!* — *Weitere Zwischenrufe.*)

Die ÖVP hat am Beginn ihres Regierungsantrittes gesagt, sie wird das Wahlversprechen einlösen, sie wird eine Regierung bilden, die sehr sparsam ist. Ich kann Ihnen sagen, daß wir in Tirol sehr stolz darauf sind, daß wir zwei Minister und zwei Staatssekretäre in der Regierung haben. Aber kein Mensch in Österreich wird es verstehen, daß wir in dieser Regierung, in dieser Alleinregierung einer Partei unbedingt so viele Minister und Staatssekretäre brauchen. In der Koalition ist es eine Selbstverständlichkeit, daß bei zwei fast gleich starken Parteien die eine die andere kontrollieren will, und das soll ja auch so sein. Daß es aber auch in einer Partei so ist, daß der eine Bund den anderen Bund kontrolliert, wenn also der Wirtschaftsbund einen Minister stellt, dann der Bauernbund einen Staatssekretär und umgekehrt, das versteht niemand! Und wenn das die Sparsamkeit ist, dann kann ich Ihnen nur sagen, daß das sehr zu bedauern ist. (Zustimmung bei der SPÖ. — Ruf bei der SPÖ: *Das ist die ÖVP-Auffassung!* — *Weitere Zwischenrufe.* —

Abg. **Glaser**: *War das das Thema der gestrigen Parteivorstandssitzung bei euch?*) Ich bin nicht Mitglied des Parteivorstandes. (Abg. **Glaser**: *Dann fragen Sie den Herrn Zentralsekretär Probst!* — *Weitere Zwischenrufe.*) Da brauche ich nicht zu fragen, ich brauche niemanden zu fragen. Ich habe als Abgeordneter auch eine eigene Meinung, die ich mir hier und überall zu sagen getraue. (Zwischenrufe. — Abg. **Gratz**: *Wir sind neugierig, was die ÖVP mit dem Staatsfeiertag macht!*)

Weil wir aber gerade bei der Sparsamkeit sind, möchte ich erwähnen, daß auch diese Minister- und Staatssekretärposten schon deshalb geschaffen wurden, weil eine außerordentlich große Reiselust unserer verantwortlichen Regierungsmitglieder festzustellen ist. (Ruf bei der ÖVP: *Weil Sie nicht dabei sind!* — Abg. **Czettel**: *Zum Kadar nach Ungarn!* — *Weitere Zwischenrufe.*) Ich habe mich noch nie darum beworben, auch nicht, als ich schon früher einmal im Parlament war.

Man hat während des Wahlkampfes unseren damaligen Vizekanzler Pittermann wegen seiner Rußlandreise und seiner Reise nach Polen sehr verschrien und hat erklärt, er und alle Sozialisten sind kommunistenverdächtig, und es wäre sehr gefährlich, dieser Partei die Stimme zu geben. Es ist nun die paradoxe Situation eingetreten, daß in dieser kurzen Zeit Ihrer Alleinregierung Ihre Minister und Ihre Staatssekretäre wesentlich mehr gereist sind — vor allem nach Osten gereist sind — als in den 20 Jahren der Koalitionsregierung alle Vertreter aller politischen Parteien zusammen. (Beifall und Rufe bei der SPÖ: *Kadar!* — *Weitere Zwischenrufe.*)

Aber als unser Vizekanzler Pittermann nach Rußland und Polen gereist ist, hat er die Absicht gehabt, als verantwortlicher Ressortminister der verstaatlichten Industrie das zu propagieren, wozu wir Sozialisten nach wie vor noch immer stehen: ein neutraler Staat zu sein und mit allen Völkern in Frieden leben zu wollen und vor allem mit allen Völkern in wirtschaftliche Beziehungen zu treten, damit es uns möglich ist, in Österreich die Vollbeschäftigung und den Wohlstand zu sichern. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. **Glaser**: *Wenn wir eine Anleihe auflegen, stimmen Sie dagegen!* — *Weitere Zwischenrufe.*)

In diesem Zusammenhang war es dem damaligen Vizekanzler Pittermann möglich, von Rußland einen Großauftrag für die Errichtung eines großen Stahlwerkes zu bekommen, in Polen einen Großauftrag für eine große chemische Fabrik, und es ist nun paradox, daß der Herr Bundeskanzler Klaus jetzt nach Rußland fährt und in dem Ort, in dem diese Fabrik fertig steht, stürmisch begrüßt wird, wenn wir

Ing. Kunst

wissen, daß seinerzeit die Österreichische Volkspartei die Ansicht vertreten hat, daß die Auftragsvergabe nicht richtig war. Es wäre damals möglich gewesen, dem österreichischen Staat einen Auftrag von 2 Milliarden Schilling in Rußland zu verschaffen für die Errichtung dieses Werkes. Aber es war der Einspruch, den die Österreichische Volkspartei erhoben hat, und so wurde der Auftrag reduziert, und wir haben nicht jene Menge an Devisen bekommen, die wir hätten bekommen können. (*Ruf bei der ÖVP: Devisen ist gut! Das war doch ein bilateraler Vertrag! — Weitere Zwischenrufe. — Abg. Dr. Withalm: Unvollständig informiert!*) Es dürfte Ihnen ja bekannt sein, daß es bei diesem Auftrag darum gegangen ist, eine Milliarde Schilling in Devisen und eine Milliarde in Naturalien zu bekommen. Darum ist es gegangen, und das hat der Österreichischen Volkspartei nicht gepaßt! Sie hat den Standpunkt vertreten (*heftige Zwischenrufe — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen*): Wir wollen 75 Prozent Devisen, sonst sind wir nicht einverstanden, daß der Auftrag mit Rußland abgeschlossen wird. Daher haben wir also nicht eine Milliarde Devisen bekommen, sondern wesentlich weniger. (*Abg. Dr. Withalm: Vielleicht hätte es den Arbeitern auch nicht gepaßt! — Abg. Probst: Nein! Vizekanzler Bock hat den Einspruch erhoben! — Abg. Dr. Withalm: Selbstverständlich! Wegen der Sicherung der Arbeitsplätze bei uns im Lande ist das vereinbart worden, Herr Probst! — Abg. Probst: Dann fährt der Herr Kanzler hin und läßt sich feiern! — Abg. Dr. Withalm: Im Namen der Regierung! Das könnten Sie besser wissen! — Abg. Probst: Da sitzt der Schuldige oben! — Abg. Dr. Withalm: Sie sind heute genauso unvollständig wie vorgestern in Ihrer Rede! — Zwischenruf des Abg. Probst. — Abg. Dr. Withalm: Das müssen Sie besser wissen, Sie waren ja dabei!*)

Präsident **Wallner** (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte um Ruhe!

Abgeordneter **Ing. Kunst** (*fortsetzend*): Meine sehr geehrten Herren Abgeordneten! Tirol ist erfreulicherweise ein Land, in dem die Wirtschaft in einer noch wesentlich günstigeren Situation ist als in anderen Bundesländern dieses Staates. (*Zwischenrufe.*) Dennoch müssen wir feststellen, daß wir diese Konjunktur vor allem der Beschäftigungslage im Bauwesen, im Handel und Fremdenverkehr verdanken. Im Bauwesen deshalb, weil derzeit in Tirol im Inntal die Autobahn gebaut wird, weil Großkraftwerksbauten im Zillertal vorhanden sind und weil wir ungeheure Hochwasserschäden zu beseitigen haben. Werte Abgeordnete der Österreichischen Volks-

partei, wenn Sie auch versuchen, meine Ausführungen zu stören, gestatten Sie mir dennoch, daß ich zu diesen Problemen etwas sage.

Wenn wir nun Milliardenbeträge als Steuerzahler aufbringen müssen, um die Hochwasserschäden zu beseitigen, so deshalb, weil man die Warnungen der sozialistischen Abgeordneten hier in diesem Haus (*Ruf bei der ÖVP: Ein altes Märchen!*) und in Tirol und in anderen Bundesländern nicht gehört hat. Seit vielen, vielen Jahren haben wir als verantwortungsbewußte Gewerkschafter im Haus und im Land Tirol aufgezeigt, daß es von seiten des Bundes und der Länder besser wäre, rechtzeitig eine dementsprechende Summe von Geldern zur Verfügung zu stellen, damit es ermöglicht wird, der Gefahr der Lawinen und Wildbäche entgegenzuarbeiten, und nicht abzuwarten, bis die Katastrophen kommen. Man hat damals für uns kein Gehör gehabt. Es war uns nicht möglich, auf diese Art und Weise die Vollbeschäftigung in Österreich und vor allem in Tirol im Baugewerbe zu erreichen, weil dafür zuwenig Geld da war. Ein Bruchteil dessen, was wir heute als Steuerzahler aufbringen müssen, wäre ausreichend gewesen, um die großen Schäden, die über uns hereingebrochen sind, abzuwenden. (*Ruf bei der ÖVP: Warum waren Sie dann 1965 gegen dieses Gesetz?*)

Bezüglich der erwähnten Kraftwerksbauten und der Autobahnbauten möchte ich sagen: So erfreulich diese Erscheinung ist, wird es doch nicht lange dauern, bis diese großen Bauvorhaben zu Ende geführt sein werden, und dann werden Tausende von Bauarbeitern, die heute in Tirol arbeiten, ins Burgenland, nach Kärnten und nach Niederösterreich in ihre Heimatländer zurückkehren, in denen es bereits eine sehr starke wirtschaftliche Stagnation gibt. (*Abg. Dr. Withalm: Überhaupt wenn Sie weiterhin gegen das Energieanleihegesetz stimmen! — Abg. Ing. Häuser: Sie wissen genau, warum wir dagegen gestimmt haben! — Abg. Dr. Withalm: Das ist Wurst! — Widerspruch bei der SPÖ. — Abg. Dr. Withalm: Wenn wir in der Minderheit geblieben wären ...! — Ruf bei der SPÖ: Ihnen ist die Verfassung Wurst! — Weitere Zwischenrufe. — Abg. Dr. Withalm: Der Verfassung tut das gar nicht weh!*)

Präsident **Wallner** (*das Glockenzeichen gebend*): Bitte, den Redner nicht fortwährend zu unterbrechen!

Abgeordneter **Ing. Kunst** (*fortsetzend*): Trotz der günstigen wirtschaftlichen Situation müssen wir bei der Untersuchung der Beschäftigungslage feststellen, daß wir in Tirol doch sehr große Sorgen haben. (*Abg. Dr. Withalm: Fällt Ihnen wirklich nichts Gescheiteres ein?*)

Ing. Kunst

Wir stellen fest, daß es in neun großen Berufsbranchen im Vergleich zum vergangenen Jahr bereits zu einer Minderbeschäftigung gekommen ist. Diese Minderbeschäftigung ist sehr bedauerlich, weil es sich vor allem um Betriebe handelt, die letzten Endes nicht nur ein gewisses Stammpersonal haben, sondern weil es gleichzeitig auch Betriebe sind, die für den Export und daher für unsere Währung sehr entscheidend sind. (*Abg. Dr. Gorbach: Kunst net aufhören? — Weitere heftige Zwischenrufe. — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen. — Abg. Ing. Häuser zu Abg. Dr. Withalm: Erpressermethoden haben Sie! Einmal haben Sie es schon gemacht! — Abg. Dr. Withalm: Bis dahin sind Sie schon geläutert, Herr Kollege!*)

Wir hatten im März 1967 im Vergleich zum Vorjahr im Hotel- und Gastgewerbe zum erstenmal einen Beschäftigtenstand, der um 33 Personen geringer ist. Einen Monat später, am 30. 4. dieses Jahres, stellen wir fest, daß dieser Minusstand sich auf 613 Personen erhöht hat. Und hier, meine Damen und Herren, glaube ich, daß es gerade in Anbetracht des Zahlungsbilanzdefizits sehr deutlich wird, daß auf dem Fremdenverkehrssektor die Situation nicht mehr so rosig ist, wie sie früher war.

Wir haben in der Land- und Forstwirtschaft einen Abgang von 103 Arbeitnehmern, in der Nahrungs- und Genußmittelbranche von 112, in der Textilbranche von 263. Und hier möchte ich noch sagen, daß die Situation heute so ist, daß durch die Schließung einiger Textilbetriebe Ende März, durch den Abbau wieder 600 Arbeitsplätze freigeworden sind, sodaß sich also die folgenden Zahlen katastrophal ändern werden. In der Holzbearbeitung sind es um 182 Personen weniger, in der Bekleidungsindustrie um 481 Personen.

Das alles sind Zahlen, die zeigen, daß die wirtschaftliche Situation allmählich etwas kritischer wird und daß es höchst an der Zeit wäre, daß die Herren der Österreichischen Volkspartei von ihrem hohen Roß heruntersteigen, damit wir in der Lage sind, die Probleme in Österreich gemeinsam zu lösen. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Der Herr Abgeordnete Withalm hat in einer der letzten Haussitzungen erklärt, daß man etwas Neues vor hat, daß man hergehen und um zirka 200 Millionen Schilling Fabriks-hallen errichten will, die man dann an bestimmte Produzenten vermieten möchte, damit man die Wirtschaft in bestimmten Orten beleben kann. Herr Abgeordneter Withalm! Ich kann Ihnen sagen: In Tirol gibt es solche Fabriks-hallen, die seit vielen, vielen Jahren leerstehen. Es sind dies das Messerschmidt-Werk in Kematen, die Raspewerke in Kramsach, die

Jagdpatronenfabrik in Kramsach und die „Elektronik“ in Stanzach. Wir müssen feststellen, daß diese Betriebe in Schwierigkeiten waren und daß sie von neuen Besitzern aufgekauft worden sind mit dem Zweck, diese Betriebe stillzulegen.

Gerade im letzten Fall, „Elektronik“ in Stanzach, ist es besonders bedauerlich, denn die Arbeitnehmer und die Bauern des ganzen Lechtales und des Außerferns waren sich einig, daß in Stanzach in dem Betrieb, in dem früher einige hunderte Beschäftigte waren, wieder ein Produktionsbetrieb entstehen soll, in dem die Bauernsöhne und -töchter des Lechtales wieder einen Arbeitsplatz finden sollen, weil das Lechtal auf Grund seiner extremen Lage die Ernährung der Landwirte dort nicht sichert. Es war aber nicht möglich, diese Betriebe für Produktionsbetriebe zu erwerben. Alle unsere Versuche, unsere gemeinsamen Versuche, das zu erreichen, sind gescheitert. Der letzte Industrielle, den wir gefunden haben und der bereit gewesen wäre, dort eine Fabrik zu errichten und gute Löhne zu bezahlen, wurde ebenfalls überboten. Der Betrieb wurde aufgekauft und stillgelegt. (*Hört! Hört!-Rufe bei der SPÖ.*) Das hat den Zweck, daß die anderen größeren Betriebe, vor allem der eine, der ihn gekauft hat, nun an seine Arbeitnehmer keine höheren Löhne zu zahlen braucht. Es ist also billiger, Betriebe aufzukaufen und stillzulegen, als durch die Konkurrenz eines anderen Betriebes den Arbeitnehmern mehr Lohn zahlen zu müssen.

Ich möchte zu einem weiteren Problem kommen. Ich war gestern erschüttert, als Abgeordnete von Niederösterreich die triste Situation in einigen Gebieten aufgezeigt und erklärt haben, wie viele tausende Arbeitnehmer den Arbeitsplatz verloren haben. ÖVP-Abgeordnete haben dazu gelacht. Ich muß sagen: Ich bedaure es sehr! Sie waren der Meinung: Da ist ja gar nichts dabei, sie haben ja letzten Endes bereits einen anderen Arbeitsplatz oder sie werden ihn ja wahrscheinlich bekommen! Gestatten Sie mir, daß ich zu diesem Problem der Pendler doch einige Worte sage. Dieses Problem ist nicht lächerlich. Es ist auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen nicht sehr erfreulich. Denn es ist ja letzten Endes nicht nur in Tirol so, daß viele zehntausende Arbeitnehmer täglich von der Wohn- zur Arbeitsstätte stundenlang am Weg sind, sondern es kommt dies auch in anderen Bundesländern in noch größerem Umfang und noch drastischer vor. Es bedeutet das nicht nur eine körperliche Überanstrengung des einzelnen Arbeitnehmers, was sich letzten Endes dahin gehend auswirkt, daß seine Arbeitsmöglichkeit in frühen, in jungen Jahren so beschränkt wird, daß er in die

4394

Nationalrat XI. GP. — 55. Sitzung — 19. Mai 1967

Ing. Kunst

Frührente gehen muß und nicht einmal das Pensionsalter erreicht. Wir müssen mit Bedauern feststellen, daß wir heute viel mehr Arbeitnehmer haben, die das Pensionsalter nicht erreichen und in die Frühpension oder in die Invalidenrente gehen müssen, als Arbeitnehmer, die auf Grund ihres körperlichen Zustandes noch in der Lage sind, das Pensionsalter abzuwarten. Wenn man sich die Situation dieser Pendler vorstellt, dann muß ich sagen: Es wäre höchst angebracht, dafür zu sorgen, daß sich dieser Zustand ändert.

Weil ich eben die Raspewerke erwähnt habe: Es handelt sich hier um den Ort Kramsach. Es ist dies ein Ort, der verhältnismäßig nicht sehr groß ist. Dennoch gibt es in diesem Ort heute bereits 700 Pendler, die täglich viele, viele Stunden wandern müssen, um einen neuen Arbeitsplatz zu bekommen. Was heißt das aber? Ein Mensch, der viele Jahre, oft Jahrzehnte in einem Betrieb gearbeitet hat und diesen Betrieb und seine Arbeit liebgewonnen hat, muß plötzlich aus diesem Betrieb heraus, muß eine ganz neue Arbeit beginnen, muß von vorne anfangen, sich eine neue Existenz aufbauen. Und wenn er das Pech hat — wie wir es in Tirol feststellen konnten —, daß er wieder in einen Betrieb kommt, der einmal Schwierigkeiten hat, dann wird selbstverständlich in erster Linie der Pendler abgebaut, und erst dann kommen die Einheimischen dran. Das heißt also, daß diese Menschen teilweise überhaupt nicht mehr zur Ruhe kommen und daß sie einmal gar nicht wissen werden, wo sie in Zukunft ihren Arbeitsplatz haben werden.

Ich bin daher der Meinung: Wenn wir in Tirol allein 32,5 Prozent Pendler haben, dann ist es höchst an der Zeit, sich mit diesen Problemen etwas mehr zu befassen.

Eine weitere heikle Frage in Tirol ist die Angelegenheit des Berufsnachwuchses. Auch hier, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben wir sehr große Bedenken. Wir stellen mit Bedauern fest, daß es auf Grund der verfehlten Politik nicht möglich ist, eine genügende Anzahl von Lehrern auszubilden und dem Schulwesen zur Verfügung zu stellen. Über 400 Lehrer haben wir in Tirol zu wenig, das heißt, daß wir nicht in der Lage sind, jene Lehrer zu bekommen, die es den Arbeiterkindern und den Angestelltenkindern, aber auch den Bauern- und Selbständigenkindern ermöglichen, sich in der Schule jenes Wissen anzueignen, das notwendig ist, um sich im Wirtschaftsleben behaupten zu können.

Hier, meine Damen und Herren, stehe ich in Widerspruch zu den Äußerungen eines Abgeordneten aus Tirol, der vorgestern erklärt hat, die Österreichische Volkspartei sei der

Meinung, daß es in Österreich in der Zukunft nicht so sein kann, daß es nur Großbetriebe gibt, sondern daß unsere Zukunft in den Mittel- und Kleinbetrieben liegt und daß es vor allem bei diesen Mittel- und Kleinbetrieben davon abhängt, ob sie Zubringerbetriebe für die großen Betriebe, für die Konzernbetriebe werden. Diese Möglichkeit besteht aber nur in einem großen europäischen Wirtschaftsraum.

Ich stehe hier in krassem Widerspruch zu dieser Theorie und bin der Meinung, das bedeutet, daß unsere gesamte Wirtschaft vom Ausland abhängig wird und daß man vom Ausland her die Wirtschaft in Österreich so steuern kann, wie es in der Ersten Republik zum Untergang geführt hat. Damals war es so, daß wir nicht Herren unserer eigenen Wirtschaft waren und daß die Herren im Ausland bestimmt haben, was und wieviel in Österreich produziert wird. Das war am Energiesektor und das war in der anderen erzeugenden Industrie auch der Fall.

Ich bin der Meinung, daß wir in Österreich in der Wissenschaft, in der Technik und bei den Ingenieuren Menschen haben, die in der Lage sind, sich in Betrieben zu betätigen und diese Betriebe so aufzubauen und zu führen, daß wir uns international durchsetzen können. Gerade Tirol ist ein Beispiel dafür. Ich möchte in dem Zusammenhang das große Werk in Reutte, das Metallwerk Plansee aufzeigen, das heute eine Art Monopolstellung in der ganzen Welt hat, wodurch wir in der Lage sind, gegen schärfste Konkurrenz ohne weiteres zu bestehen. Ich möchte die „Biochemie“ in Kundl aufzeigen, einen Betrieb, in dem Penicillin und ähnliche Produkte erzeugt werden. Es waren die Wissenschaftler dieses Betriebes, die das Penicillin V erfunden haben, das heute im Lizenzwege in mehr als 30 Staaten nachproduziert wird. Ich möchte in dem Zusammenhang auch noch auf andere Betriebe verweisen, die immerhin bewiesen haben, daß wir in Österreich in der Lage sind, uns durchzusetzen; ob das die Jenbacher Werke sind oder ob es die großen Swarovski-Betriebe sind, die sich in der ganzen Welt eine Art Monopolstellung erarbeitet haben. Das alles sind Beispiele dafür, daß auch wir in Österreich in der Lage sind, Betriebe aufzubauen, die international einen Namen haben und sich durchsetzen können.

Ich bin daher entgegen der Ansicht der Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei der Meinung, daß unsere Zukunft der Wirtschaft darin liegt, daß wir uns spezialisieren und daß wir uns nicht auf die Massenproduktion und auf die Konkurrenz mit den Betrieben des Auslandes verlegen, sondern daß wir

Ing. Kunst

jene Produkte erzeugen, die für die großen, gigantischen Betriebe der Großstaaten uninteressant sind, die aber doch eine ungeheure Leistung und ein besonderes Können verlangen.

Wir haben in Österreich die angenehme Situation, daß wir tüchtige Wissenschaftler, Techniker, Ingenieure und sehr tüchtige Facharbeiter haben. Gestatten Sie mir zu sagen, daß ich etwas bestürzt bin über die Art und Weise, wie man versucht, diese Menschen zu halten. Die Bezahlung für diese Menschen ist so schlecht, daß sie in großer Zahl ins Ausland abwandern. Ich möchte nochmals sagen: In der Qualitätsarbeit sehe ich die Zukunft unserer österreichischen Wirtschaft. Es wäre daher höchst an der Zeit, daß man diesen Menschen im Inland Arbeitsplätze und Möglichkeiten gibt, sich zu betätigen, die es möglich und lohnenswert machen, in Österreich zu bleiben.

Weil Sie gerade über die Frage der Löhne und Preise so viel gesprochen haben, möchte ich sagen, daß es hier Situationen gibt, die man nicht ganz verstehen kann. Sie sprechen davon, daß die Preissteigerungen ja ganz minimal sind und daß die Löhne wesentlich gewaltiger gewachsen sind als der Produktivitätszuwachs. Es ist sehr interessant, meine Herren Abgeordneten, wie Sie von der Volkspartei sich das richten. Als wir nach dem Jahre 1945 die Wirtschaft aufgebaut haben und die Produktivität ungeheuer angestiegen ist, habe ich nie einen Abgeordneten sagen gehört: Jetzt müssen wir den Arbeitern, den Angestellten und den Beamten auf Grund der Produktivitätssteigerung auch dementsprechend im selben Ausmaß die Löhne und Einkommen erhöhen. Jetzt, wo eine gewisse Stagnation eingetreten ist, wird es auf einmal interessant. Die einzige Wissenschaft ist: Die Löhne können nur auf Grund der Zuwachsrate gesteuert werden.

Hiezu möchte ich auch noch etwas sagen. Wenn man davon spricht, daß die Löhne dieser Zuwachsrate weit voraneilen, so vergißt man dabei, zu erwähnen, daß ja letzten Endes auch der Finanzminister von diesen Löhnen eine ganz gewaltige Abschöpfung macht. Im Programm der Regierung war ja auch enthalten, eine Umverteilung des Volkseinkommens durchzuführen. Im Bericht des Herrn Bundeskanzlers steht ja, daß wir praktisch die Situation haben, daß auf Grund des Abbaues der Stützungen und auf Grund der Tarifierhöhungen — nicht erwähnt sind die Kraftfahrzeugbesteuerungen und nicht erwähnt sind die Besteuerungen der Kraftstoffe, die sich ja letzten Endes auch ausgewirkt haben — in verhältnismäßig kurzer Zeit die Regierung auf diese Art und Weise den Konsumenten 1,5 Milliarden Schilling entzogen hat. Im gesamten gesehen

ist meine Schätzung bestimmt nicht zu hoch, daß man die Kaufkraft um 3 Milliarden Schilling abgeschöpft hat.

Man sagt, diese Gelder seien selbstverständlich nur für Investitionen verwendet worden. Ich möchte sagen: Wenn diese Investitionstätigkeit für die erzeugende Industrie gewesen wäre und dadurch eine wirtschaftliche Ankurbelung, eine Besserstellung und eine Erhaltung unserer Arbeitsplätze gewährleistet gewesen wäre, dann könnten wir das verstehen. Aber wir müssen mit Bedauern feststellen, daß das keine produktive Angelegenheit war, sondern daß die Steuerabschreibemöglichkeiten zum Großteil ganz anders verwendet wurden und wir daher diese wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben.

Ich möchte in dem Zusammenhang nochmals sagen: Die 3 Milliarden Schilling, die Sie den Konsumenten abgenommen haben, fehlen bei der Kaufkraft, und jede unberechtigte Preiserhöhung vermindert die Kaufkraft der breiten Masse der Bevölkerung. Auf diese Art und Weise haben wir dann die Situation, daß die Gewerbe- und Industriebetriebe feststellen müssen, daß die Konsumenten in einem größeren Ausmaß ausfallen. Ich bin daher der Meinung, daß Ihre Politik nicht richtig ist.

Weil man gerade vom Wohnbau gesprochen hat, möchte ich sagen: Die Wohnbaufrage in Österreich ist meiner Meinung nach ein Katastrophenfall. Hier müßte man beginnen, wirklich ernstlich etwas zu tun und nicht immer davon zu reden und dann die Wohnbauförderungsmittel beim Finanzminister liegenzulassen und die Wohnbauförderung eher lahmzulegen als voranzutreiben. Wie soll denn heute ein junger Mensch in einer Stadt überhaupt zu einer Wohnung kommen? Auf dem Gebiet des kommunalen Wohnungsbaus kann auf Grund der budgetären Lage der einzelnen Gemeinden verhältnismäßig sehr wenig getan werden. Will der Betreffende sich aber eine Eigentumswohnung kaufen, dann ist es in Innsbruck heute so, daß er, bevor der Bau beendet ist, mindestens 200.000 S auf den Tisch legen muß; dann kriegt er vielleicht in drei Jahren eine Wohnung, und dann zahlt er für die Wohnung zirka 900 S im Monat.

Meine Herren der Österreichischen Volkspartei! Ich glaube, Sie können den jungen Wählern nicht glaubhaft machen, daß man auf diese Art und Weise in die Lage versetzt wird, einmal zu heiraten, eine Familie zu gründen und dann in dieser Familie ein Leben zu führen, das lebenswert ist. Ich glaube, daß man hier finanziell schon etwas mehr tun müßte.

Bezüglich der Südtirol-Frage gestatten Sie auch mir als Abgeordneten nur eine ganz kurze Mitteilung. Ich teile die Meinung des Herrn

Ing. Kunst

Bundeskanzlers nicht, daß auf diesem Sektor ein Fortschritt erzielt worden ist. Wir haben nicht die Situation, daß die beiden Partner über einen Vertrag verhandeln und sich über einen Abschluß ungefähr einig sind, sondern wir haben Gedächtnisprotokolle, deren Inhalt als sogenanntes Paket bezeichnet wird. Bei allen Verhandlungen wurde nicht festgehalten, wann dieses Paket einmal erfüllt werden soll, innerhalb welcher Zeit das Problem gelöst werden soll. Es beinhaltet nicht, was eigentlich geschehen soll, wenn der Partner das nicht einhält. Ich muß also sagen: Von einem Fortschritt kann hier bei weitem nicht die Rede sein.

Nun noch eine Frage zur Steuerreform. Der Herr Finanzminister hat anlässlich der Wahlen in Tirol erklärt, es sei eigentlich richtig, die Menschen, die bereit sind, über die normale Arbeitszeit hinaus zu arbeiten, nicht zu strafen. Auch die Forderung des Gewerkschaftsbundes sei richtig, daß man die Überstundenbesteuerung einmal weglassen soll und daß auch die Sonntagsarbeit nicht dadurch bestraft werden soll, daß man diese Arbeit ganz besonders besteuert. Wir warten nun auf diese Steuerreform und hoffen nur, daß dieses Wahlversprechen endlich eingelöst wird.

Nun noch eine Frage zum Fremdenverkehr. Der Fremdenverkehr ist einer der wichtigsten Zweige unserer Tiroler Wirtschaft, und wir können mit stolzer Freude feststellen, daß wir im vergangenen Jahr in Tirol 2,891.496 Fremde beherbergen konnten. Sie haben 18,977.297 Nächte und Tage in Tirol verbracht. Das ist eine sehr erfreuliche Entwicklung. Wir sind stolz darauf. Ich glaube, daß wir trachten müssen, diese Entwicklung noch weiter voranzutreiben.

Wenn wir aber die Aufteilung ansehen, dann stellen wir fest, daß im Beherbergungsgewerbe nur 51 Prozent Nächtigungen zu verzeichnen sind, während im Privatvermietungswesen bereits 49 Prozent Nächtigungen erfolgten.

Ich möchte in diesem Zusammenhang sagen: Diese Situation zeigt, daß man in der Preisgestaltung unserer Gaststättenbetriebe in Tirol von seiten der Gastronomie etwas zu weit gegangen ist. Man kann von den Gästen nicht verlangen, daß sie 100 S und mehr bloß fürs Schlafen zahlen. Denn bei dieser Situation stellen wir fest, daß die Gäste vorerst einmal in Privatquartiere abwandern. Darüber hinaus müssen wir aber feststellen, daß von anderen Staaten ganz gewaltige Anstrengungen gemacht werden, damit die Fremden in ihr Land kommen. Frankreich zum Beispiel hat staatliche Förderungsmittel gegeben, sodaß in der nächsten Zeit mit einer vermehrten Bettenzahl von 80.000 zu rechnen ist. Dazu kommen noch die

billigen Schiffs- und Flugreisen, die den Fremden das Wandern in weiter entfernte Länder ermöglichen. Auch die Konkurrenz, die billigen Angebote aus den Ostländern sind heute schon in Tirol zu verspüren.

Ich bin daher der Meinung, daß man von seiten des Staates aus trachten muß, die Gemeinden und das Land Tirol in Angelegenheit der Fremdenverkehrsförderung besser zu unterstützen. Wir brauchen in vielen Orten eine zweite Saison, sei es durch Errichtung von Bädern oder durch Errichtung und Erschließung unserer Berge durch Seilbahnen.

Ein wichtiger Faktor für den Fremdenverkehr ist aber auch die Sicherheit. Hiergestatten Sie mir, meine Damen und Herren von der ÖVP — so sehr begrüßenswert es ist, daß Sie sich für die Landesverteidigung eingesetzt haben —, daß ich auch für die brave Gendarmerie einmal eine Lanze breche.

Die Abgeordneten der Tiroler Volkspartei waren mit mir unlängst bei dem Gendarmeriekommandanten in Tirol, und wir haben mit dem führenden Beamten über die verschiedenen Probleme gesprochen. Wir mußten mit Bedauern feststellen, daß diese Idealisten, die Gendarmen in Tirol, bei der schlechtesten Bezahlung — wie die gesamten öffentlich Bediensteten — wirklich Gigantisches geleistet haben, daß der Aufbau aus dem Trümmerhaufen erfolgt ist und daß der Einsatz dieser Gendarmerie zur Sicherheit der Staatsbürger, zur reibungslosen Abwicklung des Verkehrs wirklich weit über ihre Verhältnisse hinaus gegangen ist.

Es ist auch bedauerlich, daß von seiten des zuständigen Ministers nicht einmal genügend Geld für den Ankauf von Benzin bereitgestellt wird, der es der Sicherheits- und Erhebungsabteilung und dem Verkehrsdienst ermöglicht, ihren Anforderungen gerecht zu werden. Die Tiroler Gendarmerie bräuchte 70.000 Liter. Auf Grund der Einsparungsmaßnahmen wird diese Literzahl auf 48.000 bis 55.000 reduziert. Interessanterweise muß die Gendarmerie beim Ankauf von Benzin die gesamten Steuern wie jeder andere Staatsbürger zahlen, während es für das Bundesheer wesentlich günstigere Bedingungen gibt. Ich bin der Meinung, daß es gerade in einer Zeit, in der wir international gesehen in Europa eine ruhige Entwicklung haben, angebracht wäre, die wichtigen Probleme zu lösen. Das wäre vor allem, die österreichische Polizei und Gendarmerie technisch so auszurüsten, daß es ihnen möglich ist, die Sicherheit zu gewährleisten.

Bei der Aufschlüsselung der Zuteilung für die Gendarmerie wird die Bevölkerungszahl genommen. Man vergißt dabei, daß wir in Tirol ja letzten Endes durch den großen

Ing. Kunst

Fremdenzuström außer der einheimischen Bevölkerung sehr viel Fremde haben, daß wir für die Abwicklung dieses Verkehrs und für die Sicherheit der Fremden zu sorgen haben und daß die Tiroler Gendarmerie eine Reihe von Sonderaufgaben hat, die in anderen Bundesländern nicht so gegeben sind.

Es ist daher unbedingt notwendig, die Tiroler Gendarmerie endlich so auszurüsten, daß diese Idealisten in der Lage sind, ihren Dienst einwandfrei zu versehen. Ich glaube, daß diese geringen Budgetmittel vorhanden sein müßten, um die Gendarmerie mit Fahrzeugen und mit Funkgeräten so auszurüsten, daß dies alles möglich wird. Wir haben keine Motorräder mit Funkgeräten, und wenn wir an den Grenzstellen Brenner, Kufstein und so weiter feststellen müssen, daß es zu großen Verkehrsstauungen, zu einem Chaos kommt, dann hat die Gendarmerie nicht einmal die Möglichkeit, mit Schmalfahrzeugen die Situation an Ort und Stelle zu beobachten und dann auf dem Funkweg zu melden, damit Entlastungsversuche unternommen werden. Ich glaube also, zur Sicherheit der einzelnen Staatsbürger und zur Sicherheit der Fremden und für die Abwicklung des Fremdenverkehrs wäre es notwendig, daß man hier etwas mehr tut als bisher.

Und nun zur finanziellen Situation dieser Beamten. In Anbetracht der damals schon schlechten Bezahlung hat man seinerzeit vereinbart, daß die Beamten drei Tage im Monat frei bekommen. Es sind das die sogenannten Absentierungstage. Seit acht Jahren aber haben die Gendarmeriebeamten in Tirol nicht die Möglichkeit, diese Tage in Anspruch zu nehmen, weil es personell einfach nicht möglich ist. Die Situation erfordert den Dienst. Es ist den Beamten auch nicht möglich, den Urlaub abzuwickeln. Ich möchte in diesem Zusammenhang den zuständigen Minister bitten, doch wenigstens dafür zu sorgen, daß man, wenn schon die Absentierungstage nicht in natura abgegolten werden können, den Beamten diese Tage bezahlt und damit anerkennt, daß ihre Mehrleistung wenigstens finanziell honoriert werden soll.

Ich möchte nun noch zu einem Betrieb kommen, der auch in gewissen Schwierigkeiten ist, und das ist die Saline Hall. In dem Betrieb, der seinerzeit Deutsches Eigentum war, „Alpine Chemische Schäftenau“ wurde die Produktion der Kochsalzanalysen eingestellt. Dadurch haben 20 Arbeiter den Arbeitsplatz verloren. Die Fernwirkung der Produktionseinstellung war aber, daß gleichzeitig in der Saline Hall eine wirtschaftlich ungünstige Situation entstanden ist, denn dieser Betrieb hat zirka um ein Drittel der Gesamtproduktion abgenommen. Ich hoffe nun, daß der zustän-

dige Minister in der Lage ist, dafür zu sorgen, daß die Arbeitsplätze der Salinenarbeiter auch in Zukunft gesichert sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Situation in Tirol ist keine allzu erfreuliche, wenn man die Wirtschaft genau betrachtet.

Bevor ich aber zum Schluß komme, möchte ich noch auf etwas eingehen, und das ist die Preisangelegenheit. Der Herr Abgeordnete Mitterer war sehr böse, als ich bei seiner Rede den Zwischenruf „Salat“ gemacht habe und ich mir in unserer Anfrage erlaubt habe, aufzuzeigen, daß es im vergangenen Jahr zur Tatsache wurde, daß man im Monat März von seiten des Großhandels im Burgenland und in der Gegend von Wien Salat in einer Menge von zirka 5 Millionen Häuptel um den Betrag von zirka 10 Groschen aufgekauft und sofort auf den Komposthaufen geführt hat. Zu derselben Zeit hat bei uns in Tirol der Salat 3,50 S gekostet. Ich stelle fest, daß vor Pfingsten in Tirol ein Häuptel Salat im Stadttinnern in einem der größten Privatgeschäfte unserer Stadt Innsbruck 4,90 S gekostet hat. In diesem Zusammenhang möchte ich feststellen, daß es uns Tirolern bisher möglich war, in Engpaßsituationen auf Grund des Nord-Süd-Tiroler Abkommens diese Engpässe zu überwinden. Das hat der neuen Regierung nicht mehr gepaßt. Nicht mehr der Tiroler Landeshauptmann, nicht mehr die Tiroler Bevölkerung und ihre Abgeordneten können letzten Endes darüber entscheiden, in welcher Form wir auch auf diesem Gebiet die Südtiroler unterstützen, sondern die Zuständigkeit wurde an das zuständige Landwirtschaftsministerium übertragen, und jetzt entscheidet der Landwirtschaftsminister. Er ist sehr weit von Tirol weg, den interessiert es nicht, ob in Tirol die Gärtnerei in der Lage ist, auf Grund der extremen Situation die Konsumenten mit genügend Lebensmitteln — in diesem Fall mit genügend Salat — und anderen agrarischen Produkten zu versorgen. *(Ruf bei der ÖVP: Im Konsum hat es keinen billigen gegeben!)* Es ist sehr bedauerlich, daß man den Tirolern nicht die Möglichkeit gibt, über das Nord-Süd-Tiroler Abkommen diese Engpässe zu überwinden, und ich würde es sehr begrüßen, wenn hier eine Änderung zustande käme.

Aber weil wir gerade bei der Preissituation sind, habe ich hier die Aussendung des Presseferates der Arbeiterkammer vom 10. Mai 1967. Dazu möchte ich wieder etwas sagen. Ich habe immer erklärt, daß wir Sozialisten Freunde der Landwirtschaft sind, daß wir dafür sind, daß man der Landwirtschaft Subventionen gibt. Aber kein Mensch in Tirol, auch der Bauer nicht, wird einsehen, daß man auf Grund der Verteilung dieser Subventionen und ihrer Anwendung Situationen schafft, wodurch

Ing. Kunst

zum Beispiel eine ungeheure Überproduktion entsteht und dann diese Überproduktion verschleudert wird.

In der Aussendung der Arbeiterkammer kommt sehr deutlich zum Ausdruck, daß auf der einen Seite durch die Erhöhung des Milchpreises um 1 S pro Liter für den Konsumenten der Konsum sehr stark zurückgegangen ist; der Rückgang beträgt 3,3 Prozent. Das entspricht einem täglichen Minderabsatz von 49.000 Litern. Auf der anderen Seite ist aber ein kräftiges Steigen der Milchproduktion zu erwarten. In den ersten Monaten betrug der Zuwachs 5,2 Prozent; Anfang April wurde sogar um 10 Prozent mehr Milch abgeliefert. Was geschieht nun mit dieser Mehrmilch? Sie wird letzten Endes verarbeitet, und was geschieht nun mit diesen neuen Produkten? Die Arbeiterkammer zeigt hier auf, daß man 400.000 kg Butter zum Preise von 15,50 S nach Japan verkauft, während die einheimische Bevölkerung Margarine essen muß, weil sich die Arbeiterfamilien die Butter um 40 S oft nicht mehr kaufen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, daß diese Beweise sehr deutlich dafür sprechen, daß die Politik der Österreichischen Volkspartei nicht ganz richtig ist und daß unsere Einwendungen gegen diese Wirtschaftspolitik der Ziel- und Planlosigkeit berechtigt sind. Steigen Sie herunter vom hohen Roß, arbeiten Sie mit der Koalitionspartei und mit den übrigen Oppositionsparteien (*Heiterkeit bei der ÖVP — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen*) weiterhin zusammen, oder regieren Sie so wie bisher allein weiter, Sie werden von den Wählern die dementsprechende Antwort bekommen! (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Peter: Herr Ing. Kunst, was erwarten Sie sich von dem Angebot an die ÖVP? — Heiterkeit.*)

Präsident **Wallner**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Reich. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Reich** (ÖVP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, daß meinem Vorredner, dem Herrn Abgeordneten Kunst, nur ein sogenannter Lapsus linguae unterlaufen ist. (*Abg. Dr. Withalm: Ein „Kunst“ fehler war das!*) Ich kann wirklich nicht annehmen, daß er noch immer nicht weiß, daß die Sozialistische Partei nun nicht mehr an der Regierung beteiligt ist. Die Debatte vorgestern und heute zeigt uns, daß die Sozialistische Partei eine Oppositionspartei geworden ist, und das seit etwas mehr als einem Jahr. Alle Ausführungen der sozialistischen Redner gipfelten ja darin, daß diese ÖVP-Alleinregierung nicht imstande sei, die notwendigen Regierungsgeschäfte so zu führen,

wie dies zum Vorteile Österreichs und der österreichischen Arbeiter, Angestellten und Beamten, der Selbständigen in Gewerbe und Handel und Industrie oder in der Landwirtschaft nötig wäre.

Meine Damen und Herren! Nun möchte ich denn doch sagen, daß einige Ihrer Redner auch zum Ausdruck gebracht haben, daß es eigentlich überflüssig gewesen sei, daß die Bundesregierung hier einen Bericht und dem Parlament eine Möglichkeit zur Diskussion über diesen Bericht gibt. Auch Sprecher der Freiheitlichen Partei waren der Meinung, daß dieser Bericht eigentlich überflüssig gewesen sei.

Meine Damen und Herren! Es ist sicherlich etwas Neues, daß eine Regierung nach etwas mehr als einem Jahr der Amtsführung dem Parlament einen Bericht über ihre Tätigkeit einerseits wie auch auf der anderen Seite eine gewisse Vorschau über geplante Maßnahmen gibt. Ich glaube, daß es wert ist, einmal ein solches Experiment zu wagen. Ich glaube ferner, daß es vom Mut der Regierung zeugt, wenn sie einen solchen Bericht über ihre Tätigkeit und über ihre Absichten nicht nur vor der Presse gibt, sondern wenn sie diesen Bericht vor den berufenen Vertretern des Volkes, vor den Abgeordneten zum Nationalrat, erstattet. Damit gibt die Regierung gerade der Opposition die Möglichkeit, außerhalb von sonstigen Gelegenheiten zu den verschiedenen Problemen Stellung zu nehmen. Sie haben diese Gelegenheit weidlich genutzt, und ich nehme an, Sie werden sie noch weiterhin nützen. Das ist eben im Wesen der Demokratie gelegen, daß wir sprechen, und ich glaube, daß es gut und richtig ist, wenn wir in diesem Forum sprechen, und daß es doch nicht richtig wäre, wenn man die Bevölkerung nur vor der Presse oder in sonstigen Enunziationen über Leistungen oder über Absichten informiert.

Gerade die Frau Abgeordnete **Firnberg** hat beanstandet, daß der Herr Unterrichtsminister des öfteren in Pressekonferenzen seine Absichten kundgibt und daß die Abgeordneten erst auf dem Wege über die Zeitungen erfahren, was der Unterrichtsminister plant und was er zu tun beabsichtigt. Die Frau Abgeordnete **Dr. Firnberg** sagte: Hierher, in das Parlament, gehören solche Berichte, und nicht vor die Presse!

Meine Damen und Herren! Ich weiß nun wirklich nicht mehr, was ich denken soll. Kommt ein Bericht der Bundesregierung in dieses Haus, dann sind einige Ihrer Redner der Meinung, den Bericht würden wir gar nicht brauchen. (*Abg. Czettel: Wer war es*

Reich

denn?) Zum Beispiel hat der Herr Abgeordnete Probst seine Rede als Wiener Abgeordneter gleich damit begonnen, zu fragen: Wer hat diesen Bericht eigentlich verlangt? (Abg. Dr. Withalm: „Wozu das ganze?“) Ist er überhaupt notwendig? Ein oder zwei Redner der freiheitlichen Opposition haben der gleichen Meinung Ausdruck gegeben. (Abg. Czettel: Eine Klarstellung: daß es nicht eine Erfüllung einer Entschliebung ist!) Ich freue mich, Herr Abgeordneter Czettel, daß Sie als Geschäftsführender Klubobmann nun auch schon der Meinung sind, daß dieser Bericht hier im Parlament behandelt werden soll. (Abg. Czettel: Es ist nicht der verlangte Bericht, den wir einstimmig beschlossen haben! Das wollte ich damit gesagt haben! — Abg. Dr. Withalm: Das stimmt doch nicht!) Es ist nirgends geschrieben, daß die Bundesregierung nur Berichte geben darf, die einstimmig beschlossen oder verlangt werden, sondern nach der Geschäftsordnung hat eben die Bundesregierung die Möglichkeit, sich zu einer Erklärung zum Wort zu melden. Das ist geschehen. Der Herr Bundeskanzler hat diese Erklärung abgegeben, und ich muß nochmals wiederholen: Sie haben bisher, vorgestern und auch heute, reichlich von Ihrer Möglichkeit der Kritik Gebrauch gemacht, ja Sie sind sogar so weit gegangen, daß Sie heute Dinge kritisiert haben, die mit der Gegenwart oder mit dem einen Jahr Regierungstätigkeit der ÖVP überhaupt nichts zu tun haben. Gerade der Herr Abgeordnete Kunst hat auf einiges verwiesen, was Jahre zurückliegt, und ich glaube, daß er damit ganz unbeabsichtigt vielleicht doch auch der Koalitionsregierung eine kritische oder eine schlechte Note ausgestellt hat.

Oder, meine Damen und Herren, wollen Sie denn wirklich ernsthaft behaupten, daß in diesem einen Jahr der ÖVP-Alleinregierung, in diesem einen Jahr, in dem auch Sie eine ganze Reihe von notwendigen Gesetzen gemeinsam mit dem früheren Koalitionspartner, mit der Österreichischen Volkspartei, beschlossen haben, in einem Jahr, in dem eine ganze Reihe von Gesetzen von allen drei Parteien dieses Hauses beschlossen worden sind, überhaupt nichts Positives (Abg. Zeillinger: Nicht viel!), sondern daß in diesem einen Jahre nur Negatives geschehen ist? Wollen Sie behaupten, daß in diesem einen Jahre die österreichische Regierung nichts anderes getan hat, als dieses Österreich an den Rand des Abgrundes zu führen? Aus manchen Ihrer Ausführungen hat es so herausgeklungen, als stünde Österreich wirklich schon am Rande des Abgrundes, und nur deshalb, weil der Österreichischen Volkspartei die Farbe Schwarz zugesprochen wird, haben Sie hier Schwarzmalerei betrieben.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß das doch nicht der richtige Weg ist, bei aller Anerkennung dessen, daß die Opposition nicht das tun wird, was man uns in mehreren Zwischenrufen zum Vorwurf gemacht hat, nämlich daß wir nur Weihrauch für die Regierung zu bieten haben. Ich glaube, es war der Herr Abgeordnete Dr. Scrinzi, der gemeint hat, daß wir als Vertreter der Österreichischen Volkspartei uns bisher nicht kritisch zu dieser Erklärung der Regierung gestellt haben, und er hat angeführt, wie die Verhältnisse im englischen Parlament sind. Die Verhältnisse im englischen Parlament sind eben anders. Sie sind aber auch insofern anders, als es dort ohne weiteres denkbar wäre, daß ein Angehöriger einer Oppositionspartei, ohne aus dieser Partei dann ausgeschlossen oder durch sie irgendwie sonst gemaßregelt zu werden, einmal pro, für etwas spricht (Zwischenrufe bei der SPÖ), was mit dem, was seine Partei will, gar nicht übereinstimmt. (Abg. Dr. Withalm: Konsequenz!) Dort ist es ohne weiteres möglich, daß ein Abgeordneter einmal für eine Regierung, der seine Partei nicht angehört, ein gutes Wort findet. Ich glaube, es wäre notwendig gewesen, auch einmal ein gutes Wort für unsere Regierung zu sagen, denn manches von dem, was geschehen ist, haben Sie selbst mitbeschlossen.

Meine Damen und Herren! Sie haben schon durch Zwischenrufe bei verschiedenen anderen Diskussionsbeiträgen etwas zum Ausdruck gebracht, ohne daß das entsprechende Wort bisher gefallen wäre — aber ich muß fast erwarten, daß es noch fallen wird —, nämlich daß es in Österreich, seitdem die Regierung der Österreichischen Volkspartei amtiert, einen Sozialstopp gibt. Der Herr Bundeskanzler hat in seinem Bericht auf Seite 13 unter anderem auch auf folgendes verwiesen — ich darf hier zitieren —:

„Die Regierung hat aber auch eine sozial fortschrittliche Politik betrieben; es ist kein Sozialstopp eingetreten. Im Gegenteil. Mit einem Anteil von 16 Prozent am Gesamtbudget und Ausgaben von über 12 Milliarden Schilling haben wir das größte Sozialbudget, das Österreich je hatte. Dies sind jedoch nur die Ausgaben im Bereich des Bundesministeriums für soziale Verwaltung. Die Gesamtausgaben des Bundes für soziale Wohlfahrt sind weiter gestiegen. Sie betragen im Jahre 1965 16,7 Milliarden Schilling, im Jahre 1966 18,3 Milliarden Schilling und im Jahre 1967 19,9 Milliarden Schilling, das sind 24 Prozent der gesamten Budgetausgaben.“

Meine Damen und Herren! Außerdem sind 100 Millionen Schilling zur Schaffung von Er-satzarbeitsplätzen vorgesehen, weitere 200 Mil-

Reich

tionen Schilling aus ERP-Mitteln für wachstumsfördernde Investitionen. Sie haben bei dieser Aufzählung des Bundeskanzlers durch Zwischenrufe zum Ausdruck gebracht, daß dies keine besondere Leistung sei, denn schließlich und endlich ergäben sich diese Aufwendungen aus Maßnahmen, die während der Zeit der Koalition beschlossen worden seien. Das ist richtig. Während der Zeit der Koalition sind eine Reihe von bedeutsamen politischen Maßnahmen in diesem Parlament beschlossen worden, die auf die Dauer weiterhin wirken, aber Ihr Zwischenruf war insofern unberechtigt, als Sie uns vor der Wahl im vorigen Jahr angekündigt haben, daß dann, wenn die Österreichische Volkspartei die Mehrheit bekommen sollte, die Pensionen gekürzt, die sozialen Leistungen herabgesetzt werden, und was es da noch an Schauernmärchen gegeben hat. Aber diese Erklärung, meine Damen und Herren, ist der Beweis dafür, daß nichts von dem, was Sie vorhergesagt haben, eingetroffen ist, daß nichts davon geschehen ist. *(Abg. Ing. Häuser: Im ersten Jahr vorläufig nicht!)* Herr Kollege Häuser! Und nun machen Sie bereits eine Einschränkung, indem Sie sagen „im ersten Jahr“. Sie wollen sich bemühen ... *(Abg. Ing. Häuser: Sie haben noch nicht alles erfüllt! Ihr sagt: Es gilt die ganze Periode! Also warten und warten!)* Sehr richtig! *(Abg. Ing. Häuser: Also warten!)* Sie wollen noch warten, bis wir das tun, was Sie vor den Wahlen der Bevölkerung erzählt haben. *(Abg. Ing. Häuser: Einige Beispiele haben wir ja schon!)* Ich glaube, Sie werden eben bis zum Jahr 1970 warten müssen, und Ihre Erwartungen werden sich nicht erfüllen. *(Abg. Ing. Häuser: Wir werden uns freuen!)* Sie werden sich nicht darüber freuen, sondern ich glaube, Sie werden traurig sein, denn dann haben Sie für die kommenden Wahlen keinen so guten Start, wie Sie das jetzt eigentlich doch erwarten. *(Abg. Ing. Häuser: Die Steuer wird Start genug sein!)* Kollege Häuser! Überlassen wir also die Entscheidung den nächsten Wahlen.

In diesem einen Jahr der Regierung ist nichts von dem eingetreten, was Sie in Aussicht gestellt haben. Sie sind bisher über das, was sonst auf dem sozialen Sektor geleistet worden ist, mit so einer Leichtigkeit und Großzügigkeit hinweggegangen, daß dies doch etwas verwunderlich ist. Die höheren Leistungen für die Bezieher von Kriegsopfer- und Opferfürsorgerechten ab Juli dieses Jahres, glaube ich, müssen doch auch erwähnt werden. Vor allem muß festgestellt werden, daß die Bundesregierung beabsichtigt, dem Parlament entsprechende Gesetzesvorlagen für die Dynamisierung dieser Leistungen, und zwar nach dem Anpassungsfaktor für das ASVG. und das GSPVG., vorzulegen.

Es muß doch auch ein Wort über die beabsichtigte Einführung einer Schwerstbeschädigtenrente, über die Erhöhung der Zusatzrente und über das, was sonst noch an verschiedenen Verbesserungen auf diesem Gebiet erfolgen wird, gesagt werden. Das sind ja letzten Endes Maßnahmen — das wissen Sie sehr gut —, die nicht nur für das heurige Jahr gelten, sondern dann, wenn sie heuer beschlossen werden, auch in den kommenden Jahren noch weiterhin gelten und daher auch die künftigen Budgets zu einem bestimmten Prozentsatz beeinflussen werden.

Wir haben uns mit den Problemen des Kohlenbergbaues beschäftigt. Maßnahmen der Umschulung und Schaffung von Arbeitsplätzen wurden vorbereitet. Wir haben vor allem ein Gesetz über die Sonderunterstützung für ältere Bergarbeiter über Initiative der Regierung, über Initiative des zuständigen Sozialressorts hier im Hause verabschiedet.

Für die produktive Arbeitslosenfürsorge sind vermehrte Mittel zum Einsatz gekommen. Im Oktober des vorigen Jahres wurde beim Bundesministerium für soziale Verwaltung ein Beirat für Arbeitsmarktpolitik errichtet. Außerdem wissen Sie ja, daß an einer gesetzlichen Neuregelung der Arbeitsmarktpolitik im Bundesministerium für soziale Verwaltung gearbeitet wird und daß diese Arbeiten vor dem Abschluß stehen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch darauf zu sprechen kommen, daß Sie am vergangenen Mittwoch einen Antrag eingebracht haben, mit welchem der Sozialausschuß verpflichtet werden sollte, bis zum 15. Juni des heurigen Jahres über das Ergebnis der Beratung über einen Antrag der Abgeordneten Benya und Genossen dem Hause zu berichten, über einen Antrag, der sich damit beschäftigt, in gesetzlicher Form Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu setzen. *(Abg. F. Pichler: Aber machen tun Sie nichts!)* Wir haben uns nicht gegen diesen Antrag an sich ausgesprochen, wir haben uns gegen die Frist ausgesprochen, ganz einfach deshalb, weil wir wissen — das ist auch Ihnen bekannt —, daß im Bundesministerium entsprechende Vorbereitungen getroffen werden, daß das Begutachtungsverfahren die Möglichkeit der Mitsprache gibt und daß es daher dann möglich sein wird, diese Regierungsvorlage in Behandlung zu nehmen.

An der Kodifikation des Arbeitsrechtes wird wiederum gearbeitet, die Gründungssitzung der Kommission hat im April des heurigen Jahres stattgefunden. Sie alle wissen, daß jetzt eine sehr lange Pause war, in der diese Kodifikation nicht behandelt worden ist.

Reich

Im Bundesministerium für soziale Verwaltung wurde eine eigene Abteilung für Frauenfragen errichtet, die sich insbesondere mit den Problemen der Teilzeitbeschäftigung, der Ausbildung und den zukünftigen Beschäftigungsmöglichkeiten für Hausgehilfen beschäftigt.

Im Vorjahr haben wir über Vorschlag der Bundesregierung das Lebensmittelgesetz endlich novellieren können und dadurch auch ermöglicht, daß eine Neukonstituierung der Codexkommission erfolgt. Diese Neukonstituierung der Codexkommission ist im März dieses Jahres erfolgt. Sie hat eine besondere Bedeutung für die Arbeit auf dem Gebiet der Lebensmittelkontrolle und die Volksgesundheit.

Im Herbst 1966 hat eine Enquete über die Krankenpflege stattgefunden. Das Ergebnis dieser Enquete wird ausgewertet werden.

Eine Novellierung des Ärztegesetzes ist in Vorbereitung.

In diesem Haus haben wir die 18. Novelle zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz mit einigen bedeutsamen Veränderungen für die Versicherten beschlossen. Auch die 19. Novelle zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz konnte verabschiedet werden, sie hat insbesondere für die politisch, religiös und rassisch Verfolgten eine verbesserte Anrechnung ihrer Emigrationszeiten gebracht.

Das Gewerbliche Selbständigen-Krankenversicherungsgesetz ist auf Grund von Initiativanträgen beraten und beschlossen worden. Es konnte endlich nach vielen Jahren eine verfassungsmäßige Sanierung der Meisterkrankenkassen erfolgen. Jetzt sind die Abstimmungen über die Aufnahme in diese Krankenversicherung im Gange; es ist eigentlich das erste Mal der Fall, daß durch eine Urabstimmung die Entscheidungen über die Einbeziehung in eine gesetzliche Krankenversicherung erfolgen.

Mit der 10. Novelle zum Landwirtschaftlichen Zuschußrentenversicherungsgesetz wurde der Hilflosenzuschuß für die Bezieher der landwirtschaftlichen Zuschußrenten eingeführt.

Die Kleinrenten sind ab November des vorigen Jahres um 15 Prozent erhöht worden.

Beim Karenzurlaubsgeld wird der Mindestsatz von 400 auf 500 S erhöht, was immerhin für mehr als 11.000 Frauen von Bedeutung ist.

Vor kurzem hat uns die Bundesregierung eine Vorlage über die Kranken- und Unfallversicherung der öffentlich Bediensteten zur Beratung im Nationalrat übermittelt.

Aber, meine Damen und Herren, wir werden uns ja noch bei einer anderen Gelegenheit mit Berichten zu beschäftigen haben, die von

Ausschüssen oder vom Plenum des Hauses verlangt worden sind, oder mit Berichten, die von der Bundesregierung angekündigt worden sind. Ich denke beispielsweise an den Sozialbericht, der von der Bundesregierung anlässlich der Regierungserklärung am 20. April des vorigen Jahres angekündigt worden ist, wobei wieder die Möglichkeit geboten sein wird, die Sozialpolitik der Bundesregierung unter die Lupe zu nehmen und entsprechende Feststellungen zu treffen. Sie werden dabei Gelegenheit haben, von Ihrer Seite aus wieder Kritik zu üben.

Ich glaube, wir sollten bei dieser Gelegenheit nicht übersehen, daß ein Personalvertretungsgesetz beschlossen worden ist, auch wenn es Ihnen nicht in allen Punkten gefällt, und daß damit einer großen Gruppe von Bediensteten die Möglichkeit gegeben worden ist, sich eine Personalvertretung auf gesetzlicher Basis zu wählen, einer Gruppe von Bediensteten, die Jahre hindurch diese Forderung erhoben hat, sie aber nie erfüllt bekommen konnte.

Meine Damen und Herren! Ich möchte doch noch an drei Beispielen besonders beweisen, wie problematisch Ihre Haltung gegenüber der ÖVP-Regierung und der ÖVP-Mehrheit ist und wie Sie in manchen Punkten Ihre Auffassung geändert haben.

Ich stimme mit Abgeordneten Kunst nicht überein, der sagte, die Österreichische Volkspartei habe sich entschlossen, allein zu regieren, sondern Sie haben sich entschlossen, das Angebot der Österreichischen Volkspartei, gemeinsam eine Regierung zu bilden, nicht anzunehmen. Die Österreichische Volkspartei war daher genötigt (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs: Arme Volkspartei!*), allein die Verantwortung auf sich zu nehmen. (*Abg. Ing. Häuser: Über die Bedingungen reden wir nicht!*) Ich glaube, daß die Bedingungen nicht untragbar gewesen wären. (*Abg. Ing. Häuser: Zu einem Vertrag gehören immer zwei! Es muß zumutbar sein! Das wissen Sie sehr genau, unter welchen Voraussetzungen man mit jemand anderem eine gemeinsame Sache macht! — Ruf bei der ÖVP: Der Kreisky war aber dafür!*) Aber Herr Kollege Häuser! Ich glaube, daß damals in Ihrer eigenen Partei die Auffassungen sehr geteilt waren und daß vielleicht durch eine nicht ganz entsprechende Berichterstattung an den Parteitag ein so enger Panzer für die Entscheidung der Parteivertretung angelegt worden ist, daß diese Parteivertretung eben nicht mehr anders konnte, als dieses Angebot leider — wie es heißen hat — abzulehnen. (*Abg. Ing. Häuser: Man kehre immer vor der eigenen Tür! — Abg. Dr. Withalm: Wir haben nichts zu kehren!*) Sie befinden sich also in Opposition.

Reich

In der letzten Zeit, meine Damen und Herren, hat die Frage der Pensionsanpassung, die Frage der Pensionen und Renten in Österreich wiederum eine größere Rolle gespielt. Heute, glaube ich, findet eine Versammlung des sozialistischen Verbandes der Rentner und Pensionisten statt. Die sozialistische Prominenz wird daran teilnehmen: der Herr Bürgermeister von Wien, der Herr Parteivorsitzende Dr. Kreisky, der Herr Präsident des ÖGB Benya — ich nehme an, in seiner Eigenschaft als sozialistischer Mandatar — und auch der Präsident des Verbandes der sozialistischen Rentner und Pensionisten Hofrat Uhlir. Ich bin davon überzeugt, daß dort alles vorgebracht wird, was nur gegen die Österreichische Volkspartei vorgebracht werden kann. Ich bin auch davon überzeugt, daß der Herr Bürgermeister nichts von jenem Fürsorgerentner erzählen wird — ich habe das schon einmal hier erwähnt —, der „unvorsichtigerweise“ eine Pensionistin geheiratet hat und dessen Fürsorgerente dann von 848 S auf 103 S herabgesetzt worden ist.

Es wäre eigentlich auch nicht besonders notwendig, sich heute hier mit den Problemen der Anpassung zu beschäftigen. Es ist ja noch Sache des Sozialministeriums, einen diesbezüglichen Antrag in der Bundesregierung zu stellen. Es ist Sache der Bundesregierung, dem Hauptausschuß des Nationalrates einen Verordnungsentwurf zur Beschlußfassung zu übermitteln.

Vor einiger Zeit habe ich in der Zeitung des Rentner- und Pensionistenverbandes folgendes gelesen:

„Dem derzeitigen Berechnungssystem der Pensionsdynamik wohnen erhebliche Mängel inne. Diese Nachteile für die Rentner und Pensionisten waren von den Sozialisten bereits bei den Beratungen über die Einführung des Dynamiksystems erkannt worden. Die sozialistischen Vertreter unter Führung von Sozialminister Anton Proksch hatten damals auch verlangt, alle solchen Nachteile zu beseitigen, konnten diesen berechtigten Wunsch aber nicht durchsetzen.“

Ich muß nur befürchten, daß Sie in der heutigen Versammlung den Rentnern und Pensionisten nicht sagen werden, daß diese Mitteilung falsch ist (*Abg. Ing. Häuser: Wieso?*), daß sie auf Unwahrheit beruht. Ich werde Ihnen das nun auch beweisen. (*Abg. Ing. Häuser: Bitte!*)

In Ihrem Antrag, die Berechnungsmethode für die Berechnung des Richtsatzes zu ändern, haben Sie in der Begründung unter anderem auch darauf hingewiesen, daß das Pensionsanpassungsgesetz von der Annahme ausging, daß die Einbeziehung der Lohnstufen von Ver-

sicherten, deren allgemeine Beitragsgrundlage den Betrag des im Vergleichsjahr in Geltung gestandenen Richtsatzes für Pensionsberechtigte aus eigener Pensionsversicherung nicht übersteigt, in die Berechnung der durchschnittlichen Beitragsgrundlage sowohl des Ausgangsjahres als auch des Vergleichsjahres die durchschnittliche Beitragsgrundlage zuungunsten der zu ermittelnden Richtzahl beeinflussen würde.

Diese Verhandlungen, die gar nicht leicht waren ... (*Abg. Ing. Häuser: Was ist jetzt mit der Höchstbeitragsgrundlage? Warum sagen Sie da nichts?*) Ich bin bereit, aber selbstverständlich, nur, Kollege Häuser, Sie sind manchmal so emotionell, daß Sie einen gar nicht aussprechen lassen wollen. (*Abg. Ing. Häuser: Das ist entscheidend für die Berechnung!*) Das ist es ja nicht! Das behaupten Sie heute und können es nicht beweisen. Ihre Experten werden Ihnen das Gegenteil beweisen, denn diese unechte Lohnerhöhung wollen Sie jetzt plötzlich durch die reine Beitragsgrundlagenerhöhung zur Aufwertung der Richtzahl heranziehen. Sie tun so, als hätte das Außerachtlassen der unteren Einkommen bis zum Richtsatz doch keine besondere Bedeutung.

Herr Kollege Häuser! Sie sind viel zu gut informiert (*Abg. Dr. Withalm: Aber der Reich ist noch besser informiert! — Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Glaubt er!*), als daß Sie nicht wüßten, daß jetzt bei diesen Ihren neuen Forderungen gerade diese Auslassung der unteren Einkommensgruppen eine größere Rolle spielt, während wir auf der anderen Seite eben eine Fiktion erzeugen, indem wir eine Höchstbeitragsgrundlage auch dann erhöhen, wenn gar keine Einkommensvermehrung damit verbunden gewesen ist. Wenn zum Beispiel ein Angestellter ein Einkommen von 8000 S hat, bekommt er auf Grund der Pensionsanpassung und auf Grund des Anpassungsfaktors eine höhere Höchstbeitragsgrundlage. Er zahlt zwar dann etwas mehr Beitrag, aber er kann nicht behaupten, daß er deshalb mehr Lohn bekommen hat.

Aber bei den unteren Einkommen sind die Dinge doch etwas anders gelegen. Ich möchte heute keineswegs sagen, daß wir uns damals bei den Verhandlungen nicht mit diesen Dingen ernsthaftest beschäftigt hätten. Sie haben genauso wie wir Berechnungen angestellt, aber Sie haben ja mit besonderer Eile auf diesem Gebiete gearbeitet, obwohl eine Parteienvereinbarung vorgelegen ist, nach der man sich nach Abschluß der sogenannten Rentenreform auch mit der Möglichkeit der Einführung einer regelmäßigen Anpassung der Pensionen und Renten an die Veränderungen der Lebenshaltung beschäftigen könnte.

Reich

Sie haben bereits im Jänner 1962, also noch vor Ablauf dieser Frist, einen Initiativantrag — es waren die Abgeordneten Uhlir, Preußler und Frau Wilhelmine Moik — auf Einführung einer Renten- und Pensionsautomatik eingebracht. Im Jahre 1962! Und Sie haben in Ergänzung des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes vorgeschlagen, unter anderem auch einen § 108 b einzuschalten, der klärt, wie die durchschnittliche Beitragsgrundlage für Zwecke der Renten- und Pensionsautomatik zu errechnen ist. Im vierten Absatz dieses neuen § 108 b sollte es dann heißen:

„Bei Anwendung der Abs. 2 und 3 bleiben die Lohnstufen außer Betracht, in die Versicherte eingereiht werden, deren monatliches Entgelt den Betrag des jeweils geltenden Richtsatzes für alleinstehende Pensionsberechtigte aus eigener Pensionsversicherung ... nicht übersteigt.“

Diese Bestimmung wird auch in der Erläuterung dieses Antrages begründet. Es heißt hier:

„Die durchschnittliche Beitragsgrundlage für Zwecke der Renten- und Pensionsautomatik wird als gewogenes Mittel der Tageswerte der allgemeinen Beitragsgrundlagen am 1. Februar und am 1. August für alle Versicherten errechnet. Dabei sollen aber diejenigen Lohnstufen außer Betracht bleiben, die Entgelten entsprechen, welche die Richtsätze für Ausgleichszulagen für alleinstehende Pensionsberechtigte aus eigener Pensionsversicherung nicht übersteigen. Entgelte von so geringer Höhe verzerren das Bild der allgemeinen Lohn- und Gehaltsentwicklung, zumal sie überwiegend nur auf Lehr- und Ausbildungsverhältnisse, Kurzarbeit und Beschäftigungen zurückgehen, die allein kaum eine Basis für den Lebensunterhalt bieten können.“

Meine Damen und Herren! Diese Ihre Auffassung haben Sie in einem anderen Antrag vom 14. Dezember 1962 wiederholt.

Während der Verhandlungen im Verhandlungsausschuß der damaligen Koalitionsparteien ist plötzlich bei den sozialistischen Verhandlungspartnern ein Memorandum aufgetaucht, das uns nicht bekannt gewesen ist, das uns aber dann auf unseren Wunsch bereitwilligst zur Verfügung gestellt worden ist. Es ist nie ganz geklärt worden, woher es kam, aber es stammt offenkundig aus Kreisen von Fachleuten, die der Sozialistischen Partei nahestanden. Es war keinerlei brisanter parteipolitischer Sprengstoff in diesem Memorandum enthalten. Wir haben es studiert und haben auch hier, und zwar auf Seite 2, folgendes gefunden — ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten wieder zitieren. Hier

sind zunächst einmal einige Indexreihen, darunter auch die durchschnittliche Beitragsgrundlage, angeführt. Dann heißt es:

„Die oben angegebene Indexreihe enthält die Meßzahlen der durchschnittlichen Beitragsgrundlage unter Ausschluß der Lohnstufen bis zur jeweiligen Höhe des Richtsatzes für Ausgleichszulagen ... Will man die Entwicklung der durchschnittlichen Beitragsgrundlagen als Maßstab für die jeweilige Anpassung verwenden, wird man zweckmäßigerweise solche Löhne und Gehälter außer Betracht lassen, die zufolge ihrer Geringfügigkeit kein Bild über die tatsächliche Lohnentwicklung geben können.“ Das war im Februar 1965.

Einige Tage später, und zwar am 27. Februar 1965, wurde uns wiederum ein sogenanntes Verhandlungspapier vom 26. Februar 1965 überreicht. Wir haben ja mehrmals Verhandlungspapiere ausgetauscht, um die Möglichkeit zu haben, unsere Standpunkte kennenzulernen und zu studieren, um also nicht nur zu reden, sondern uns auch in den Gremien abzusprechen. Da wurde auch wiederum das Problem der sogenannten Grundzahl, das ist die heutige Richtzahl, zur Sprache gebracht. In diesem Antrag, der sich wiederum mit der Ermittlung der sogenannten Grundzahl beschäftigt, heißt es dann, daß bei der Anwendung der vorhergehenden Absätze 3 und 4 die Lohnstufen außer Betracht bleiben, in die Versicherte eingereiht wurden, deren allgemeine Beitragsgrundlage den Betrag des jeweils geltenden Richtsatzes für Pensionsberechtigte aus eigener Pensionsversicherung nicht übersteigt.

Ich habe dann später mit Freude zur Kenntnis genommen, daß im Rednerdienst des ÖGB im Juni 1965 nach der Verabschiedung des Pensionsanpassungsgesetzes der Satz enthalten war, daß die Forderungen des ÖGB durch das Pensionsanpassungsgesetz voll erfüllt worden sind.

Und nun, meine Damen und Herren, wird hier festgestellt, obwohl diese Auslassung der unteren Einkommensstufen mehrfach in sozialistischen Anträgen begründet worden ist, daß sich gegen diese Verschlechterung in der Berechnung der Richtzahl beziehungsweise des Anpassungsfaktors die sozialistischen Vertreter unter Führung von Sozialminister Proksch mit allem Nachdruck gewendet haben und daß sie verlangt hätten, alle solchen Nachteile zu beseitigen; sie konnten diesen berechtigten Wunsch aber nicht durchsetzen.

Nun, meine Damen und Herren, bitte ich doch, die Pensionisten und Rentner aufzuklären, daß das kein Wunsch war, den Sie gegen die Österreichische Volkspartei nicht

Reich

durchsetzen konnten, sondern das war Ihre Vorstellung, und wir haben uns dieser Vorstellung angeschlossen (*Abg. Ing. Häuser: So schaut ihr aus!*), weil auch wir der Meinung gewesen sind, daß diese unteren Einkommen, zum Beispiel die Lehrlingsentschädigungen, für die durchschnittliche Lohnentwicklung nicht ausschlaggebend sind. Aber jetzt, seitdem die Österreichische Volkspartei allein regiert, jetzt, weil es für die nächsten Wahlen vielleicht wiederum interessant sein könnte, einen neuen „Rentenklaue“ zu erfinden, jetzt entdecken Sie plötzlich, daß diese Berechnungsmethode falsch ist, und nun schlagen Sie vor, diese Berechnungsmethode von heute auf morgen zu ändern. Das, meine Damen und Herren, war etwas zuviel verlangt.

Wir sind durchaus bereit, uns ernstlich mit diesen Problemen zu beschäftigen. Aber was von Ihnen jahrelang als richtig empfunden worden ist, das, meine Damen und Herren, muß man eben dann erst nochmals entsprechend prüfen, denn Sie hatten ja Gelegenheit, und die Berechnungen ergaben das immer wieder, in den vorhergehenden Jahren festzustellen, daß durch die Einbeziehung dieser unteren Einkünfte, die teilweise auch aus Nebenbeschäftigungen stammen, die gesamte Lohnentwicklung nach unten verzerrt wird.

Ich darf meinem Kollegen Preußler noch etwas sagen: Er hat bei der Behandlung Ihres Initiativantrages zur Abänderung des Pensionsanpassungsgesetzes, das heißt praktisch des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes, weil das Pensionsanpassungsgesetz ja dann in das ASVG. eingegangen ist, in der Hitze des Gefechtes bei der Begründung Ihres Antrages anläßlich der ersten Lesung erklärt, daß die erste Richtzahl bei der Anpassung für das Jahr 1966 in der Höhe von 1,070 — also „auf gut deutsch“, wie er sagte, 7 Prozent — aus der Gegenüberstellung der Jahre 1964 und 1963 entstanden ist. Und er meinte dann: „Regierung und Hauptausschuß des Nationalrates beschlossen auf Antrag des Sozialministeriums — damals noch unter Sozialminister Proksch“ — also nicht Weihrauch, ich meine, das ist natürlich nicht darunter zu verstehen —, „daß auch die Anpassung der laufenden Pensionen mit 7 Prozent zu erfolgen habe.“

Das war wirklich Weihrauch, ganz einfach deshalb, weil hier das Sozialministerium oder der Sozialminister nicht tätig werden konnte und brauchte, denn der gemeinsame Initiativantrag Uhlir, Reich, Hauser und so weiter enthielt für das Jahr 1966 schon die Anpassung im Ausmaß von 7 Prozent — Richtzahl ist gleich Anpassungsfaktor —, und es war dazu die Mitwirkung des Sozialministers

und sein Antrag nicht erforderlich. Das sei aber nur deshalb gesagt, meine Damen und Herren, weil in der Zeitschrift des sozialistischen Rentnerverbandes die kühne Behauptung aufgestellt worden ist (*Abg. Konir: Die Sozialisten waren schon immer kühn!*), daß die Sozialisten alle Nachteile bei der Berechnung schon rechtzeitig erkannt haben, aber sich gegenüber der bösen Österreichischen Volkspartei wieder einmal nicht durchsetzen konnten. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir aber, daß ich noch auf ein anderes Problem zu sprechen komme, das in der Regierungserklärung nicht erwähnt worden ist. (*Abg. Ing. Häuser: Also von den oberen Stufen reden wir jetzt doch nichts?*) Das habe ich doch schon gesagt, Kollege Häuser! Ich glaube, daß ich Ihnen klar und deutlich gesagt habe, daß dort nicht das Schwergewicht ... (*Abg. Ing. Häuser: Das ist eine Behauptung, die Sie nicht beweisen!*) Ich brauche es nicht zu beweisen. Sie haben ja die Unterlagen selbst. Was sind hier für Beweise aufgestellt worden? Was hat die Frau Abgeordnete Doktor Firnberg beispielsweise hier unter anderem gesagt, meine Damen und Herren? Ich möchte Sie doch bitten, gelegentlich den Beweis dafür anzutreten: „... und man hört“ — im Zusammenhang mit dem Rundfunk und Fernsehen sagten Sie das —, „daß in Zukunft im Rundfunk und Fernsehen Posten nicht mehr allein nach dem Können, sondern nach der Zugehörigkeit zur ÖVP vergeben werden.“ (*Abg. Dr. Hertha Firnberg: Verdienste für die ÖVP!*) Meine Damen und Herren! Wo ist denn der Beweis dafür? Ich bin eher imstande, einen Beweis für die rechnerische Behauptung aufzustellen. Aber Sie können von mir nicht verlangen, daß ich mich jetzt mit dem Bleistift herstelle und Ihnen diesen Beweis erbringe. Da bitte ich Sie doch, Kollege Häuser, sich die Unterlagen von jenen Mitarbeitern geben zu lassen, die damals mitgearbeitet haben und die damals — von Ihrer Seite — gerade den Vorschlag gemacht haben, was bei der Berechnung der Richtzahl außer acht gelassen werden muß oder soll.

Ein Problem aber möchte ich noch streifen, das von der Regierung nicht erwähnt worden ist. Aber es hat sich doch gezeigt, daß sich die Diskussion nicht ganz eng an das halten muß, was die Regierung hier erklärt hat. Der Abgeordnete Dr. van Tongel hat beispielsweise sehr eingehend seine Meinung über die Fragestunde zum besten gegeben, obwohl in der Regierungserklärung nichts über die Fragestunde enthalten gewesen ist. Ich hoffe, der Herr Präsident gestattet mir, daß ich doch auch noch zu einem Problem einige Worte sage, das

Reich

die österreichische Bevölkerung im gegenwärtigen Zeitpunkt sicherlich sehr stark beschäftigt; das ist das Problem der gesetzlichen Krankenversicherung nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz.

Es wäre müßig, meine Damen und Herren, nun anlässlich der Debatte zur Erklärung der Bundesregierung alles das anzuführen, was sich hier abspielt. Sie wissen selbst, daß sich auf der einen Seite die finanzielle Lage der Krankenversicherung in den letzten Jahren verschlechtert hat; die letzte Novellierung für die Krankenversicherungsbeiträge und eine Erhöhung der Höchstbeitragsgrundlage ist im Jahre 1960 erfolgt, und zwar wiederum nicht über Vorschlag des damaligen sozialistischen Sozialministers, sondern das mußte in einem gemeinsamen Initiativantrag Horr—Reich geschehen, um nur ja den Sozialminister nicht zu sehr mit einer unpopulären Maßnahme der Beitragserhöhung ... (Abg. Rosa Weber: *Das stimmt doch gar nicht!*) Aber, Frau Abgeordnete (Abg. Rosa Weber: *Das hatte ganz andere Ursachen!*), welchen Antrag ich eingebracht habe (Abg. Rosa Weber: *Aber die Schlußfolgerung, die Sie daraus ziehen, war ganz anders!*), das werde ich doch noch wissen und sagen dürfen. (Abg. Rosa Weber: *Das ist die Höhe der Demagogie!*) Das behaupten Sie, aber das werden Sie kaum beweisen können, denn bei den Verhandlungen bin ich gewesen; ich kann mich nicht daran erinnern, daß Sie dabeigewesen wären. Ich weiß ganz genau, daß es darum gegangen ist, daß Abgeordnete die unangenehme Aufgabe auf sich nehmen mußten, die Erhöhung der Beiträge und der Höchstbeitragsgrundlage in Form eines Initiativantrages vorzunehmen. Weder Kollege Horr, glaube ich sagen zu dürfen, noch ich oder die anderen Mitunterzeichneten haben sich sehr gefreut, denn es wäre primär Aufgabe des Bundesministeriums für soziale Verwaltung gewesen, rechtzeitig Vorkehrungen dafür zu treffen, daß es nicht zu einer so kritischen Situation kommt.

Und nun, meine Damen und Herren, möchte ich Ihnen doch folgendes sagen: Im Bundesministerium für soziale Verwaltung ist man nun dabei, Vorkehrungen zu treffen, um diese schwierige Situation, soweit es nur irgendwie möglich ist, zu überbrücken. Sie haben selbst durch Ihre Sprecher mehrfach zum Ausdruck bringen lassen, daß die Höchstbeitragsgrundlage erhöht werden müsse. Der Herr Abgeordnete Pfeffer hat in der 45. Sitzung des Nationalrates am 8. Februar des heurigen Jahres unter anderem auch erklärt: „Im Mai“ dieses Jahres — ich darf wiederum aus dem Protokoll zitieren — „werden es sieben Jahre sein, seit die Höchstbeitragsgrundlage in der Krankenversicherung mit 3000 S pro Monat festgesetzt

wurde. Die Folge davon“ — sagte er —, „daß so lange keine Anpassung erfolgte, ist, daß bereits eine große Unterversicherung besteht. Durch Zählungen, die im August 1966 durchgeführt wurden, ist erwiesen, daß 42 Prozent der über 2 Millionen Beschäftigten in Österreich unterversichert sind. Unter diesen 42 Prozent, die Angestellte und Arbeiter umfassen, betrifft es 38 Prozent Lohnempfänger.“

In einem Interview hat sich der Vorsitzende des Sektionsausschusses Allgemeine Krankenversicherung, der Herr Abgeordnete Horr, dafür ausgesprochen, indem er erklärte: „Die Höchstbeitragsgrundlage in der Krankenversicherung ist seit Jahren bei einem Betrag von 3000 S eingefroren. Es ist nicht einzusehen, weshalb diese Beitragsgrundlage nicht angehoben werden sollte.“

Meine Damen und Herren! Dann wurde eines Tages bekannt, daß im Bundesministerium für soziale Verwaltung Überlegungen angestellt werden, wie denn diesen finanziellen Schwierigkeiten der Krankenversicherung entgegengetreten werden könnte. Unter anderem scheint man dabei auch an eine Erhöhung der Höchstbeitragsgrundlage ab dem kommenden Jahr gedacht zu haben. Was mußten wir nun zu unserer Überraschung, da wir mehrfach schon gehört haben, daß diese Höchstbeitragsgrundlage längst überholt war, am 11. Mai 1967 in der „Arbeiter-Zeitung“ lesen? „Krankenkassenbeiträge höher? — Höchstbeitragsgrundlage soll am 1. Jänner erhöht werden“. Im Fettdruck heißt es dann:

„Im Sozialministerium arbeitet man derzeit an Plänen, die Höchstbeitragsgrundlage für die Krankenversicherung um 20 bis 30 Prozent zu erhöhen, wurde Mittwoch aus gewöhnlich gut informierter Quelle bekannt. Diese Erhöhung, die am 1. Jänner 1968 in Kraft treten soll, würde für zahlreiche Arbeitnehmer höhere Krankenversicherungsbeiträge bedeuten.“ — Eine Feststellung, die auch schon ein Volksschüler treffen kann.

„Mit einem solchen Plan“ — heißt es aber weiter, und das zeigt doch, mit welcher Demagogie heute gearbeitet wird — „gibt das Sozialministerium praktisch zu verstehen, daß man auf Regierungsseite offensichtlich bereit ist, auf die Honorarforderungen der Ärzte zu Lasten der Krankenversicherten einzugehen...“

Meine Damen und Herren! Sie haben das sicher auch gelesen. Und ich habe das Empfinden, daß so mancher unter Ihnen ein sehr schlechtes Gefühl hatte, als er diese Behauptung lesen konnte, gerade jene, die bei anderer Gelegenheit festgestellt haben, die Höchstbeitragsgrundlage in der Krankenversicherung sei überholt. Nun versucht man dem Sozialministe-

Reich

rium, der Frau Sozialminister, dem schwarzen ÖVP-Minister in die Schuhe zu schieben, daß er ab dem kommenden Jahr auch die Beiträge für die Krankenversicherung erhöhen wird. Ich überlasse es der Frau Sozialminister, in welcher Form sie die weiteren Überlegungen anstellen wird. Aber wenn Sie glauben, daß damit der Sache gedient ist, dann ist das falsch. Wenn Sie sich nicht identifizieren mit dem, was in der „Arbeiter-Zeitung“ stand, dann empfehlen wir Ihnen, den Redakteuren der „Arbeiter-Zeitung“ zu sagen, wie die Dinge in der Krankenversicherung wirklich liegen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Sie sollten es im übrigen schon wissen, aus verschiedenen Erklärungen und aus Pressekonferenzen, die über dieses Problem abgehalten worden sind.

Meine Damen und Herren! Nun auch einiges zu der Frage der Beschäftigung in Österreich. Sie haben auch hier in den schwärzesten Farben gemalt. Es ist auch im Bericht der Bundesregierung keineswegs verschwiegen, daß wir uns im Augenblick nicht in einer so günstigen wirtschaftlichen Lage befinden, wie das noch vor einigen Jahren der Fall war. Es kann ganz einfach nicht verschwiegen werden, daß wir heuer um einige Tausende — ich glaube, im Mai sind es 2500 — Arbeitslose mehr gemeldet haben als im Mai des vorigen Jahres. (*Abg. Rosa Weber: Um 40.000 Beschäftigte weniger!*)

Aber, meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, Ihnen zu beweisen, daß Sie mit Ihrer Schwarzmalerei nur schlechte Propheten sind. Sie waren schlechte Propheten vor den Wahlen 1953, wo Sie nicht nur den Rentenklau den armen Rentnern und Pensionisten vor Augen gehalten haben (*Abg. Rosa Weber: Den haben die Sozialisten abgewendet!*), sondern wo Sie auch den Raben mit der Arbeitslosenkarte an die Plakatwände in ganz Österreich klebten und jedem, der es hören oder nicht hören wollte, sagten: Wer die Österreichische Volkspartei wählt, wählt die Arbeitslosigkeit!

Meine Damen und Herren! Wie ist denn die Wahrheit? Im Jahre 1953 mit dem Stichtag 1. August gab es in Österreich rund 1,969.000 Beschäftigte, am 1. August 1956 waren es 2,200.000 Beschäftigte. Diese Zahl ist weiter gestiegen bis zum Jahre 1961 auf 2,377.000. Im Jahre 1964 waren es 2,395.000, und im Jahre 1966 — und erst dieses Jahr ist abgeschlossen und ergibt eine Durchschnittsziffer, die einen Vergleich ermöglicht — waren 2,428.000 Männer und Frauen, Beamte, Arbeiter und Angestellte in Österreich beschäftigt. Das ist bei Gott also ein Gegenbeweis dafür, daß diese Ihre Prophezeiungen nicht eingetroffen sind, sondern daß in Österreich eine Beschäftigungslage in einem ungeahnten Ausmaß eingetreten ist und daß die Zahl der Beschäftigten nach

diesen Wahlen 1953 ununterbrochen gestiegen ist, obwohl immer die Österreichische Volkspartei die Hauptverantwortung zu tragen hatte.

Die Rate der Arbeitslosigkeit ... (*Zwischenruf der Abg. Rosa Weber.*) Aber, Frau Kollegin Weber, Sie haben doch durch Ihre Reden alles auf Ihr Konto buchen lassen, was in der Vergangenheit an Gutem war, und Sie haben doch kein gutes Haar an der Österreichischen Volkspartei gelassen. (*Abg. Sekanina: Es ist auch kein gutes Haar vorhanden! — Gegenruf des Abg. Dr. J. Gruber.*) Alles, was unpopulär war, haben Sie uns überlassen und überlassen Sie uns auch für die Zukunft.

Und nun zur Rate der Arbeitslosigkeit. Im Jahre 1953 hat die Rate der Arbeitslosigkeit 9,2 Prozent betragen, im Jahre 1956 5,6 Prozent, 1961 3 Prozent, 1964 3 Prozent, 1965 2,9 Prozent und 1966 2,6 Prozent. Im Jahre 1966 hat immerhin die Österreichische Volkspartei vom 20. April an schon allein regieren müssen auf Grund Ihres Beschlusses, sich nicht mehr an einer Regierung zu beteiligen.

Meine Damen und Herren! Ich habe durchaus Verständnis dafür, daß gerade auf dem sozialpolitischen Sektor bei Ihnen eine besondere Empfindlichkeit vorhanden ist und daß Sie es ganz einfach nicht ertragen könnten, wenn auch die Österreichische Volkspartei in Zukunft Initiativen entwickelt, in Zukunft dieses Sozialrecht der Arbeiter und Angestellten weiterentwickelt. Aber Beweise dafür, daß es geschehen wird, sind vorhanden. Ich glaube, daß Sie es noch immer nicht überwinden konnten, daß das Sozialministerium nicht mehr von einem Sozialisten verwaltet wird, sondern daß es jetzt von einem Vertreter der Österreichischen Volkspartei, ja noch dazu von einer Frau, einer christlichen Gewerkschafterin, verwaltet wird und daß ihr zur Seite auch ein Gewerkschaftsfunktionär, der Staatssekretär Franz Soronics, steht. Meine Damen und Herren! Wir von der Österreichischen Volkspartei sind sicher, daß diese beiden, die Frau Bundesminister und ihr Staatssekretär, auch in Zukunft alles daransetzen werden, daß die soziale Entwicklung in Österreich nicht stehenbleibt, daß Ihre Prophezeiungen bezüglich des Sozialstopps genauso wenig eintreffen wie die bezüglich des Rentenklau, daß in diesem Lande der soziale Fortschritt auch in Zukunft möglich ist. (*Anhaltender Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Haberl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Haberl (SPÖ): Hohes Haus! Aus der Debatte geht hervor, daß wir nicht nur den Bericht der Bundesregierung ver-

Haberl

schieden beurteilen, sondern — das zeigten die letzten Worte des Kollegen Reich — daß wir auch die Lage der österreichischen Wirtschaft verschieden beurteilen. Ich möchte nun besonders darüber reden, und zwar besonders vom Blickpunkt der steirischen Wirtschaft. Ich möchte gleich zu Beginn sagen: Kollege Reich ist zumindest einer der wenigen, der zugibt, daß es Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Wirtschaft gibt; aber vielfach wird von Teilen der Österreichischen Volkspartei eine ganz andere Haltung eingenommen. (*Abg. Reich: Das steht in der Regierungserklärung!*)

Es geht uns bei der Frage nicht darum, etwa Propheten zu spielen, Kollege Reich, sondern wir wollen unsere Bedenken aufzeigen, wollen nach Maßnahmen rufen und wollen versuchen, auch darauf hinzuweisen, wo unserer Meinung nach Versäumnisse von dieser Regierung gemacht worden sind.

Wenn wir den Bericht der Bundesregierung betrachten, so ist es doch so, und das kann wohl niemand bestreiten, daß sich viele Österreicher von diesem Bericht eine Antwort auf manch bange Frage, die sie bei der Entwicklung der Wirtschaft stellen, erwartet haben. Aber statt dessen — und das ist ja bereits mehrmals erwähnt worden — haben wir einen Bericht erhalten, der eine nicht einmal systematische Aufzählung bedeutet und der vor allem — und darum geht es uns im besonderen — keine Orientierungspunkte für die Zukunft setzt. Es ist daher nicht verwunderlich, daß fast die gesamte Presse hier die gleiche Meinung teilt.

Ich darf einige Dinge hier erwähnen. Es wird zum Bericht des Herrn Bundeskanzlers gesagt: „Mehr Rückblick als neue Pläne“, „Keine neuen Aspekte“. Die „Salzburger Nachrichten“ sagen: „Ein Bericht ohne große Höhepunkte“. Sie sagen: „Ein Blick zurück in die Statistik, wobei wir alle lieber an diesem Tage und bei diesem Bericht auch einen Blick nach vorne gesehen hätten.“ Wir haben also alle das Gefühl, daß die Regierung ihre bisherige Haltung, die wir verurteilt haben, fortsetzt, nämlich die Haltung, daß unsere Wirtschaft in Ordnung sei und daß es keine Krise gäbe, weil es keine Krise geben darf.

Die „Salzburger Nachrichten“ haben gemeint, der Bericht sei betont optimistisch, und wir hören nur vereinzelt andere Stimmen.

Vorgestern hat der Herr Kollege Mitterer gemeint, in der Stunde der Not müßten wir alle bereit sein, Opfer zu bringen. Da steht ja Kollege Mitterer im krassen Gegensatz zum optimistischen Bericht der Bundesregierung und des Herrn Bundeskanzlers. Wir glauben, daß bei dieser Einstellung die Regierungspoli-

tik sich immer mehr von der wirtschaftlichen Wirklichkeit entfernen muß; denn während wir hier debattieren, ob es eine Krise gibt, ob es nur einen Ansatz zu einer Krise gibt, sind die Ereignisse vielfach längst über uns hinweggegangen. Das ist keine Behauptung der Sozialisten allein, sondern ich könnte Ihnen hunderte Betriebe in Österreich nennen, deren Belegschaft Sie ruhig die Frage, ob es eine Krise gibt oder nicht, zur Beantwortung vorlegen können, und ich bin überzeugt, daß selbst die Funktionäre des ÖAAB in diesen Betrieben auf eine solche Frage mit Ja antworten würden. Halten Sie uns daher bitte, wenn wir darüber sprechen, nicht vor, daß wir diese Sache bewußt hochspielen wollen, sondern es ist von vielen der ÖAAB-Funktionäre besonders in den Betrieben das Wort Krise immer wieder in den Mund genommen worden.

Es gibt auch unzählige Stimmen aus der Wirtschaft, die auf den Zustand aufmerksam machen und die vor allem Maßnahmen fordern und damit zum Ausdruck bringen, daß sie mit den bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung nicht zufrieden sind.

Ich darf nur den Präsidenten der steirischen Handelskammer erwähnen, den Herrn Generaldirektor Dr. Roth, der — auch bei der Grazer Messe und in einem Artikel dazu — immer wieder darauf hingewiesen hat, daß es Anlaß zu berechtigten Klagen gibt und daß die Unterstützung der Industrie bescheiden und ungenügend sei.

Herr Dr. Zimmer-Lehmann vom Akademikerbund hat erst vor einigen Tagen in einer ÖVP-Zeitung unter dem bezeichnenden Titel „Weitblick ein Gebot“ gesagt, es sollte doch möglich sein, Österreichs Wirtschaft noch im letzten Augenblick — wie er sagt — aus dem drohenden Versinken in einen deklassierten Zustand emporzuheben. Ich weiß, er hat damit vor allem die Märkte gemeint, aber es ist doch eine Sprache, die zeigt, daß vieles in Österreichs Wirtschaft ernster ist, als es diese Regierung auch in diesem Bericht zugibt. Daher glauben wir, daß die Frage berechtigt ist, wo in der Erklärung der jetzige Standpunkt unserer Wirtschaft präzisiert ist und wo die Schlußfolgerungen in diesem Bericht sind, die zu Maßnahmen führen sollen.

Die bange Frage vieler, wo Österreichs Wirtschaft steht und was die Regierung tut, und auch die Frage: Was können wir selbst alle tun, um dieser Wirtschaft zu helfen?, ist in diesem Bericht keinesfalls beantwortet, sie ist nicht einmal vorgezeichnet.

Aber auch die Aufzählung ist unvollkommen. Es wird immer betont, es sei ein Bericht der Bundesregierung für das erste Regierungsjahr. Aber dem gegenüber finden wir im

Haberl

Bericht immer wieder die Vergleichszahlen nur für das Jahr 1966, und ich frage mich: Wieso hat man nicht besonders das erste Quartal dieses Jahres, das ja für die Entwicklung bezeichnend ist, zu Vergleichen herangezogen? Wenn wir in der Lage sind, hier diese Zahlen zu bekommen, so müßte es auch der österreichischen Bundesregierung möglich sein.

Das einzige in dem Bericht ist am Schluß ein Appell zum Opfern, der meiner Meinung nach schon deswegen wenig sinnvoll ist, weil Opfer nur dann einen Sinn haben, wenn man weiß, für welches Ziel sie erbracht werden sollen und daß sie auch Aussicht auf Erfolg haben. Das ist in diesem Bericht keinesfalls vorgezeichnet.

Nach diesem Optimismus der Regierung mag ein Gespräch über die Sorgen der Steiermark fast deplaciert wirken. Aber wenn man die Lage kennt, weiß man, daß es notwendig ist.

Nach den Ausführungen der verschiedenen Redner habe ich den Eindruck, daß die Dinge in der Steiermark in größeren Dimensionen als in den anderen Bundesländern auftreten. Gerade die Steiermark wirft immer wieder viele Fragen auf, die von der österreichischen Bundesregierung im Laufe des Jahres immer betont worden sind, auf die es aber im Bericht keine konkreten Antworten gibt, ob es nun die Strukturprobleme sind, Bergbau oder besonders die Ersatzbetriebe. Alle diese Fragen sind besonders für die Steiermark interessant, und ich glaube, daß gerade dieses Bundesland und seine Wirtschaft ein echter Prüfstein für die Regierungspolitik sind.

Wenn ich also hier einige Zahlen nenne, so kann ich nicht wie der Kollege Pansi darauf verweisen, daß das eine Sache der steirischen Landesregierung sei, sondern wir meinen in jedem Fall, daß zu einem großen Teil die Bundesregierung dafür zuständig ist.

Die Steiermark ist das Land der Grundstoff- und der Schwerindustrie, also einer Industrie, die in jedem Staat, auch in den westlichen Staaten, heute im besonderen Maße von der Politik der Regierung abhängig ist und von ihr beeinflußt wird. Daher glauben wir, daß diese Industrie auch ein Maßstab dafür ist, wie nun eine Regierung arbeitet.

Die Steiermark ist ein Land, das schon einige Zeit — und es ist ja in den Debatten hier schon mehrmals zum Ausdruck gekommen — in einer gewissen wirtschaftlichen Unsicherheit und Unruhe lebt, möchte ich sagen, die im krassen Gegensatz zu manchen offiziellen Äußerungen steht. Ich möchte nicht im besonderen darauf eingehen, es ist oftmals erwähnt worden. Begonnen hat es mit der Lage im Bergbau, und wir sehen heute, daß

trotz vieler Versprechungen und des Besuches zweier Staatssekretäre die Lage nach wie vor unbefriedigend ist.

Diese Situation ist im Bergbau nicht allein bei der Kohle, sondern wir sehen, daß auch andere Sparten davon betroffen sind, zum Beispiel Magnesit, wo teilweise Kurzarbeit eingeführt werden mußte; beim Veitscher Magnesitwerk wurde die Arbeit teilweise eingestellt. Wir sehen es auch beim Salzbergbau. Erst vor einigen Tagen haben die „Salzburger Nachrichten“ geschrieben, daß man beabsichtigt, den Stand der dortigen Bergarbeiter auf die Hälfte zu senken. Auch hiezu haben die „Salzburger Nachrichten“ festgestellt, daß es noch keine Ersatzbetriebe gibt. Auch bei Graphit, überall gibt es Schwierigkeiten.

Große Sorgen muß uns vor allem die Entwicklung bei Eisen und Stahl bereiten. Sicherlich trifft zu, daß die Basis auf diesem Gebiet vielfach enger wird, vor allem durch Ersatzstoffe, die vordringen, aber wir haben — und das ist eine Tatsache — in den wichtigsten Betrieben der Steiermark große Schwierigkeiten, die zu Reduzierungen, zu Kurzarbeit und auch zu Entlassungen geführt haben. Ob es die Alpine, Schoeller, Böhler, VÖEST-Liezen oder Privatbetriebe, wie Puch, Waagner-Biro, sind, wo Entlassungen vorgenommen wurden, überall ist die gleiche Entwicklung und sind die gleichen Schwierigkeiten. Von der Elektroindustrie, von Elin, war ja schon einmal in diesem Haus die Rede.

Aber auch andere Sparten, vor allem die Holzindustrie, die Webereien und Baumwollspinnereien, sind betroffen.

Nun darf ich Ihnen nur eine Vergleichszahl sagen. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter in der Steiermark allein ist um über 11.000 zurückgegangen. Einige Sparten zum Vergleich: bei den Versicherten der Gebietskrankenkasse um 3,4 Prozent, bei der Betriebskrankenkasse Donawitz um 7,2 Prozent, bei Böhler um 5,9 Prozent, bei den Bergarbeitern um 9 Prozent und in der Land- und Forstwirtschaft um 8 Prozent.

Hohes Haus! Das zeigt doch eine Abschwächung oder Krise, oder wie immer man es nennen will, in einer Form, die keinesfalls mehr den Bergbau allein betrifft, sondern es sind viele Zweige davon erfaßt. Interessant ist, daß in diesem Berichtszeitraum auch die Beschäftigung im Fremdenverkehr um 6 Prozent zurückgegangen ist.

Demgemäß ist auch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Die Zahl der Arbeitssuchenden ist bedeutend gestiegen, und die offenen Stellen sind in der gleichen Zeit um 40 Prozent zurückgegangen.

Haberl

Wir sehen hier eine Wirklichkeit, über die von der Bundesregierung — unserer Meinung nach — anders berichtet worden ist. Denn während von den verantwortlichen Stellen Optimismus verbreitet wird, ist es in den Betrieben längst kein Geheimnis mehr, ob es private oder verstaatlichte Betriebe sind, daß große Schwierigkeiten spürbar sind und man sich vor weiteren Schwierigkeiten fürchtet. Wir haben Abbau, Kurzarbeit, die Einstellung von Produktionszweigen und die Schrumpfung mancher Erzeugungsbetriebe.

Vielleicht sagen manche — und das ist aus einigen Debattenbeiträgen herausgeklungen —: Es sind ja nur einige Zehntausende. Aber, Hohes Haus, auch das können wir nicht sagen, und wir sollen dabei auch bedenken, daß im Kern die Entwicklung meiner Meinung nach noch ärger ist.

Ich möchte da nicht auf die Bilanzen der verschiedenen Betriebe verweisen und auf die Ertragslage, die in manchen Betrieben herrscht, und darauf, daß wir ja vor der Situation stehen, die man zahlenmäßig vielleicht gar nicht so richtig beweisen kann, daß wir vor einem Verlust qualitativ hochwertiger Arbeitskräfte stehen, die, wenn sie ersetzt werden, nicht mehr in der gleichen Form ersetzt werden. Daher glaube ich auch nicht, daß es ein Ausweg ist, wenn man sagt: Die Leute können unter Umständen in der Bauwirtschaft unterkommen. Auch das ist eine große Frage in manchen Gebieten.

Wir brauchen ja aus Exportgründen, aus sozialen und materiellen Gründen Ersatz für jene Arbeitsplätze, die in der Industrie verlorengehen. Wir sehen statt dessen immer wieder weitere Umschichtungen, Verschiebungen auf schlechtere Arbeitsplätze und etwas, was für die Zukunft gewertet werden muß, nämlich daß in den meisten Betrieben eine Aufnahmeperrre herrscht, die sicherlich noch eine gewisse Zeit anhalten wird, wodurch automatisch ein weiteres Absinken der Zahl der Beschäftigten bedingt ist, das durch den natürlichen Abgang erfolgen muß.

Hohes Haus! Das alles drückt doch gewaltig auf den Lebensstandard. Die Angst des Kollegen Dr. Mussil ist sicher gerechtfertigt, daß auf Sicht auch eine Schwächung der Konsumgüterindustrie eintreten könnte. Wir meinen, daß dies alles und der Verlust von 11.000 Arbeitsplätzen in einem Bundesland doch gewaltige Warnzeichen sein müßten, die Regierung zu konkreten Maßnahmen aufzurütteln. Die „Presse“ hat erst vor kurzem zur Stellung der Steiermark geschrieben, die Steiermark sei der Industriefriedhof Österreichs. Wenn wir auch alle sagen, die Steiermark muß und darf niemals ein Industriefriedhof werden,

so sind diese Zeilen doch auch ein Alarm, der nicht ernst genug genommen werden kann und der Maßnahmen von der Regierung fordert, die eine solche Entwicklung verhindern.

Dieser Situation stellen wir die Reaktion der Verantwortlichen gegenüber. Herr Bundeskanzler Klaus meint immer wieder, es gebe keine Krise, oder er verweist auf die Zahlen beim Arbeitsamt. Ich sagte schon: Man muß die qualitative Verminderung der Arbeitsplätze sehen.

Der Präsident der Handelskammer der Steiermark Dr. Roth meinte, das sei ein Einpendeln. Das ist ein neues Wort. Wir müssen fragen: Was heißt das? Meint man damit das Schrumpfen der Betriebe? Dann muß gleichzeitig wieder die Frage gestellt werden: Was ist dann mit Ersatzbetrieben?

Herr Landeshauptmann Krainer meint, es solle nichts geändert werden, bevor es keine Ersatzbetriebe gibt, und Herr Staatssekretär Dr. Koren meint, man müßte umstrukturieren. Aber es wird nicht gesagt, wie, auf was und wer das tun soll. Man verläßt sich hier anscheinend mehr auf Freiwillige, die sich dafür melden sollen.

Nun werfen wir heute bei dieser ernstesten Diskussion die Frage auf: Wie soll es mit dieser Wirtschaft vor allem auch in der Steiermark weitergehen? Wird die Regierung weiter abstreiten, daß es eine Krise gibt? Wir sind der Meinung: In einer Wirtschaft, die Vorschau und Maßnahmen verlangt, kann es nicht weiter das lähmende „Nichts!“ oder das „Zu spät!“ geben, sondern hier muß etwas geschehen und müssen Maßnahmen gesetzt werden.

Hohes Haus! Wenn wir davon reden, dann heißt es sofort — Kollege Dr. Mussil, der nicht hier ist, hat es vor einiger Zeit gemeint —, unser vieles Reden wäre ein Krankbeten der Wirtschaft. Ich möchte nochmals auf die vielen Meinungen der Presse, die nicht unserer Partei nahesteht, hinweisen und vor allem zum Ausdruck bringen, daß man nur jene Dinge bekämpfen und bessern kann, die man erkennt. Und ob das Gesundbeten, das manche versuchen, nicht ein gefährlicher Selbstbetrug ist, diese Frage muß man sich stellen. Wir sehen hier, daß eine Regierung, die bei der Wahl immer gesagt hat: Gebt uns die Mehrheit, daß wir handeln können!, sich gerade bei den wirtschaftlichen Problemen im besonderen Maße auf die Entwicklung verläßt und anscheinend auf Wunder hofft. *(Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.)*

Es werden also immer Ersatzbetriebe verlangt. Mit Recht! Und nun glauben wir, daß dazu das Konzept dieser Regierung fehlt. Wir

Haberl

meinen, daß man auch diese Frage nicht allein dem freien Spiel der Kräfte überlassen kann und etwa sagt: Hier sind soundso viele ERP-Millionen — wer meldet sich? Denn dann muß es dazu kommen — was ja auch der Herr Staatssekretär Dr. Koren erst vor einigen Tagen gesagt hat —: Geld wäre vorhanden, aber in der Zeit der Konjunkturverflachung ist die Privatwirtschaft wenig investitionsfreudig. Aber jetzt brauchen wir ja die Ersatzbetriebe und nicht etwa dann, wenn wieder Konjunktur herrscht.

Was ist also, Herr Staatssekretär, wenn sich niemand meldet? Ich bin dafür, daß wir hier freie Bahn eröffnen und allen Betrieben, ob verstaatlichte oder private, die größtmögliche Unterstützung des Staates geben. Aber was ist dann, wenn die Privatinitiative versagt? — Dann muß es meiner Meinung nach doch auch ein Konzept des Staates geben, und dann muß der Staat selbst in so wichtigen Fragen initiativ werden; er kann doch dann nicht einfach resignieren. Wir vermissen daher dieses Konzept und glauben, daß es viele Kräfte gibt, die diese Entwicklung mehr dem Zufall überlassen.

Ich darf auch auf eine Meldung aus den letzten Tagen aus Frankreich hinweisen. Aus ihr geht klar hervor, daß der Staat nicht nur Fusionierungen fördert und krisenanfällige Industrien stützt, sondern die Meinung vertritt, daß dort, wo der Unternehmer versagt, wo er, wie man sagte, zu phantasielos, ohne Energie oder passiv ist, der Staat nachhelfen und eingreifen muß.

Nun verweist der Herr Bundeskanzler bei wirtschaftlichen Fragen immer darauf und sagt: Was wollen Sie? Es ist die ÖIG gegründet worden! Wir sind sicher dafür gewesen, wir waren auch nicht jene, die die IBV zerschlagen haben. Aber ich möchte doch mit aller Deutlichkeit sagen, daß dies allein kein Allheilmittel sein kann und daß wir auch die ÖIG wahrscheinlich nicht überfordern können, sondern daß sie so stark sein wird, wie die Unterstützung ist, die ihr der Eigentümer und der Staat bei den verschiedenen Fragen angedeihen lassen wird. Wir meinen außerdem, daß die Regierung ein Konzept für die gesamte österreichische Wirtschaft braucht.

Es wird bei der verstaatlichten Industrie — und dazu muß ich noch einige Dinge sagen — heute immer gerne mit einer Ausrede darauf verwiesen, das seien Fehler der Vergangenheit. Ich meine, daß dies falsch ist, daß dies den Leistungen der Arbeiter und Angestellten nicht gerecht wird. Aber wenn man über verschiedene Fehler diskutiert, dann muß man auch die Frage beantworten, von wem diese Fehler,

die vor allem die verstaatlichte Industrie betroffen haben, überhaupt gesetzt worden sind.

Es ist schon mehrmals davon gesprochen worden, daß die Exportpolitik und die Unterstützung der Exporte nicht glücklich und zuwenig gewesen sei. Die zweite Frage ist, daß die Österreichische Volkspartei in ihrer Propaganda immer wieder jahrelang die Meinung vertreten hat, man solle die verstaatlichte Industrie nicht mehr ausbauen, es seien zum Teil Mammutbetriebe, die für österreichische Verhältnisse nicht tragbar seien.

Umso verwunderlicher ist es jetzt, daß vor einigen Tagen der Herr Dr. Taus gemeint hat, Österreich brauche unbedingt Großkonzerne — zum Unterschied vom Kollegen Dr. Bassetti, der vorgestern meinte, es könne nicht unser Ziel sein, in Österreich Großkonzerne aufzubauen.

Aber das schwierigste Kapitel in den vergangenen Jahren — das ist doch nicht zu bestreiten — ist doch immer das Ringen um eine Finalindustrie in der verstaatlichten Industrie gewesen. Der Herr Bundeskanzler spricht in seinem Bericht heute davon, die Betriebe hätten sich nicht rechtzeitig einer Strukturänderung anpassen können. Für die verstaatlichte Industrie muß ich fragen: Ja wieso haben wir uns teilweise dieser Strukturänderung nicht anpassen können und wieso sind gute und beste Jahre auf diesem Gebiete in Österreich versäumt worden, die zu einem großen Teil heute leider uneinholbar sind?

Die „Salzburger Nachrichten“ schrieben vor einigen Tagen, daß man in der Verstaatlichten die Aufwertung der Finalindustrie zum Schaden der Gesamtwirtschaftslage nicht rechtzeitig erkannt hat. Das ist ein Vorwurf, den diese Zeitung erhebt, der sich aber nicht gegen die Sozialisten richtet. Denn wir haben das erkannt und haben immer wieder in diesem Hause gefordert, daß die verstaatlichte Industrie die Möglichkeit bekommen soll, stärker in die Finalindustrie einzusteigen.

Dr. Taus bringt hier unverhüllt einige Kritik am Verhalten der ÖVP gegenüber der verstaatlichten Industrie in den letzten Jahren an. Und der Herr Bundeskanzler Dr. Klaus versucht ja auch in den letzten Wochen, mit dem OECD-Bericht anscheinend den eigenen Leuten beizubringen, daß der Weg der Österreichischen Volkspartei auf diesem Gebiet in der Vergangenheit ein falscher gewesen ist.

Noch eine Detailfrage: Osthandel. Er ist schon mehrmals hier angezogen worden. Ich möchte nur noch daran erinnern, wie viele Vorwürfe den Sozialisten gemacht worden sind. Aber wenn sich heute manche direkt als Ostmissionare fühlen, dann müssen sie doch auch zugeben, daß die Schaffung der Wirt-

Haberl

schaftsbeziehungen damals für unser Land ein großer Vorteil war und daß, wenn diese Wirtschaftsbeziehungen damals nicht geschaffen worden wären, es bei der heutigen, und zwar westlichen Konkurrenz, unmöglich wäre, diese Beziehungen heute wieder herzustellen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wenn der Herr Bundeskanzler Dr. Klaus von seinem Rußland-Besuch an die VÖEST-Belegschaft ein Telegramm geschickt hat und ihr die Anerkennung für die Arbeit im nachhinein ausspricht, so muß ich sagen: Es wäre uns lieber gewesen, wenn das vorher immer der Fall gewesen wäre. Wir hoffen, daß mit diesem Telegramm doch auch ein Einsehen eigener Fehler auf dem Gebiet der verstaatlichten Industrie verbunden ist. Wir scheuen kein Gespräch über die verstaatlichte Industrie, aber die Österreichische Volkspartei wird begreifen müssen, daß es die Verantwortung der Mehrheit auch für die Vergangenheit gibt, und sie wird nicht immer so tun können, als wären an manchen Entwicklungen die Sozialisten schuld.

Ich möchte nun zum Schluß kommen. Hohes Haus! Ich möchte bei der wirtschaftlichen Betrachtung gar nicht sagen, daß hinsichtlich der Entwicklung an allem die Regierung schuld ist, sondern ich sage ganz offen, daß es sich nicht überall allein um eine innerösterreichische Entwicklung handelt; außerdem wäre jede Vereinfachung auf einem so komplizierten Gebiet wie die Wirtschaft wahrscheinlich auch falsch. Aber einiges müssen wir doch feststellen: Unserer Meinung nach hat die Regierung die Situation nicht rechtzeitig erkannt oder nicht erkennen wollen. Daraus sind Versäumnisse für unsere Wirtschaft entstanden.

Das zweite ist, daß man bei der Exportunterstützung, bei den gezielten Investitionen und der diesbezüglichen Unterstützung, die lange durch den Beirat gefordert worden sind, der darauf gedrängt hat, ebenfalls zu lange gezögert und viel Zeit verloren hat. Die Regierung hat sich damit getröstet, daß sie immer gemeint hat, sie habe im ersten Jahr genug getan. Aber wir müssen doch die Frage aufwerfen: Wäre es in diesem ersten Jahr nicht besser gewesen, sich statt mit manchen anderen Maßnahmen mehr und zuerst mit den Fragen der Wirtschaft zu befassen? Denn jene Dinge, welche die Österreichische Volkspartei in diesem Jahr als die vordringlichsten angesehen hat, sind das in den Augen der Bevölkerung sicherlich nicht.

Die Regierung möchte immer den Eindruck erwecken, sie habe mit Bestimmtheit gehandelt und mit Bestimmtheit regiert. Auch das ist wenig glaubwürdig. Dazu fehlte das Konzept

in den wichtigsten Fragen. Alles, was die Regierung getan hat, kann nicht den Eindruck von wohlgeordneten Maßnahmen vermitteln. Es ist in dieser Debatte schon zitiert worden von Krainer: „Nicht in Neutralität verhungern!“ bis Klaus: „Arm, aber neutral!“; das sind zu gegensätzliche Standpunkte, als daß der Eindruck einer Ordnung entstehen könnte.

Daß die Regierung immer gemeint hat, eine Bestimmtheit hier kundtun zu müssen, nämlich daß sie an keine Krise glaubt, das ist zuwenig, und es ist falsch.

Hohes Haus! Ich glaube daher am Schluß sagen zu müssen: Die Zeit drängt auf wirtschaftlichem Gebiet zu Maßnahmen! Die jetzige oder bisherige zum Teil sichtbare Hilflosigkeit gegenüber wirtschaftlichen Entwicklungen müßte zu einem rapiden Schwinden der Substanz, die immerhin von der Koalition geschaffen worden ist, führen, zu einem Schwinden an Lebensstandard, an der Substanz der Vollbeschäftigung, an sozialer Sicherheit, an Gleichberechtigung der Arbeiter und Angestellten und an relativer Gerechtigkeit in der Verteilung der Lasten. Alles das muß nicht nur zu einem Verschwinden von Vertrauen führen, sondern alles das müßte der Wirtschaft und unserem Lande großen Schaden zufügen, wenn diese Politik weitergeführt wird.

Daher sagen wir: Handeln Sie deshalb und schaffen Sie nicht weiter das Gefühl einer ungerechten Behandlung bei großen Massen der Arbeiter und Angestellten, schaffen Sie nicht damit weiter auch das Gefühl einer Verbitterung! Die Regierungserklärung weist diesbezüglich leider keinen Weg. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Meißl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Meißl (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man den bisherigen Verlauf der Debatte über die Erklärung über die Tätigkeit der Bundesregierung im vergangenen Jahr kurz einer Kritik unterzieht, so kommt man zum Ergebnis, daß es keine ernst zu nehmende parlamentarische Aktion war und daß es eben das ist, was schon viele Sprecher vor mir gesagt haben: letzten Endes eine propagandistische Maßnahme der ÖVP, um ihren Bundeskanzler entsprechend zu loben, eine „Gesundbeterei“, wie es auch schon einige Abgeordnete genannt haben. Wir Freiheitlichen glauben, daß es wichtiger gewesen wäre ... (*Unruhe wegen unzureichender Lautsprecherwiedergabe.*) Ich habe schon befürchtet, daß uns bereits das Mikrophon entzogen wird. (*Ruf bei der SPÖ: Da muß der Peter einspringen!*)

Präsident: Ist schon in Ordnung.

Abgeordneter Meißl (*fortsetzend*): Wir Freiheitlichen glauben deshalb, daß es richtiger und wichtiger gewesen wäre, wie es auch der Abgeordnete Haberl vor mir gesagt hat, daß man sich in erster Linie mit den wirtschaftlichen Fragen beschäftigt, denn die sind wirklich ernst zu nehmen. Die Behandlung der Fragen einer aktiven Arbeitsmarktpolitik wäre sicherlich besser am Platz als diese zwei Tage dauernde Debatte über eine Aktion, die von dem Großteil der Abgeordneten in ihrer Wichtigkeit nicht ernst genommen wird; diese Einschätzung hat auch in der Presse den gebührenden Niederschlag gefunden.

Dieser Lobgesang in eigener Sache ist auch schon deshalb verdächtig, weil man in diesem sogenannten Beschäftigungsnachweis des Herrn Bundeskanzlers, wie ich ihn nennen möchte, beispielsweise feststellen muß, daß auf eine Frage gleich dreimal Bezug genommen wird, indem gesagt wird, daß man keine Parteipolitik betreiben will. Wir können beispielsweise einmal lesen: „Diese für das Funktionieren einer parlamentarischen Demokratie wesentliche Voraussetzung ging Hand in Hand mit einer Zurückdrängung des parteipolitischen Einflusses in Institutionen.“ (*Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.*) Es heißt dann an anderer Stelle gleich weiter: „Regierung heißt für uns nicht, gegen irgend jemanden handeln, sondern verantwortlich für Österreich handeln; das heißt, eine Politik für alle machen.“ Das ist jenes Schlagwort, das wir seit einiger Zeit zur Genüge kennen. Aber man beteuert auf der nächsten Seite weiter: „Niemand soll das Gefühl haben, daß ihm wegen seiner politischen Gesinnung in dieser neuen Regierungsperiode Nachteile erwachsen oder erwachsen werden.“ (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Herr Bundeskanzler! Dieses Lippenbekenntnis — das müssen Sie zur Kenntnis nehmen — können wir nicht ernst nehmen, denn die Praxis spricht sehr, sehr häufig dagegen, und wir werden sehr wohl diese Ausführungen und Formulierungen auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen wissen. Es kann doch nicht der Sinn einer Entpolitisierung des öffentlichen Lebens, wie man das so oft hört, einer Aufwertung des Parlaments und damit der Demokratie sein, daß die frühere Zweiparteidiktatur jetzt durch eine Einparteidiktatur ersetzt wird, auch dann nicht, wenn man ihr das Mäntelchen eines demokratischen Vorgehens umhängt!

Meine Damen und Herren! Nun darf ich als freiheitlicher Sprecher für die Agrarpolitik auch dazu noch einige Worte sagen. Es soll — ich habe das im Hause schon wiederholt gesagt —, wenn es gewisse Fortschritte gibt, an uns nicht fehlen, daß wir das auch anerkennen. Es sind legislativ — ich sage aus-

drücklich: legislativ — einige Fortschritte zu verzeichnen. Wenn man das Gesetz über das Landwirtschaftliche Siedlungswesen dazu nimmt, genauso das Flurverfassungs-Grundsatzgesetz, so kann man feststellen, daß damit die Grundlage dafür geschaffen wurde, daß zielführende Maßnahmen für die so notwendige Strukturverbesserung möglich oder noch besser möglich sind. Ich nehme auch das Qualitätsklassengesetz dazu, das wir vor einiger Zeit verabschiedet haben; ebenfalls eine sicherlich notwendige und zielführende gesetzliche Aktion, die nun dem Herrn Landwirtschaftsminister die Möglichkeit gibt, auf dem Verordnungswege entsprechende Verordnungen mit dem Ziel und dem Zweck zu erlassen, den Absatz unserer landwirtschaftlichen Produktion zu sichern und auch preislich einigermaßen zu sichern. Es wird aber dabei sehr darauf ankommen, daß dieses Gesetz entsprechend gehandhabt und gerade in der Einfuhr- und Ausfuhrpolitik entsprechend angewendet wird. Es wird, richtig angewendet, sicherlich zum Nutzen der Landwirtschaft, aber natürlich auch der Konsumenten sein. Darüber wurde ja schon bei der Verabschiedung ausführlich diskutiert.

Für das landwirtschaftliche Schulwesen waren die paar Gesetze, die verabschiedet wurden, nur ein Anfang; die wichtigeren Gesetze stehen noch aus.

Meine Damen und Herren! Wenn aber in der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers zum Ausdruck gebracht wird, daß die Verlängerung der Marktordnungsgesetze und des Landwirtschaftsgesetzes ebenfalls ein Erfolg wäre, wie gesagt wird, so muß man wohl sagen, daß das sehr problematisch ist. Ich habe es hier im Hause bereits einmal gesagt: Wir Freiheitliche sind immer für die unbefristete Verlängerung eingetreten, denn nur so kann man auch auf dem Gebiet der Agrarpolitik entsprechend planen. Zum mindesten hätte man diese Gesetze für die Dauer einer Legislaturperiode verlängern müssen — wir waren der Meinung: unbefristet. Was ist geschehen? Sie wurden bis zum Jahr 1968 und 1969 befristet. Ich kann natürlich die Sozialisten sehr gut verstehen, daß sie sich das Faustpfand dieser neuerlichen Verlängerung in den Jahren 1968 und 1969 in der Hand behalten haben, um hier vielleicht doch wieder eine entsprechende Pressuren anzusetzen und vielleicht einen Handel möglich zu machen. Aber die ÖVP- und die Bauernbundabgeordneten hätten dieser befristeten Verlängerung nie zustimmen dürfen, sondern mindestens auf eine Geltungsdauer bis zum Jahre 1970, bis zum Ende der Legislaturperiode dringen müssen, um diese Frage aus dem tagespolitischen Streit herauszuhalten.

Meißl

Meine Damen und Herren! Uns Freiheitlichen ist es auch unverständlich, daß Abgeordneter und Präsident Griesner hier als Sprecher der Landwirtschaft der Regierung Klaus den Dank der Landwirtschaft übermittelt hat. Denn wenn Sie sich die Situation in der Landwirtschaft ansehen und einer objektiven Prüfung unterziehen, so kommen Sie doch nicht umhin, folgendes festzustellen — und das sind die nüchternen Fakten, und die interessieren natürlich auch die landwirtschaftliche Bevölkerung in erster Linie: Erstens die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte sind während der ÖVP-Alleinregierung nicht gestiegen, ja im Gegenteil, sie konnten nicht gehalten werden. Ich will gar nicht auf die triste Situation der Schweinepreise im Augenblick anspielen. Ähnlich ist es beim Holzpreis, ähnlich beim Weinpreis und noch auf verschiedenen anderen Gebieten. Wir können also von einer Rückwärtsentwicklung der Preise, teilweise von einem Preisverfall sprechen; jedenfalls ist keine Besserung eingetreten.

Auf der anderen Seite sind neue Belastungen für die Landwirtschaft entstanden. Ich habe hier im Hause bereits gesagt, daß die Erhöhung der Abgabe für land- und forstwirtschaftliche Betriebe um 26 Prozent, die Kopfquote der Beiträge für die Zuschußrente auch ungefähr um den gleichen Prozentsatz neue Belastungen bedeuten und daß — das scheint mir noch wichtiger — die allgemeinen Preissteigerungen natürlich die Landwirtschaft als Konsument genauso treffen wie alle übrigen Bevölkerungsgruppen. Also hier neue Belastungen und dazu arbeitsmäßig keine Entlastung für unsere ländliche Bevölkerung; denn es ist anscheinend so, daß die Sozialpolitik für die Landwirtschaft nicht gilt.

Nun lassen Sie mich noch einige Worte über die so viel besprochene neue Betriebsform in der Landwirtschaft sagen. Seit Jahren hören wir — das ist zwangsläufig durch die Entwicklung der Landflucht bedingt —, daß die neue Betriebsform auf dem Lande der sogenannte bäuerliche Familienbetrieb wäre. Nun, was heißt das in Wirklichkeit, wenn man es genau betrachtet? Dieser bäuerliche Familienbetrieb ist letzten Endes die Legalisierung der Kinderarbeit; denn nur so wird es bei etwas größeren Betrieben, wo nicht zwei voll arbeitsfähige Erwachsene den Betrieb bewirtschaften können, möglich sein, als bäuerlicher Familienbetrieb den Betrieb auch zu bearbeiten. Das heißt, daß die Kinder und die schulpflichtigen Kinder in einem nicht vertretbaren Ausmaß zur Arbeit herangezogen werden müssen, und zwar in einer Zeit, wo es normalerweise notwendig wäre, daß sie sich mit ihrem Bildungsfortschritt, mit ihren Lern-

erfolgen beschäftigen, denn die Mutter kann ihnen in den meisten Fällen nicht dabei helfen, weil sie ebenfalls voll in den Arbeitsprozeß eingeschaltet ist.

So sehen wir, daß auch das Bildungsgefälle zum Land hin zum Großteil darauf zurückzuführen ist, daß die Kinder für andere Aufgaben eingesetzt werden müssen, da sie die fehlenden Erwachsenen in ihrer Arbeitsleistung ersetzen müssen. Wir kennen ja die jugendlichen Traktorfahrer, ob Bub, ob Mädels, die fast schon zum selbstverständlichen Bild der ländlichen Landschaft geworden sind, und wir kennen auf der anderen Seite genauso die Folgen. Sie wissen es alle, der Beweis sind die Musterungsergebnisse — auch darüber wurde im Hause schon gesprochen —, die ergeben haben, daß die gesundheitliche Verfassung unserer jugendlichen Landbevölkerung die schlechteste vom Gesamtbevölkerungsdurchschnitt ist.

Diese Zustände kann man als eine Schande für den Sozialstaat Österreich bezeichnen, und deshalb wird man sich sehr wohl überlegen müssen, ob man den Begriff „bäuerlicher Familienbetrieb“ nicht anders zu definieren hat, das heißt, daß erwachsene Familienangehörige oder auch Arbeitskräfte diese zusätzliche Arbeitsleistung auf dem Lande zu erfüllen haben, die dann natürlich auch das entsprechende Einkommen haben müssen. Auch die übrige Bevölkerung wird für diese Sorgen der Landwirtschaft Verständnis haben müssen. Man versucht ja, Brücken zum gegenseitigen Verständnis zu bauen, es muß jedenfalls so sein, daß das Leben auf dem Lande auch noch lebenswert bleibt.

Wie ernsthaft die Erklärung der Bundesregierung, des Bundeskanzlers zu nehmen ist, hat ein Sprecher vor mir, mein Parteifreund Melter, bereits gesagt, daß man beispielsweise schon Leistungen vorzitiert hat, daß man den Hilflosenzuschuß angeblich bereits seit 1. November vergangenen Jahres ausbezahlt. In Wirklichkeit wissen wir als Abgeordnete des Hauses alle — ich nehme es zumindest an —, daß dieser Hilflosenzuschuß erst mit 1. Oktober heurigen Jahres in Geltung tritt. (*Zwischenruf des Abg. Minkowitsch.*) Das haben wir sogar gesetzlich beschlossen, Herr Abgeordneter Minkowitsch, nur in der Erklärung ist ein Fehler drinnen.

Das wollte ich noch erwähnen. Wir wissen auch alle, daß die Altersversorgung auf dem Lande zurzeit völlig unbefriedigend ist, daß man auch weiterhin noch von der sogenannten Pfeifenrente sprechen muß, denn diese Zuschußrente ist in Wirklichkeit nicht viel mehr. Es wurde hier schon gesagt, daß etwas getan werden muß. Vorläufig ist noch nichts getan worden, mit Ausnahme des Hilflosenzuschusses, der noch kommt.

Meißl

Darüber hinaus ist es auch unverständlich, daß hier immer noch auch von der Anstalt mit Maßnahmen vorgegangen wird, die eine weitere Verschärfung oder Härte für die bäuerliche Bevölkerung bedeuten. So kommt es beispielsweise vor, daß einem Rentenbezieher, der im Vierteljahr 660 S bekommt, noch fehlende Beitragsrückstände abgezogen werden — sicherlich gesetzlich gedeckt, also berechtigt. Es kann ihm die Hälfte abgezogen werden, das sind dann 330 S, und noch einmal 21 S für die Krankenkassa. Dann erhält er von seinen 660 S — also 220 im Monat, denn es wird vierteljährlich ausbezahlt — 309 S. Hier wäre es sehr wohl zu überlegen, ob man die restlichen Beitragsrückstände, die es meistens noch gibt, dem Übernehmer, der sicherlich bei der Hofübernahme auch belastet ist, anlasten oder ihm, dem kümmerlichen Rentenempfänger, seine Rente noch empfindlich kürzen soll.

Wir Freiheitlichen machen uns vor allem deshalb um die Entwicklung der Landwirtschaft große Sorgen, weil wir feststellen mußten — ich habe das schon einmal hier im Hause gesagt —, daß es der ÖVP-Alleinregierung nicht gelungen ist, die Interessen der Landwirtschaft zumindest etwas besser zu vertreten als früher, obwohl man doch annehmen müßte, daß dies geschehen wäre. Daß dies nicht der Fall ist, habe ich bereits am Anfang meiner Ausführungen gesagt, und das beweisen auch die effektiven Fakten.

Aber es bereiten uns auch noch andere Dinge Sorgen, und das ist die Entwicklung im Zusammenhang mit dem Gemeinsamen Markt. Sie wissen alle, daß sich alle Berufsgruppen, die Industrie genauso wie Gewerbe und Handel, auf den Gemeinsamen Markt vorbereiten müssen. Das gilt genauso für die Landwirtschaft. Auch sie müßte sich, wie es heißt, EWG-reif machen. Wir wissen, es gibt hier ein Instrument, den sogenannten Grünen Plan, die einzige wirksame Maßnahme des Landwirtschaftsgesetzes, die Mittel für die notwendige Umstellung in der Landwirtschaft vorsieht. Hier haben wir Freiheitlichen auch etwas andere Vorstellungen. Wir glauben, daß die bisher angewendete Methode nicht die richtige und zielführende ist, nämlich die Methode der tröpferweisen Subvention, die erstens einmal dem parteipolitischen Einfluß in starkem Ausmaß unterworfen ist. Wir wissen das. Es wird das immer wieder bezweifelt. Aber wenn ich aus den Erfahrungen meines eigenen Landes und meines ländlichen Wahlkreises sprechen darf, so ist es nun einmal eine Tatsache, daß man damit sehr gerne ein parteipolitisches Geschäft macht, daß man vor Wahlen da ein paar tausend Schilling, dort ein paar tausend Schilling austeielt, die im

Grunde genommen das Ziel, das man sich gesetzt hat, mit diesen Förderungsmitteln nicht erreichen lassen.

Wir glauben deshalb auch, daß es weit vernünftiger wäre, zu dem Mittel des ganz langfristigen Kredites zu greifen, des ganz niedrig verzinslichen Kredites, ja vielleicht des zinsfreien Kredites. Denn der Kredit hat einen großen Vorteil: er verpflichtet den Kreditnehmer, sich auch zu bemühen, daß diese Investition zweckentsprechend angewendet wird. Darüber hinaus könnte man natürlich noch mehr Mittel auf dem Kreditwege einsetzen.

Wenn der Herr Präsident Griebner die Opposition — er hat nicht im einzelnen unterschieden, aber von der Opposition im allgemeinen gesprochen — zu mehr Sachlichkeit und dazu aufgefordert hat, die Dinge der Landwirtschaft vorurteilsfreier zu behandeln, so möchte ich auch dazu ein Wort sagen. Die Freiheitliche Partei und mit ihr die freiheitliche Bauernschaft hat immer größtes Interesse gehabt, ein lebensfähiges Bauerntum zu erhalten. Das ist eines ihrer Hauptanliegen. Dafür sprechen biologische Gründe genauso, wie wir wissen, daß es eine Voraussetzung für unsere Neutralität schlechthin ist, daß die Ernährung sichergestellt wird. Wir verwahren uns daher dagegen, daß man uns hier den Vorwurf einer zu geringen Sachlichkeit machen will oder uns beschuldigt, die Dinge der Landwirtschaft nicht mit dem entsprechenden Ernst zu behandeln. Sie werden uns immer — und das soll für die Abgeordneten des Bauernbundes im besonderen gelten — zu jeder zielführenden Maßnahme, die den Bauern wirklich hilft, bereit finden.

Ich darf in diesem Zusammenhang auch noch einige Fragen an den Herrn Landwirtschaftsminister stellen, Fragen, die sich aus der augenblicklichen Situation ergeben: welche Maßnahmen er nun wirklich zu ergreifen gedenkt, um die Diskriminierung des Viehexportes entsprechend auszuscheiden. Es ist nicht damit gedient, daß man dann, wenn es brennt, eine Delegation irgendwo hinschickt, nach Westdeutschland oder nach Italien, die dann im letzten Moment versuchen soll, mit ungeeigneten Mitteln den Export in Gang zu bringen. Hier muß man auch bereits vorausschauende Maßnahmen planen. Das gilt ebenso für die triste Situation auf dem Holzsektor.

Noch eines macht uns und besonders mir als steirischem Abgeordneten Sorgen. Wenn wir heuer im Frühjahr durch unsere Lande gefahren sind, vor allem in der Ost- und Weststeiermark, waren wir sicherlich erfreut über den Segen einer unwahrscheinlichen Blütenpracht. Das heißt aber auch, daß wir, wenn diese Blütenpracht zur Frucht wird, damit rechnen

Meißl

müssen, daß eine entsprechende Vollernte in unserem Lande, vor allem in der Steiermark, den Markt überschwemmen wird. Daher wird man sich schon jetzt sehr wohl überlegen müssen, welche Maßnahme getroffen wird, um nicht bei einer Vollernte zu einem völligen Preisverfall zu kommen. Das sind Fragen, die wir auch hier an dieser Stelle an den verantwortlichen Ressortminister stellen möchten.

Wenn ich abschließend noch zu ein paar Fragen kurz Stellung nehme, so ist es eine Frage, die schon angeschnitten wurde, aber nur am Rande, die Frage der sogenannten Verwaltungsreform, die natürlich auch im Programm der ÖVP vorkommt, über die man auch in einem Mitteilungsblatt für Vertrauensleute der ÖVP in der Gegenüberstellung Soll und Haben lesen kann. Da heißt es auch zur Verwaltungsreform in der Regierungserklärung: Modernisierung der öffentlichen Verwaltung nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und der Sparsamkeit — eine ziemlich klare und eindeutige Formulierung. Und was soll man dazu sagen, wenn man gefragt wird, was mit dieser Verwaltungsreform geschehen ist? Oder ist überhaupt schon etwas geschehen? Da heißt es dann: Bildung einer Reformkommission unter dem Vorsitz von Staatssekretär Dr. Gruber; Verhandlungen dieser Kommission zur Vorbereitung einer Reform der öffentlichen Verwaltung im Sinne einer weitgehenden Rationalisierung, Auflassung einzelner Abteilungen im Finanzministerium, teilweiser Aufnahmestopp.

Meine Damen und Herren! Bei der Verwaltungsreform ist praktisch noch nichts geschehen. Wir haben das auch hier schon von der Regierungsbank aus gehört. Man hat sich damit zufriedengegeben, daß man festgestellt hat: Es ist uns gelungen, zu verhindern, daß eine weitere Vermehrung in einzelnen Ministerien eintritt — mit Ausnahme des Unterrichtsministeriums, glaube ich, wurde gesagt. Hier wäre für die Regierung und für den Herrn Finanzminister die einzige und echte Chance gewesen, wirkliche Einsparungen vorzunehmen, damit er tatsächlich Mittel für die Erfüllung der so vielen anderen Aufgaben freibekommt, die an ihn herantreten. Hier ist nichts geschehen, und ich glaube auch sagen zu können, warum nichts geschehen ist: weil man hier natürlich wieder um jeden einzelnen Parteigänger besorgt ist und glaubt, daß man vielleicht dem einen oder anderen weh tun müßte, ja im Gegenteil, man ist froh, wenn man den Zuwachs mit eigenen Parteileuten überall wieder auffüllen kann. Die Verwaltungsreform war bisher jedenfalls ein völliger Fehlgriff.

Wenn ich noch auf die Ausführungen des Abgeordneten Tödling kurz zurückkommen

darf, der zur Landesverteidigung gesprochen hat, dann möchte ich auch dazu noch ein Wort sagen. Er hat gesagt — und das möchte ich auch hier erwähnen —: In einem Jahr hat diese Regierung mehr geleistet als früher die Koalition. — Zumindest auf dem Gebiete der Landwirtschaft ist das — vom Ergebnis her gesehen — nicht der Fall, denn die Situation in der Landwirtschaft ist nicht besser geworden. Aber der Abgeordnete Tödling hat geglaubt, die Oppositionspartei, die Freiheitliche Partei, genauso angreifen zu müssen, und hat ihr vorgeworfen, daß sie in der Landesverteidigung eine destruktive Politik betreibe, daß sie die Dinge nicht ernst meine, und er hat dies so ungefähr in dem Satz formuliert: Mit den Angriffen gegen Prader haben Sie dokumentiert, daß Sie gegen die Landesverteidigung sind!

Hiezu möchte ich einmal mit allem Nachdruck feststellen, daß man diese Frage völlig zu trennen hat. Hier ist ein Minister, der unserer Meinung nach seinen Aufgaben nicht richtig nachgekommen ist, der das Parlament — ich sage das bewußt — unserer Meinung nach belogen hat und auf der anderen Seite für sich in Anspruch nimmt ... (*Lebhafte Zwischenrufe.*)

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Ich mache den Herrn Redner aufmerksam, daß ich ihm wegen ... (*Anhaltende Zwischenrufe.*) Herr Abgeordneter, wegen des Ausdruckes „belogen“ muß ich Ihnen den Ordnungsruf erteilen. (*Abg. Dr. van Tongel: Einer muß gelogen haben! Was geschieht dann mit dem Ordnungsruf? — Abg. Peter: Einer von zwei Ministern muß gelogen haben!*) Im Hause spricht man nicht von lügen.

Abgeordneter Meißl (*fortsetzend*): Es wird sich schon noch herausstellen! (*Erneute Zwischenrufe.*)

Präsident: Ich habe kein Gerichtsverfahren durchzuführen, sondern hier nach der Geschäftsordnung vorzugehen. (*Abg. Zeillinger: Hier im Haus!*)

Abgeordneter Meißl (*fortsetzend*): Meine Damen und Herren! Es wäre sehr einfach gewesen, vor allem für die ÖVP. Sie hätte es längst in der Hand gehabt, den Nachweis zu erbringen, daß die Anwürfe gegen den Minister Prader ungerechtfertigt sind, wenn sie der Überprüfung durch den Ausschuß zugestimmt hätte. Aber es sind immer nur Worte, und die Taten fehlen. Entgegen dem Ausspruch des Herrn Bundeskanzlers, der davon spricht: Taten statt Worte, die Großen muß man hängen statt den Kleinen, und so weiter.

Ich möchte zu den Ausführungen des Abgeordneten Tödling noch folgendes sagen: Wenn man sich über die geringe Moral im Bundesheer beklagt, so hat das ja auch seine

Meißl

Gründe. Denn man muß endlich einmal zur Kenntnis nehmen, daß alle Militärs und Wehrmachten der Welt irgendwo ihrer Tradition verpflichtet sind und die guten soldatischen Traditionen zu achten haben. Und solange man nicht die gute soldatische Tradition des ersten und zweiten Krieges gleichstellt und gleichachtet, wird es auch nicht möglich sein, unseren jungen Leuten entsprechende Achtung einzuflößen. Das wird auch dann nicht möglich sein, wenn man beispielsweise in der Frage der Kasernenbenennung — so sehr es sicherlich menschlich zu bedauern ist, daß hier so mancher mit dem Einsatz seines Lebens dafür einstehen mußte — eine Problematik schafft, die sicherlich nicht zum Vorteil und zum Aufbau und im Geiste des neuen Bundesheeres ist.

Zum Abschluß: Wir Freiheitlichen werden uns mit dieser Erklärung, die eigentlich, wie wir heute schon festgestellt haben, niemand wollte, nicht zufriedengeben, sondern wir werden sehr wohl anlässlich der Budgetdebatte im Herbst unsererseits der Regierung eine Zwischenbilanz legen. Wir werden uns dabei nicht durch Quantität über schlechte Qualität täuschen lassen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Wielandner. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Wielandner** (SPÖ): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Reich hat heute den Wunsch ausgesprochen, daß die Opposition ab und zu nach englischem Muster stimmen sollte. Die Demokratie wird in England sehr, sehr groß geschrieben. Auch in unserem Lande gibt es Einrichtungen, die sich sicherlich daran halten. Ich denke dabei an verschiedene Gemeindeverwaltungen. Ich komme aus einer Gemeinde, in der meine Fraktion eine mehr als 70prozentige Mehrheit hat, und trotzdem haben wir noch nie unsere Partner von der anderen Seite überstimmt. (*Abg. Kern: Da könnte ich Ihnen etwas anderes sagen! — Abg. Altenburger: Das war aber nicht die Gemeinde Wien! — Heiterkeit.*) Ich komme nicht aus Wien, das werden Sie wahrscheinlich wissen. Sie werden später noch hören, daß ich aus dem Lande Salzburg komme. (*Zwischenrufe. — Ruf bei der ÖVP: Mehrheitsbeschluß!*) Haben wir nicht gebraucht, weil wir so lange geredet haben. Aber ich werde Ihnen jetzt sagen, wie es hier geschieht.

Wenn ich mir so überlege, was ein Jahr dieser Alleinregierung gebracht hat, so muß ich sagen, daß die Überheblichkeit, welche der Herr Abgeordnete Dr. Fiedler am ersten Tag der Rundfunkberatungen prophezeite, wahr geworden ist. Auf das Angebot Scheibengrafs, das Problem sachlich zu behandeln, kam damals die Ant-

wort: Wir werden mit Ihnen diskutieren, aber nehmen Sie zur Kenntnis: Was in diesem Haus geschieht, das bestimmen wir!

Ein kleiner Teil der Österreicher hat am 6. März 1966 darüber entschieden, was hier für gut befunden wird. Die Überheblichkeit hat sich immer weiter fortgesetzt, man hat die Opposition nicht gehört, man hat ihre gutgemeinten Vorschläge nicht zur Kenntnis genommen, und man ist nicht bereit zu diskutieren, wennes um Dinge geht, die im wirklichen und wahren Interesse der Bevölkerung liegen. (*Ruf bei der ÖVP: Bischofshofen!*) Bischofshofen, jawohl.

Wenn man sich überlegt, daß das mit 5 Mandaten von 165 geschieht, so muß man sagen, daß Österreich von einer Mehrheit regiert wird, die in keinem Verhältnis zu den demokratischen Kräften dieses Landes steht. (*Abg. Hartl: Aber gut sind wir! — Abg. Dr. van Tongel: Minderheit der Wählerstimmen!*) 48 Prozent, Herr Kollege Hartl!

Ich habe mit dem Rundfunk begonnen und festgestellt, daß diese Politik in Österreich fortgesetzt wurde. Nach einem Jahr ÖVP-Regierung erhalten wir den Bericht des Herrn Bundeskanzlers, der all diesen Maßnahmen gegen die Österreicher das Mäntelchen umhängt, es wäre eine Politik für alle Österreicher. Ich sage Ihnen: Es ist schon eine Politik für alle Österreicher: eine gute für den kleineren Teil und eine belastende für die Masse dieser Österreicher, und alles dank dieser fünf Mandate: Die Erhöhung der Mineralölsteuer, erhöhte Bahn- und Posttarife, Stützungsabbau, nach Angaben von Experten unwirksame Wachstumsgesetze sind in diesem Hause mit fünf Mandaten Mehrheit beschlossen worden! Anträge der Opposition, eingebracht zugunsten der Menschen dieses Landes, sind nicht einmal in Behandlung gezogen worden.

Man sprach seinerzeit einmal von einem Alleingang, von einem Anschluß an die EWG und ist nun beim Konzept Kreisky, dem Handelsvertrag, gelandet, wie wir gestern gehört haben. Der Herr Abgeordnete Doktor Fiedler sprach gestern von einem entschärften Paket Südtirol; das dürfte kaum die Zustimmung der Mehrheit der Südtiroler finden.

Heute hat der Abgeordnete Tödling wieder die alte Platte von der Bundesheerfeindlichkeit der Sozialisten aufgelegt. Ich darf feststellen! Wir haben uns immer wirklich sachlich bemüht, im Verteidigungsausschuß unsere Vorschläge zu unterbreiten. Ich erinnere an die gestrige Diskussion im Ausschuß, an die vielen Wortmeldungen bei den Wehrgesetzen und so weiter. Trotzdem wird es hier immer wieder für not-

Wielandner

wendig befunden, davon zu sprechen, die Sozialisten wären dem Wehrgedanken in Österreich feindlich gegenübergestanden und stünden ihm noch feindlich gegenüber.

Ich wollte dies sagen, bevor ich zu den Verhältnissen in meinem Wahlkreis komme. Es sind das Skizzen aus Österreich, wie sie sich darstellen, wenn man hier in diesem Hause einmal das Fazit aus einem Jahr ÖVP-Alleinherrschaft, der 5 Mandate-Mehrheit zieht.

Die Abgeordneten dieses Hauses haben in den letzten Tagen ein Bild gezeichnet; es zeigt, daß sich schon wieder die Angst um den Arbeitsplatz einstellt, die Sorge darum, daß man seinen Kindern morgen vielleicht das Brot nicht mehr geben kann oder von einem ganz anderen Arbeitsplatz her geben muß. Wir können uns vorstellen, daß es schon wieder so weit kommen könnte, wie es einmal in Österreich gewesen ist. *(Abg. Steiner: Lieber Wielandner! Das glaubst du doch selber nicht! Es wäre gut, zu den Ausführungen über deinen Bezirk zu kommen!)* Das kommt dann gleich! Kollege Steiner, wart noch ein bißchen! *(Abg. Steiner: Stimmt nicht ganz, was du bringst!)* Stimmt nicht? Du wirst es ja beurteilen können.

Die Personalpolitik wird willkürlich betrieben. Man numeriert mit Nummer eins bis fünf — Sie wissen es ja —, obwohl jeder Österreicher gleich sein sollte. Ein Wiener Unternehmen brüstet sich damit, daß es wieder genügend Reinigungsfrauen in Österreich gibt. Wir sehen schon schön langsam, wohin das alles führt. *(Ruf bei der ÖVP: „Raumpflegerin“ heißt das!)* Raumpflegerin, bitte sehr, wenn Ihnen dieser Ausdruck besser gefällt. *(Abg. Konir: Putzfrau!)* Früher hat man „Putzfrauen“ gesagt, Kollege Konir!

Wir hatten im Lande Salzburg noch Glück, muß ich sagen, denn es ist dort rechtzeitig dafür vorgesorgt worden, sodaß die Dinge etwas anders gelaufen sind als hier auf der Bundesebene. Zumindest haben sich die sozialistischen Politiker in diesem Lande, sei es auf der Landesebene oder auf der kommunalen Ebene, für eine Verbesserung der Struktur dermaßen eingesetzt, daß wir heute sagen können, daß im Lande Salzburg die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Jahren noch nicht stagniert hat, obwohl sich die Zuwachsrate des Beschäftigtenstandes auf die Hälfte verringerte, Kollege Steiner! Die Zuwachsraten der industriellen Produktion, des Exportvolumens, der valutarischen Eingänge aus dem Fremdenverkehr, das Steueraufkommen an gemeinschaftlichen Bundesabgaben sind sicherlich Beweise dafür, daß das Bundesland Salzburg von der in diesem Haus aufgezeigten

schlechten Entwicklung in verschiedenen anderen Bundesländern zumindest auf der Unternehmenseite nicht betroffen wurde.

Es ist richtig, daß das Inlandsprodukt je Erwerbstätigen und auch das Volkseinkommen je Einwohner im Bundesland Salzburg in den zwölf Jahren von 1952 bis 1964 am stärksten gestiegen ist. Genaue Untersuchungen der Ursachen führten zu dem Ergebnis, daß die Stadt Salzburg einen Anteil von 50 Prozent am Inlandsprodukt im Lande hat. Und jetzt mußt du aufpassen, Kollege Steiner! *(Abg. Steiner: Ja!)* Vergleich: Innsbruck hat am Tiroler Ergebnis einen Anteil von einem Drittel. Der Anteil am Volkseinkommen je Einwohner ist höher als in den anderen Landesteilen; in der Stadt Salzburg beträgt die Indexzahl 139,1, wenn wir Österreich im gesamten gesehen mit 100 annehmen. Die Folgerung daraus: Die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung im Bundesland Salzburg ist zum beträchtlichen Teil dadurch verursacht worden, daß eben die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Landeshauptstadt entsprechend sind.

Die jüngste Veröffentlichung der Regionalstatistik hat gezeigt, daß 48,9 Prozent des Inlandsproduktes auf die Landeshauptstadt entfallen. Indexmäßig umgerechnet auf die Erwerbstätigen: 127,1 in der Stadt gegenüber den übrigen Landesteilen 85,8 Prozent, wobei wieder die Durchschnittszahl in Österreich 100 ist. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß in Salzburg ungefähr 10 Prozent der Einkommen unmittelbar aus dem Fremdenverkehr kommen.

Der Beitrag der Industrie ist in unserem Lande geringer als in anderen Bundesländern; das weist auf eine günstige Strukturlage hin. Der Großhandel spielt sicherlich noch eine Rolle, und zwar wegen der Grenznahe.

Eine weitere Spitzenposition ist durch das gruppenspezifische Einkommen gegeben. Die Ursache dafür ist, daß wir eine Industrie und ein Gewerbe mit einer hohen Wertschöpfung, das heißt gut verdienende Unternehmer haben.

Die Arbeitnehmereinkünfte im Land Salzburg sind schon weniger günstig. Hier liegen wir unter dem österreichischen Durchschnitt, der mit 100 angegeben wird. In Salzburg ergeben sich etwa bei den Arbeitern 98,23, bei den Angestellten 96,41.

Bei branchen- beziehungsweise standortbegünstigten Löhnen stehen Vorarlberg, Tirol und Wien vor Salzburg, und bei den Angestellten sind es Vorarlberg, Tirol, Kärnten, Oberösterreich und Wien. Die Erhebungen stammen allerdings — ich hatte keine anderen zur Verfügung — vom September 1966. Es ist möglich, daß sich in der Zwischenzeit bereits

Wielandner

Verschiebungen ergeben haben, denn auch bei uns sind selbstverständlich kleinere Betriebe geschlossen worden.

Die Stellung des Landes Salzburg im Vergleich zu den Verhältnissen anderer Länder, über deren Wirtschaftslage in diesem Hause berichtet wurde, hat selbstverständlich verschiedene Ursachen. Damit komme ich zu einigen besonderen Problemen.

In bezug auf die Wirtschaftslage und die Wirtschaftsplanung konnten für das Land Salzburg im Salzburger Landtag zahlreiche sozialistische Anträge durchgesetzt werden. Der die Produktive Arbeitslosenfürsorge betreffende Ausschuß ist vor vielen Jahren vom heutigen Arbeiterkammerpräsidenten Brunauer ins Leben gerufen worden. Dazu kam später ein Antrag auf die Erstellung eines Terminplanes; es wurden ein Investitionsprogramm, das auf das Jahr 1957 zurückgeht, sowie der Beirat für den Arbeitsmarkt und der Koordinierungsausschuß für die Bauwirtschaft erstellt.

Es waren aber auch die Bemühungen der Gemeinden hier sehr, sehr maßgeblich. Ich habe die Sonderstellung der Stadt Salzburg bereits eingangs kurz herausgearbeitet. Es sind darüber hinaus in sozialistisch verwalteten Gemeinden zahlreiche Betriebsansiedlungen erfolgt. Ich darf darauf verweisen, daß beispielsweise in Hallein, in Saalfelden, aber auch in meiner Heimatgemeinde Bischofshofen diese Ansiedlungen intensivst erfolgt sind. Der Herr Bundeskanzler war ja damals Landeshauptmann von Salzburg. Er hat mit der Betriebsansiedlung Liebherr sicherlich keine Freude gehabt, denn er hat mir damals bedeutet, daß sich dadurch das Arbeitsgefüge des Landes zerschlagen würde.

Ich denke aber in weiterer Folge auch an die großen Leistungen der Fremdenverkehrsgemeinden, insbesondere selbstverständlich wieder der sozialistisch verwalteten Stadt Salzburg und der anderen seit vielen Jahren unter sozialistischer Verwaltung stehenden Gemeinden, durch die der Grundstein beispielsweise in Badgastein, in Hofgastein, in Kaprun und so weiter gelegt wurde.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse im Land Salzburg sind also — und das möchte ich jetzt feststellen — keine Verdienste der derzeitigen Bundesregierung, sondern auf echte Initiativen von sozialistischen Kommunal- und Landespolitikern, welche entsprechende Initiativen Gott sei Dank zeitgerecht ergriffen haben, zurückzuführen. Denn es würde schwierig sein, diese Betriebsansiedlungen heute noch durchzuführen. (*Widerspruch des Abg. Regensburger.*) Aber, Kollege Regensburger, ich habe es gar nicht notwendig zu lügen, die

Tatsachen sprechen ja für sich. Aber ich lade Sie gerne ein: Kommen Sie einmal nach Bischofshofen, dann zeige ich Ihnen diese Betriebe.

Allerdings ist die Wirtschaft des Landes, insbesondere aber auch der Fremdenverkehr, weitgehend von Maßnahmen abhängig, welche der Bund zu setzen hätte. Ich komme damit wieder zu den alten Themen, die ich schon seit zweieinhalb Jahren hier immer wieder vortrage: zum Straßenbau im Lande Salzburg.

Wenn wir heute durch das Land fahren, sei es durch das Salzachtal, durch das Ennstal, das Saalachtal, zum Radstädter Tauern oder durch die Gasteiner Klamm, stellen wir fest: Frostaufbrüche während des Frühjahrs, Kolonnenbildungen über viele Kilometer während des Sommers. Die Bundesstraßen im Land Salzburg zählen zu den schlechtesten Österreichs. Trotz der bisher starken Frequenz auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs haben wir immer wieder nur eine äußerst stiefmütterliche Behandlung erfahren. Dies liegt an der Aufteilung des Kilometergeldes pro Kilometer Bundesstraße.

Wenn ich in diesem Zusammenhang vom Fremdenverkehr gesprochen habe, so möchte ich noch auf einige Zahlen hinweisen. Die Nächtigungsziffern des Jahres 1965 vergleichsweise zu anderen Gebieten Österreichs: Pongau und Pinzgau, die zwei Gebirgsgaue des Landes Salzburg, hatten zusammen 6,7 Millionen Nächtigungen, während ganz Niederösterreich 5,2, Steiermark 5,4, Vorarlberg 4 Millionen und das Burgenland 550.000 Nächtigungen hatten. (*Abg. Hartl: Dann ist es eh gut! Warum jammern?*)

Der Ausweitung des Fremdenverkehrs steht der Straßenzustand in krasser Weise entgegen. Im Juni 1966 ist in diesem Hause der Entschließungsantrag aller Parteien auf Errichtung oder Erbauung der Tauernschnellstraße eingebracht worden. Jetzt haben wir, im ersten Teil zumindest, vom Paß Lueg bis ungefähr in den Raum Werfen—Bischofshofen noch keine konkrete Trassenfestlegung. Der zuständige Ressortminister erklärt zwar: Ja, wir werden das rasch vorantreiben!, im Parlament erklärte er aber, die Planung sei nicht abgeschlossen. Bis jetzt ist auch noch keine Aufnahme in das Autobahnverzeichnis erfolgt.

Als nächstes Problem dieses Landes wäre die Schaffung einer zweiten innerösterreichischen West-Ost-Verbindung zu nennen. Wenn beispielsweise die Salzachtal-Bundesstraße gesperrt würde, hätten wir derzeit nur eine Verbindungsmöglichkeit zwischen Salzburg und Tirol, und zwar über das bayrische Gebiet. Nun haben wiederum die Gemeinden die

Wielandner

Initiative ergriffen, gemeinsam mit dem Land Salzburg eine sogenannte Konkurrenzstraße begonnen und zum Teil ausgebaut, und zwar die Gemeinden Saalfelden, Alm, Dienten, Mühlbach und Bischofshofen gemeinsam mit dem Lande Salzburg. Der Bund müßte doch die Wichtigkeit dieser Straße für den Fremdenverkehr, die aber auch eine große strategische Bedeutung besitzt, erkennen und sie zu einer vollwertigen Straße ausbauen. Herr Bundeskanzler, Sie kennen doch selbst diese schöne Hochkönig-Straße. Es müßte doch möglich sein, daß man auch dazu von der Bundesseite her einmal etwas beiträgt.

Gestern habe ich in den „Salzburger Nachrichten“ gelesen, daß nun anscheinend die Finanzierung für den Zubringer der Felbertauernstraße gesichert ist. Ich muß sagen, es ist reichlich spät, wenn es wahr ist, ich weiß es bis jetzt noch nicht. (*Abg. Steiner: Wir haben wieder vergessen, dich zu fragen!*) Das ist nicht unbedingt notwendig, Kollege Steiner, aber vielleicht hast du dir gedacht, es könnte heute wieder auf den Tisch kommen, jetzt, wenige Wochen vor der Eröffnung der Felbertauernstraße, trotz der Kanzlerzusage bereits im vergangenen Jahr anlässlich der Hochwasserkatastrophen und trotz des bereits vor längerer Zeit eingebrachten Entschließungsantrages hier im Hohen Hause! Durch die Säumigkeit kann diese österreichische Blamage heuer wohl nicht mehr abgewendet werden, sondern wohl erst im kommenden Jahr.

Bei der Lawinenverbauung war es ähnlich. Es mußte erst ein Entschließungsantrag eingebracht werden, um hier endlich Mittel freigemacht zu bekommen, die notwendig sind, um die Südrampe des Radstädter Tauerns, die fremdenverkehrsmäßig und wirtschaftsverkehrsmäßig so wichtig ist, endlich ausbauen zu können. Zeitungen künden darüber hinaus auch an, daß Mittel für die Salzachtal-Bundesstraße freigegeben sind. Wenn wir allerdings heute darauf fahren, müssen wir feststellen, beispielsweise auf dem Abschnitt zwischen Lend und Taxenbach, daß desolate Straßenverhältnisse herrschen und beinahe ein Acker dort vorhanden ist. Und dies unmittelbar vor der Saison! Man arbeitet zwar schon seit Wochen daran, aber anscheinend werden die Mittel nicht in ausreichender Weise flüssig gemacht, um dieses Problem endlich einer endgültigen Bereinigung zuführen zu können. Die Bauarbeiter — und das möchte ich ganz eindeutig feststellen — tragen jedenfalls nicht die Schuld, denn die Schuld liegt woanders.

Gerade wegen unserer Schwierigkeiten mit unserer Zahlungsbilanz sollten wir alles tun, den Fremdenverkehr zu fördern und die Devisenbringer nicht buchstäblich durch

schlechte Straßen davon abzuhalten, zu uns zu kommen. Dazu gehört auch, daß vorbeugende Maßnahmen für die Katastrophengebiete gesetzt werden. Ich habe von der Landesregierung Salzburg — sogar ich habe das gekriegt, Kollege Steiner — erfahren, daß für das Sofortprogramm 1967, das im November des vergangenen Jahres eingereicht wurde, bis jetzt von der Bundesseite keine Mittel aus dem Katastrophenfonds flüssig gemacht wurden. Es dreht sich um einen Bundesbeitrag von rund 11,5 Millionen Schilling. Kollege Steiner, vielleicht wäre es möglich, daß du jetzt wieder hinausgehst und es mit dem zuständigen Herrn Bundesminister richtest.

Es handelt sich um die vorbeugenden Maßnahmen, die Sofortmaßnahmen bei den Bundesflüssen, und zwar bei der Mur 1 Million Schilling, bei der Salzach im Pongau 500.000 S und bei den Konkurrenzgewässern Kleinarler Ache 1,4 Millionen, Groöarler Ache 5,5 Millionen, Gasteiner Ache 2,6 Millionen, Rauriser mit Seidlwinklache 1,5 Millionen, Fuscher Ache mit 3,4, Felber Ache mit 0,3, Taurachache im Lungau mit 0,3; zusammen sind das also 16,5 Millionen, davon beträgt der Bundesbeitrag 11,55 Millionen Schilling.

Es nützen keine Besuche im Katastrophengebiet nach den Katastrophen. Die vorbeugenden Maßnahmen müssen zumindest bezuschußt werden, damit sie auch tatsächlich draußen in die Tat umgesetzt werden können. Wenn wir uns überlegen, daß die Flüsse wegen des Schmelzwassers derzeit bereits wieder Hochwasser führen, dann müssen wir sagen: es ist ja bereits zu spät, wir müssen wieder eine günstige Zeit abwarten, um diese Verbauungen durchführen zu können. Und dann wundern wir uns, daß wieder Schäden auftreten, wie es im vergangenen Jahr der Fall gewesen ist.

Ich darf hier also noch einmal ersuchen, daß diese Beträge nicht auf das Konto — wie es im letzten Katastrophenfondsbericht heißt — gelegt werden, sondern daß sie zum Einsatz freigemacht und auch tatsächlich verbaut werden. (*Abg. Steiner: Im nächsten Finanzausschuß ist ja dieser Bericht schon vorgesehen!*) Der Bericht schon, aber die Mittel sind noch nicht da.

Die Schätzungen des Institutes für Wirtschaftsforschung haben ergeben, daß die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr im Lande Salzburg um 70 bis 80 Prozent höher liegen als in östlichen Bundesländern. Wenn wir diese Straßenbaumaßnahmen und die Flußverbauung mißachten, werden wir nicht nur Schäden an der eigenen Bevölkerung erleben, sondern wir werden insbesondere

Wielandner

jetzt, bei stärkster ausländischer Konkurrenz und bei verschlechterter Wirtschaftslage, hinsichtlich der Länder, aus denen unsere Gäste kommen, Schaden erleiden.

In diesem Zusammenhang wird die Frage Fremdenverkehrswerbung aufgeworfen. Die Prognosen in der „Salzburger Volkszeitung“, dem Landesorgan der Österreichischen Volkspartei, sind wirklich nicht erfreulich. Ich verweise auf einen Artikel vom 25. April 1967 und zitiere: „Bedauerlicherweise muß heuer erstmalig eine Stagnation der Österreichbuchungen festgestellt werden; die Ursachen dürften im ständigen Preisauftrieb zu suchen sein, da wir dadurch mit dem übrigen Preisangebot nicht mehr konkurrenzfähig sind.“ (Abg. Nimmervoll: Wenn man die Wahrheit erfahren will, muß man doch unsere Zeitung lesen!) Ja die Wahrheit, der Preisauftrieb! Es wird immer gesagt, die Preise steigen nicht, Kollege Nimmervoll, anscheinend hast du jetzt nicht gehört, um was es wirklich geht.

Zu den Preisen, insbesondere den Fleischpreisen, stellt „Der Salzburger Bauer“ vom 23. März 1967 fest — seht, wie ich mich mit euch beschäftige —: „Gegenüber dem Februar des Vorjahres haben sich folgende Preisverbilligungen ergeben: Die Preise der Stiere sind von 15,23 S auf 14,33 S, also um 90 Groschen gesunken, und der Preisrückgang bei den Kühen betrug 65 Groschen, das heißt, die Kühe sind von 10,92 S auf 10,27 S abgesunken.“

Wir wissen, was das für unsere Bergbauern bedeutet. Wenn man auf der anderen Seite aber nicht bereit ist, die Preise abzusenken, wie es tatsächlich der Fall ist, dann wissen wir auch, wo die Zwischenhandelsspanne bleibt und wer sie in Wirklichkeit einschiebt. (Abg. Steiner: Das mußt du dem Metzger sagen!) Ja, der Metzger sicher auch.

Sehen wir weiter, was in dieser Zeitung noch steht. Da steht als Überschrift „Nachfrage nach Fleisch rückläufig“: „Von den Salzburger Verarbeitungsbetrieben wurden im Vormonat 1053 Rinder oder rund 54 Prozent des Angebotes vermarktet. Gegenüber dem Vorjahr ist ein Bedarfsrückgang von 15 Prozent festzustellen. Die Ursachen dieser Entwicklung liegen vor allem darin, daß die Nachfrage nach Fleisch und Wurstwaren in diesem Jahr im Rückgang begriffen ist.“

Dazu darf ich mir noch die Feststellung erlauben, daß diese Abnahme wohl deshalb nicht erfolgt ist, weil man bis jetzt nicht bereit gewesen ist, entsprechend dafür Sorge zu tragen, daß die kleineren Einkommen dadurch erhöht werden, daß man eine entsprechende Lohnsteuerreform durchführt.

Nun noch eine andere Frage, die Entwicklung der Situation der Gemeinden des Landes. Die Verschuldung der Gemeinden stieg im Jahre 1966 um 16 Prozent. Die Abwicklung eines Investitionsvolumens von 320 Millionen erfolgte zu mehr als der Hälfte im Darlehenswege. Das ist eine alarmierende Feststellung. Immer mehr Lasten kommen auf die Gemeinden zu, und Bund und Land sind gerne bereit, immer mehr Aufgaben an die Gemeinden abzugeben. (Abg. Steiner: Hast du so viele Schulden gemacht?) Ich nicht. Du brauchst keine Sorge zu haben, die Wirtschaft von Bischofshofen und die finanzielle Gebarung, Kollege Steiner, die sind in Ordnung.

Besondere Beispiele: Bei der Förderung des für Österreich so wichtigen Fremdenverkehrs lastet man den Gemeinden die Werbungskosten auf; der finanzielle Fundus, der Verkehrsverein, ist wieder die Gemeinde; die fremdenverkehrsfördernden Maßnahmen, wie Anlagen, Bäder und so weiter, bauen die Gemeinden; sie haften für Risikoprojekte, wie Lifte. Von den Schulbauten und Pflichtaufgaben brauche ich in dem Zusammenhang gar nicht zu reden. Von Bundes- und Landesseite sollten in Zukunft nicht nur gute Ratschläge erteilt werden, sondern es gilt, Investitions- beziehungsweise Infrastrukturverbesserungen zu tätigen. Erst dann werden die Fundamente der wirtschaftlichen Lage des Bundeslandes Salzburg gesichert sein.

Nun noch etwas zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Harwalik von vorgestern über die „glanzvollen Leistungen“ auf dem Unterrichtssektor. Land und Stadt Salzburg sollen die Universität finanzieren. Bisher ist zwar die Universität gegründet worden, aber vom Bund sind noch keine Mittel zur Verfügung gestellt worden. Nach einer Erklärung des Herrn Unterrichtsministers soll darüber hinaus in Hintermoos ein Sportzentrum geschaffen werden; er hat das während des Skiurlaubs im Jänner dieses Jahres erklärt. Bis wann wird man diesbezüglich auf konkrete Planungen warten müssen, oder bleiben diese Ankündigungen Schall und Rauch?

Leider ist Herr Kollege Dr. Gruber nicht im Saal. Er hat mich heute angesprochen, daß ich als Bürgermeister noch keinen Grund für die Errichtung einer Mittelschule abgeben mußte. Ich habe mich um die Errichtung einer berufsbildenden Mittelschule beim Unterrichtsministerium schon vor etwa vier Jahren beworben. Es wurde mir auch eine gewisse Zusage gegeben. Aber schließlich und endlich kam statt der Mitteilung des Termins für die Vornahme der Aufnahmsprüfungen in diese Schule die Mitteilung, daß der Ort Bischofshofen dafür nicht geeignet wäre. Ich kann

Wielandner

mir den Grund schon denken: Bischofshofen ist wahrscheinlich zu sozialistisch, als daß man dorthin eine berufsbildende Schule hätte geben können. Frau Direktor Locker vom Annahof in Salzburg wird bestätigen können, daß es echte und ernste Bemühungen waren und daß ich wiederholt im Bundesministerium für Unterricht vorgesprochen habe. Leider kam ich nicht in die Lage, ein Grundstück dafür zur Verfügung zu stellen. Ich hätte sogar ein Gebäude hierfür zur Verfügung gestellt!

Nun einige Bemerkungen zum Finanzausgleich: Der Herr Bundeskanzler hat in seinen Ausführungen festgestellt, daß ein längerfristiger Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden geschlossen werden konnte und dadurch erstmals die Möglichkeit einer langfristigen Finanzpolitik bestünde. Ich darf mir dazu die Bemerkung erlauben, daß auch der Finanzausgleich 1959/1963 längerfristig war, zwei- oder dreimal verlängert wurde und man erst zu einem neuen Finanzausgleich kommen mußte, als es im vergangenen Jahr darum ging, die Einnahmen der Gemeinden in Österreich etwas umzuschichten.

Wenn man glaubt, daß man mit dem Ergebnis des nunmehrigen Finanzausgleiches eine langfristige Finanzpolitik betreiben kann, so darf ich feststellen, daß bereits jetzt wieder zahlreiche Dinge an die Gemeinden herangezogen werden, ich verweise nur auf die zu erwartende Einkommensteuernovelle und auf die vorgeschlagene Wohnbaureform 1968. Wenn die Gemeinden mit diesen Dingen bedacht werden sollen, die man hier vorsieht, werden wir sicherlich nicht in der Lage sein, unsere Investitionen auf Grund der derzeitigen Ergebnisse des Finanzausgleiches voranzuplanen.

Es war meine Aufgabe, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Salzburg insbesondere im letzten Jahr aufzuzeigen. Ich darf abschließend feststellen, daß wir uns in diesem Bundesland noch glücklich schätzen können; vielleicht deswegen, weil Großbetriebe fehlen und sich erst heuer erstmals weniger Buchungen auf dem Sektor Fremdenverkehr abzeichnen.

Mögen Sie, meine Herren der österreichischen Bundesregierung, den immer wieder vorgebrachten Forderungen Rechnung tragen, damit dem Land Salzburg eine Entwicklung gleich den anderen Bundesländern erspart bleibe. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Heinz. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Heinz** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Die Erklärung

des Herrn Bundeskanzlers über die Tätigkeit der Bundesregierung im vergangenen Arbeitsjahr und unsere derzeitige wirtschaftliche Situation haben vielleicht am Mittwoch noch da und dort das Gefühl aufkommen lassen, daß die Regierung alles getan habe, was auf wirtschaftlichem Gebiet notwendig war. Ich glaube aber, heute ist nicht mehr viel davon übriggeblieben.

Als Vorarlberger Abgeordneter, der in den letzten 20 Jahren aus nächster Nähe den wirtschaftlichen Aufstieg und die Blüte dieses Landes miterleben durfte, möchte ich Ihnen, Herr Bundeskanzler, sagen: Wir haben in diesen 20 Jahren schon viel, viel bessere Jahre erlebt, als es das abgelaufene Jahr gewesen ist. Ich bin stolz darauf, daß wir damals als Sozialisten in der Regierung durch unsere Vorschläge gerade auf dem Sektor der Investitionen und der öffentlichen Bauten unseren Teil dazu beigetragen haben.

Die „Erfolge“ der heutigen Bundesregierung auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik spiegeln sich ganz offensichtlich in den Betrieben der einzelnen Bundesländer wider. Noch nie wurden in unserem Lande wirtschaftliche Schwächen so spürbar wie im letzten Jahr. Passive Bilanzen, Entlassungen, Zahlungsunfähigkeit, aber auch Konkurse haben in einem Maße Einzug gehalten, wie wir es früher nicht gekannt haben. Unternehmungen, die jahrzehntelang zum Stolz unseres Landes zählten, mußten bereits schließen oder stehen vor größten wirtschaftlichen Schwierigkeiten.

Daß es sich bei meinen Feststellungen nicht um Übertreibungen handelt, möchte ich an Hand einiger Beispiele unterstreichen, die fast durchwegs aus den Reihen des Dr. Mussil stammen, der vor kurzem meinte, man solle unsere Wirtschaft nicht krankbeten.

Ich beziehe mich zuerst auf den Jahresbericht der Bundessektion Industrie, der von rückläufigen Exporten, Investitionen und Erträgen spricht. 1966 stagnierten die Industrieinvestitionen in Österreich nahezu völlig. Aber auch sonst weist zum Beispiel die benachbarte Schweiz mit 16.900 S eine fast doppelt so hohe Kopfquote auf als Österreich mit rund 8500 S bei den Industrieinvestitionen. Beim Export erreichte Österreich mit 5700 S pro Kopf ungefähr die Hälfte des Betrages von Norwegen mit etwa 10.000 S und ein Drittel von Belgien mit 16.852 S. Da aber für die künftige Entwicklung die Intensität der Exporte und die Höhe der Investitionen wichtige Faktoren darstellen, gibt die Situation in Österreich doch zu einiger Besorgnis Anlaß. Der Abstand Österreichs zu anderen europäischen Staaten, die hinsichtlich der Größe des Territoriums, der Bevölkerung und der natürlichen Produk-

Heinz

tionsgrundlagen vergleichbar sind, ist gerade im Hinblick auf die Exportkopfquote beträchtlich. Dabei steht außer Zweifel, daß in der österreichischen Industrie noch größere Herstellungsreserven vorhanden sind, die den Ausgangspunkt zu einer neuen Entwicklung bilden könnten, wenn hierfür die notwendigen allgemeinen wirtschaftlichen Impulse gegeben werden.

Auch Bundeskanzler Dr. Klaus meinte dazu in seiner Erklärung, „daß sich ein Teil der österreichischen Produktionsstruktur der dauernd sich ändernden Nachfragestruktur nicht anpassen konnte“. Die Bundessektion Industrie fordert deshalb in ihrem Jahresbericht, einen umfassenden Ausbau der Erzeugungsanlagen anzuregen beziehungsweise zu ermöglichen, die Wirtschaftspolitik auf die allgemeine Produktivitätsförderung zu konzentrieren sowie Forschung und Entwicklung, die Motor des technischen Fortschrittes sind, auf breiter Grundlage auszugestalten. Soweit die Industrie, die neben der Energie- und der Fremdenverkehrswirtschaft einen der Pfeiler der Vorarlberger Wirtschaft darstellt.

Ähnlich hat sich auch der Präsident der österreichischen Industriellenvereinigung, Doktor Mayer-Gunthof, geäußert, der in einem Referat erklärt hat, daß ein Abflachen der Konjunktur unbestreitbar sei. Dr. Mayer-Gunthof spricht dann in seinen Ausführungen auch von der Forschung, und er meint, daß sich Österreich mit einem Forschungsaufwand von nur 0,3 Prozent des Volkseinkommens auf der Stufe wenig entwickelter Länder bewege. Es sei nach seiner Ansicht mindestens eine Verdreifachung des Forschungsaufwandes notwendig, wenn unser Land einigermaßen gleichziehen wolle. Deutschland gibt nach seinen Ausführungen viermal soviel, Großbritannien siebenmal und die Vereinigten Staaten von Amerika sogar zehnmal soviel für die Forschung aus wie Österreich.

Wir werden in einigen Monaten bei der Erstellung des Budgets 1968 die Äußerung des Herrn Bundeskanzlers überprüfen, die er im Zusammenhang mit Wissenschaft und Forschung abgegeben hat und die da lautete: „Die Aufgabe des Staates besteht darin, dort, wo es notwendig ist, die entsprechenden materiellen Mittel zur Verfügung zu stellen.“

Auch das Mitteilungsblatt der Vorarlberger Handelskammer vom 20. Jänner 1967 stellt fest, daß Österreichs industrielle Schwungkraft im Schwinden sei. Ich sehe hier den Abgeordneten Hämmerle, der heuer in einer Sitzung der Handelskammer ebenfalls mitteilte, daß das Hauptproblem für die Vorarlberger Industrie die Unsicherheit über die Integrationsentwicklung darstelle; er sagte wortwörtlich: das „Hauptübel“.

Es hat dabei ganz den Anschein, als ob die eine oder andere Äußerung des Herrn Bundeskanzlers oder anderer Regierungsmitglieder einiges zu dieser Unsicherheit beigetragen hat. Ich glaube, daß darüber auch der in der Erklärung zutage getretene Wunsch der Bundesregierung nicht hinwegtäuschen kann, daß ein neues Verhandlungsmandat des EWG-Ministerrates die zuständige Kommission in die Lage versetzen möge, in Verhandlungen über die gesamte Vertragsmaterie einzutreten und diese Verhandlungen zu Ende zu führen.

Auch die Vorarlberger Arbeiterkammer hat sich vor einem Monat in ihrer Vollversammlung eingehend mit der wirtschaftlichen Entwicklung beschäftigt und einstimmig eine Resolution beschlossen, die sie unter anderem auch den Vorarlberger Abgeordneten zum Nationalrat und Bundesrat mit der Bitte um Unterstützung überreichte. Ich möchte diese Debatte zum willkommenen Anlaß nehmen, Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, vom Inhalt dieser Resolution in Kenntnis zu setzen; gibt sie doch die Sorge von 75.000 Dienstnehmern wieder.

Einleitend wird in der Resolution die wirtschaftliche Situation besprochen, wird festgestellt, daß im vergangenen Jahr in 14 von 23 Industriezweigen weniger erzeugt worden ist. Die Vorarlberger Arbeiterkammer verlangt dann, daß die vom Österreichischen Gewerkschaftsbund und vom Österreichischen Arbeiterkammertag immer wieder gestellte Forderung nach Errichtung eines langfristigen Konzeptes zur Förderung des Wirtschaftswachstums und zur Verbesserung der Produktionsstruktur endlich durchgeführt und durchgesetzt wird. Es sei notwendig, daß in dieser ernsten Situation endlich entsprechende Maßnahmen im Sinne der Vorschläge des Arbeiterkammertages und des ÖGB ergriffen werden. Um der Einschränkung der Massenkaufkraft und der Bedrohung der Konsumwirtschaft entgegenzuwirken, fordert die 59. Vollversammlung der Vorarlberger Arbeiterkammer eine Vorverlegung der für Jänner 1968 geplanten Lohnsteuerreform auf Mitte 1967, wobei die sachlich berechtigten Anliegen der Vertretungen der Arbeitnehmerschaft zu berücksichtigen seien. Die Vorarlberger Arbeiterkammer bedauert auch, feststellen zu müssen, daß die so wünschenswerte Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation wesentlich erschwert wird. Soweit die damals einstimmig beschlossene Resolution.

Solche mahnende Stimmen der letzten Monate könnten noch eine Zeitlang fortgesetzt werden. Es sind Stimmen verantwortlicher Organisationen und Persönlich-

Heinz

keiten, die sich wirklich echte Sorgen um die weitere Entwicklung der österreichischen Wirtschaft machen. Es ist ja auch in der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers von gewissen Schwächezeichen in der Wirtschaft die Rede, die er teilweise auf konjunkturelle, teilweise auf strukturelle Ursachen zurückführt. Er nannte auch konkret einige dieser Schwächezeichen, um diesen dann verschiedene Maßnahmen seiner Regierung auf wirtschaftlichem Gebiet gegenüberzustellen. Gegen den Schluß seiner Erklärung meint er dann allerdings etwas resignierend, daß eine Wirtschaftspolitik, die stets allen interessierten Gruppen Vorteile bringt, nicht möglich sei. Bei diesem Satz erhebt sich unwillkürlich die Frage, in welche Richtung diese Worte wohl gesprochen worden sind, ob sie etwa den Dienstnehmern unseres Landes gelten, die bis jetzt so gar keine Freude an der Politik seiner Regierung gezeigt haben.

Wir haben ja im abgelaufenen Jahr neben verschiedenen anderen Anlässen vor allem bei den Beratungen über die Budgets der Jahre 1966 und 1967 Gelegenheit gehabt, uns mit der Politik der Regierung auseinanderzusetzen. Dabei hat die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers, daß es im vergangenen Herbst zum erstenmal gelungen sei, das Budget bereits 14 Tage vor dem verfassungsmäßigen Termin dem Hohen Hause vorzulegen, nicht besonders überzeugt. Ich darf den Herrn Bundeskanzler daran erinnern, in welche — ich muß fast sagen: hilflose — Situation er damals den Generalberichterstatter für das Budget 1967, den Abgeordneten Pius Fink, gebracht hat. Der Herr Abgeordnete Fink mag im Laufe seiner 20jährigen parlamentarischen Tätigkeit manche Kuriosität erlebt haben, aber daß ihn bei einer Reihe von Abstimmungen seine eigene Partei im Stich ließ oder lassen mußte, dazu hat er wohl noch eine ÖVP-Alleinregierung erleben müssen. Nicht viel besser ist es seinem Vorgänger beim Budget 1966, dem Abgeordneten Machunze, in der Schlußphase der Beratungen ergangen.

Es war vielleicht deshalb für uns interessant, weil wir geglaubt haben, daß eine Partei, die zwei Jahrzehnte den Bundeskanzler und den Finanzminister stellt, doch eine gewisse Praxis in der Erstellung eines Budgets erworben haben sollte. Leider war das bei beiden Budgets nicht der Fall, es waren nicht nur „Flüchtigkeitsfehler“, sondern, wie wir dann im Dezember gesehen haben, auch verfassungswidrige Bestimmungen. Unter diesen Umständen sind wir natürlich gespannt, ob das nächste Budget in einer Form vorgelegt werden wird, daß es auch wirklich den Bestimmungen der Bundesverfassung, aber auch dem Geist eines modernen Haushaltsrechtes entsprechen

wird. Neben der Behebung dieser formellen Mängel erwarten wir vom nächsten Budget, daß es auch tatsächlich die in der Erklärung geforderten tiefgreifenden Strukturänderungen berücksichtigt, damit es — wie es in der Erklärung heißt — auch wirklich der kulturellen und wirtschaftlichen Prosperität aller Österreicher und einer sozialen Ordnung auf den Grundlagen der Gerechtigkeit und des Fortschritts dient.

Auch die Vorarlberger Wirtschaft wird um diese tiefgreifende Strukturänderung nicht herumkommen, ist doch gerade unsere Textilindustrie immer schärferer Konkurrenz aus den West- und Oststaaten ausgesetzt. Nun hat die Vorarlberger Textilindustrie frühzeitig erkannt, daß der Absatz auf dem kleinen österreichischen Markt, insbesondere bei der zunehmenden Liberalisierung der Importe, nicht ausreichen würde, den hohen Stand der Beschäftigung beizubehalten und das Florieren der Betriebe sicherzustellen. So hat die in diesen Tagen in Dornbirn stattfindende Österreichische Textilmesse, die sogenannte ÖTEX, große Anstrengungen unternommen, ein Bindeglied zwischen den beiden Wirtschaftsblöcken EWG und EFTA, aber auch ein Tor zu den Märkten des Ostens zu sein, um so einen steigenden Anteil ihrer Produktion auf den Weltmärkten absetzen zu können. Die Vorarlberger Textilindustrie bemüht sich auch, sich immer wieder an die neueste technische Entwicklung anzupassen, den Maschinenpark auf dem modernsten Stand zu halten und sich jeweils auch die letzten Erkenntnisse auf dem Gebiet der Betriebsorganisation und anderes mehr zunutze zu machen. Die Firmen bemühen sich, auch im Export auf die Erfordernisse in den verschiedenen Teilen der Welt Rücksicht zu nehmen. Firmen, die glauben, diese Entwicklung nicht mitmachen zu müssen, bleiben langsam, aber sicher auf der Strecke.

Trotz aller eigenen Anstrengungen bedarf aber gerade in der Zukunft diese rührige und leistungsfähige Industrie, die bereit ist, die Konkurrenz mit der Textilindustrie der EWG-Länder aufzunehmen, einer Förderung durch die Bundesregierung in Form einer geschickten Wirtschaftspolitik; ich denke hier vor allem an eine entsprechende Handels- und Finanzpolitik. Dies auch dann, wenn bis auf weiteres durch das starke Übergewicht der Textilindustrie in Vorarlberg — es arbeiten immerhin zwei Drittel der in der industriellen Wirtschaft des Landes Beschäftigten in der Textilindustrie — auch gewisse Unsicherheiten für die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Landes bestehen. Es sollte daher auch vor dem Aufbau anderer wachstums-trächtiger Ziele vorangetrieben werden, um

Heinz

damit eventuelle künftige Rückschläge auf dem Textilsektor, die sich heute noch nicht absehen lassen, auffangen zu können.

Die in der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers angekündigte Erstellung eines Energieplanes und eines Verkehrskonzeptes ist deshalb auch für Vorarlberg von größtem Interesse. Dies vor allem deshalb, weil innerhalb unserer gewerblichen Wirtschaft der Elektrizitäts- und Fremdenverkehrswirtschaft größte Bedeutung zukommt.

Auf dem Gebiet der Elektrizitätswirtschaft handelt es sich um die Weiterführung der im Bau befindlichen Kraftwerksanlagen der Vorarlberger Illwerke und der Vorarlberger Kraftwerke, deren Fertigstellung sowohl für unsere eigene Energieversorgung als auch für den Stromexport von großer Bedeutung ist.

Die Verlegung und Inbetriebnahme einer Erdölpipeline von Genua nach Ingolstadt entlang der österreichischen Grenze und über Vorarlberger Gebiet, die dem Land Vorarlberg gewisse Transportrechte auf dieser Leitung einräumt, und der geplante Bau einer Erdgasleitung in den Bodenseeraum bieten Vorarlberg neue Energiequellen an, sodaß wir allein schon aus diesen Gründen an der baldigen Erstellung eines Energieplanes interessiert sind. Das Vorarlberger Mitglied der Bundesregierung ist heute nicht anwesend. Den Herrn Staatssekretär Dr. Bobleter möchte ich bei dieser Gelegenheit einladen, nicht nur Moscheen nach Wien, sondern auch einschlägige Betriebe nach Vorarlberg zu bringen, denn, Herr Bundeskanzler, was fangen wir Vorarlberger mit einer Moschee in Wien an? Da wäre es uns schon lieber gewesen, er hätte uns aus Rom oder aus Wien eine Diözese mitgebracht, auf die wir wahrscheinlich schon viel länger warten als auf diese Moschee. (*Abg. Dr. Gorbach: Den „Probst“ hättet ihr schon für diese Diözese!*) Ja, wir haben sogar schon einen Bischof dazu.

Neben dem Energieplan interessiert uns natürlich auch das angekündigte Verkehrskonzept; das Verkehrskonzept deshalb, weil sich durch die zunehmende Beliebtheit des Wintersportes der Alpenraum gerade für den Winterfremdenverkehr ideal anbietet und weil er nahezu eine Monopolstellung dafür besitzt. Dabei kommen für die lawinensichere und verkehrsmäßige Erschließung — ich denke hier neben dem Straßenbau auch an die Seilbahnen und Lifte — nicht nur so bekannte Fremdenverkehrsgebiete wie der Arlberg in Frage, sondern auch eine Reihe anderer Gebiete, deren Aufzählung ich mir heute hier ersparen möchte.

Darüber hinaus stellt der Bau einer Autobahn im Rheintal und der Ausbau der Bundesbahn in Vorarlberg eine absolute Notwendigkeit dar.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich neuerlich in Erinnerung rufen, daß der Ausbau des Hochrheins als billige Wasserstraße zu den Kanal- und Nordseehäfen für die Strukturverbesserung der Vorarlberger Wirtschaft ein dringendes Erfordernis ist und von der Bundesregierung nach besten Kräften unterstützt werden sollte.

Auf die Dauer wird die Bundesregierung auch nicht umhin können, in Vorarlberg die Voraussetzungen für einen Anschluß an den innerösterreichischen Flugverkehr zu schaffen. Es ist nicht einzusehen, warum das von der Bundeshauptstadt räumlich am weitesten entfernte Bundesland von einer wirklich raschen Verkehrsverbindung auf die Dauer ausgeschlossen bleiben sollte.

Wenn in der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers des weiteren davon die Rede war, daß im Bereich der Kultur eine eindeutige Akzentverschiebung zugunsten von Bildung und Forschung eingetreten ist, dann knüpfen wir daran die Hoffnung, daß damit endlich in absehbarer Zeit der große Lehrermangel in Vorarlberg behoben werden kann. Aber auch die Errichtung beziehungsweise der Ausbau verschiedener mittlerer und höherer Lehranstalten in Vorarlberg würden unter diese Akzentverschiebung im Bereich der Kultur fallen. Ich denke hier zum Beispiel an den Ausbau der Bundestextilschule in Dornbirn, die Errichtung einer höheren technischen Lehranstalt für Hochbau in Vorarlberg, den Bau neuer Mittelschulen in Feldkirch, Dornbirn, im Bregenzerwald und anderes mehr.

Neben dem Schwerpunkt Bildung, in diesem Falle Schule und Forschung, sollen auch kulturelle Veranstaltungen, wie sie die Bregenzer Festspiele seit Jahren darstellen, nicht übersehen werden. Wir Sozialisten treten dafür ein, daß durch solche Veranstaltungen Künstlern aus den großen Bundestheatern in Wien Gelegenheit geboten wird, ihre künstlerischen und schöpferischen Kräfte in unserem Bundesland zu entfalten. Dabei sind wir uns darüber im klaren, daß ein lebendiges Verhältnis zwischen Kunst und Volk in steigendem Maße eine Subventionierung durch den Bund erfordern wird.

Hohes Haus! Das Bedürfnis des Herrn Bundeskanzlers, über die Tätigkeit der Bundesregierung im vergangenen Arbeitsjahr den Abgeordneten und darüber hinaus der gesamten Öffentlichkeit Bericht zu erstatten, hat — so konnte ich in persönlichen Gesprächen feststellen — weit in die Reihen der ÖVP hinein Überraschung ausgelöst. Nach dem stunden-

Heinz

langen Lob und Tadel, denen diese Erklärung in der Debatte am Mittwoch und heute unterzogen worden ist, kann man sich nicht ganz des Eindruckes erwehren, daß wir die bittere Regierungsmedizin löffelweise — nämlich jährlich — verabreicht bekommen, um sie so etwas leichter zu ertragen.

Wenn man auch nach der Erklärung und der Debatte, die nun hier abgewickelt wurde, sagen möchte: Noch ist Österreich nicht verloren!, so glaube ich doch, daß die Regierung besser beraten wäre, wenn sie weniger die lobenden als vielmehr die kritischen Äußerungen prüfend zur Kenntnis nehmen würde. Wenn die Bundesregierung die in der Debatte ernst gemeinten Vorschläge berücksichtigt, wenn sie aufrichtig bemüht ist, die in ihrer Erklärung geäußerten Absichten in die Tat umzusetzen, wenn die Bundesregierung alles vermeidet, die in den letzten 20 Jahren geschaffene Plattform gemeinsamer Politik zu zerstören, dann bin ich persönlich davon überzeugt, daß es in absehbarer Zeit wieder gelingen müßte, Österreich in die gesicherten wirtschaftlichen Bahnen früherer Jahre zurückzuführen. Tut sie das aber nicht, dann, Herr Bundeskanzler, empfehle ich Ihnen — ich habe da in der Zeitung gelesen, Sie haben gewisse Bedenken im Hinblick auf einen Steinbock —: Fürchten Sie sich auf wirtschaftlichem Gebiet weniger vor einem Steinbock als vielmehr vor einem Stier! (*Heiterkeit. — Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Müller. Ich erteile es ihm. (*Abg. Dr. Kummer: „Der Müller und sein Kind!“ — Heiterkeit.*)

Abgeordneter Müller (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als Abgeordneter des Burgenlandes nehme ich vom Blickwinkel des Burgenlandes aus zur Erklärung des Herrn Bundeskanzlers über die Tätigkeit der Bundesregierung im vergangenen Jahr Stellung.

Das Burgenland ist das jüngste Kind der Republik Österreich, und die Bevölkerung dieses Landes arbeitet hart und schwer entlang einer 385 km langen toten Grenze. Das Pro-Kopf-Einkommen des Burgenlandes betrug im Jahre 1961, nach Berechnungen des Institutes für Wirtschaftsforschung auf der Preisbasis 1952, 10.000 S, und das Einkommensverhältnis im Burgenland steht zu anderen Gebieten Österreichs 3 : 1 und 2 : 1. Weiters hat das Burgenland die höchste Arbeitslosenrate zu verzeichnen, welche im Jahre 1966 durchschnittlich 7,6 Prozent betrug, womit es weit vor allen Bundesländern an der Spitze steht. Weiters verweise ich auf die am schlech-

testen ausgestatteten Wohnungen — darauf wurde heute schon verwiesen —, auf die geringste Steuerkraft, und ich könnte die Reihe fortsetzen: Das Burgenland steht in allen Bereichen des Lebens an letzter Stelle. Das Burgenland ist zur Gänze Entwicklungsgebiet.

Diese Tatsachen schreien geradezu nach Durchführung von regionalen Strukturmaßnahmen und nach einer echten Hilfe. Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung vom 20. April 1966 unter anderem erklärt: Die Bundesregierung „erachtet es aber als ihre besondere Aufgabe, die nachstehenden Probleme einer raschen, konkreten Verwirklichung zuzuführen und dem Hohen Haus die notwendigen Regierungsvorlagen und Berichte ehestens zu unterbreiten“. Dann werden die wichtigsten Probleme aufgezählt, wobei es unter Punkt 7 — ich zitiere wörtlich — heißt: „Maßnahmen für eine regionale Strukturpolitik unter Bedachtnahme auf die in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zurückgebliebenen Gebiete“.

Die Tatsachen stellen jedoch unter Beweis, daß nicht einmal die geringsten Ansätze einer regionalen Strukturpolitik zu verzeichnen sind. Ja selbst in der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers über die Tätigkeit der Bundesregierung im vergangenen Jahr findet man keine Hinweise auf regionale Strukturmaßnahmen und echte Hilfsmaßnahmen für die Entwicklungsgebiete.

Ich frage: Wann wird das Versprechen der Bundesregierung, welches in der Regierungserklärung vom 20. April 1966 abgegeben wurde, erfüllt oder zumindest mit seiner Erfüllung begonnen, wo unter Punkt 7 „Maßnahmen für eine regionale Strukturpolitik unter Bedachtnahme auf die in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zurückgebliebenen Gebiete“ versprochen wurden und wo weiters versprochen wurde, die angeführten Probleme „einer raschen, konkreten Verwirklichung zuzuführen und dem Hohen Haus die notwendigen Regierungsvorlagen und Berichte ehestens zu unterbreiten“? Nichts wurde getan, nichts ist geschehen.

Daß nicht einmal Ansätze von Strukturmaßnahmen vorliegen, beweist folgende Tatsache: Im März 1966 waren im Burgenland 42.235 Personen unselbständig beschäftigt und 3145 Arbeitsuchende vorgemerkt. Im März 1967 gab es 40.608 unselbständig Beschäftigte und 5712 Arbeitsuchende. Die Zahl der Arbeitsuchenden stieg von 3145 auf 5712; es ist dies eine Steigerung von 81 Prozent innerhalb eines Jahres, ein Anstieg von 81 Prozent im ersten Jahr der monocoloren Regierung. Auch Ende April 1967 waren bei

Müller

den burgenländischen Arbeitsämtern insgesamt 2033 Arbeitslose gemeldet, das sind um 691 oder 51,5 Prozent mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Aber auch andere Maßnahmen und Handlungen der monocoloren Regierung beweisen geradezu das Gegenteil von den versprochenen regionalen Strukturmaßnahmen.

Die Kostenübernahme für den Ausbau eines Seedammes, einer Seequerverbindung über den Neusiedler See ... (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Ist die notwendig geworden? Sind Sie schon draufgekommen?*) Lieber Herr Kollege Tschida! Wenn die Österreichische Volkspartei im Burgenland behauptet (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Spät, aber doch!*), sie habe die Seequerverbindung oder den Seedamm erfunden, warum wird sie dann nicht bei ihrer monocoloren Regierung vorstellig? (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Weil Sie es bis jetzt verhindert haben!*) Warum drängt sie dann nicht darauf, daß dieses Projekt in die Tat umgesetzt wird? (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Müller, ihr habt es doch bis jetzt verhindert!*) Ihr habt doch die Mehrheit! Seit wann kann die Minderheit der Mehrheit etwas vorschreiben? Aber hier werden immer wieder nur Worte gesprochen, die jedoch die Taten vermissen lassen, lieber Herr Kollege Tschida. Der Ausbau dieser Seequerverbindung wäre eine echte strukturpolitische Maßnahme. Der Ausbau der Infrastruktur ist eine der Voraussetzungen für die Ansiedlung von Betrieben, ist eine Voraussetzung zur Förderung des Fremdenverkehrs und zur Hebung des allgemeinen Lebensstandards. Entgegen allen Versprechungen und Erklärungen wird dem Burgenland auch hier nicht geholfen. Dieses Projekt wenigstens teilweise zu unterstützen, wäre zweifellos eine Verpflichtung des Bundes gewesen.

Der bisher außerhalb der Zuweisungen des Wasserwirtschaftsfonds budgetierte Zuschuß für den Ausbau der Anlagen des Wasserleitungsverbandes Nord wurde überhaupt aus dem ordentlichen Budget gestrichen. Die Entwicklung der Industrie konzentriert sich immer mehr auf das Wasser. Wo es kein Wasser gibt, stagniert die Industrie. Durch die Fertigstellung des Bauvorhabens des Wasserleitungsverbandes Nord ist es gelungen, einige größere Betriebe in das Burgenland zu bringen, zum Beispiel die Felix Austria Mattersburg und die große Konservenfabrik in Neusiedl am See. Aber auch für jeden weiteren Ausbau der wirtschaftlichen Entwicklung, der Wohnkultur, des Fremdenverkehrs und so weiter ist das Wasser ein wesentlicher Bestandteil, eine wichtige Voraussetzung. Anstatt dem Burgenland auch hier mit einer regionalen Hilfs-

maßnahme zu helfen, wurde der budgetierte Zuschuß für den Wasserleitungsverband Nord im Bundesvoranschlag gestrichen. So sieht die in der Regierungserklärung vom 20. April 1966 versprochene regionale Hilfe für die Entwicklungsgebiete aus.

Aber auch auf anderen Gebieten wird das Burgenland benachteiligt. Für den Bereich der Bundesstraßenverwaltung wurde das Programm vorläufig erst am 26. April 1967 genehmigt (*Abg. Soronics: Weil die Unterlagen mangelhaft waren!*) und zudem um 18 Millionen Schilling vom ursprünglichen Rahmen gestrichen. Die Erledigung der Anträge geht nur schleppend vor sich, was mit einer Verzögerung der Arbeiten verbunden ist.

Für die Durchführung von Hochbauten, die im Interesse des Bundes von den Gemeinden vorfinanziert und vom Land durch Zinsenzuschüsse abgestützt werden, wie beim Landesgericht Eisenstadt, wurde die Ausfinanzierung im Ausmaß von 5,5 Millionen Schilling verweigert.

Die Verbundlichung von Landesfachschulen und von städtischen Schulanstalten, die des öfteren zugesagt wurde, geht nur äußerst schleppend vor sich. (*Abg. Hartl: Aber es geht!*)

Die Entscheidung über die Trassenführung der Autobahn Süd, eine Lebensfrage für das Burgenland, wird immer wieder hinausgeschoben; offenbar will man vor den burgenländischen Landtagswahlen keine Entscheidung treffen.

Die berechtigte Forderung des Burgenlandes nach Errichtung eines eigenen Rundfunkstudios, wozu sich der Herr Landeshauptmann bereit erklärte, seine Dienstwohnung zur Verfügung zu stellen (*Abg. Soronics: Damit allein ist es nicht getan!*), wurde nicht realisiert. (*Abg. Dr. Hertha Firnberg: Gesunder Föderalismus!*) Aber ein guter Anfang wäre es, meine Herren von der rechten Seite! (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Müller! Lies einmal nach in den Protokollen des Landtages!*)

Im Raum Pinkafeld—Tauchen zeichnet sich eine Krise der Textilindustrie ab. Das Kohlenbergwerk Tauchen wurde mit 31. März 1967 geschlossen, ohne daß Ersatzarbeitsplätze geschaffen wurden. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Das stimmt doch nicht! Das ist doch Lüge! Was hat der Herr Landeshauptmann Bögl gesagt?*) Moment, meine sehr geehrten Herren von der rechten Seite dieses Hauses, lassen Sie mich fortsetzen! Ich werde dies gleich unter Beweis stellen, daß keine Arbeitsplätze geschaffen wurden. (*Abg. Soronics: Er soll keine Unwahrheiten erzählen! — Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Das ist doch Lüge!*)

Müller

Ich zitiere hier die „Freiheit“, das Organ des ÖAAB. Dieses Organ stellt befriedigt fest — das ist Ihr Organ, das werden Sie ja glauben, was es schreibt —, „daß die Arbeitsmarktlage noch immer so günstig ist, daß Probleme in der Größenordnung des Tauchener Bergwerkes ohne Schwierigkeiten bewältigt werden können.“ Jetzt kommt der Beweis, Herr Staatssekretär: „Es ging im Fall Tauchen sogar ohne die Ansiedlung eines oder mehrerer Ersatzbetriebe ...“ (Abg. Dipl.-Ing. Tschida: *Die Leute haben doch eine Arbeit!*) Hier haben Sie klar und eindeutig den Beweis, daß keine Ersatzarbeitsplätze geschaffen wurden. (Abg. Soronics: *Das ist ja richtig, die Leute sind untergebracht!* — Abg. Dipl.-Ing. Tschida: *Die Leute haben doch Arbeit!* — Abg. Babanitz: *Ja, aber wo! In Salzburg!* — Ruf bei der ÖVP: *Das werden Sie nicht verhindern!* — Abg. Dr. Hertha Firnberg: *Das ist die Regionalplanung?*) Moment, lassen Sie mich weitersprechen, ich werde Ihnen auch das noch beweisen. Hier wird klar und eindeutig von einem ÖVP-Bund festgestellt, daß die monocolare Regierung zur Arbeitsplatzbeschaffung für die Tauchener Bergarbeiter nichts beigetragen hat. (Abg. Soronics: *Außerdem hätte der Landeshauptmann die Möglichkeit gehabt, Betriebe anzusiedeln!* — Ruf bei der SPÖ: *Sie nicht, Herr Staatssekretär?* — Abg. Soronics: *Das ist doch eine Verdrehung der Tatsachen!* — Abg. Konir: *In welchem Geschäft kriegt man denn die Betriebe zu kaufen?*) Hier wird deutlich, daß das Gerede von den Ersatzarbeitsplätzen, die mit ERP-Geldern geschaffen werden sollten, lediglich einen Propagandawert besitzt. (Abg. Soronics: *Verdrehungen von A bis Z!* — Abg. Robak: *Herr Staatssekretär, hast du Redeverbot gekriegt?* — Zustimmung bei der SPÖ.)

Der Herr Bundeskanzler besuchte vor kurzem Tauchen, bereits nach der Stilllegung des Kohlenbergwerkes. Jetzt hören Sie noch weiter zu, sehr geehrter Herr Staatssekretär, ich bringe nur Beweise von Ihrer Partei; ich nehme nicht an, daß Sie diesen Beweisen keinen Glauben schenken werden. Das Mitteilungsblatt der ÖVP-Bezirksparteileitung Oberwart schrieb hiezu — ich habe es hier, Sie können es lesen für den Fall, daß Sie es nicht glauben —: „Vor dem Bergwerk erwarteten die noch dort beschäftigten Arbeiter den Herrn Bundeskanzler, um ihn ebenfalls herzlich willkommen zu heißen. Der Kanzler ließ sich ihre Nöte und Wünsche vortragen und versprach, sich für die Lösung des gesamten Fragenkomplexes verwenden zu wollen.“

Nach diesem ÖVP-Blatt zu schließen, versprach der Herr Bundeskanzler, sich für die

Lösung des Gesamtproblems verwenden zu wollen. (Abg. Dipl.-Ing. Tschida: *Stimmt!* — Abg. Soronics: *Sie wissen ja gar nicht, daß das ein Privatbetrieb ist!* — Abg. Dipl.-Ing. Tschida: *Müller, was hat der Herr Landeshauptmann Bögl vor ein paar Wochen gesagt?* „Zusperren“ hat er gesagt!) Zuerst läßt man den Patienten sterben, nach seinem Tod verspricht man eine Medizin, aber es wird auch nur bei dem Versprechen bleiben. (Abg. Dipl.-Ing. Tschida: *Was hat der Herr Landeshauptmann Bögl gesagt?* — Gegenrufe des Abg. Robak.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Aber bitte, keine Ferngespräche!

Abgeordneter Müller (fortsetzend): Das Mitteilungsblatt für den Bezirk Oberwart muß so schreiben, weil Tauchen im Bezirk Oberwart liegt. (Abg. Soronics: *Wir lassen uns doch nicht von einem Redner die ganze Atmosphäre vergiften, weil er die Dinge verdreht!*) Ich habe es Ihnen doch bewiesen, Herr Staatssekretär! Was verdrehe ich? Ich zitiere doch die ÖVP-Zeitungen, Herr Staatssekretär! Natürlich, die Wahrheiten tun weh, das glaube ich Ihnen. Aber Sie müssen es vertragen können, Herr Staatssekretär!

Ungeachtet dessen aber schreibt — ich zitiere ja nach der Reihe die Blätter der Österreichischen Volkspartei — das „Burgenländische Volksblatt“: „In seinen Ansprachen beschäftigte sich Bundeskanzler Dr. Klaus mit allen aktuellen Problemen der österreichischen Politik und erklärte immer wieder: Die Bundesregierung hat sich redlich bemüht, gerade für die Grenzgebiete jene Voraussetzungen zu schaffen, die das Leben dort weiterhin lebenswert gestalten. Insbesondere diesen Gebieten muß sie ihre vermehrte Obsorge angedeihen lassen. Das Burgenland ist das schwächste und jüngste Kind und bedarf am meisten der Hilfe des Bundes.“

Ich kann hiezu nur sagen, Herr Bundeskanzler: Die Worte hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. (Abg. Hartl: *Wenn du konfessionslos bist!*) Das ist die Hilfe für das Burgenland! (Ruf bei der ÖVP: *Was ist auf dem Schulsektor los?* — Abg. Soronics: *Was war mit der Fernverkehrsteuer?*)

Ich sagte schon — und der Österreichische Arbeiter- und Angestelltenbund bestätigte es in seinem Organ „Die Freiheit“ (Abg. Soronics: *Der tut euch weh, das weiß ich!*) —, daß für Tauchen keine Ersatzarbeitsplätze geschaffen wurden. Wenn 72 Bergleute in ihrer engeren Heimat Arbeit fanden, so ist dies einzig und allein der von den Sozialisten des Burgenlandes eingeleiteten Wirtschaftspolitik zu danken. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Soronics: *Und daß die anderen nicht*

Müller

beschäftigt sind, daran sind wir „schuld“! — *Abg. Dipl.-Ing. Tschida: An allem anderen ist die ÖVP „schuld“!*) Leider mußten 64 Bergarbeiter das Heer der Pendler und Wanderarbeiter vermehren. Sie müssen getrennt von ihren Familien leben, eine doppelte finanzielle Belastung ertragen und beim Öffnen des Lohnsäckels eine Enttäuschung erleiden, da weniger Lohn enthalten ist als in Tauchen.

Es ist direkt eine Verhöhnung der Tauchener Bergarbeiter, wenn im burgenländischen Wochenblatt der ÖVP die Überschrift steht: „150 Stellen für 4 arbeitslose Tauchener“. (*Abg. Soronics: Das hat das Arbeitsamt Oberwart mitgeteilt!*) Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Diese Stellen liegen in Salzburg, Wien, Niederösterreich und in den anderen westlichen Bundesländern. (*Abg. Soronics: Und was ist in Traiskirchen gewesen?*) Ich darf darauf verweisen, daß auf Grund der Statistik des Landesarbeitsamtes Burgenland im März 1967 um 81 Prozent mehr Arbeitssuchende gemeldet waren als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. (*Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz. — Abg. Soronics: Und wieviel sind es jetzt?*)

Wenn um 81 Prozent mehr Arbeitssuchende gemeldet sind und für vier arbeitslose Tauchener gleich 150 Stellen da sind, da stimmt irgendwie etwas nicht. (*Zwischenrufe.*) Wo bleibt hier die Logik, Herr Staatssekretär? Für vier arbeitslose Tauchener sind 150 Stellen hier, aber das Burgenland hat um 81 Prozent mehr Arbeitslose als im vorhergehenden Jahr! Diese Logik stimmt nicht, sehr geehrter Herr Staatssekretär. (*Abg. Soronics: Da muß man schauen, was der Leiter des Arbeitsamtes macht! Da hat er falsche Berichte gegeben! — Abg. Robak: Es ist doch widerlegt! — Abg. Wodica: Ihr tut doch sonst so gern „überprüfen“! Überprüft das auch!*)

Die monocolare Regierung war entweder nicht willens oder nicht imstande, das Problem Tauchen zu lösen, und ich fürchte, sie wird diese Frage auch in anderen Gebieten nicht lösen können.

Der Fall Tauchen beweist mit den anderen angeführten Tatsachen, daß sich das Burgenland nur auf die eigene Kraft verlassen kann und muß. So hat das Burgenland nach der Übernahme der Hauptverantwortung durch die Sozialisten (*Abg. Soronics: ... mehr Schulden gemacht!*) im Jahre 1964 unter bewußter Vorwegnahme von Zukunftsinvestitionen bisher drei Entwicklungsbudgets, und zwar in den Jahren 1965, 1966 und 1967, beschlossen. In diesem Zeitraum wurde der Budgetrahmen von 351 Millionen auf 603 Millionen Schilling und wurden die produktiven Budgetmittel von 152 auf 299 Millionen

Schilling ausgeweitet. Dabei wurde eine bewußte Schwerpunktpolitik, eine bewußte Schwerpunktbildung auf die wichtigsten Aufgaben durchgeführt; so insbesondere in der Steigerung der Budgetmittel zwischen 1964 und 1967 für den Schulbau von 18 auf 55 Millionen Schilling, für den Wohnbau von 31 auf 62 Millionen Schilling, für den Wasserbau von 19 auf 35 Millionen Schilling, für den Straßenbau von 31 auf 52 Millionen Schilling, für die Landwirtschaft von 17 auf 33 Millionen Schilling (*Abg. Soronics: Alles auf unseren Vorschlag!*) und für die Fremdenverkehrsförderung von 7 auf 15 Millionen Schilling. (*Abg. Czettel: Allerhand, Soronics!*) Herr Staatssekretär! Ich führe das an, weil diese sozialistische Initiative im Burgenland für die monocolare Regierung beispielgebend sein könnte. (*Abg. Soronics: Aber beim Schuldenmachen nicht, Herr Kollege! — Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Haberl: Schmitz will 8 Milliarden Schulden machen!*) Sehr geehrter Herr Staatssekretär, ich bedaure lebhaft: Schauen Sie sich den Schuldenstand des Bundes an, schauen Sie sich den Schuldenstand der Freistadt Eisenstadt an, und vergleichen Sie den Schuldenstand des Landes mit dem dieser beiden Körperschaften. Aber noch weiter, sehr geehrter Herr Staatssekretär: Die Fraktion der Österreichischen Volkspartei im burgenländischen Landtag hat immer wieder zugestimmt, aber draußen in der Bevölkerung versucht sie durch dieses Gerede vom Schuldenmachen (*Abg. Soronics: Das ist kein Gerede! Wir müssen zahlen!*) die Bemühungen der Sozialisten, die Ihnen sehr weh tun, im Burgenland herabzusetzen. Aber ich glaube, Herr Staatssekretär, daß Ihnen das nicht gelingt.

Auf Grund von längerfristigen Programmen wurde insbesondere für den Schulbau und für den Wohnbau gearbeitet. Es wurde auch ein bewußter Vorgriff in die Zukunft vorgenommen und für den Zeitraum der vierjährigen Legislaturperiode für die Durchführung dieser wichtigen Konzepte ein Kreditrahmen von 140 Millionen Schilling zu 6,5 Prozent gesichert. Auf Grund der etwas günstigeren Einnahmentwicklung brauchten bisher von diesem Kreditrahmen erst 60 Millionen Schilling abgerufen werden. Für die Durchführung des Entwicklungsbudgets 1967 stehen demnach noch 80 Millionen Schilling zur Verfügung. Diese produktiven Budgetmittel sind Injektionen, die sich zweifellos positiv auf die burgenländische Wirtschaft auswirken werden. Aber das Land allein ist nicht imstande, alle dringenden Probleme zu lösen.

Ich möchte aber auch ganz kurz darauf verweisen, daß es im Burgenland für die Entwicklung des Landes noch einen Hemmschuh

Müller

gibt, und das ist der Fürst Esterházy. Leider hat der Fürst Esterházy, der 1956 aus den ungarischen Kerkern entfliehen konnte, nichts hinzugelern. Als der größte Grund- und Hausbesitzer des Landes steht er der Entwicklung des Landes in seinem Bereich hemmend gegenüber. So hat Esterházy vor kurzem das Schloßgebäude in Eisenstadt für öffentliche Veranstaltungen gesperrt. (*Abg. Soronics: Ich bin ja nicht der Rechtsanwalt vom Esterházy!*) Ein schwerer Schlag für Eisenstadt und das Land, da in diesem Schloß Haydn wirkte und daher das Schloß weit über die Grenzen des Landes hinaus einen unschätzbaren kulturellen Wert besitzt. (*Abg. Soronics: Ihr habt einen Parteitag im Schloß veranstaltet! — Heiterkeit. — Abg. Robak: Wir haben auch gezahlt dafür!*) Die Durchführung der Burgfestspiele in Forchtenstein ist in Gefahr, da Esterházy auch hier Verbote erlassen will. Aber auch auf anderen Gebieten des Grundbesitzes ist mit Esterházy nicht zu verhandeln, sodaß wichtige Fragen für die Entwicklung des Landes nicht gelöst werden können. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Herr Kollege Müller! Wir haben ihm 10.000 ha herausgezogen!*) Aber nicht nur das allein, sehr geehrter Herr Kollege Tschida; es gibt noch so viele Probleme des Landes, die mit Fürst Esterházy gelöst werden müssen.

Es wird daher notwendig sein, durch eine Lex Esterházy die notwendigen Enteignungsmaßnahmen durchzuführen, zumal es auch in der letzten päpstlichen Enzyklika unter anderem heißt (*Zwischenruf des Abg. Peter — lebhaftes Heiterkeit bei ÖVP und FPÖ*) — nur nicht lachen, meine sehr geehrten Herren von der rechten Seite dieses Hauses —, daß „das Gemeinwohl“ — das schreiben Sie sich gut auf, meine sehr geehrten Herren; was es da zu lachen gibt, weiß ich nicht — „eine Enteignung verlangt“ (*Abg. Peter: Deswegen war der Marek beim Papst! — Heiterkeit*), „wenn ein Besitz wegen seiner Größe, seiner geringen Nutzung und wegen eines beträchtlichen Schadens, den die Interessen des Landes erleiden, dem Gemeinwohl hemmend im Wege steht, und man es nicht zu dulden braucht, daß Staatsbürger mit übermäßigem Einkommen aus den Schätzen und der Arbeit des Landes einen großen Teil ins Ausland schaffen, zum ausschließlichen persönlichen Gebrauch, ohne sich um das offensichtliche Unrecht zu kümmern, das sie ihrem Land damit zufügen“. (*Abg. Dr. Gorbach: Amen! — Weitere Zwischenrufe.*)

Herr Kollege Tschida und meine sehr geehrten Herren von der rechten Seite dieses Hauses! Ich möchte nicht prüfen, wo es bessere Katholiken gibt — weil Sie darüber

gelacht haben, als ich die päpstliche Enzyklika zitiert habe. Ich möchte bei so manchem Abgeordneten dieses Hauses prüfen, wer ein besserer Katholik ist, ich oder die betreffenden Herren.

Fürst Esterházy lebt in der Schweiz und läßt sich die Gelderlöse in die Schweiz transferieren. (*Abg. Peter: Beginnt jetzt die Abendandacht? — Heiterkeit bei ÖVP und FPÖ.*) Auch Ihnen wird es nicht schaden, Herr Abgeordneter Peter, wenn Sie die Abendandacht einmal besuchen. (*Abg. Peter: Rote Maiandacht! — Neuerliche Heiterkeit bei ÖVP und FPÖ.*) Auch hier wird die Bundesregierung unter Beweis stellen können, ob sie bereit ist, regionale Hilfsmaßnahmen durchzuführen.

Abschließend möchte ich sagen, daß das Burgenland, daß die burgenländische Bevölkerung keine schönen Sonntagsreden, keine Versprechungen und keine Beweihräucherungen braucht, sondern echte strukturelle Hilfsmaßnahmen, eine echte Hilfe für das Land. (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Czernetz das Wort.

Abgeordneter **Czernetz (SPÖ):** Hohes Haus! Es ist das erste Mal, daß wir einen Bericht der Bundesregierung über die Tätigkeit eines Jahres bekommen. Man erinnerte sich daran, daß es in anderen Ländern üblich ist, in einer ähnlichen Weise eine Erklärung, eine „Botschaft an die Nation“ zu übermitteln. Das ist also etwa die Botschaft des amerikanischen Präsidenten, der ja nicht nur Staatsoberhaupt, sondern auch Regierungschef ist.

Wenn die gegenwärtige Bundesregierung diesen Weg gewählt hat, dann ist es auch ganz klar, daß man bei diesem neuen Vorgang zu einer eingehenden Debatte über einen solchen Bericht kommen muß. Ich glaube, die Bundesregierung und die Regierungspartei müßte sich viel mehr darüber beschweren, wenn man über einen solchen Bericht wortlos und debattelos hinweggegangen wäre. (*Abg. Dr. Gorbach: Ah, da schau her!*) In Wirklichkeit wäre das nämlich einfach die Erklärung: Das interessiert uns gar nicht; ihr könnt als Regierung reden, was ihr wollt, wir gehen darüber hinweg. (*Abg. Dr. Gorbach: Es könnte ja auch alles gut gewesen sein!*) Nein! Sondern nehmen Sie das zur Kenntnis als eine Erklärung von der Seite der Opposition. Bitte, wir nehmen diesen Bericht ernst, wir sehen ihn aber in allen Details an. (*Abg. Peter: Nehmen Sie ihn wirklich ernst?*) Bitte? (*Abg. Peter: Nehmen Sie ihn wirklich ernst?*) Wir nehmen ihn ernst, aber wir stimmen keineswegs allem zu. Im Gegenteil: Wir stimmen nur sehr wenigem zu, was drinnen steht, aber das muß gesagt werden.

Czernetz

So wie Sie es sagen, so ist es auch die Auffassung der sozialistischen Opposition, daß man dazu Stellung nimmt und es sagt. Bitte, wundern Sie sich also nicht darüber und nehmen Sie zur Kenntnis, daß man in einem solchen Fall diese Details eben aussprechen muß.

Ich habe nicht die Absicht, in diesem Sinne die Details vom Standpunkt eines, nämlich meines Bundeslandes Wien zu betrachten, sondern ich möchte von einem allgemeinen Gesichtspunkt den Teil der Außenpolitik näher betrachten. Die Außenpolitik nimmt in der Erklärung, in dem Bericht des Herrn Bundeskanzlers, keinen sehr großen Raum ein. Aber ich möchte sagen: Bei der Prüfung auch dieses Teiles wird einem eine merkwürdige Besonderheit Österreichs bewußt.

Wir haben in den 20 Jahren der Koalition nicht nur — was selbstverständlich ist — eine gemeinsame Außenpolitik der beiden koalitierten Parteien gehabt, sondern es war eine einheitliche Außenpolitik, und zwar in den beiden großen Perioden der Koalitionszeit seit dem Kriege. In den ersten zehn Jahren war es der gemeinsame Kampf um die volle Freiheit, die Souveränität, die Unabhängigkeit und den Staatsvertrag, und in der zweiten Periode, den zweiten zehn Jahren, war es auf der Basis der neugewonnenen Freiheit und der erklärten Neutralität das Bemühen, eine Vertrauensbasis zu schaffen, Österreich zu einem Sicherheitsfaktor zu machen und sich mit der für ein kleines Binnenland wie Österreich gebotenen Vorsicht mit aller Zurückhaltung an größeren internationalen Bestrebungen zu beteiligen.

Herr Präsident! Wir haben jetzt den Bericht über ein Jahr der Tätigkeit der Einparteienregierung der Volkspartei, und wir bekommen gleichzeitig mit diesem Bericht auch Zeitungsnachrichten, die die ganzen Widersprüche innerhalb der Einparteienregierung gerade auf dem Gebiete der Außenpolitik deutlich sichtbar machen.

Man wird der Zeitung „Die Presse“ nicht vorwerfen, daß sie eine besondere sozialistische Schlagseite hat. „Die Presse“ berichtete gestern unter dem Titel „Janus als Außenpolitiker?“ etwas, was die „Kronen-Zeitung“ einen Tag vorher schon gebracht hat, und zwar unter dem Titel „Kommt das Diplomaten-Köpferollen?“. „Die Presse“ bringt das etwas merkwürdig eingerahmt, sie spricht nämlich von den „EWG-Heckenschützen“, wobei das sprachlich schon merkwürdig ist; sind das also die Heckenschützen der EWG? Aber das meinen sie nicht, das wird nachher schon klarer. Da ist nur eine Kleinigkeit passiert, denn es ist nachher in dem Bericht der „Presse“

sehr klar davon die Rede, wenn es heißt: „Wer damit“ — mit dem Regierungskurs — „in einem so weit fortgeschrittenen Stadium nicht einverstanden ist, sollte das offen aussprechen und die Konsequenzen daraus ziehen — ob Minister oder Beamter. Wer kann einem Staat dienen, dessen Glaubwürdigkeit man zur Farce macht?“ Also das bezieht sich nicht auf die Opposition, nicht auf Sozialisten, sondern das ist eine Angelegenheit im Bereiche der Regierung und der Volkspartei.

Einen Tag vorher haben wir das noch in dem sehr scharfen Bericht so lesen können, daß man annehmen mußte, das kommt aus der Regierung. Es hieß da:

„Äußerst scharf und kritisch, sowohl gegenüber einzelnen Regierungsmitgliedern als vor allem hohen österreichischen Diplomaten, waren die Berichte gehalten, die Vizekanzler Dr. Bock gestern über seine Gespräche mit dem französischen Außenminister erstattete. Die Glaubwürdigkeit der Integrationspolitik der ÖVP-Regierung sei durch zweideutige Äußerungen auf Regierungsebene in den letzten Monaten immer wieder in Frage gestellt worden. Verschiedene Spitzendiplomaten des Außenministeriums vertreten die Regierungslinie nur widerwillig und versuchen, wo es geht, einen neutralistischen Kurs zu steuern. Ohne einheitliche Regierungslinie und einschneidende personelle Revirements im Außenamt dürfte kein Erfolg und positiver Abschluß bei den Brüsseler Verhandlungen zu erwarten sein.“

Meine Damen und Herren! Das ist etwas alarmierend; alarmierend nicht, weil das eine Beschreibung der Oppositionstätigkeit ist, sondern weil das im Lager der Regierungspartei hier verzeichnet wird. Das kann nicht ganz einfach aus der Luft gegriffen sein, wobei ich die konkreten Details über die Diplomaten gar nicht beurteilen kann und natürlich nicht in der Lage bin, zu wissen, ob das tatsächlich dem Bericht des Herrn Vizekanzlers über sein Gespräch mit dem französischen Außenminister entnommen ist. Aber, Hohes Haus, wir haben doch in den Beratungen hier in diesem Hohen Hause in den vergangenen Monaten Gelegenheit gehabt, ein paarmal auch in der Fragestunde die Herren der Bundesregierung mit diesen Widersprüchen zu konfrontieren.

Ich darf daran erinnern, daß ich den Herrn Bundeskanzler einmal auf diesen krassen Widerspruch seiner Äußerungen mit den Äußerungen des Herrn Vizekanzlers im Zusammenhang mit der Moskau-Reise aufmerksam machen mußte. Ich darf daran erinnern, daß das „Volksblatt“ vom 21. März geschrieben hat: Der „United Press“ zufolge erklärte der Kanzler — wörtlich jetzt —, „er habe den Eindruck gewonnen,

Czernetz

daß Moskau möglicherweise doch einer vertraglichen Verbindung zwischen Österreich und der EWG seine Zustimmung nicht versagen würde. Bisher hätten sich freilich keine Anhaltspunkte dafür ergeben, welche Art von Bindung die Sowjets tolerieren würden“.

Aber es hat kaum eine Woche danach im gleichen „Volksblatt“ vom 29. März der Herr Vizekanzler Dr. Bock in einem persönlich gezeichneten Leitartikel gesagt: „Man hat aber auch deutlich gemacht“ — das bezieht sich auf den Besuch des Bundeskanzlers in Moskau — „daß Österreich zwar die ablehnende Haltung der Sowjetunion in dieser Frage bedauert, aber den Vertrag mit Brüssel dennoch abschließen wird.“

Ja, das ist außerordentlich klar, deutlich und scharf. Bitte, das entspricht nicht dem, was eine Woche vorher über den Besuch und die Äußerungen des Herrn Bundeskanzlers berichtet worden ist. Der Herr Bundeskanzler war sehr vorsichtig und sagte, er kann sich auf Grund seiner Besprechungen in Moskau vorstellen, daß man dort einem Text zustimmt, aber er sieht noch nicht, welche Art von Vertrag die Zustimmung finden könnte. Dem Herrn Vizekanzler Dr. Bock scheint nach seiner Äußerung in seinem Artikel dies überhaupt keine Bedenken zu bereiten, denn er sagt: Wir werden den Vertrag mit Brüssel abschließen. Er kennt ihn noch nicht einmal, aber er wird ihn dennoch abschließen, wie er in seinem Artikel ausdrücklich sagt.

Hohes Haus! Das sind schon sehr ernste Probleme, mit denen wir als Parlament konfrontiert sind. Man kann bei einer Mehrparteienregierung meiden: Na ja, die Parteien sind verschieden; daß sie verschiedene Standpunkte einnehmen, ist doch begreiflich. Aber das ist jetzt eine Einparteienregierung. Einigen Sie sich doch untereinander darüber, was Sie selber einmal wollen! Oder zumindest einigen Sie sich darüber, daß die Minister Ihrer Regierung wenigstens am gleichen Strang ziehen. Aber das tun sie nicht einmal in der eigenen Parteizeitung.

Hohes Haus! Wir haben es danach noch erlebt, daß das deutsche Magazin „Der Spiegel“ ein ausführliches Interview mit dem Herrn Bundeskanzler gebracht hat. „Notfalls arm, aber neutral“ übertitelt er es. Der Herr Bundeskanzler ist leider hier von den Redakteuren des „Spiegels“ irgendwie übernommen worden, denn die Formel ist nicht von ihm. Der Redakteur hat das gesagt. Also lieber arm, aber neutral, und der Herr Bundeskanzler hat dann leider ausdrücklich ja dazu gesagt. Es ist ganz klar in diesem Interview zum Ausdruck gekommen, daß der Herr Bundeskanzler durchaus vorsichtig, sehr vorsichtig ist. Ich

werde zu dieser Frage „Arm, aber neutral“ dann noch ein paar Bemerkungen machen, ob das sehr gut ist, ob es gut war, daß der Herr Bundeskanzler sich von den Journalisten aufs Eis locken ließ und ja dazu gesagt hat. Aber abgesehen davon muß ich sagen: In dem Interview war der Herr Bundeskanzler vorsichtig und sagte: Ja, Rücksicht auf die Neutralität! Wir werden nichts unterschreiben, was dem widerspricht. Er hat mindestens mit dieser Äußerung „Lieber arm, aber neutral“, der er zugestimmt hat, die Möglichkeit aufgezeigt: Es kann also passieren, daß wir zu keinem Vertrag kommen.

Wir finden aber jetzt in der letzten Nummer der „Wochenpresse“ in Wien vom 17. Mai 1967 ausführlich auch ein Interview mit dem Herrn Vizekanzler Dr. Bock wiedergegeben, das wieder eine andere Nuance bringt, um es milde auszudrücken. Herr Dr. Bock äußert sich außerordentlich positiv, er ist der Meinung, es werde möglich sein, er beurteilt seine Besprechungen mit Paris sehr positiv und meint, man sehe das ein. Er ist auch der Meinung, daß die Amerikaner sehr positiv eingestellt sind. Aber ich weiß nicht, was der Herr Vizekanzler in Paris mit dem französischen Außenminister Couve de Murville gesprochen hat; natürlich kann ich das nicht wissen.

Hohes Haus! Der Herr Vizekanzler wird es mir nicht übelnehmen, wenn ich sage: Gerade an Hand eines solchen Zeitungsartikels kann man Vergleiche anstellen. In bezug auf die Haltung Amerikas heißt es — ich zitiere wörtlich —: „Vizekanzler Bock meinte allerdings, die Haltung der USA gestalte sich immer positiver. Vor fünf Jahren seien die Amerikaner gegenüber der EWG überhaupt kühl gewesen, inzwischen hätte sich diese Einstellung in Sympathie verwandelt.“ Bitte, Herr Vizekanzler, das dürfte doch etwas neben der Wirklichkeit liegen. Vor fünf Jahren hat sich die EFTA — pardon, Herr Vizekanzler, Sie waren damals als Handelsminister mit dem Außenminister gemeinsam bei den Tagungen der EFTA — bitter darüber beklagt, und wir haben es im Europarat immer wieder gesagt, daß die Amerikaner einseitig die EWG unterstützen und die EFTA-Länder links — oder, wenn Sie wollen, rechts — liegenlassen und ihnen die kalte Schulter zeigen. Wir haben immer wieder gesagt: Es ist ein Fehler der Amerikaner. Vielleicht erinnern Sie sich, Herr Vizekanzler, wie wir dann, als die EWG, besonders auf Grund der französischen Politik, gar nicht freundlich zu den Amerikanern gewesen ist, gesagt haben: Jetzt bekommt ihr Amerikaner die Rechnung. Wir haben das in Straßburg den amerikanischen Abgeordneten, den Sena-

Czernetz

toren und Kongreßleuten gesagt, wir haben es dem Senator Fulbright, dem Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses des Senates, gesagt: Das ist die Rechnung, die ihr jetzt präsentiert bekommt. Ihr habt uns schlecht behandelt, und das ist jetzt die Antwort.

Aber, Herr Vizekanzler, wenn Sie das so ungenau wiedergeben und meinen, vor fünf Jahren seien die Amerikaner zur EWG nicht positiv eingestellt gewesen, das werde aber immer besser, dann bin ich skeptisch. Dann muß man auch verstehen, daß ich Ihre Angaben über das, was Sie von den Franzosen berichten, mit Zweifel entgegennehme. Von den Amerikanern weiß man doch, das hat man doch international erlebt, wie einseitig amerikanische Minister die EWG gegen die EFTA und alle anderen Bestrebungen unterstützt haben, wie die Amerikaner gegen unsere gemeinsamen Bestrebungen der Großen Freihandelszone gewesen sind und gesagt haben: Das wollen wir nicht, die Diskriminierung nehmen wir nicht an. Ich darf Sie erinnern: Die Amerikaner sagten damals: Wir akzeptieren die Diskriminierung durch die EWG, weil damit die Chance der politischen Integration gegeben ist. Das war ihr Argument. Also, Herr Vizekanzler, wenn Sie die amerikanische Stellung so ungenau wiedergeben, dann bin ich bei den anderen Dingen auch etwas vorsichtig und skeptisch. Was ist wirklich los, womit haben wir jetzt zu rechnen? Ich fürchte, Herr Vizekanzler, Sie sehen die Dinge etwas subjektivistisch, so wie Sie es sich vorstellen, so wie Sie es wünschen. Aber ist Wunschdenken in der Außenpolitik nicht eine außerordentlich gefährliche Sache?

Womit wir es jetzt zu tun haben, ist die Frage: Warum steht denn in dem Bericht der Bundesregierung, den der Herr Bundeskanzler vorlegt, nichts über diese Probleme, über die internen Probleme auf außenpolitischem Gebiet, über die man jetzt auf einmal Zeitungsnachrichten — unwidersprochene Zeitungsnachrichten! — liest? Das sind doch ernste Fragen.

Wenn nun der Bericht des Herrn Bundeskanzlers bezüglich der Politik der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und über unsere Bemühungen um eine Vertragslösung sagt, es handle sich hier um eine Fortführung der Bemühungen aus dem vergangenen Jahr, so glaube ich, es sind bestimmt mehr als Nuancen.

Die Disputation, die Sie, meine Herren von der Bundesregierung, vor ein paar Tagen mit dem schweizerischen Außenminister, dem Bundesrat Spühler, hatten, und die Berichte, die darüber erschienen sind, zeigen, daß es

mehr als bloß Nuancen sind. Es ist ein neues Element, wenn wir jetzt zur Kenntnis nehmen müssen, daß es hier sehr ernste verschiedene Auffassungen gibt, in denen sich die österreichische Bundesregierung etwa von denen der Schweizer Politik unterscheidet.

Wir lesen etwa in der „Neuen Zürcher Zeitung“ über eine Erklärung des Bundesrates Spühler, daß die Standpunkte der beiden Regierungen — Österreichs und der Schweiz — in bezug auf die Integrationspolitik und in der Beurteilung neutralitätspolitischer Fragen — anders als zwischen der Schweiz und Schweden — nicht unwesentlich auseinandergehen. Ich muß sagen, Herr Bundeskanzler, das ist ein neues Element. Es ist nicht nur so gewesen, daß in der Zeit des gemeinsamen Assoziationsansuchens im Dezember 1961 die drei Neutralen einen gleichen Standpunkt hatten und das Ansuchen fast wörtlich gleich war. Es hat ein anderes Verhalten bereits 1963 nach dem Bruch der Verhandlungen mit England gegeben, als wir weiter ersucht, gedrängt haben: Wir wollen Verhandlungen. Aber man hat damals nie gehört, daß man von Schweizer Seite nach einer eingehenden Beratung sagte, es gebe wesentliche Unterschiede, die Auffassungen in neutralitätspolitischen Fragen und in der Integrationspolitik seien wesentlich verschieden. Das ist schon ein sehr ernstes Problem.

Ich glaube ausdrücken zu dürfen, daß meine Partei mindestens der Auffassung ist, daß eine Parallellität der Außenpolitik der neutralen Staaten Europas sehr wichtig für uns wäre. So groß und so stark sind wir nicht, daß wir nicht die gegenseitige Abstützung der Neutralen und insbesondere der neutralen Nachbarstaaten im Herzen Europas, der Schweiz und Österreichs, brauchen würden.

Herr Außenminister Tončić hat vor kurzem irgendwo gesagt, er betrachte die Schweiz als die älteren, erfahreneren Brüder in der Neutralitätspolitik. Ich glaube, daß wir noch einiges zu lernen haben, bis man unsere Neutralität überall so ernst nimmt wie die schweizerische. Denn bisher haben wir nur einen Vertrauensvorschuß gehabt. Die Schweizer haben schon ihre geschichtlichen Proben abgelegt, und ich glaube, wir sollen nicht leichtsinnig werden. (*Abg. Mitterer: In der „Zürcher Zeitung“ steht auch, daß die Schweiz sogar Vollmitglied werden will! Oder haben Sie das vergessen?*) Aber das hat nicht der Schweizer Außenminister gesagt. Ich habe jetzt berichtet (*Abg. Mitterer: Was in der „Zürcher Zeitung“ steht!*), was der Schweizer Außenminister gesagt hat. In der „Zürcher Zeitung“ sind auch Filmrezensionen, die können Sie mir auch vorlesen. Das hat nichts damit zu

Czernetz

tun. Ich habe davon gesprochen, daß der Schweizer Außenminister das gesagt hat. Das ist nicht die Auffassung eines Redakteurs, sondern die Auffassung des Außenministers der Schweiz.

Ich glaube, daß wir bei der Behandlung der Integrationsfragen zunächst die sehr ernstesten wirtschaftlichen Probleme ins Auge fassen sollen. Das geschieht aber viel zu wenig. In dem Bericht macht der Herr Bundeskanzler nur ein paar allgemeine Bemerkungen darüber, er spricht nur darüber, daß sich die Bundesregierung bemüht, die Verhandlungen fortzuführen, und dabei „in Ausschöpfung des erteilten Mandates“ und so weiter den Standpunkt präzisiert hat.

Hohes Haus! Was man dabei auch in Rechnung zu stellen hat, ist die wirkliche handelspolitische Entwicklung, mit der wir es gegenwärtig zu tun haben. Ich darf daran erinnern, daß aus allen Berichten über die bisherigen Gespräche und Verhandlungen klargeworden ist, daß die EWG von uns gefordert hat, daß wir nach einer entsprechenden Übergangszeit die EFTA verlassen. Der Herr Vizekanzler Bock spricht, wie auch der Bericht sagt, etwas bagatellisierend von den Gefahren. Und zweitens ist das Problem des Osthandels in den Gesprächen nicht geklärt. Da gibt es vorläufig keinerlei Sicherungen.

Ich vergleiche daher die beiden Handelspositionen miteinander, und ich vergleiche wieder die Exportpositionen. Ich darf aufmerksam machen, daß im Februar dieses Jahres im Vergleich zum Februar des vergangenen Jahres die Relation folgendermaßen ausgesehen hat: Wir haben im Februar 1966 in den EWG-Markt Waren im Wert von 1,5 Milliarden, genau 1,556 Milliarden Schilling, exportiert. Wir haben, wenn ich EFTA-Länder und Oststaaten zusammennehme, dorthin im vorigen Jahr Waren im Werte von 1,217 Milliarden Schilling exportiert; das ist also etwas weniger gewesen. Im Februar 1967 betrug der Export in die EWG-Staaten global 1,477 Milliarden Schilling, in die EFTA und Oststaaten zusammen 1,450 Milliarden Schilling; das ist schon sehr nahe beieinander.

Darf ich noch auf etwas aufmerksam machen. (Vizekanzler Dr. Bock: Warum addieren Sie denn nicht den Osthandel zum EWG-Handel?) Herr Vizekanzler, Sie müssen doch besser wissen als ich, wie Sie sich in den Verhandlungen Ihrer Haut erwehren müssen, daß man Ihnen die Möglichkeit der Fortführung des Osthandels gibt. (Vizekanzler Dr. Bock: Eben!) Aber man hat sie Ihnen noch nicht gegeben! Das ist ja die Gefahr, von der ich rede.

Ich möchte besonders betonen, daß das Problem doch darin besteht, wie wir die Warengruppen zusammenfassen, die industrielle Exporte, Finalprodukte oder Halbfabrikate ausmachen. Denn ich glaube, es wird volkswirtschaftlich nicht bestritten werden können, daß die Verarbeitung von Rohstoffen in Österreich und der Export von Fertigwaren für die österreichische Volkswirtschaft bestimmt vorzuziehen ist.

Wenn ich die Warengruppen zusammenfasse, die hier genannt sind: chemische Erzeugnisse, Halb- und Fertigwaren, Maschinen und Verkehrsmittel und sonstige Fertigwaren, dann ergibt sich folgende Veränderung der Relation: im Februar 1966 in die EWG: Güter im Werte von 1,081 Milliarden, in die EFTA und Oststaaten 1,120 Milliarden; heuer: in die EWG 941 Millionen, in die EFTA und Oststaaten 1,349 Milliarden, das ist um 408 Millionen mehr — in einem Monat! (Abg. Mitterer: Aber der EFTA-Handel ist doch deshalb nicht gefährdet! Sie können das doch nicht zusammenrechnen!) Deshalb ist er nicht gefährdet, das habe ich auch nicht behauptet, Herr Mitterer, sondern ich habe nur festgestellt, wie es auch aus allen Berichten des Herrn Vizekanzlers klargeworden ist, daß wir bisher in den Verhandlungen von der EWG die Sicherungen nicht bekommen haben — auch nicht im Stadium der Verhandlungen, der Vorbereitung des Vertragstextes —, die wir brauchen, damit wir die Position im Osthandel halten können. Das ist in keiner Weise gewährleistet, gar nicht zu reden davon, ob das, was die Kommission zusagen würde, auch ratifiziert werden könnte. Es ist nicht einmal im Vorverhandlungsstadium soweit gekommen. (Abg. Mitterer: Das stimmt doch gar nicht, was Sie sagen! — Gegenruf bei der SPÖ: Sie wissen es ja!) Herr Mitterer, ich bedaure, daß der Ihrer Partei angehörige Vizekanzler Sie nicht so informiert, wie „Die Presse“ von ihm und anderen informiert worden ist.

Das ist ja ein Faktum, es hat doch keinen Sinn, wenn wir uns hier etwas einreden, was nicht stimmt. Vielleicht reden Sie es hier den Leuten ein, aber Sie werden es Ihren Wirtschaftstreibenden nicht einreden können. (Abg. Mitterer: Das lassen Sie meine Sorge sein!) Nein, das ist unsere gemeinsame Sorge, nicht Ihre allein! (Lebhafter Beifall bei der SPÖ. — Abg. Mitterer: Was ich den Leuten einrede, ist nur Ihre Sorge, nicht die meine!)

Vor kurzem ist in der „Presse“ ein Artikel: „Ein Plädoyer für die EFTA“, gestanden. Es war ein Bericht über einen Vortrag des Bürgermeisters Wilhelm. Er gehört nicht zu uns, es besteht keine Gefahr, daß er übertritt.

4434

Nationalrat XI. GP. — 55. Sitzung — 19. Mai 1967

Czernetz

Wilhelm hat sehr ernst und sehr deutlich dargestellt: „Der Ausgang der österreichischen Verhandlungen mit der EWG sei aber noch nicht abzusehen, daher gebe es für die österreichische Wirtschaft nur eine reale Tatsache: den einheitlichen Wirtschaftsraum der EFTA.“

Bürgermeister Wilhelm sagte in diesem Vortrag vor der Österreichisch-schweizerischen Gesellschaft: „Der EFTA-Export für Halbfertig- und Fertigwaren, der im Jahre 1966 8 Milliarden Schilling betrug, sei dem des EWG-Exports im selben Zeitraum von 14 Milliarden Schilling in bedeutsame Nähe gekommen. Die Bearbeitung der EFTA-Märkte habe erst richtig begonnen und werde noch gute Früchte tragen, besonders wenn man bedenke, daß die Importkraft der EFTA gegenüber dem Rest der Welt kaum geringer ist als die der EWG.“ Er spricht auch von der Kopfquote des Einkommens in EFTA und EWG und dem Einfuhrüberschuß und sagt weiter: „Darüber hinaus käme der EFTA-Raum den österreichischen Umstrukturierungen seiner Wirtschaft am besten entgegen, da die bestehenden Absatzchancen für Fertigwaren die Veränderung der von Strukturproblemen hart getroffenen Schwerindustrie auf die Leichtindustrie stark begünstigen.“

Das ist immerhin ein Mann, der uns von Ihnen oft als ein realistischer Wirtschaftsführer vorgestellt worden ist. Bitte, nehmen Sie ihn auch so ernst, wenn er etwas sagt, das Ihnen nicht paßt.

Ich kann noch auf etwas aufmerksam machen. Es erschien im „Wirtschafts Horizont“ vom Mai dieses Jahres — das ist ein Blatt, das von einem Mitglied der Dynastie Mautner-Markhof herausgegeben wird — eine sehr ernste Darlegung zu den Fragen der Integration. Es heißt: „Der ‚Wirtschafts Horizont‘ hat schon in der Vergangenheit warnend seine Stimme in bezug auf ein bedenkenloses EWG-Arrangement Österreichs erhoben.“ Es wird dann im einzelnen dargestellt, daß man die Dinge doch sehr ernsthaft überlegen müsse. Da heißt es zum Beispiel über Herrn Bundeskanzler Dr. Klaus und seine Moskau-Reise: „Daß sich unsere EWG-Fanatiker in Moskau nicht nur aus politischen, sondern auch aus rein wirtschaftlichen Bedenken der Sowjets heraus kalte Füße holten, sollte zu denken geben!“ Das stammt nicht von meinen Parteigängern, sondern wurde von einer andern Seite gesagt.

Ferner bringt der „Wirtschafts Horizont“ einen Artikel von Dr. Josef Otten, einem Vorarlberger Textilindustriellen aus Hohenems, seit 25 Jahren in Österreich ansässig, der Präsident des Internationalen Verbandes der

Textildruckereien ist, der einen Betrieb mit 600 Menschen und einem Umsatz von 200 Millionen jährlich hat. Dies nur, um vorzustellen, daß es nicht so ein sozialistischer Greißler vom Kostroun ist. (*Lebhafte Heiterkeit.*) Das ist für österreichische Begriffe ein Großindustrieller. (*Abg. Mitterer: Der Greißlerpapst bin ich!*) Ich habe ja nichts gegen die Greißler vom Kostroun. Aber Sie haben immer etwas gegen sie. Ich mache aufmerksam: Das ist keiner.

Der „Wirtschafts Horizont“ sagt dazu: „Der Kern seiner Überlegungen“ — der Überlegungen des Herrn Dr. Josef Otten —, „lieber mit Spezialitäten eine Zollhürde zur EWG überspringen, als sich in einem kleinen Land der Wirkung einer Wirtschaftspolitik eines großen Landes aussetzen, der dann Österreich, sobald es in der EWG ist, mit Haut und Haaren ohne eigene Einwirkungsmöglichkeiten ausgeliefert ist — sollte jedenfalls jedem österreichischen Unternehmer zu denken geben; und möglicherweise beginnen dann auch Österreichs EWG-Enthusiasten wirtschaftlich zu überlegen!“

Ich darf aber darauf aufmerksam machen, daß sich der bekannte Wirtschaftsjournalist Horst Knapp gerade über den „Unfall“ des Herrn Bundeskanzlers mit dem deutschen Magazin „Der Spiegel“, nämlich mit der Äußerung: Lieber arm, aber neutral ... (*Abg. Dr. Klaus: So steht es nicht drinnen! Sie zitieren falsch! Sie zitieren falsch!*) Herr Bundeskanzler! Wenn Sie das zehnmals wiederholen ... (*Abg. Dr. Klaus: Ich habe das nie gesagt, und es wurde nie geschrieben: „Lieber arm, aber neutral“!*) Lieber Herr Bundeskanzler! Ich mache Ihnen ja keinen Vorwurf daraus, daß Sie nicht da waren, als ich das gebracht habe. Aber dann hören Sie wenigstens zu! Als Sie nicht da waren, habe ich gesagt, daß Sie leider von dem Mann, dem Journalisten, irgendwie übernommen wurden. Denn er hat, nachdem im „Spiegel“ ... (*Abg. Dr. Klaus: Lesen Sie die Überschrift!*) Die Überschrift heißt: „Notfalls arm, aber neutral.“ (*Abg. Dr. Klaus: „Notfalls“, das ist etwas ganz anderes!*) Donnerwetter! Ich habe ja nicht gesagt, daß Sie unbedingt arm sein wollen, aber „notfalls“. (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.*) Bitte, es heißt, Herr Dr. Klaus, also hier:

„Heute zahlen wir den Preis für die Neutralität. Ich bin der Ansicht, daß es um der Neutralität willen besser ist, wenn nötig noch Geduld zu haben, als partout zu sagen: Ich muß jetzt zur EWG.“

Spiegel: Würden Sie die Verhandlungen mit der EWG“ (*Abg. Dr. Klaus: „Notfalls“!*)

Czernetz

„notfalls ganz scheitern lassen...“ Ich staune über Ihr Gedächtnis, ich kann es nicht gleichzeitig lesen.

Also: „Spiegel: Würden Sie die Verhandlungen mit der EWG notfalls ganz scheitern lassen, wenn Sie in Brüssel nicht genügend Verständnis für Österreichs Neutralitätsvorbehalte finden?“

Klaus: Ja.

Spiegel: Also notfalls arm, aber neutral?

Klaus: Ja. Wir werden in Brüssel nichts unterschreiben, was unsere internationalen Verpflichtungen aus Staatsvertrag und Neutralität verletzt.“ (*Rufe bei der ÖVP: Na also!*) Daß Sie es endlich zulassen, daß ich den Bundeskanzler lobe! (*Heiterkeit.*)

Sind wir jetzt vielleicht dort, wo ich das sagen kann, was ich sagen will? Die Frage Neutralität: wunderbar. Ich beglückwünsche Sie, ich bin froh, daß Sie das gesagt haben, wenn Sie nur den Vizekanzler davon überzeugen können. (*Ruf bei der SPÖ: „Notfalls“!* — *Beifall bei der SPÖ.* — *Vizekanzler Dr. Bock: Dieser Notfall tritt nicht ein!*) Umso besser! Ich hoffe nur, daß bald die Aufklärungen kommen werden.

Aber das, was Horst Knapp sagt (*Zwischenruf des Vizekanzlers Dr. Bock*), das wird Sie interessieren, Herr Vizekanzler! Horst Knapp:

„Ob wir in zehn Jahren ‚arm‘ oder ‚reich‘ sein werden, hängt von vielen anderen Momenten ungleich mehr ab als davon, wieviel Prozent Zoll auf unseren Exporten nach EWG-Ländern liegt. Oder noch brutaler formuliert: Ein österreichisches Produkt, das eine 10prozentige Zollschränke nicht zu überspringen vermag, wird auch zollfrei auf den EWG-Märkten nicht abzusetzen sein...“

Und er schreibt dann: „Wiederholen wir es bis zum Überdruß: Wie ‚arm‘ oder wie ‚reich‘ wir dann sein werden, hängt zu 5 oder höchstens 10 Prozent von der EWG-Regelung und zumindestens 90 Prozent von uns selber ab: von unserer Wirtschaftspolitik...“

Und genau das ist es: Seit Jahren sagen wir hier: Ob es uns gelingt, ein Arrangement mit der EWG zu finden oder nicht, ob wir in einem Arrangement drinnen sind oder nicht, unsere Industrie muß international konkurrenzfähig sein! Denn wir werden auch nicht unter Zollschutz konkurrenzfähig sein, wenn wir den Schlendrian weiter gehen. (*Zustimmung bei der SPÖ.* — *Abg. Peter: Daß sie es nicht ist, daran ist die Koalition weitestgehend schuld gewesen!*) Der Oppositionsführer Peter findet, daß das eine Entschuldigung für die gegenwärtige Alleinregierung der ÖVP ist. Ich statte Ihnen im Namen des Bundeskanzlers

den Dank ab. (*Abg. Peter: Aber keine Entschuldigung für die Sozialistische Partei, Herr Czernetz!*) Nein, Herr Peter, muß ich Ihnen jetzt noch nachträglich Nachhilfeunterricht über die Schwierigkeiten einer Koalition geben? Erkundigen Sie sich bei Ihren deutschen Parteifreunden, wie schwer das ist. Besteht denn nicht das Problem, daß verschiedene Parteien dann, wenn sie sich nicht einigen können, eben nicht imstande sind, etwas zu leisten? Das war unser Problem, aber jetzt kann es eine Partei allein angehen. Und es zeigt sich, daß sie gerade in den lebenswichtigen außenpolitischen Fragen zerrissen ist. (*Abg. Dr. Hauser: Daß es Ihnen die ÖVP in der Koalitionszeit unmöglich gemacht hat, die Wirtschaft zu stärken, werden Sie doch nicht behaupten!*) Doch! Denn worauf es ankam: Wir haben bei x Gelegenheiten besprochen, daß man die wichtigsten Industrien dieses Landes, die verstaatlichte, wie Sie meinen, zum Unglück, und wie wir meinen, zum Glück des Landes nicht entsprechend konzernieren, organisieren und planmäßig hat arbeiten lassen. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Ich darf, Herr Präsident, jetzt auch noch sagen: Was mich an dem sehr ausführlichen Bericht des Herrn Bundeskanzlers — es ist sehr wenig ausgelassen — wirklich mit Erstaunen erfüllt hat, ist die Tatsache, daß gerade beim Integrationsteil, Herr Bundeskanzler, nicht mit einem Wort erwähnt ist, daß die EFTA in der Berichtsperiode zu einer vollen Freihandelszone geworden ist, und zwar drei Jahre vor dem programmäßigen Termin. Sie wissen sehr genau, wie man uns die ganze Zeit gesagt hat, das werde überhaupt nicht funktionieren, das werde überhaupt nicht möglich sein, das könne man ja nicht ohne großen Apparat machen. Daß wir aber nicht die Notleidenden und die Schadentragenden waren, sondern daß wir unsere Exporte in diesen Bereich entsprechend steigern konnten, hätte eigentlich schon im Bericht der Bundesregierung erwähnt werden können. (*Abg. Mitterer: Und aus dem Paradies bricht Herr Wilson aus! Das wundert mich!*) Wenn Sie jetzt unbedingt eine Diskussion über Großbritannien wollen, dann sind Sie daran schuld, wenn man mir sagt, das gehöre nicht zur Sache. Nein! Er fürchtet sich nicht aus wirtschaftlichen Gründen, Kollege Mitterer... (*Abg. Mitterer: Ah, woher! Na, nicht! Dreimal dürfen Sie raten, warum!* — *Heiterkeit.*) Ich brauche nicht dreimal zu raten, denn ich weiß es. Ich kann Ihnen etwas sagen, worauf Sie dann sehr empört sagen werden: Da habt ihr es ja: Die Engländer wollen in die EWG aus dem sehr politischen Grund, um die Hegemonie de Gaulles nicht weiter zuzulassen, sondern um mitzumischen. Das mag vielleicht

4436

Nationalrat XI. GP. — 55. Sitzung — 19. Mai 1967

Czernetz

nicht sehr schön sein, aber das ist der wahre Grund! (*Abg. Mitterer: Aber für die Frau Blaschke, nicht für uns! — Abg. Dr. Pittermann: Für Heath, den Oppositionsführer der Konservativen!*) Denn in Wirklichkeit ist man sich in England darüber vollkommen im klaren, Kollege Mitterer. De Gaulle sagt ja: Für die Engländer wird es wirtschaftlich so schädlich sein, wenn sie in die EWG hineingehen; sie halten es nicht aus. — Das ist ja eines der de Gaulle-Argumente. Der sagt doch: Das wird euch zuviel kosten, die Lebensmittelpreise werden bei der Agrarregelung steigen. Dann kommen allgemeine Lohn- und Preiserhöhungen; das haltet ihr doch nicht aus! — Das ist doch das Argument des Herrn Staatspräsidenten de Gaulle, nicht meines. Die Engländer wissen das. Die wirtschaftlichen Probleme sind so oder so da für die Engländer; ich will jetzt gar nicht eine Nebendiskussion über deren Ursachen einleiten.

Das ist nicht unsere Frage und unsere Sorge, sondern ich konstatiere jetzt die Tatsachen. Daß die EFTA ein Paradies sei, hat Mitterer gesagt; er hat so engelhaftige Ideen. Ich habe nur gesagt, daß die Freihandelszone gebildet wurde, geglückt ist und Sie sich sicher darüber gefreut haben, Herr Bundeskanzler! Das hätten Sie doch noch hineinschreiben können! Es war ja noch Platz! (*Abg. Dr. Pittermann: Das hat er dem Bock zu Fleiß unterschlagen!*)

Hohes Haus! Das Problem ist nicht bloß die Vollständigkeit des Berichtes, sondern hier berufe ich mich auf die Kollegen der Volkspartei, die mit uns gemeinsam im Europarat sind und die Parlamentarier anderer Länder treffen. Ein Übermaß an Loyalität wirft man uns schon nicht vor. Daß Österreich, eines der Gründungsländer, es nicht der Mühe wert findet, auch nur zu sagen: Schön, es ist gelungen; wir wollen etwas anderes, aber es ist gelungen!, das ist schon ein bisserl unangenehm, „genant“, sagt man da; das hätte hineingehört. (*Abg. Probst: Eine kleine politische Kindesweglegung ist das!*)

Ich habe jetzt nicht die Absicht, allgemein über die Integrationspolitik in Europa zu sprechen, das ist nicht der Gegenstand der Debatte. Ich möchte nur aufmerksam machen: Wenn Kollege Mitterer vor zwei Tagen in der Debatte gemeint hat, ich hätte beim Europatag ... (*Abg. Mitterer: Nein! In Cannes, damals!*) Bitte, in Cannes war ich nicht beim Europatag, da haben Sie Pech gehabt, da haben Sie den falschen Fahrplan in die Hand bekommen. Nein, in Cannes war ich nicht beim Europatag, Herr Kollege Mitterer! (*Abg. Mitterer: Es war kein Europatag!*) Ich war in Cannes bei einer einzigen Konferenz, bei

der ich nicht geredet habe. Das hat nichts mit dem Europatag zu tun gehabt. Sie haben Pech, schauen Sie das Protokoll an! Ich weiß es genau: Ich war in Cannes bei einem Bilderberg-Meeting. (*Abg. Mitterer: In Straßburg haben Sie das mehrmals gesagt!*) Also, Cannes geht nicht! Das lassen wir fallen.

Im Europarat in Straßburg habe ich sehr oft klar und deutlich gesagt: Sympathie, Freundschaft und Liebe zum französischen Volk, allen Respekt für das französische Staatsoberhaupt! Wenn aber eine Verfassung eines Landes bestimmt, daß ein Staatsoberhaupt auch Regierungschef und aktiver Parteipolitiker ist, der sich in Wahlen einmischet, dann wird man bei allem Respekt für das Staatsoberhaupt über die parteipolitischen und staatspolitischen Maßnahmen dieses Regierungschefs so wie über jeden anderen Politiker reden dürfen! In allen Ländern der Welt gibt es das, wo Demokratie üblich ist. Das habe ich mir bisher als eine Freiheit genommen und nehme ich mir also auch weiter.

Ich kann Sie aber doch in einer Sache beruhigen: Sie haben gemeint, das habe Österreich geschadet. Ich danke für das Kompliment, ich fürchte nur, es ist übertrieben. De Gaulle kümmert sich nicht darum, was ich sage. (*Abg. Mitterer: Gott sei Dank! — Heiterkeit.*) Warum werfen Sie es mir dann vor? Aber ich glaube, Herr Mitterer, wenn Herr de Gaulle mehr auf das hören würde, dann wäre in Frankreich die Demokratie besser als jetzt! Jetzt ist es nämlich eine Monokratie. (*Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Mitterer: Dann staune ich nur, daß Sie ununterbrochen Frankreich zitieren! Warum zitieren Sie die „planification“, wenn das alles falsch ist?*) Herr Kollege Mitterer! Sie sind für einen, der Dauerreden halten will, eine Goldgrube. Sie bringen nämlich immer neue Stichworte. Wenn es der Herr Präsident gestattet, höre ich nicht zu reden auf. Sie bringen immer wieder einen neuen Gegenstand an. Über die „planification“ haben manche Kollegen gesprochen. Ich werde mir erlauben, noch darauf zurückzukommen, und werde nicht verabsäumen, sie zu nennen.

Im Bericht des Herrn Bundeskanzlers ist die Frage Südtirol selbstverständlich behandelt. Bei der Frage Südtirol — darüber haben meine Freunde schon einiges gesagt — ist auch die Rede davon, daß die Verhandlungen auf Expertenebene aufgenommen wurden; weitere Annäherung hinsichtlich des Pakets. Aber ich bitte um Entschuldigung, hier habe ich wirklich die ernste Frage, Herr Bundeskanzler: Warum ist in dem Bericht kein Wort über Ihre Gespräche mit dem Ministerpräsidenten Moro? Sie haben große Hoffnungen ge-

Czernetz

habt, die nicht in Erfüllung gingen. Das ist bedauerlich. Aber wäre es eigentlich nicht gut, einem Parlament auch zu sagen, daß solche Hoffnungen aus objektiven Gründen in einem anderen Land nicht realisierbar sind? (*Abg. Moser: Er hört lieber nicht zu, damit er nicht antworten muß!*)

Ich darf außerdem noch fragen, Herr Bundeskanzler: Sie sprechen hier vom Paket. Warum wurde kein Wort von den internationalen Absicherungen gesagt? Ich meine die Erwähnung, daß das Schwierigkeiten macht? Ich möchte offen sagen: Ich mache der gegenwärtigen Regierung nicht die geringsten Vorwürfe, daß sie die Südtirol-Frage nicht gelöst hat. Das lag nicht in ihrer Macht. Es wäre völlig sinnlos, ihr das vorzuwerfen. Aber, wenn Sie das schon angreifen, berichten Sie doch dem Parlament, daß Sie besonders in der Frage der internationalen Sicherungen Probleme und Schwierigkeiten haben. Was soll man denn in Italien denken, wenn man das Dokument liest und das Wort „internationale Sicherheiten“ nicht findet? Haben es die Wiener schon fallenlassen? Was soll man denn in Südtirol darüber denken? Glauben Sie, daß das dem Vertrauen unter den Südtirolern hilft? Das ist doch das Problem bei einem solchen Dokument! Herr Bundeskanzler! Wenn man nämlich ein solches Kompendium über die Regierungstätigkeit herausgibt, dann darf man nichts auslassen. Denn sonst gibt es immer die Frage: Warum ist das ausgelassen worden? Das ist das Problem.

Sie sprechen über die Kontaktgespräche, Verhandlungen, Verbindungen, die Entspannung, über die Besuchsdiplomatie. Sie sagen dann wörtlich: „... unsere Besuchsdiplomatie, vor allem im Donaauraum“. Ich habe mich außerordentlich gefreut, als ich das gelesen habe. Ausgezeichnet! Es wäre schon gut gewesen, Herr Bundeskanzler, wenn dabei die gegenwärtige Regierung gesagt hätte, daß sie hier die bisherige Tätigkeit fortsetzt. Das ist ja nicht etwas Neues. Neu daran ist nur, daß die der Sozialistischen Partei angehörenden Minister der bisherigen Regierungen dann, wenn sie diese Besuchsdiplomatie erfolgreich betrieben haben, der „Ostfälligkeit“ bezichtigt wurden. (*Abg. Mitterer: Anfälligkeit!*) Ostanfälligkeit! Danke! Es ist ja doch gut, daß wir Sie haben. (*Lebhafte Heiterkeit.*) Ich bin wirklich dankbar. Ihnen ist das geläufig, viel geläufiger als mir.

Ich möchte ausdrücklich sagen: Wenn man das den Sozialisten jahrelang vorgeworfen hat, es dann aber selber tut, dann muß man das doch eigentlich begründen! Wir waren immer der Meinung, das kann eine gute Methode sein. Aber das Malheur ist bei jedem, der spät lernt,

daß er dann übertreibt. Denn komisch ist: Es steht im Bericht zwar etwas von den gutnachbarlichen Beziehungen, aber es steht von dem letzten Ungarnbesuch des Herrn Bundeskanzlers etwas nicht, worüber ich noch sprechen werde; die einzelnen Länder sind ja nicht genannt. Ich finde im „Volksblatt“, der Parteizeitung des Herrn Bundeskanzlers, vom 4. Mai:

„Anschließend an die Arbeitsbesprechung traf Dr. Klaus mit dem früheren Ministerpräsidenten Kadar zusammen.“ Bitte, nicht mit dem Pensionisten Kadar, denn er ist noch aktiver Politiker. Das steht da nicht genau drin, aber zum Glück haben wir ja die amtliche „Wiener Zeitung“. Sie schreibt:

„Nach dem Arbeitsgespräch stattete Bundeskanzler Dr. Klaus dem früheren Ministerpräsidenten Janos Kadar im Haus der Partei an der Margarethenbrücke einen Besuch ab.“ (*Hört! Hört! - Rufe bei der SPÖ.*)

Das heißt, Janos Kadar ist zwar der frühere Ministerpräsident, aber der jetzige Parteichef. (*Abg. Dr. Klaus: Er hat Dr. Klaus eingeladen als Ministerpräsident, und es war eine Höflichkeitspflicht des Bundeskanzlers!*) Wunderbar! Wissen Sie, Herr Bundeskanzler, das ist nämlich das Problem! Das war also Höflichkeit, es waren nicht kulturelle, wirtschaftliche und wissenschaftliche Kontakte, es war auch keine handelspolitische Möglichkeit, sondern nur ein Höflichkeitsbesuch für die gutnachbarlichen Beziehungen. Mich interessiert lediglich: War das ein Besuch des Bundeskanzlers beim Parteichef der Kommunistischen Partei oder ein Besuch des Parteiobmannes der Österreichischen Volkspartei? (*Abg. Dr. Klaus: Es war ein Besuch des Bundeskanzlers bei dem früheren Ministerpräsidenten, der ihn eingeladen hat! Das Gebot der Höflichkeit verlangt es, daß man dem, der einen zuerst eingeladen hat, einen Besuch macht! Im übrigen gehört Kadar einem Gremium an, das ein kollektives Staatsoberhaupt in der Volksrepublik Ungarn darstellt!*) Ausgezeichnet! Herr Bundeskanzler! Wenn Sie in der Vergangenheit nachblättern, werden Sie finden, daß Ihre Parteipresse, ohne daß man einen Parteichef eines anderen Landes besucht hat, über die der Sozialistischen Partei angehörenden Minister jedesmal mit der Beschuldigung hergefallen ist, daß sie ostanfällig sind und mit den Kommunisten Beziehungen aufnehmen. Das waren Höflichkeitsbesuche so wie Ihrer, und ich danke Ihnen, daß Sie nachträglich den sozialistischen Ministern der vergangenen Koalitionsperiode das Absolutorium erteilen und sagen, das war genauso Höflichkeit und war in Ordnung! (*Beifall bei der SPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Das war Genosse zu Genossen!*) Ja, es geht nur nach

Czernetz

beiden Seiten; nach einer Seite allein geht das nicht! Das gilt für beide: Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig.

Der Bundeskanzler spricht in seinem Bericht ausführlich auch noch von der neuen Einrichtung der Vereinten Nationen, der UNIDO, die nach Wien gekommen ist. Ich bedaure, daß die Formulierung etwas unglücklich ist. Es heißt:

„Wir haben“ — wir haben — „mit der Wahl Wiens zum Sitz der neuerrichteten UN-Organisation einen großen Erfolg errungen.“ Herr Bundeskanzler! Es ist sicher keine Frage, daß das ein großer Erfolg für Österreich ist; aber er ist nicht gerade nur in der Regierungszeit, während der Sie als Chef einer Einparteienregierung dem Lande vorstehen, errungen worden, sondern das ist das Ergebnis einer langen Arbeit vergangener Regierungen, der Diplomaten, der Beamten. Das ist mühsam aufgebaut worden und gelungen. Wenn Sie das Wort „wir“ im weitesten Sinne Österreichs auffassen (*Abg. Klaus: Genauso ist es!*), dann ist es wunderbar. Die Sprache ist nämlich ein Instrument, das so fein ist, das kann man alles ausdrücken, man muß es sich nur nicht nurdenken. Wenn Sie es hereingeschrieben hätten, wäre es noch besser gewesen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Unangenehmer ist, Herr Bundeskanzler, daß Sie es für notwendig befunden haben, Zahlen zu nennen, was wir an Entwicklungshilfe geleistet haben, nämlich im Rahmen des ERP-Fonds für 1965/66 199 Millionen Schilling, bereitgestellt für Ausfallhaftungen von Krediten. Damit kann man nicht viel in die Sonne gehen, das ist nicht sehr großartig.

Ich möchte überhaupt sagen: Wenn die UNIDO zu uns nach Österreich gekommen ist, dann nicht, weil wir auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe schon so viel geleistet haben, sondern weil man gern nach Österreich und nach Wien kommt und uns einen Vertrauensvorschuß gegeben hat. Ich sage Ihnen eines in aller Offenheit: Entwicklungshilfe ist in Österreich bei allen Schichten noch wenig bekannt und wenig populär. Ich mache da gar keine Unterscheidung. Daß die UNIDO zu uns gekommen ist, ist nicht ein Dank für unsere Leistungen. Wenn man so wenig tut, soll man nichts davon reden, das hätte man lieber verschweigen sollen. Das sieht gar nicht gut aus, das liest man auch im Ausland, das liest man auch bei der UNIDO, das liest man bei den Vereinten Nationen, bei der OECD. So großartig sind die Leistungen nicht. Ich glaube, es ist nur für uns alle, Regierungspartei und Opposition gemeinsam, eine Verpflichtung, gerade weil die UNIDO ihren Sitz

in Wien hat, mehr für diese weltweite wichtige Aufgabe zu tun. Es ist eine gemeinsame Verpflichtung für uns alle.

Lassen Sie mich, Hohes Haus, mit einer allgemeinen Überlegung abschließen, die sehr kurz sein wird. Ich habe nicht die Absicht, einen Tour d'horizont zu machen. Ich möchte nur sagen, wir leben international in einer schwierigeren Zeit als noch vor einem Jahr. Die Annäherung zwischen den beiden Großmächten, zwischen Amerika und Rußland ist gestört, wir haben eine Verschärfung des fernöstlichen Krieges, wir haben ein Stocken der Abrüstungsverhandlungen, die NATO ist gestört oder gelähmt. Wir haben eine Störung der neuen britischen Initiative, es ist nicht leichter. In einer solchen Lage, Hohes Haus, hat ein kleiner neutraler Staat die Aufgabe, alles sorgfältigst zu vermeiden, was uns zu einem Störungsfaktor werden lassen könnte. Wir haben alles daranzusetzen, eine Zone der Ruhe, der Entspannung zu sein. Ich glaube, wir haben von der Schweiz zu lernen, nicht vorzuprellen — das dient weder Österreich noch Europa oder dem Frieden. Keine großen Worte in der Außenpolitik, sondern Klarheit, Gradlinigkeit, Verlässlichkeit! Nur so werden wir die allgemeine Achtung, das allgemeine Vertrauen und damit unsere eigene Sicherheit erringen, von der auch der Bericht der Bundesregierung spricht! (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Withalm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Withalm** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Während der heutigen und vorgestrigen Debatte konnte man den Eindruck gewinnen, daß so manche Redner der linken Seite dieses Hauses vorher nicht recht wußten, worum es heute beziehungsweise vorgestern ging. Ich möchte dazu eine Feststellung treffen, meine Damen und Herren. Ich glaube, es war der Niederösterreicher Pichler, der vorgestern gesagt hat: Wir — die Sozialistische Partei — wußten überhaupt nicht, worum es an diesem 17. und 19. Mai geht. (*Abg. F. Pichler: Die Tagesordnung hat darüber nichts ausgesagt!*)

Dazu eine Feststellung: Wir haben in der Präsidialsitzung, und zwar schon vor vielen Wochen, darüber nicht nur gesprochen, sondern auch den Termin festgelegt, nämlich 17. und 19. Mai; an diesen Tagen werde der Herr Bundeskanzler einen Bericht über die Tätigkeit der Bundesregierung im Jahre 1966/67 geben. (*Abg. F. Pichler: Lesen Sie die Tagesordnung nach!*) Darüber hinaus haben wir den Sozialisten in der vergangenen Woche — das wurde in der Präsidialkonferenz so vereinbart — Exemplare des Berichtes des

Dr. Withalm

Herrn Bundeskanzlers zukommen lassen, sodaß, glaube ich, selbstverständlich vollkommene Klarheit bestehen mußte ... (*Abg. Czettel: Das hat er nicht bestritten!*) Nein, Herr Minister Czettel, es ist darum gegangen, daß gesagt wurde, manche von Ihnen wären der Ansicht gewesen, es wäre um die Erfüllung einer Entschließung gegangen, also um den Bericht über die wirtschaftliche Situation. (*Abg. Czettel: Wir wollten nur klarstellen, daß dieser Bericht dem nicht entspricht!*) Das ist klar gestellt worden, aber es stand von Haus aus fest, daß jetzt, also heute und vorgestern, über den Jahresbericht für das Jahr 1966/67 des Bundeskanzlers diskutiert wird.

Meine Damen und Herren! Wenn man schon mehrere Jahre diesem Hohen Haus angehört, lernt man so manches im Laufe der Jahre. (*Abg. Dr. Pittermann: Das ist erfreulich!*) Sehr erfreulich, man lernt nie aus, Herr Kollege Dr. Pittermann. Die Beiträge waren hochinteressant, die Beiträge waren unterschiedlich. Zum erstenmal, glaube ich, haben wir es erlebt — ich habe den Vorträgen, Referaten und Reden wirklich mit großer Aufmerksamkeit zugehört —, daß man ab und zu das Gefühl hatte, wir befänden uns — das ist schön und das ist gut — in den Landtagen beziehungsweise Gemeinderatsstufen von ganz Österreich. Mich hat besonders gefreut, daß der erste Redner der Sozialistischen Partei, den ich bisher immer mehr für einen Zentralisten gehalten habe, Minister außer Dienst Probst in die föderalistische Bresche gesprungen ist und das Bundesland Wien vertreten hat. (*Abg. Probst: Wie Sie sich täuschen können in mir!*)

Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sollen nicht nur darüber reden, daß jetzt ein Jahr Alleinregierung Klaus gegeben ist, sondern es wäre doch an und für sich auch interessant, darüber zu reden beziehungsweise sich die Frage vorzulegen: Wie schaut es denn, wenn es eine Alleinregierung gibt, mit der Opposition aus? Da gibt es eine Opposition, und wie hat sich, wenn der Jahresbericht der Regierung gegeben wurde, die Opposition in diesem Jahr 1966/67 bewährt?

Da sind mir die August-Gespräche der „Arbeiter-Zeitung“ aus dem Jahre 1966 in die Hände gekommen. Ich habe mir mit großem Interesse das August-Gespräch des Chefredakteurs der „Arbeiter-Zeitung“, Kreuzer, mit dem Landeshauptmannstellvertreter der Steiermark, Dr. Schachner-Blazizek, noch einmal ins Gedächtnis gerufen, also nach einem Jahr Opposition. Damals sagte Doktor Schachner — das scheint mir ganz interessant zu sein, wenn man sich das ins Ge-

dächtnis ruft, und ich darf, Herr Präsident, die „Arbeiter-Zeitung“ vom 23. August 1966 zitieren:

„Wir müssen“ — so sagte Dr. Schachner-Blazizek —, „wenn wir als Regierungspartei oder Mitregierungspartei in den Gebietskörperschaften und als führende Fraktion im Gewerkschaftsbund unsere Glaubwürdigkeit erhalten und steigern wollen“ — ich glaube, Sie werden mehr für das letztere sein, meine sehr geehrten Damen und Herren, für das Steigern der Glaubwürdigkeit —, „in der Opposition auf Bundesebene unsere Regierungsfähigkeit dauernd unter Beweis stellen — dies sowohl in der Art und Weise, wie wir der Regierung entgegentreten, wie in der Art, in der wir selber initiativ werden.“

Dr. Schachner-Blazizek fährt fort:

„Eine solche Opposition muß vor allem sachlich sein. Wir nehmen in der Bundespolitik in einer bestimmten Frage dann die richtige Haltung ein, wenn wir diese Haltung auch im Landes- oder Gemeindebereich aufrechterhalten können.“

Und weiter: „Wovor wir uns zu hüten haben, ist eine Opposition um der Opposition willen, die alles ablehnt, um sich selber zu bestätigen. Die Radikalität der Opposition soll nicht in der Phrase, sondern im Argument liegen.“

Alle Hochachtung vor Dr. Schachner-Blazizek. Ich möchte seinen Ausführungen nichts hinzufügen, glaube aber doch, ein bißchen das, was wir vorgestern und heute gehört haben, mit dem vergleichen zu sollen, was Doktor Schachner gesagt hat.

Meine Damen und Herren! Die Ausdrücke nicht nur der großen Oppositionspartei, sondern auch der kleinen Oppositionspartei, als es um die Kritik der Erklärung des Bundeskanzlers ging — ich habe mir einige aufgeschrieben —, waren „langweilig“, „fad“, „dürftig“, „unbefriedigend“ und so weiter.

Ja, ich staune eigentlich, meine Damen und Herren. Ich habe hier eine Aufstellung, der ich entnehme, daß der Nationalrat in der Zeit vom 6. März 1966 bis zum 6. Mai 1967 insgesamt 154 Gesetzesbeschlüsse gefaßt hat. Von diesen 154 Gesetzesbeschlüssen wurden nicht weniger als 106 einstimmig, meine Damen und Herren, also mit den Stimmen auch der beiden Oppositionsparteien gefaßt (*Ruf bei der SPÖ: Also sachliche Opposition, nicht?*) und 48 Gesetzesbeschlüsse mit Mehrheit.

Ja, meine Damen und Herren, ich habe allerdings nicht gemerkt, daß einer der Oppositionsredner, auch nur ein einziger, vielleicht mit Ausnahme des Kollegen Czernetz, der hier gewisse Einschränkungen gemacht hat,

Dr. Withalm

gesagt hätte, daß sich in dem Bericht des Bundeskanzlers denn doch auch etwas Positives fände. Nicht ein einziger Oppositionssprecher hat darauf hingewiesen, obwohl von 154 Gesetzesbeschlüssen immerhin 106 einstimmig gefaßt wurden.

Und dann noch weitere 14 Gesetze mit den Stimmen der ÖVP und der Sozialisten und 16 mit den Stimmen der Österreichischen Volkspartei und der Freiheitlichen Partei.

Und weil ich mir gerade auf diesem Zettel eine Notiz gemacht habe, und zwar zu den Ausführungen des Kollegen Kunst — ich weiß nicht, ob er da ist —, möchte ich doch, obwohl es an und für sich nicht ganz hineinpaßt, folgendes feststellen: Er ist immer wieder in seinen Ausführungen darauf zurückgekommen, daß er gesagt hat: Nur 48 Prozent der Wähler des österreichischen Volkes haben diese Partei, die die Mehrheit im Hohen Hause hat, gewählt, „und Sie regieren allein“, sagte er. Meine Damen und Herren! Ich erwidere das gleiche, was ich x-mal schon gesagt habe: Genau den gleichen Prozentsatz an Wählerstimmen hat die Labour Party in England bei den letzten Wahlen, die ungefähr gleichzeitig mit den Wahlen in Österreich abgehalten wurden, erhalten. Nur ist der Mandatsunterschied nicht fünf Mandate wie in Österreich, sondern die Labour Party hat 96 Mandate gegenüber den Konservativen und den Liberalen mit 48 Prozent der Stimmen voraus.

Kollege Kunst hat gesagt: Sie fragen die Opposition überhaupt nicht. Darf ich Ihnen dazu etwas sagen — und da rufe ich den Kollegen Czernetz als Zeugen auf —: Czernetz-Withalm auf der einen Seite und zwei Engländer auf der anderen Seite haben vor Ostern im Österreich-Haus und anschließend im Fernsehen diskutiert. Es war der Bruder des englischen Außenministers, Brown, ein Mitglied des englischen Unterhauses, der damals — ich weiß nicht, wer von Ihnen diese Fernsehsendung gesehen hat — unmißverständlich klargestellt hat: Das Volk hat gesprochen — also in bezug auf England —, und in einer Demokratie gibt es sonst gar nichts, als diesen Spruch des Volkes zur Kenntnis zu nehmen. Wir haben, so sagte er, die Mehrheit, die anderen sind in der Opposition, und es ist eine Selbstverständlichkeit, daß von dieser Mehrheit der entsprechende Gebrauch gemacht wird. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Gertrude Wondrack: Demokratisch!)* Demokratisch, ganz genau! Ich bin Ihnen sehr, sehr dankbar, Frau Kollegin, für diese Feststellung, die Sie getroffen haben und die heute hier zum erstenmal auf Ihrer Seite gemacht worden ist *(Abg. Czettel: In England werden auch die Anhänger der*

Opposition gefragt, das wissen Sie ja!), denn mit dem, was Kollege Kunst, der gleich neben Ihnen sitzt, gesagt hat, ist das, was Sie jetzt dankenswerterweise festgestellt haben, nicht ohne weiteres in Einklang zu bringen. *(Abg. Gertrude Wondrack: Siehe Rundfunk und Fernsehen! — Abg. Czettel: 30 Anträge der Opposition liegen in den Ausschüssen!)*

Und jetzt sage ich Ihnen noch etwas, meine Damen und Herren: Es war der Parteivorsitzende der Sozialistischen Partei, Doktor Kreisky, der vor kurzem gesagt hat: Natürlich streben wir bei den nächsten Wahlen die absolute Mehrheit an, und wenn wir sie bekommen würden, so sagte Kreisky, werden wir selbstverständlich allein regieren. Er hat nicht gesagt, daß er nur regieren würde, wenn er auch die absolute Mehrheit der Stimmen hätte, sondern ich bin überzeugt, es würde ihm genügen und er wäre heilfroh, wenn er die absolute Mehrheit der Mandate bekommen könnte. Daß dem aber nicht so sein wird, darum werden wir uns entsprechend bemühen, wir werden dafür vorsorgen, daß dieser Wunsch nicht in Erfüllung geht.

Aber weil ich gerade von den August-Gesprächen geredet habe — vielleicht darf ich noch August-Gespräche auszugsweise zitieren, und zwar den geschätzten Herrn Minister außer Dienst Hans Czettel. Was er sagte — ich komme jetzt auf die konstruktive Opposition zu sprechen —, stand am 15. September 1966 dreispaltig in der „Arbeiter-Zeitung“:

„Die Sozialisten werden in der kommenden parlamentarischen Herbstarbeit ihr Hauptaugenmerk der Auseinandersetzung um das Budget 1967 widmen. Es ist beabsichtigt, dem ÖVP-Budgetentwurf mit konkreten Alternativen gegenüberzutreten. Die Budgetalternative wird deshalb auch das Hauptthema der Klubtagung im Oktober sein. Das wurde Mittwoch von SP-Zentralsekretär Abgeordneten Gratz und dem stellvertretenden SP-Klubobmann Czettel in einer Pressekonferenz in Bregenz mitgeteilt.“

Und das „Gespräch im August — die AZ besucht Hans Czettel“. Der Titel war „Junge Regierungsmannschaft schon am Parteitag“. Ich bringe jetzt Auszüge:

„Die Regierungsmannschaft könnte bereits vom Jännerparteitag aufgestellt werden. Sie braucht Zeit, um sich in der Öffentlichkeit durchzusetzen.“

„Ich bin übrigens der Ansicht, daß in diese Regierungsmannschaft ausschließlich neue Persönlichkeiten aufgenommen werden sollen, die noch nicht der Bundesregierung angehört haben. Eine einzige Ausnahme hielte ich für den Führungsposten in der Regierungsmannschaft für gerechtfertigt — also für den

Dr. Withalm

Mann, der als Kanzlerkandidat in den Wahlkampf zu gehen hat. Er sollte und könnte zu einem späteren Zeitpunkt nominiert werden.“

Meine Damen und Herren! Es ist bisher nichts aus der Regierungsmannschaft geworden, und daß damals, im August 1966, eine Aussage über den kommenden Kanzlerkandidaten für den Parteitag 1967 nicht möglich war, daß Sie damals dazu nicht in der Lage waren, Kollege Czettel, dafür bringe ich Verständnis auf. (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.*)

Was nun den ersten Diskussionsredner der Sozialistischen Partei, auf den ich noch einmal zurückkommen möchte, Minister außer Dienst Probst, anlangt, darf ich kurz folgende Bemerkung machen. Bundeskanzler Klaus hat in seinem Bericht auf Seite 2 ausgeführt, daß die politische Reife dieses Landes unter Beweis gestellt wurde und daß Befürchtungen, die in den innerösterreichischen Ereignissen der Vergangenheit ihre Wurzel hatten, endgültig der Boden entzogen wurde. Dazu hat dann Kollege Czettel die Bemerkung gemacht: Ja, was hat sich denn der Bundeskanzler Klaus darunter vorgestellt, daß Befürchtungen, die in den innerösterreichischen Ereignissen der Vergangenheit ihre Wurzel hatten, endgültig der Boden entzogen werden soll? Was hat er damit gemeint?

Herr Minister Probst, ich könnte mir schon vorstellen, was sich der Bundeskanzler Doktor Klaus hier an Befürchtungen vorgestellt haben könnte (*Abg. Probst: Sie haben den Czettel verwechselt! — Abg. Czettel: War das nun Probst oder ich?*), wenn er etwa zurückgedacht haben sollte an Aussagen beziehungsweise Prophezeiungen, die im Wahlkampf 1966 gemacht wurden. So zum Beispiel, wenn ich lese, daß der damalige Vizekanzler Dr. Pittermann laut „Arbeiter-Zeitung“ vom 20. Februar 1966 folgendes gesagt hat: „Nur wenn die Österreichische Volkspartei am 6. März in die Schranken gewiesen wird, besteht Gewähr, daß die sozialen Errungenschaften unangetastet bleiben.“

Oder wenn etwa der Bundeskanzler sich erinnert haben sollte an den Leitartikel der „Arbeiter-Zeitung“ vom 26. Februar 1966, in dem es hieß: „Es geht buchstäblich um den Frieden in Österreich. Wer diesen Frieden will, muß sich auf die Seite der Sozialisten stellen.“

Oder wenn sich der Bundeskanzler erinnert haben sollte an den Leitartikel der „Arbeiter-Zeitung“ vom 5. März 1966, in dem es hieß: „Das wäre das Ende des friedlichen Interessenausgleiches zwischen den einzelnen Gruppen des österreichischen Volkes.“ (*Abg. Dr. Hertha*

Firnberg: Ganz genau! — Abg. Czettel: So schrecklich ist das nicht formuliert! Ihr habt Bürgerkriegstöne angeschlagen!)

Meine Damen und Herren! Hier könnte man — wenn das wahr gewesen wäre, worüber hier gesprochen wurde — tatsächlich von Befürchtungen gesprochen haben beziehungsweise darüber geredet haben.

Aber ich habe heute mit großer Aufmerksamkeit einige Zwischenbemerkungen (*auf einen Sektorweisend*) hier aus dieser Gegend gehört, und es wurde unter Hinweis auf meine Person das Wort „Griechenland“ genannt und gefragt, ob nicht die Absicht bestünde, die Verfassung auszuschalten. Ich glaube mich nicht getäuscht zu haben, daß ich diese Zwischengespräche, Herr Kollege, hier aus dieser Gegend gehört habe. (*Abg. Czettel: Wer war das?*) Ich weiß momentan nicht den Namen. (*Rufe: Pay!*) Kollege Pay dürfte es gewesen sein. (*Abg. Pay: Sie haben erklärt, die Verfassung ist Ihnen Wurst! — Abg. Probst: Sie haben gesagt: Die Verfassung ist Wurst! Das haben Sie gesagt!*)

Darf ich also dazu, meine Damen und Herren, einige sehr klare und deutliche Feststellungen treffen. Meine Damen und Herren! Der Nationalrat — ich habe darauf bereits x-mal hingewiesen — ist die Vertretung des Volkes, und dieser Nationalrat setzt sich gemäß dem Willen des österreichischen Volkes vom 6. März 1966 zusammen. Durch die Einschränkung der Rechte des Parlamentes stand die Koalition im Widerspruch zum Geist der Verfassung, meine Damen und Herren. Und jetzt haben wir — wie die Kollegin Wondrack zuvor in einem Zwischenruf gesagt hat —, jetzt haben wir die Demokratie, die Demokratie nach englischem Muster. (*Abg. Dr. Hertha Firnberg: Nein! Demokratie, wie Sie es sich wünschen!*) Diese, meine Damen und Herren, die jetzige Form des Regierens entspricht voll und ganz dem Geist und dem Wortlaut der österreichischen Bundesverfassung. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Pittermann: Lesen Sie das Statut der BBC!*) Wir haben es noch lange nicht erreicht, das wissen wir genau, aber wir befinden uns ... (*Zwischenruf des Abg. Dr. van Tongel.*) Bitte, Herr Kollege? (*Abg. Dr. van Tongel: Als wir zehn Jahre gesagt haben, die Koalition widerspricht dem Geiste der Verfassung, die Art, wie die Koalition durchgeführt wird, entspreche nicht dem Geist der österreichischen Bundesverfassung, haben Sie das energisch bestritten!*) Ich persönlich, meinen Sie? Ich persönlich habe das bestritten? (*Abg. Dr. van Tongel: Ihre Redner!*) Ich darf nur darauf verweisen, Herr Kollege van Tongel, daß ich es war — oder zumindest

Dr. Withalm

einer von denen war —, der 1962 und 1963, weil man damals gespürt hat, welche Dinge hier heranreifen, vom koalitionsfreien Raum gesprochen hat. *(Abg. Czettel: Den Sie nie ausgenützt haben! — Abg. Probst: Den haben Sie doch eingeschränkt haben wollen!)* Vielleicht hat man es damals da und dort noch nicht verstanden. Aber nachher hat es das Volk, Gott sei Dank, am 6. März 1966 richtig verstanden. *(Abg. Probst: Als es ernsthaft dazu gekommen ist, haben Sie ihn eingeschränkt haben wollen! Herr Präsident Maleta hat gesagt: Von dem Scheunentor ist ein kleines Türkl übriggeblieben!)* Herr Minister Probst! Wenn ich mich an Ihre Kooperationsbereitschaft erinnere in verschiedenen Sitzungen des Koalitionsausschusses und speziell in unseren Verhandlungen — erinnern Sie sich? —, was die Rundfunkreform anbelangt, reden wir darüber lieber nicht. Ich möchte nur sagen: Wir befinden uns nach meiner Meinung jetzt wirklich auf dem Weg zu einer echten, voll funktionierenden parlamentarischen Demokratie nach englischem Muster. *(Abg. Dr. Hertha Firnberg: A la Gruber!)*

Meine Damen und Herren! Es herrscht bei uns in Österreich Gewaltenteilung. Die Regierung respektiert die Rechte des Parlamentes und die Unabhängigkeit der Gerichte. Sie kann sich auf das Vertrauen einer Mehrheit der österreichischen Wähler, und zwar auf eine Mehrheit dieses Parlamentes stützen. Die Opposition kann von allen verfassungsmäßigen Rechten den entsprechenden Gebrauch machen. *(Abg. Czettel: Na, na, na, na!)* Pardon! Sagen Sie mir, wo die Opposition diese Rechte nicht gebraucht hat, Herr Minister Czettel? *(Abg. Pay: Fernsehen! Rundfunk!)* Was die Geschäftsordnung anbelangt — darauf komme ich noch zu sprechen, was Rundfunk und Fernsehen anbelangt, jawohl, ich bin ohne weiteres bereit, darüber zu reden. Darf ich vielleicht hier gleich eine Bemerkung machen; da komme ich zurück auf Ausführungen des Kollegen Zeillinger. *(Abg. Pay: Sendezeit zugestehen! Nicht nur davon reden!)* Darf ich Ihnen, Herr Kollege Pay — ich weiß nicht, wie bei Ihnen im Klub berichtet wurde —, zur Kenntnis bringen: Wenn die Debatte heute nicht noch dauerte, dann säßen die drei Klubobmänner beisammen, und zwar mit dem Generalintendanten des Rundfunks und Fernsehens, um zu besprechen, wie in Hinkunft die Übertragungen aus dem Parlament durchgeführt werden. So ernst nehmen wir — das gilt für alle drei Klubobmänner — diese Frage! Also wir wollten heute beisammensitzen, der Termin war vereinbart, aber die Sitzung dauert zu lange. Nehmen Sie zur Kenntnis: Es wird hier bestimmt eine Lösung gefunden werden!

(Abg. Dr. Pittermann: Warten wir, was herauskommt!) Warten wir, was herauskommt. Sicherlich, aber Sie sehen nun, da wir tatsächlich diese Vereinbarung getroffen hatten, daß wir es ernst nehmen mit dieser Frage.

Herr Kollege Zeillinger! Sie haben in Ihren Ausführungen die Bemerkung gemacht — ich glaube wörtlich —, der Bundeskanzler habe das Volksbegehren abgewürgt. Sie sagten dann, es hätte doch die Möglichkeit bestanden, und zwar in der vorhergehenden Legislaturperiode, daß damals, also zu Zeiten der Koalition, von ÖVP und Freiheitlicher Partei das Volksbegehren zum Gesetz hätte erhoben werden können. Wir haben das x-mal schon festgestellt, und zwar von diesem Platz aus: Die Möglichkeit hätte bestanden, wenn wir bereit gewesen wären, das damals mit den Sozialisten rechtsgültig abgeschlossene Übereinkommen, eine gemeinsame Regierung betreffend, zu brechen. Und dazu waren wir nicht bereit. Nehmen Sie zur Kenntnis: Wenn wir etwas vereinbaren — sei es mit Ihnen, sei es mit der Sozialistischen Partei —, dann sollen Sie sich darauf verlassen können, daß das, was wir unterschrieben haben, unter allen Umständen auch gehalten wird. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

Und ein zweites in dem Zusammenhang. Sie haben sich beschwert, daß der Bundeskanzler von sich aus beantragt beziehungsweise verlangt habe, daß ihm 55 Minuten zur Übertragung seines Berichtes eingeräumt werden. Ich bin mit dieser Frage, als ich das Haus betrat, konfrontiert worden. Aber noch bevor ich mit dem Bundeskanzler zu sprechen Gelegenheit hatte, kam der Kanzler zu mir und sagte, es sei alles schon besprochen — das war also nicht ein Verdienst von mir, wie Sie hervorgehoben haben, sondern er hat von sich aus diese Zeit auf 12 Minuten beschränkt und begrenzt. Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Zeillinger: Am Nachmittag noch!)*

Herr Kollege Zeillinger! Sie haben sich beschwert, daß beim Fernsehen die 4 Minuten, die Klaus-Withalm Ihnen konzidiert hätten, unzureichend seien. Darf ich dazu folgende Feststellung treffen: Sie haben wesentlich mehr Zeit, als Ihnen nach dem Proporz zustünde. Die Übertragungszeit, Herr Kollege Zeillinger, für das Fernsehen ist 30 Minuten. Die Freiheitliche Partei hat bei insgesamt 165 Abgeordneten in diesem Hohen Haus einen Anteil von annähernd 4 Prozent. Bei 30 Minuten Übertragungszeit entsprechen diese 4 Prozent ungefähr 1,2 Minuten. Sie erhalten 4 Minuten. Also ich glaube, Sie können wirklich nicht behaupten, daß hier die Freiheitliche Partei besonders benachteiligt ist. *(Zwischen-*

Dr. Withalm

rufe bei der FPÖ.) Hier ist jedenfalls ein Sockelbetrag von 3 Minuten, auf dem dann diese Minute, die Ihnen nach dem Proporz zustünde, aufgestockt ist. (Abg. Zeillinger: Das ist die Maske Klaus-Withalm!)

Meine Damen und Herren! Ich möchte auch noch feststellen: Wenn ich sage, daß die Opposition alle verfassungsmäßigen Möglichkeiten hat, möchte ich auch noch sagen, daß natürlich der Opposition jede geschäftsordnungsmäßige Möglichkeit offensteht — allerdings ist die Geschäftsordnung keine Einbahnstraße. Sie werden das das letzte Mal bemerkt haben, meine Damen und Herren. Auch wir werden uns selbstverständlich der Waffe der dringlichen Anfrage bedienen und, Herr Kollege Dr. Pittermann, der Auszählung; auch das ist nicht eine Einbahnstraße, wie sich das letzte Mal gezeigt hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Und im übrigen darf ich sagen, meine Damen und Herren: Es gibt kein monocolors Österreich. (Abg. Dr. Kleiner: Gott sei Dank!) An der Spitze dieses Staates und der Republik steht der Bundespräsident, und die Bundesregierung hat nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten. Und im Parlament gibt es — das spüren wir, das wissen wir, das sehen wir jeden Tag — eine starke Opposition, und in drei Bundesländern gibt es sozialistische Landeshauptleute. Es gibt auch kein Monopol der öffentlichen Meinung; also den Zwischenruf von zuvor, Rundfunk und Fernsehen betreffend, meine Damen und Herren, lasse ich nicht gelten. (Abg. Pay: Ein Jahr haben wir keine Sendezeit, seit die Sendung des Vizekanzlers weggefallen ist!) Das ist nicht unser Rundfunk, das ist nicht unser Fernsehen! Jedenfalls ist dieses Fernsehen jetzt auch nicht annähernd das Fernsehen von uns, das es zu Zeiten eines Freund gewesen ist zugunsten von Ihnen, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Und eines darf ich Ihnen sagen: Nennen Sie mir einen Fall, in dem die Mehrheit dieses Hauses in diesem Jahr 1966/67 auch nur ein einziges Mal die Minderheit mißbraucht hätte. Es gab auch keine politische Verfolgung, und es gab kein Köpferollen, meine Damen und Herren! (Abg. Pay: Das hat Kollege Gruber heute getan!)

Ich zitiere hier Dr. Kreisky, der laut „Spiegel“ vom 25. April 1966 folgendes gesagt hat: „Und wir werden jeden einzelnen, der politisch verfolgt wird, der aus politischen Gründen seinen Posten verliert, im Parlament nennen, und wenn wir Stunden um Stunden nur Listen verlesen.“ (Heiterkeit bei der ÖVP. — Zwischenrufe.)

Meine Damen und Herren! Dr. Kreisky hat in seiner Rede vom 22. April 1966 anlässlich der Debatte zur Regierungserklärung

zum gleichen Gegenstand noch folgendes gesagt — ich darf zitieren —: „Wenn er sich gekränkt fühlt in seinen Rechten, wenn er glaubt, daß ihm von einem übermächtigen Apparat Unrecht geschehen ist“ (Abg. Czettel: Ebert! Baden!), „dann wird er mit der Sozialistischen Partei und mit ihren Abgeordneten rechnen können.“ (Zwischenruf des Bundesministers Dr. Hetzenauer. — Abg. Peter: Keine Zwischenrufe von der Regierungsbank! Zuerst der Bock, dann womöglich Sie!) „Wir werden für jeden in diesem Hause die Stimme erheben, wir werden jeden Fall von Gesinnungsdruck hier zur Sprache bringen.“ (Abg. Czettel: Niederösterreich! Den Fall Ebert haben Sie auf dem politischen Gewissen!) Herr Kollege Czettel! Ich würde gerade Ihnen als ehemaligem Innenminister — und Sie hatten einen Vorgänger als Innenminister, der ebenfalls Sozialist war — sagen: Gerade in dieser Frage würde ich an Ihrer Stelle sehr vorsichtig sein (Abg. Czettel: Ein Willkürakt der ÖVP, für den der Innenminister die Verantwortung trägt! — Heftige Gegenrufe bei der ÖVP.) Herr Minister Czettel, Sie trauen sich also über Willkürakte etwas zu reden! Wir hätten damals ganze Listen aufzählen können! (Abg. Czettel: Einen Fall Ebert hat es bei mir nicht gegeben!) Erinnern Sie sich an die Namen Hufnagl und so weiter. (Abg. Czettel: Bei mir hat es keinen Fall Ebert gegeben, Herr Generalsekretär!) Mein Bezirksinspektor in Mistelbach ist bis heute nicht rehabilitiert; an den Namen Reinold werden Sie sich gleichfalls erinnern können.

Meine Damen und Herren! Noch eine Bemerkung dazu. (Lebhafte Zwischenrufe.)

Wo der Verdacht von strafbaren Handlungen ... (Zwischenruf bei der SPÖ.) Das habe ich jetzt leider nicht verstanden. (Abg. Ing. Kunst: Was sagen Sie zu Gruber?) Was ich zur Äußerung des Gruber sage? Ich finde nur, daß derjenige, der die Äußerung des Gruber provoziert hat, nicht besonders schlau gewesen ist. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Pay: Genau die gleiche Anmaßung! — Abg. Ing. Häuser: Schlau muß man sein! Vorsichtig muß man sein!)

Es war der Klubobmann der Sozialistischen Partei, Dr. Pittermann — ich habe ihn diesbezüglich schon einige Male zitiert —, der in einer Rede von diesem Platz aus, es war am 1. März 1967, gesagt hat: Jetzt ist vielleicht manches leichter zu regeln. Jetzt hat eine Partei allein die Verantwortung. Jetzt können Entscheidungen fallen, und es braucht nicht mehr dieses Spiel des Hin- und Herschiebens praktiziert zu werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist richtig. (Abg. Dr. Pittermann:

Dr. Withalm

Bei uns! Aber bei Ihnen geht es weiter — siehe Nationalfeiertag ohne Sozialisten!) Herr Kollege Dr. Pittermann, eine wirklich zutreffende Feststellung, für die ich Ihnen sehr, sehr dankbar bin. Jetzt können wirklich Entscheidungen fallen. Und diese Regierung ist auch eine entscheidungsfreudige Regierung (*Abg. Dr. Hertha Firnberg: Siehe Preiserhöhungen!*), und diese Regierung besitzt auch mit Unterstützung dieser 85 Abgeordneten mehr Mut zur Entscheidung und zur Verantwortung als eine Koalitionsregierung, die sich damals auf 157 Abgeordnete stützen konnte.

Meine Damen und Herren! Die einen sagen, die Regierung leiste nichts, sie bringe nichts zustande, die anderen wiederum sagen, es sei eine Hektik festzustellen. Ich möchte nur noch einmal ins Gedächtnis rufen ... (*Abg. Probst: Das ist doch nicht das Problem! Wie wollen Sie regieren, wenn keine Partei die Mehrheit hat! Dann müssen Sie eine Koalition machen! Das ist politisch falsch, was Sie erzählen! Wie wollen Sie sonst das Problem lösen?*)

Herr Minister außer Dienst, das ist etwas anderes. Selbstverständlich. Aber ich habe nur die Feststellung Ihres Klubobmannes zitiert, daß jetzt die Zeit gekommen ist, wo eine Partei allein regiert, und daß jetzt Entscheidungen getroffen werden können und daß diese Entscheidungen jetzt leichter möglich sind als in den Zeiten der Koalitionsregierung.

Meine Damen und Herren! Die folgende Feststellung wird Ihnen durchaus keine Freude bereiten, das kann ich mir durchaus vorstellen. Wenn man von der internationalen Entwicklung absieht, kann man sagen, daß in Österreich die eigentliche Gefahr auf wirtschaftlichem Gebiet durch die Entscheidungsunfähigkeit der Koalition entstand. Wichtige Maßnahmen, die damals zu Zeiten der Koalition hätten gesetzt werden müssen, sind eben nicht getroffen worden. Herr Kollege Häuser! Sie können die Hände noch so falten, meinetwegen zum Gebet (*Abg. Ing. Häuser: Das Stabilisierungsprogramm, das die Interessengruppen ausgearbeitet haben, wer hat das verhindert? Wer hat die Verstaatlichte verhindert? Da waren Sie einer der Haupträdelsführer!*), aber darüber kommen wir nicht hinweg: Zur Förderung des Wirtschaftswachstums wäre damals viel notwendig gewesen. Auch zur Sicherung der Vollbeschäftigung ist manches unterblieben. Damals, in jener Zeit, Herr Kollege Ing. Häuser, ist die Koalition gestorben. (*Abg. Ing. Häuser: Weil Sie sie sterben lassen wollten!*) Warum? Ich sage Ihnen eines:

Im Jahre 1965 hatten Sie einen Parteitag. Dort wurden verschiedene Begrüßungsansprachen gehalten, unter anderem auch eine Begrüßungsansprache vom Vertreter der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz; ein Herr namens Götsch ergriff das Wort. Der Vertreter der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Götsch — ich möchte Ihnen das auszugsweise bringen, denn die Sozialistische Partei ließ sich zu dieser Politik, der Politik des In-Agoniesterben-Lassens der Bundesregierung, sogar auf Ihrem Parteitag gratulieren —, bezeichnete die Sozialistische Partei in seiner Begrüßungsansprache als „oppositionelle Regierungspartei“. Er sprach wörtlich von der „Technik“ — jetzt zitiere ich —, „die ihr entwickelt habt, sowohl in der Regierung als auch in der Opposition zu sein“.

Meine Damen und Herren! Genau das war es, woran die Koalition letzten Endes zugrunde gehen mußte, weil Sie eben immer wieder diese Doppelrolle der Regierungspartei und der Oppositionspartei gespielt haben, (*Zustimmung bei der ÖVP. — Zwischenrufe.*)

Einige Beispiele dafür, was die Entscheidungsmöglichkeit von jetzt anbelangt. (*Abg. Probst: Diese ist aber gering!*) Es wurde heute schon darüber gesprochen. Seit dem Jahre 1949 fanden in der Koalition — ein Zeuge sitzt wieder oben, Herr Präsident Waldbrunner ist ja hier — Verhandlungen über ein neues Hochschul-Studiengesetz statt. Der Klubsekretär der Sozialistischen Partei Dr. Fischer schrieb in der Nummer 19/1965 der „Zukunft“ über den Piffel-Entwurf zur Hochschulreform unter dem Titel: „Hochschulreform — beschleunigen oder verhindern?“ Meine Damen und Herren! Das war 1965! Im vergangenen Jahr wurde dieses Gesetz einstimmig beschlossen. (*Abg. Czettel: Fischer war dafür! — Abg. Dr. Pittermann: Da hat der Piffel auch etwas gelernt, nicht nur Sie!*)

Ich komme zur Wohnungsfrage. Seit 1952 haben wir im Schoße der Koalition — hier sitzt mein Freund Prinke, es war damals ein Achterkomitee, also vier zu vier von jeder Seite, und ich war selbst damals als junger Abgeordneter Mitglied dieses Komitees — darüber gesprochen. Ein ganzes Jahr hindurch sind wir gesessen, und dann zeichnete es sich ab, daß die Wahlen früher kommen werden, und aus war es mit den Verhandlungen. Jetzt, meine Damen und Herren, werden wir sehr bald mit der Lösung der Wohnungsreform konfrontiert sein. (*Abg. Dr. Pittermann: Stimmt! Die Mietzinserhöhung werden Sie jetzt durchsetzen!*)

Herr Kollege Dr. Pittermann, noch ein Beispiel: Im Jahre 1965 war die Hochwasserkatastrophe. Es war damals zu Zeiten der

Dr. Withalm

Koalition nicht möglich, das Hochwasser-Notopfer zu beschließen. 1966 brach die Katastrophe ein zweites Mal über Österreich herein. 1966, nicht mehr Koalition, Zeit der Alleinregierung, machte es keine Schwierigkeiten. *(Abg. Dr. Hertha Firnberg: Was beweisen Sie damit, Herr Generalsekretär?)* Wir sind damals im Unterausschuß gesessen, Herr Minister außer Dienst Czettel. Die Freiheitliche Partei stimmte damals nicht mit, es war also nicht einstimmig. Aber Sie und wir haben dann, ein Jahr später, ohne besondere Schwierigkeiten das Hochwasser-Notopfer beschlossen. *(Abg. Dr. Pittermann: Wissen Sie, warum, Herr Abgeordneter? Weil Sie 1966 bereit waren, auch die Vermögenden zu besteuern! — Zwischenruf des Abg. Mitterer. — Abg. Czettel: Warum sagen Sie so halbe Wahrheiten?)* In der Form, wie wir besteuert haben, wäre das sicherlich im Jahre 1965 auch der Fall gewesen. Ohne weiteres. *(Anhaltende Zwischenrufe. — Abg. Dr. Pittermann: Der Herr Dr. Klaus hat gesagt, das ist Klassenkampf!)*

Meine Damen und Herren! Es gab einiges aufzuholen. Das wissen wir. Die Regierung hat daher und mußte daher im abgelaufenen Arbeitsjahr rasch und systematisch — für manche zu rasch *(Abg. Dr. Hertha Firnberg: Na, so rasch war das nicht!)* — diese Versäumnisse nachholen. Wir haben genau das getan, was getan werden mußte, was eben zur Verhinderung einer Krise notwendig ist. Wir haben die Wachstumsgesetze beschlossen. *(Abg. Ing. Häuser: Siebenprozentiger Investitionsrückgang!)* Wir haben die Subventionen auf Investitionen verlagert. Wir haben für Investitionen im Schutzwasserbau zusätzliche Mittel beschafft. Bei den Bundesbahnen, bei der Post und im Straßenbau ist etwas geschehen. Die Bundesbahnsanierung ist eingeleitet, das ÖIG-Gesetz haben wir beschlossen. Die kleine Steuerreform ist mit 1. Jänner 1967 in Kraft getreten, desgleichen die kleine Wohnungsreform, ebenfalls mit 1. Jänner 1967, und die große wird ihr folgen.

Meine Damen und Herren! Ich habe hier gleichfalls ein kleines Zitat, ein nicht uninteressantes. Die „Arbeiter-Zeitung“ hat, glaube ich, 1959 geschrieben — das liegt immerhin einige Zeit zurück —, daß es bisher gelungen ist, die große Wohnungsreform, ein besonderes Anliegen der Österreichischen Volkspartei, immer wieder zu torpedieren. Das schrieb damals die „Arbeiter-Zeitung“.

Meine Damen und Herren! Es wurden ERP-Mittel im Ausmaß von 1,4 Milliarden Schilling bereitgestellt, davon 200 Millionen Schilling für strukturverbessernde Projekte. *(Abg. Dr. Pittermann: Aber darüber hat sich die Koalition immer geeinigt!)*

Die Energieanleihe wurde beschlossen, leider ohne Ihre Stimmen im Parlament. Eine Investitionsanleihe wird aufgelegt, und hier ereignete sich der einmalige Fall, daß Inserate für diese Anleihe von der Parteipresse der Sozialisten abgelehnt wurden. *(Abg. Dr. Pittermann: Schmitz-Reklame macht man nicht auf Steuerkosten!)*

Meine Damen und Herren! Sie werfen uns vor, wir seien eine Regierung der Teuerung, eine Regierung der Mehrbelastung für die breite Masse. *(Abg. Steininger: Das stimmt auch!)* Ich sage Ihnen eines: Man kann auf zweierlei Art Politik machen. Man kann eine Politik für den Augenblick machen, eine Politik, die nur auf Popularität aus ist, oder man blickt in die Zukunft. Der Wähler, nicht nur wir, sondern auch der Wähler vom 6. März 1966, hat sich dafür entschieden, daß nicht eine Politik gemacht wird, wo die Katze ständig um den heißen Brei herum-schleicht. Der Wähler hat sich für eine Politik entschieden, die auch heiße Eisen anzufassen vermag. *(Abg. Probst: Das haben Sie nicht gesagt! In Ihrem Wahlprogramm ist nichts von Steuererhöhungen und Tarifierhöhungen gestanden!)* Herr Kollege, wir haben gesagt, wir werden eine verantwortungsvolle Politik machen *(Abg. Probst: Sie haben nicht gesagt, daß Sie alles erhöhen wollen!)*, alles das, was notwendig ist, um unsere Wirtschaft wirklich auf gesunde Beine zu stellen. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Ing. Häuser: Sie sehen, wie gesund sie jetzt ist, nach einem Jahr ÖVP-Regierung!)*

Meine Damen und Herren! In der Zeit wäre eine Regierung, die nicht den Mut auch zu unpopulären Maßnahmen besitzt, für Österreich wertlos. Aber ich stelle immer wieder fest: Was für andere Länder durchaus recht ist, scheint Ihnen für Österreich nicht billig zu sein.

Ich habe hier vor mir einen Auszug aus der „Neuen Zeit“ in Klagenfurt vom 4. August 1965. Der Titel lautet: „Labours Mut zur Unpopularität“. Entschuldigen Sie, wenn ich Ihnen jetzt einige Stellen aus dem Artikel doch vorlese. Es heißt hier: „Zur gleichen Zeit haben sich die Sozialisten aus ihrem tiefen Verantwortungsgefühl heraus zu Schritten entschlossen, die ihnen parteipolitisch keinen Nutzen bringen, aber zur Sanierung der Wirtschaft des Landes beitragen können.“ Also: Mut der Labour Party zur Unpopularität.

Es heißt in diesem Artikel der „Neuen Zeit“ weiter: „Dabei hat Labour schon früher manches schmerzliche Opfer auf sich genommen. Es hat bei der Anhängerschaft der Partei zum Beispiel keinen guten Eindruck gemacht, daß eine kräftige Erhöhung der Altersrenten zwar von der Regierung Wilson

4446

Nationalrat XI. GP. — 55. Sitzung — 19. Mai 1967

Dr. Withalm

sofort vorgenommen wurde, daß sie aber aus Ersparungsgründen erst ein halbes Jahr später in Kraft trat. Nun mußte Callaghan weitere recht empfindliche Einschränkungen ankündigen. Man hat sie so sorgfältig geplant, daß die sozial schwachen Schichten der Bevölkerung möglichst wenig in Mitleidenschaft gezogen werden“ (*Abg. Dr. Pittermann: Sehr richtig! — Abg. Moser: Das ist der Unterschied!*); „aber ganz ließ sich das nicht vermeiden.“ Also in England, meine Damen und Herren (*Abg. Dr. Pittermann: Aber Sie geben den Großen! Denken Sie an das neue Steuerprogramm von Herrn Schmitz!*), in England scheint das unter einer sozialistischen Regierung durchaus recht und billig zu sein.

Es heißt weiter: „Die unerlässlich gewordene Beschränkung der Ausgaben der öffentlichen Hand wird nicht nur die Bautätigkeit beschneiden, die dringend notwendige Modernisierung des Landes verlangsamten und den Erwerb einer neuen Wohnung erschweren. Sie wird da und dort auch Menschen, wenn auch nur für kurze Zeit, arbeitslos machen müssen. Zwar hat Callaghan betont, das Ziel der Regierung sei die Beschäftigung aller verfügbaren Arbeitskräfte dort, wo sie am meisten gebraucht wurden (was heute sicher nicht der Fall ist), aber ein solcher sozial und wirtschaftlich notwendiger Umschichtungsprozeß kann nicht über Nacht und ohne daß ihn jemand zu fühlen bekommt, bewerkstelligt werden. Gleichzeitig wird der Konsum in der Weise gedrosselt, daß die beliebten Ratenkäufe durch Verkürzung der Laufzeit von drei auf zweieinhalb Jahre erschwert wurden.“ (*Abg. Dr. Pittermann: Das Ratengesetz haben wir gemeinsam beschlossen, und wir waren die Initiatoren; erinnern Sie sich daran!*) Sie reden vom Ratengesetz in Österreich, und ich zitiere immer noch das, was Labour sich in England getraut hat, Herr Kollege (*Abg. Dr. Pittermann: Aber in Österreich haben wir es längst gemacht, noch in der Koalition!*), was in dem Leitartikel der „Neuen Zeit“ in Klagenfurt festgestellt wurde. Ich muß sagen: Die trauen sich etwas! (*Abg. Dr. Pittermann: Aber sie beschneiden auch die Profite, Herr Withalm!*)

Meine Damen und Herren! Hier anerkennen Sie, daß das offensichtlich zur Gesundung der englischen Wirtschaft notwendig ist. Aber wenn wir eine Maßnahme setzen, die Versäumnisse der Koalitionszeit gutmachen soll, dann wird das selbstverständlich als in keiner Weise gerechtfertigt bezeichnet. (*Abg. Dr. Pittermann: Waren Sie nicht in der Koalition?*) Natürlich! Selbstverständlich habe ich der Koalition angehört, und ich habe einmal schon von dem Platz aus erklärt: Ich bin der letzte, der die Koalition womöglich verdammen

würde. Aber, Herr Kollege Dr. Pittermann, ich glaube, Sie waren auch einer von denen, die dazu beigetragen haben, daß in der letzten Zeit in der Koalition Entscheidungen nicht mehr in dem Maß getroffen werden konnten, wie sie getroffen hätten werden müssen, damit dieses Land floriert. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Pittermann: Zum Beispiel: In der Koalition haben wir die Zinserhöhung verhindert, heute können wir es nicht mehr!*)

Im übrigen darf ich Ihnen eines sagen, meine Damen und Herren: Wenn Sie erklären, diese Regierung sei eine Regierung der Mehrbelastung für die breite Masse — ja, ich habe noch nie gehört, daß einer hier im Hohen Hause aufgestanden wäre, auch nicht einer der Föderalisten, die vorgestern und heute gesprochen haben, und darauf hingewiesen hätte, daß auch in Wien und in sozialistisch verwalteten Städten gerade der breiten Masse des Volkes doch schwere Belastungen aufgebürdet wurden. Meine Damen und Herren! Ab 1. Jänner 1967 wurde in Wien der Straßenbahntarif um 67 Prozent erhöht (*Abg. Dr. Pittermann: Kennen Sie die Frau Schaumayer? — Abg. Dr. van Tongel: Mit den Stimmen der Wiener ÖVP!*), die Autobustarife um 100 Prozent, die Wassergebühren um 100 Prozent, die Kanalgebühren um 50 Prozent, verschiedene Verwaltungsgebühren um 40 bis 100 Prozent. (*Abg. Czettel: Die Frau Schaumayer wird sich freuen, wenn Sie das sagen!*) Herr Kollege Czettel und Herr Kollege Dr. Pittermann: Wenn Sie sich in dem Zusammenhang immer auf die Amtsführende Stadträtin Dr. Schaumayer berufen, so muß ich Ihnen sagen, daß die Tariferhöhung die Gemeinde Wien durchgeführt hat, und die Gemeinde Wien kassiert diese Tarife von den Benützern der Straßenbahn. (*Abg. Probst: Sie sind doch in der Koalition in Wien! Warum opponieren Sie dort nicht gegen diese Koalition?*) Ich opponiere nicht gegen die Koalition. Herr Kollege Probst, mich interessiert das überhaupt nicht. Ich stelle bloß fest, daß die Straßenbahntarife in Wien um 67 Prozent erhöht wurden. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Peter: Mit den Stimmen der ÖVP!*) In Linz, Herr Kollege Probst, wurden die Straßenbahntarife um 20 bis 33 Prozent erhöht (*Abg. Peter: Mit den Stimmen der ÖVP!*), die Wassergebühren um 43 Prozent, die Friedhofsgebühren um 40 bis 50 Prozent. In Graz das gleiche. (*Abg. Benya: Auf Antrag der ÖVP!*) In Salzburg detto. (*Abg. Ing. Kunst: Vergessen Sie nicht die ÖVP-Landeshauptstädte!*)

Meine Damen und Herren! Ich habe ja gar nichts dagegen. Wenn eine wirtschaftliche Notwendigkeit gegeben ist (*Abg. Probst: Warum werfen Sie uns Opposition vor, und Sie betreiben sie jetzt selbst? — Abg. Benya:*

Dr. Withalm

Hören Sie auf zu demagogeln!), bin ich der letzte, der nicht einsehen würde, daß selbstverständlich die Gemeinde Wien eine Tarifierhöhung vornimmt. (*Abg. Dr. Pittermann: Und Innsbruck nicht?*) Das möchte ich gar nicht bestreiten. (*Abg. Probst: Dann hören Sie auf mit den Vorwürfen!*) Aber gleiches Recht für alle. Wenn also auch der Bund gezwungen ist, diese Maßnahme zu setzen, dann lassen Sie das gleiche Recht gelten für die Gemeinde Wien, also für die Frau Stadtrat Dr. Schaumayer meinetwegen, aber auch für den Bundesminister für Finanzen oder für den Verkehrsminister, oder wer sonst im Bund hiefür in Frage kommt. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir werden uns daran gewöhnen müssen, und die Gemeinde Wien hält sich an das Prinzip, daß der Benützer einer Einrichtung auch für die Kosten dieser Einrichtung aufzukommen hat, allerdings durchbrochen, meinetwegen, aber nur von dem Grundsatz, daß aus sozialen Gründen eine entsprechende Berücksichtigung gegeben sein kann. Wir haben einfach keine Subvention zu geben für Wohlhabende oder für solche, die es sich leisten können, und wir dürfen nicht durch unrationelles Wirtschaften Defizite auf Kosten der Allgemeinheit verursachen. (*Abg. Dr. Pittermann: Zu dem Grundsatz haben Sie sich nie bekannt!*)

Meine Damen und Herren! Die Sicherung der Vollbeschäftigung stellt in einem Wallental der Konjunktur — und in einem solchen befinden wir uns momentan — die Wahl zwischen Investitionen oder Einkommenserhöhung. Ich sage Ihnen ganz offen und mit aller Klarheit und Deutlichkeit: Für uns kommen nur Investitionen zur Sicherung der Arbeitsplätze in zukunftssträchtigen Produktionen in Frage. Die haben nach unserer Meinung den absoluten Vorrang.

Nicht alle Preiserhöhungen, meine Damen und Herren, sind letzten Endes, wie Sie das vorzugeben scheinen, das Werk der Regierung. Ich möchte hier wieder den von mir heute schon zitierten Dr. Schachner-Blazizek bringen. In der „Arbeiter-Zeitung“ vom 9. Mai 1967 wurde eine Rede von ihm wiedergegeben. Schachner-Blazizek sagte: „Gewiß ist die ÖVP nicht für alles verantwortlich, was im ersten Jahr ihrer Alleinregierung insbesondere im Bereich der Wirtschaft eingetreten ist.“ Ein einsichtsvoller Mann, meine sehr geehrten Damen und Herren, der eigentlich nur Selbstverständlichkeiten wiedergibt. (*Abg. Dr. Pittermann: Für die Überschwemmungen können Sie wirklich nichts dafür, das gebe ich Ihnen zu!*)

Meine Damen und Herren! Das allgemeine Preisniveau hängt von dem Verhältnis zwischen Geld- und Gütermenge ab. Wenn wir mehr kon-

sumieren als produzieren — und das tun wir seit Jahren —, dann ist die Geldwertverdünnung unvermeidlich, und da dürfen wir vor allem nicht den Geldhahn planlos aufdrehen.

Meine Damen und Herren! Ich habe es erst vor kurzem bei der Strukturdebatte anlässlich der Bestellung des Staatssekretärs Dr. Koren hier von diesem Platz aus erwähnt, und ich muß es heute noch einmal sagen: Ich habe Verständnis dafür, daß in der Brust manches sozialistischen Gewerkschafters und überhaupt Sozialisten zwei Seelen wohnen. Das kann ich mir durchaus vorstellen. Ich kann mir durchaus vorstellen, daß sich manche sagen: Jawohl, wir leben in einer etwas schwierigeren Zeit, als es bisher war, und es wäre das und jenes notwendig, aber ist das mit meinen sozialistischen Auffassungen in Einklang zu bringen, ist das mit meinen Auffassungen eines Oppositionellen gegenüber einer Alleinregierung in Einklang zu bringen?

Ich gebe zu, daß es schwierig ist, sich für das eine oder für das andere zu entscheiden, aber ich möchte darauf hinweisen: Vor zirka zehn Tagen ist es den englischen Konservativen — Sie haben heute schon Heath zitiert — vielleicht auch nicht leichtgefallen, für den Antrag der Labour Party zu stimmen, den Eintritt in die EWG zu bewerkstelligen. Sie haben es trotzdem gemacht, aus nationalen Gründen. Jetzt gilt es, Entscheidungen aus nationalen Gründen zu treffen, und da müßte in der Brust des Sozialisten die Seele des Österreicher stärker sein als die des Sozialisten. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Pittermann: Alle Beschlüsse über die EWG sind doch einstimmig!*) — *Präsident Wallner übernimmt den Vorsitz.*)

Nehmen Sie bitte zur Kenntnis: Es ist der Ehrgeiz dieser Bundesregierung, eine wirklich soziale Politik zu betreiben und unvermeidliche soziale Härten nach Menschenmöglichkeit zu vermeiden oder zumindest zu mildern. (*Beifall bei der ÖVP.*) Das gilt für den Arbeitsplatzwechsel, und das gilt auch für den Mieterschutz. Das werden Sie sehen, wenn unsere Vorlagen dann in das Hohe Haus kommen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte jetzt ganz kurz auch noch zu Fragen der Außenpolitik sprechen. Es wurde hier — ich weiß nicht, welcher Redner diesen Ausdruck gebraucht hat — von einer Pseudoaktivität gesprochen. Darf ich dazu denn doch einiges sagen.

Die Regierung eines kleinen neutralen Landes an der Grenze zweier verschiedener Gesellschaftssysteme muß im Zeitalter der Entstehung immer größerer Märkte eine aktive Außenpolitik betreiben. Wir sind unserem Bundeskanzler Dr. Klaus dankbar dafür, daß er sich persönlich für wichtige Ziele unserer

Dr. Withalm

Außenpolitik einsetzt und daß er versucht, die freundschaftlichen und vertrauensvollen Beziehungen zu allen Signatarmächten des Staatsvertrages auszubauen, daß er versucht, die Beziehungen mit allen unseren Nachbarstaaten, natürlich auch mit dem Donaauraum, auszugestalten.

Seien Sie mir nicht böse, meine Damen und Herren, wenn ich jetzt eine Bemerkung mache. Sie haben gesagt, wir hätten von Ostanfälligkeit gesprochen, wie seinerzeit meinerzeit Dr. Pittermann nach dem Osten gefahren ist, nach Rußland, nach Polen, nach Bulgarien und so weiter. (*Abg. Czettel: Er hat Arbeit zurückgebracht!*) Seien Sie mir nicht böse, wenn ich jetzt diese Bemerkung mache, gerade unter dem Eindruck der Transparente vom 30. April 1967 beim Fackelzug der Sozialistischen Jugend oder dessen, was sich wenige Tage nachher vor der griechischen Botschaft getan hat oder was sich, wenn Sie es noch nicht wissen sollten (*Abg. Benya: Haben Sie nichts Besseres als solche kindischen Bemerkungen?*) — nein, ich habe leider nichts Besseres —, zum Beispiel gestern in Graz getan hat anlässlich des Vortrages eines Angehörigen der amerikanischen Botschaft in Wien. Herr Präsident Benya, ich weiß nicht, ob Sie das wissen!

Es ist aber ein Unterschied, wer ins Ausland reist, beziehungsweise wer mit wem spricht. Das scheint mir das entscheidende zu sein. (*Abg. Benya: Es ist ein Unterschied, ob jemand Aufträge bringt oder ob er in Parteihäusern spazierengeht!* — *Abg. Dr. Pittermann: Einen Besuch im kommunistischen Parteihaus: Das hat vorher noch kein österreichischer Minister gemacht!*) Herr Klubobmann Dr. Pittermann, darf ich Ihnen dazu folgendes sagen: Sie haben heute wieder wie vor einigen Tagen schon den Namen Kadar erwähnt, daß der Bundeskanzler bei Kadar gewesen sei. (*Abg. Dr. Pittermann: Im kommunistischen Parteihaus!*) Mir ist nicht bekanntgeworden, daß sich einer von Ihnen darüber aufgehalten hätte, daß der Bundeskanzler auch Breschnew in Moskau besucht hat. Daran haben Sie offensichtlich gar nichts gefunden, es scheint Ihnen offensichtlich selbstverständlich zu sein, daß, wenn der Regierungschef Österreichs in der Sowjetunion ist, er dem Zentralsekretär der Kommunistischen Partei einen Besuch abstattet. Nur bei Kadar scheinen Sie ein Haar in der Suppe zu finden. (*Abg. Dr. Pittermann: Auch bei Breschnew!*)

Jetzt, meine Damen und Herren, gestatten Sie, daß ich einige ganz kurze Bemerkungen zur Frage Südtirol mache. Leider ist der Parteivorsitzende der Sozialistischen Partei nicht im Saal. Ich möchte doch einige Bemerkungen zu der Frage Kreisky-Saragat beziehungsweise

dem sogenannten Abkommen machen — es war kein Abkommen —, das damals im Dezember 1964 zwischen den beiden in Paris geschlossen worden sei, beziehungsweise zu der Willensübereinstimmung, die zwischen beiden zustande gekommen sei. Man sagt, das wäre die ideale Lösung gewesen. Dazu stelle ich fest: Diese Willensübereinstimmung zwischen zwei Männern fand weder die Zustimmung der Südtiroler noch der italienischen Stellen. Das möchte ich eindeutig klargestellt haben. Es war damals ein Gespräch in Paris zwischen Kreisky und Saragat, also den beiden Außenministern, und als dann der damalige Außenminister Dr. Kreisky nach Innsbruck kam — es war am 8. Jänner 1965 —, fand er nicht die Zustimmung der Südtiroler, und Saragat fand noch weniger die Zustimmung der italienischen Stellen. Also davon zu reden, daß hier etwas zustande gekommen sei, ist, meine Damen und Herren, Illusion.

Weiters war davon die Rede, daß damals eine Frist von fünf Jahren festgelegt worden sei, innerhalb der eine Einklagbarkeit bestanden hätte. Wenn das Paket mit etwa hundert Punkten tatsächlich innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren verwirklicht worden wäre, wäre das eine Rekordleistung gewesen, es hätte aber nachher nicht mehr die Möglichkeit bestanden, weil die Vereinbarung der Garantie nur fünf Jahre gegolten hätte. Womit ich nicht mehr und nicht weniger sage, als daß diese Vereinbarung praktisch vollkommen wertlos gewesen wäre, wenn sie zustande gekommen wäre.

Wir haben jedenfalls — das sage ich mit Überzeugung — nichts unterlassen, um für größere Rechte der Südtiroler Volksgruppe einzutreten. Und ich stelle fest: Das Paket ist größer geworden, meine Damen und Herren, und wir werden selbstverständlich auch nicht vergessen, daß die notwendige Sicherung dieser Rechte immer wieder ins Auge gefaßt wird. (*Abg. Zeillinger: Ins Auge fassen ist zu wenig!*) Wenn Sie einen anderen Ausdruck wollen, kann ich durchaus einen anderen Ausdruck gebrauchen: Herr Kollege, wir werden Sorge tragen, daß diese Verankerung selbstverständlich entsprechend vereinbart wird. Hier bin ich absolut der gleichen Meinung, die damals — es war am 22. April 1966 — der Sprecher der Sozialistischen Partei, Dr. Kreisky, zum Ausdruck gebracht hat. Er sagte in dem Zusammenhang:

„Wissen Sie, was ich allen Außenministern, mit denen ich verhandelt habe, immer wieder gesagt habe? Segni, Piccioni, Saragat, allen habe ich immer eines gesagt: Sie müssen uns eine echte internationale Garantie geben. Wissen Sie, warum? Wenn ich nämlich einmal im österreichischen Parlament stehen und dafür plädieren

Dr. Withalm

werde, daß man diese Vereinbarungen mit Italien annimmt, dann wird ein Abgeordneter hier und ein Abgeordneter dort aufstehen und sagen: Herr Bundesminister, das ist alles sehr schön, aber was machen Sie eigentlich, wenn die Italiener das nicht halten? Dann möchte ich eine Antwort wissen, eine Antwort, die man mir glaubt, von der man weiß, daß sie richtig ist, und mit der ich auch 20 Jahre nachher, wenn ich es erlebe, bestehen kann.“

Meine Damen und Herren! Ich habe dem an und für sich nichts hinzuzufügen. Ich bin der Meinung: Selbstverständlich müssen wir eine entsprechende internationale Verankerung finden.

Jetzt komme ich zur Kernfrage unserer Außen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Das ist die Teilnahme Österreichs, eines neutralen Landes an der wirtschaftlichen Dynamik eines größeren europäischen Marktes. Meine Damen und Herren! Nur ein Markt verdient diese Bezeichnung: Das ist nun einmal die EWG. Dieser Meinung scheint auch der britische Ministerpräsident Wilson zu sein; dieser Meinung scheinen auch noch andere zu sein, etwa der schwedische Außenminister Nilsson, und auch die Sozialistische Internationale — ich habe es mit besonderem Interesse gelesen, Herr Kollege Dr. Pittermann — scheint dieser Auffassung zu sein. Da fand vor kurzem — siehe „Arbeiter-Zeitung“ vom 9. Mai 1967 — unter Ihrem Vorsitz in London eine Bürositzung der Sozialistischen Internationale statt. Das Kommuniqué zu dem Punkt „Beitritt Großbritanniens zur EWG“ lautet — ich zitiere —:

„Die Sozialistische Internationale unterstützt die Bewerbung Großbritanniens um den Beitritt zur EWG. Auf Antrag des Präsidenten der Internationale, des Abgeordneten Dr. Pittermann, wurde in der Sitzung des Büros der Internationale am vergangenen Wochenende in London im Sinne seinerzeitiger Kongreßbeschlüsse festgehalten, daß die Sozialistische Internationale die Bewerbung der britischen Arbeiterregierung um die Mitgliedschaft in der EWG zustimmend zur Kenntnis nimmt. Die Mitgliedsparteien der Sozialistischen Internationale, deren Länder der EWG und der EFTA angehören, erklärten, daß sie während der Beitrittsverhandlungen Kontakt miteinander halten werden.“

Meine Damen und Herren! Es hat mich — Kollege Czernetz ist leider nicht im Saal — weniger interessiert zu hören, daß Kollege Czernetz sich — ich kann es ihm nicht verbieten — mit der Frage beschäftigt, daß angeblich in unseren Reihen nicht einheitliche Auffassung über unsere Linie „Arrangement mit der EWG“ besteht. Mich hätte es viel mehr interessiert, wie die Auffassungen der Sozialistischen Partei zu dieser Frage sind. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hätte das gerne aus dem Munde des befugten Sprechers der Sozialistischen Partei gehört. Ich möchte an Sie die Frage stellen: Bekennen Sie sich noch zu der früher gemeinsamen österreichischen Integrationspolitik?

Ich stelle folgendes fest, meine Damen und Herren. Es war am 15. Dezember 1961. Damals wurde in der Bundesregierung, also in der Koalitionsregierung, der Beschluß gefaßt, in Brüssel einen Antrag zu stellen. Dieser Antrag der Koalitionsregierung wurde damals vom Außenminister der Koalitionsregierung, Dr. Kreisky, überreicht. Daran hat sich seither, seit diesem Antrag nicht das geringste geändert! Ja, ich möchte sagen: Wenn sich etwas geändert haben sollte, ist es weniger geworden, meine Damen und Herren. Das war damals ein Maximalprogramm, und jetzt könnte man sagen, daß es ein Minimalprogramm ist, weil es nicht mehr geworden ist, sondern weniger; also an und für sich genau dem entsprechend, was die Sozialisten damals mit uns vereinbart und beschlossen haben und das durch den sozialistischen Außenminister in Brüssel deponiert wurde. (Abg. Dr. Pittermann: Ausschließlich wirtschaftliche Fragen betreffend!)

Meine Damen und Herren! Gibt es eine glänzendere Rechtfertigung des Verhaltens Österreichs als jetzt das Ansuchen Englands um Beitritt zur EWG? Es geht bei unserem Antrag — das möchte ich noch einmal mit aller Deutlichkeit sagen — nicht allein darum, daß wir die Diskriminierung beseitigen. Es sind nicht politische Gründe. Ich bin auch keineswegs berufen, wie das Kollege Czernetz getan hat, meinerwegen die englische Politik eines Wilson zu interpretieren; das maße ich mir gar nicht an. Ich habe die Ausführungen des Außenministers Brown gelesen. Brown hat klipp und klar zum Ausdruck gebracht: England will und England muß unter allen Umständen an der Dynamik eines großen Wirtschaftsraumes teilhaben. Genau das gleiche, meine Damen und Herren, nicht mehr und nicht weniger, wollen auch wir! Wir wollen und wir müssen! Wenn wir leben wollen, wenn wir eine Zukunft haben wollen, müssen wir an der Dynamik eines großen Wirtschaftsraumes teilhaben, selbstverständlich unter Wahrung der österreichischen Neutralität, mit der wir es bitter ernst nehmen.

Meine Damen und Herren! Und deshalb meine Frage an die Sozialistische Partei: Bekennen Sie sich noch zu der früher gemeinsamen österreichischen Integrationspolitik, die wir gemeinsam beschlossen haben, die wir seither in Brüssel vertreten? Wenn nicht — was vertritt dann die sozialistische Opposition diesbezüglich an Auffassungen? Hat sie über-

Dr. Withalm

haupt ein Konzept? Denn die EFTA ist kein EWG-Ersatz, und die multilaterale Assoziation zwischen EWG und EFTA — ich glaube, da sind wir mittlerweile alle draufgekommen — ist nun einmal eine Illusion.

Meine Damen und Herren! Ich wage die Behauptung: Es war ein Glück, daß Österreich den Weg nach Brüssel so frühzeitig eingeschlagen hat. Wir haben den technischen Teil des Weges bereits hinter uns, und unsere Neutralitätsvorbehalte haben wir von Anfang an in Brüssel deponiert. Und nun, so hoffen wir, kann auch in absehbarer Zeit eine Entscheidung auf politischer Ebene fallen.

Meine Damen und Herren! Die Regierung hat dem Parlament als solchem einen Rechenschaftsbericht gegeben, und damit hat sie dem Hohen Hause auch ihren Respekt erwiesen. Die Mehrheit dieses Hauses hat die Erklärung über die Tätigkeit der Bundesregierung im abgelaufenen Jahr mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. Sie steht — das wurde heute schon gesagt; als das einer unserer Redner sagte, haben Sie gemeint, meine Damen und Herren, sich darüber lustig machen zu können; nehmen Sie es aber trotzdem zur Kenntnis — geschlossen hinter dieser Regierung, die sich durch Entschlußkraft und durch Zielklarheit auszeichnet. (*Beifall bei der ÖVP.*) Damit bietet diese Regierung die Gewähr, daß Österreich mit den Problemen der Vergangenheit fertig werden wird und daß wir den Weg in eine bessere Zukunft beschreiten werden.

Meine Damen und Herren! Vor mir liegt der sogenannte harte Kern der Regierungserklärung vom 20. April 1966, bestehend aus 11 Punkten. Wir, die wir damals verhandelt haben, erinnern uns, glaube ich, noch sehr genau an diese 11 Punkte. Da wurde, gleichfalls zu diesen 11 Punkten, Dr. Kreisky in einem „Spiegel“-Gespräch — es war am 25. April 1966 — gefragt. Der „Spiegel“ fragte damals: „Genau das aber versucht die Regierung offenbar. Zehn der insgesamt elf Punkte der gestrigen Regierungserklärung des ÖVP-Kanzlers Klaus ...“ — und hier unterbricht Kreisky, also Kreiskys Antwort:

„Kreisky: ... stammen aus unserem Programm, ja. Das ist sicher sehr geschickt. Aber jetzt werden wir darauf achten, was die Regierung davon auch verwirklicht! Wenn die Punkte verwirklicht werden, dann werden die Leute sagen, das ist eine gute Regierung, wenn nicht — na, dann werden sie sagen: Das war doch nichts.“

Spiegel: Und wenn es eine gute Regierung ist, was tut dann die Opposition?

Kreisky: Es gibt überhaupt keine gute Regierung.“

Meine Damen und Herren! Wir werden unter Beweis stellen: Es gibt eine gute Regierung! (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Pittermann: Das ist schon möglich, aber nicht diese!*) Und wir werden, meine Damen und Herren, Ihnen — ich hoffe, der Nachweis wird uns gelingen — in einem Jahr den Beweis auf den Tisch legen, daß die überwiegende Anzahl der elf Punkte in einem Jahr verwirklicht wurde. Darunter — schon verwirklicht — die Wirtschaftswachstumsgesetze, Maßnahmen zur Milderung der Lohn- und Einkommensteuerprogression. Sie werden diese Vorlage, meine Damen und Herren, binnen drei Wochen im Hohen Hause haben. Die Einführung eines Sozialberichtes wird im Herbst dieses Jahres das Hohe Haus beschäftigen. Eine Gesamtreform der österreichischen Wohnungswirtschaft — demnächst im Hohen Hause! Maßnahmen für eine regionale Strukturpolitik, meine Damen und Herren, darüber haben wir gesprochen, ich habe auf die 200 Millionen Schilling hingewiesen. Ich hoffe, wir werden systematisch, wie ich gesagt habe, Punkt für Punkt dieser Regierungserklärung verwirklichen und werden uns, seien Sie davon überzeugt, nicht und durch niemanden aus der Ruhe bringen lassen.

Ich möchte noch einmal zum Abschluß den Premierminister Großbritanniens, Wilson, zitieren. Als jetzt die englische Labour Party die katastrophalen Niederlagen in London und anderen Grafschaften hinnehmen mußte, wurde Wilson gefragt, wie er sich das erkläre. Er gab Gründe an und führte folgendes aus: „Für Minister aber ist der Gegensatz zwischen kurzzeitiger Popularität und langfristigen nationalen Überlegungen ein Problem, dem jede Regierung in jedem demokratischen Staat und zu jeder Zeit gegenübersteht — und letztlich ist es die Prüfung, nach der jede Regierung beurteilt werden muß.“

Meine Damen und Herren! Wir haben uns entschieden. Wir haben uns nicht für die „kurzsichtige Popularität“ entschieden, sondern wir lassen uns leiten von „langfristigen nationalen Überlegungen“. So werden wir, glaube ich, im Sinne dessen, was Wilson hier gesagt hat, die Prüfung durch das Volk im Jahre 1970 bestehen. (*Lebhafter anhaltender Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Weber. Ich erteile ihr das Wort.

Abgeordnete Rosa Weber (SPÖ): Hohes Haus! Wir haben jetzt vom Generalsekretär der Österreichischen Volkspartei, Klubobmann Dr. Withalm, sehr lautstark (*Widerspruch bei der ÖVP*) — ich habe es ziemlich laut gehört — und sehr energisch die Verteidigung der Politik

Rosa Weber

der Regierung vorgetragen bekommen. Aber wenn man die ganze Rede angehört hat, dann hat man doch feststellen können, daß die Sicherheit, die er damit zum Ausdruck bringen will, doch nicht gar so groß sein kann. Denn in einem großen Teil Ihrer Rede, Herr Abgeordneter Dr. Withalm, haben Sie sich auf Nebenschauplätzen bewegt. Sie haben sich flüchten müssen zum Parteitag der SPÖ vom Jahr 1965, weil Ihnen anscheinend die Argumente gefehlt haben, um ein Jahr ÖVP-Alleinregierung zu verteidigen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sie haben sich auch einige Male widersprochen. Ich möchte nur zwei, drei Dinge herausgreifen, die mir aufgefallen sind.

Da sagen Sie auf der einen Seite, wir seien keine positive Opposition, keine konstruktive Opposition, wir sagten nur nein *(Abg. Doktor Withalm: Das habe ich nicht gesagt!)* — das haben Sie gesagt *(Abg. Dr. Withalm: Ich habe nun gesagt, was Schachner sich vorstellt!)* —, wir sagen nur nein, die ganze Debatte habe es bewiesen, unser Verhalten im Parlament habe es bewiesen. Im gleichen Atemzug aber zählen Sie die Gesetze auf, die in dem Haus beschlossen worden sind, und eine große Anzahl von ihnen ist mit den Stimmen der Sozialisten beschlossen worden. *(Abg. Dr. Withalm: Darum hätten Sie heute nicht so negativ sein sollen!)* Entweder sind wir eine konstruktive Opposition, die dann ja sagt, wenn sie meint, ja sagen zu können, dann haben wir eben diese Gesetze mitbeschlossen, weil wir sie auch vertreten können, oder aber wir sagen zu allem nein. Für eine Version werden Sie sich entschließen müssen.

Sie sagen, wir hatten keine Alternativen. 30 Initiativanträge liegen im Hause, die von Ihnen nicht behandelt werden! Jeder einzelne Initiativantrag ist eine Alternative zu einer Meinung der Regierung.

Sie sagen außerdem — das war eine arge Entgleisung Ihrerseits oder eine große Unvorsichtigkeit, und ich würde sagen, keine sehr große Klugheit —, daß Sie sich hinter die Behauptung und hinter die Stellungnahme des Herrn Abgeordneten Gruber gestellt haben. Das ganze bekommt damit viel mehr Gewicht und ein noch böseres Gesicht, wenn Sie das gesagt haben. Sie preisen sich, daß niemand seinen Posten verloren hat. Aber Sie können uns auch nicht sagen, wo qualifizierte Sozialisten bei Beförderungen ebenfalls berücksichtigt worden sind. Sie sagen im gleichen Atemzug: Wer nicht brav und vorsichtig der ÖVP gegenüber ist, der kann bei der ÖVP eben nichts werden. Sie stimmen mit dem Herrn Abgeordneten Gruber darin voll überein. Es ist

bedauerlich, daß die Mehrheitsfraktion in dem Haus in einer so wichtigen Frage eine derartige Stellung einnimmt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Eine weitere Behauptung von Ihnen: Sie haben gesagt, jeder Sozialist habe zwei Seelen in seiner Brust. *(Abg. Dr. Withalm: Ich habe „mancher“ gesagt!)* Sie haben gesagt, daß in der heutigen Zeit des „nationalen Notstandes“ auf einmal ... *(Abg. Dr. Withalm: Das habe ich doch nicht gesagt!)* Sie haben gesagt: „nationaler Notstand“. *(Abg. Dr. Withalm: Aber nein!)* Das höre ich zum allerersten Mal, denn der Herr Bundeskanzler hat unseren Parteiobmann sehr beschuldigt, als er auf die Krisenzeichen aufmerksam gemacht hat, die sich in der österreichischen Wirtschaft ergeben. Sie sprechen heute schon, nur ein paar Monate oder Wochen später, von einem nationalen Notstand. Das möchte ich nur festgehalten haben. *(Abg. Dr. Withalm: Frau Kollegin, da haben Sie schlecht gehört!)* Nein, da habe ich nicht schlecht gehört; wir können uns im Protokoll dann gemeinsam überzeugen. Und Sie sagen, in dieser schweren Zeit haben die Sozialisten in sich vor allem die Seele des Österreicher in den Vordergrund zu stellen und erst in der zweiten Reihe Sozialisten zu sein. Ich muß Ihnen sagen, Herr Abgeordneter Dr. Withalm: Da tun wir uns gar nicht schwer, denn das ist überhaupt kein Gegensatz, ein guter Sozialist und ein guter Österreicher zu sein. Wir Sozialisten sind immer für die Interessen der Allgemeinheit eingetreten. Wir sind für die Interessen der Vielen, gegen die Privilegien der Wenigen eingetreten. Und damit machen wir eine österreichische Politik! *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Glaser: Wir haben die Stimmen der Vielen bekommen!)* Sie haben großes Glück gehabt, das bescheinige ich Ihnen. Niemals wieder hätten Sie die Sozialistische Partei in einer schwierigeren Position zu einem Wahlkampf haben können als diesmal. Sie haben das Glück gehabt. Nützen Sie dieses Glück! Nützen Sie es, denn es muß dieses Glück nicht bei Ihnen bleiben, das können Sie sich sagen. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)*

Ich habe mich eigentlich zu Wort gemeldet, um über den sozialpolitischen Teil in der Erklärung der Regierung zu sprechen. Ich kann verstehen, daß zu so später Stunde, nach einer so langen Debatte, nach Höhepunkten in dieser Debatte es sehr schwer ist, jetzt wieder sozusagen zum politischen Alltag zurückzukehren und sich mit Einzelfragen zu beschäftigen. Ich werde mich bemühen, möglichst kurz zu sein, glaube aber doch, daß man die Sozialpolitik in dieser Regierungserklärung nicht übergehen kann.

Der Herr Bundeskanzler hat stolz behauptet, daß es kein Jahr des sozialen Stopps war,

4452

Nationalrat XI. GP. — 55. Sitzung — 19. Mai 1967

Rosa Weber

sondern im Gegenteil ein Jahr des sozialpolitischen Fortschritts. Ich möchte sagen, das ist, gelinde gesagt, eine kühne Behauptung. Denn wenn wir uns das ansehen, was der Herr Bundeskanzler als Schwerpunkte — so drückte er es aus in den Schlußsätzen der Erklärung — der Sozialpolitik in dieses Dokument aufgenommen hat, dann ist das mehr als kümmerlich. Schauen wir uns einmal an, was er da angeführt hat:

Er hat die Sonderunterstützung für Bergleute angeführt. Sicher eine sehr wichtige Maßnahme, aber sie betrifft im Augenblick nur Tauchen; 15 Personen von dem gar nicht kleinen Personenkreis, der dort um seine Existenz gekommen ist, wurden durch diese Sonderunterstützung versorgt. Die Hälfte der Kosten, die auflaufen, müssen von der Arbeitslosenversicherung, das heißt von den Arbeitnehmern selber getragen werden, die zweite Hälfte dieser bisher noch nicht großen Kosten wird vom Bund ersetzt.

Es wird gerühmt, daß die Kleinrenten um 15 Prozent erhöht worden sind. Das ist sicher sehr wichtig; wir haben uns in der Budgetdebatte dafür sehr eingesetzt. Aber Sie wissen, daß es sich um einen relativ kleinen Personenkreis handelt, nicht einmal um 3000 Personen, und die Kosten sind auch dementsprechend: 2,8 Millionen; also bei einem so großen Budget, das der Staat zu verwalten hat, sicher keine bedeutende Post. Dazu kommt noch, daß in den 2,8 Millionen Schilling noch die Abgeltung für die Verteuerung von Milch und Brot enthalten ist. Es ist doch das Minimalste, was man von der Regierung verlangen kann, daß sie für die Allerärmsten wenigstens eine annähernde Abgeltung der Verteuerung von Milch und Brot gibt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es wird gerühmt, daß die landwirtschaftlichen Zuschußrenten verbessert worden, daß Hilflosenzuschüsse eingeführt worden sind. Auch wir begrüßen diese Maßnahme, wir haben sie gefordert, aber sie ist leider nicht von sehr großer zentraler Bedeutung. Die Kosten sind auch nicht hoch: für 1967 16 Millionen. Gleichzeitig wurde eine Belastung der Versicherten herbeigeführt: sie müssen von diesen 16 Millionen 7,7 Millionen selber aufbringen, und zwar durch eine Erhöhung der Leistungen, die sie erbringen müssen.

Das einzige große Gesetzeswerk, das in diesem Jahr geschaffen worden ist, ist die Selbständigenkrankenkasse. Aber das ist kein Ruhmesblatt einer fortschrittlichen Sozialpolitik. Ich habe meine Gewerkschaftskollegin, die Frau Sozialminister, eigentlich bedauert, daß das erste große Gesetzeswerk, das unter ihrer Ministerschaft das Haus passierte, ein

solches Gesetz ist, zu dem man vom fortschrittlichen sozialpolitischen Standpunkt so gar nicht ja sagen kann, denn es bringt keine Verbesserung gegenüber dem vorherigen Zustand. Das Leistungsrecht ist im Gegenteil verschlechtert worden. Im Zeitalter der Familienpolitik gibt es dort keine Familienversicherung. Man greift sich an den Kopf, daß es so etwas noch gibt. Die Pensionisten sind nicht gesichert, auch die kleinen Einkommensträger, die wenigstens bisher keinen Selbstbehalt auf sich nehmen mußten, müssen die vollen 20 Prozent Selbstbehalt, sprich Kostenbeteiligung, tragen. Also ich glaube, das ist nicht etwas sehr Schönes, etwas, auf das wir in ein paar Jahren noch mit Wohlgefallen — ich glaube nicht einmal auf der rechten Seite — zurückblicken können, besonders wenn wir beim Problem Pensionisten daran denken, daß dort die Pensionen noch sehr klein sind. Die Alterspensionen sind im Durchschnitt 878 S, und diese Menschen müssen, wenn sie eine Krankenversicherung haben wollen — alle haben nicht einmal eine, denn es wird erst darüber abgestimmt, ob auch sie hineinkommen —, sich entweder überhaupt privat krankenversichern lassen oder aber 20 Prozent bei jeder Leistung beistellen. Ich überlasse es Ihrer Beurteilung, ob das ein gutes, ein fortschrittliches Gesetz ist.

Sie rühmen sich weiter in Ihrem Bericht, Herr Bundeskanzler, daß die Pensionen 1967 um 8,1 Prozent erhöht worden sind. Sie wissen genau, daß Sie sich hier mit fremden Federn schmücken. Sie sagen gleichzeitig, daß im Jahre 1968 die Pensionen um 6,4 Prozent erhöht werden, das heißt, die Richtzahl 6,4 beträgt. Sie lassen hier durchblicken, daß es eine ebenso große Erhöhung der Pensionen geben wird.

Hier ist ein Problem vorhanden, über das schon Herr Abgeordneter Reich gesprochen hat, denn die Fachleute waren überrascht, als sie diese Richtzahl auf den Tisch gelegt bekommen haben. Man hat sich in diesem Hause schon Wochen, bevor diese letzten Berechnungen angestellt worden sind, über die mögliche Richtzahl den Kopf zerbrochen. Ich kann mich erinnern, daß der Herr Abgeordnete Vollmann mit großer Besorgnis davon gesprochen hat, wie man nur die Last tragen werde, die eine so starke Erhöhung der Pensionen mit sich bringen wird, denn diese Richtzahl wird ungefähr 9,2 Prozent betragen — das haben die Fachleute nach der Lohnentwicklung im Vergleichsjahr angenommen. Daher überall großes Erstaunen: Wieso macht das nur 6,4 Prozent aus?

Für uns Sozialisten war das keine so große Überraschung, Herr Abgeordneter Reich. Sie haben ja manches zitiert, Sie haben nur eines

Rosa Weber

vergessen: Sie haben immer nur von den unteren Lohngruppen gesprochen. Man hat zweifellos auch auf unserer Seite unterschätzt, daß eine Massierung von Einkommensbeziehern hart an der Grenze dieses Richtsatzes, die dann plötzlich nächstes Jahr durch Lohnbewegungen in den Berechnungsraum hineinstoßen, dazu führen könnte, daß diese Richtzahl stark herabgesetzt wird. Das hat man zweifellos auch auf unserer Seite nicht so genau eingeschätzt. Aber man hat auf der anderen Seite hart darum gekämpft, daß die echten Höchstbemessungsgrundlagen der Berechnung zugrunde gelegt werden. Davon haben Sie kein Wort geredet, denn da war die Gegnerschaft auf der Seite der Österreichischen Volkspartei, und sie war nicht bereit, hier einen Schritt entgegenzukommen. So war, wie manches andere Gesetz, das Pensionsanpassungsgesetz eben auch ein politisches Kompromiß.

Ich möchte, um diese Behauptung zu erhärten, einen Teil des Expertenberichtes an den Unterausschuß vom Februar 1965 zitieren. Dort äußerte man die Meinung, daß bei dieser Methode — jetzt zitiere ich — „sowohl die Höchstbeitragsgrundlage als auch die Anpassungsfaktoren immer mehr zurückbleiben, sodaß der Abstand zur tatsächlichen Lohnentwicklung immer größer würde. Der Gesetzgeber müßte darum nach einiger Zeit diesen Abstand durch eine besondere Anpassungsmaßnahme beseitigen.“ — Das ist der Bericht des Expertenkomitees vom Februar 1965.

Daher waren wir zwar nicht überrascht, daß so etwas eintreten kann, wir waren nur überrascht über das Ausmaß der Differenz. Überlegen Sie jetzt, was das bedeutet, daß in nur drei Jahren 6,3 Prozent auf diese Art und Weise verlorengehen — ich möchte Sie jetzt zu so später Stunde nicht mit den Einzelziffern belästigen —; wenn die Entwicklung so weitergeht, sind es in fünf Jahren fast 12 Prozent. Wenn wir weiter in Betracht ziehen, daß dann das Versprechen des ASVG., daß man eine Maximalpension von 79,5 Prozent bekommen kann, nicht eingehalten werden kann und daß diese Zahl in fünf Jahren auf 63 Prozent herabgedrückt ist, muß man doch zu dem einzig richtigen Schluß kommen, die entdeckten Fehlerquellen zu beseitigen und neue, bessere Berechnungsmethoden einzuführen; denn sonst haben wir über kurz oder lang wieder ein Altrentenproblem, ein Neurentenproblem und können uns wieder mit einer neuen Rentenreform beschäftigen.

Sie haben viele Zeitungen zitiert, Herr Abgeordneter Reich, aber Sie haben zwei Zeitungen nicht zitiert, nämlich zwei unverdächtige Zeugen dafür, daß man hier etwas machen

muß, nämlich die Zeitung des ÖVP-Rentnerbundes „Soziales Recht“ vom Juni 1966, in der man einen Artikel findet „Pensionsdynamik mit Schönheitsfehlern“. Ich möchte Sie mit der Verlesung verschonen. Der zweite Artikel hat sich in der „Presse“ am 23. Dezember 1966 befunden unter dem Titel „Rentendynamik 9,2 Prozent oder 6,4 Prozent“; „Mängel im Ermittlungssystem“ heißt es im Untertitel dieses Artikels. Er führt mit anderen Worten das aus, was ich eben gesagt habe.

Wir haben auch die entsprechenden Konsequenzen gezogen: Wir haben einen Initiativantrag eingebracht — er ruht hier im Schoße des Parlaments. Er stützt sich auf einen einstimmigen Beschluß der Arbeiterkammer, des Arbeiterkammertages, aber das alles hindert Sie nicht, meine Damen und Herren von der ÖVP-Mehrheit und meine Damen und Herren von der Regierung, ganz einfach solche Beschlüsse zu negieren und dabei zu bleiben. Die Fehler sind zwar entdeckt, aber sie bleiben bestehen, weil ganz einfach bestimmte Kreise in Ihrer Partei und in Ihrem Klub diese Meinung vertreten. Wir wissen ja ziemlich genau, wo sich diese Meinung konzentriert.

Wir sollten mit den Pensionisten kein Spiel treiben; es ist das eine ernste Angelegenheit. Diese alten Menschen verlieren das Vertrauen zu uns. Die Enttäuschung ist schon groß, daß aus der Erhöhung der Witwenpension nichts geworden ist. Das wurde vor den Wahlen ganz dezidiert von seiten der Österreichischen Volkspartei versprochen, das steht in Ihren Wahlbroschüren, das haben Sie in Ihren Reden gesagt. Die rauhe Wirklichkeit nach der Wahl schaut ganz anders aus, und der Herr Bundeskanzler sagt uns, wir können nicht einmal 1968 erwarten, daß wenigstens die Witwen, die nur von ihrer Witwenpension leben müssen, eine Erhöhung auf die geforderten 60 Prozent des Bezuges des Mannes erhalten. (*Abg. Dr. Pittermann: Obwohl es im Wahlprogramm der ÖVP war! — Abg. Reich: Wir haben vier Jahre Zeit, hat Häuser gesagt! — Abg. Dr. Pittermann: Aber das haben Sie im März vor der Wahl nicht gesagt, daß sie warten müssen!*)

Meine Damen und Herren! Herr Bundeskanzler! Ich bin jetzt fertig mit der Aufzählung der sozialpolitischen Leistungen der Regierung im ersten Jahr ihrer Tätigkeit. Ich muß sagen, das ist eine ziemlich armselige Bilanz. Woher Sie den Mut nehmen, zu sagen: Es gibt keinen sozialen Stopp mehr, ganz im Gegenteil!, ist mir nicht ganz klar. (*Abg. Dr. Klaus: Aus den Budgetziffern und aus dem Anteil am Budget!*) Ja, darauf komme ich auch noch zurück. Sie wissen ja, daß 98,2 Prozent des Sozialbudgets auf bereits beschlossene

4454

Nationalrat XI. GP. — 55. Sitzung — 19. Mai 1967

Rosa Weber

gesetzliche Verpflichtungen aufgehen, und das sind ja auch Dinge, die nicht auf das Konto der ÖVP-Alleinregierung gehen, sondern die die Jahre vorher aufgebaut worden sind. Sehr viel ist nicht drinnen, es sind nur 1,8 Prozent für freie Verfügungen enthalten und fast keine Mittel für eine Verbesserung und für einen Ausbau der Sozialpolitik. *(Abg. Dr. Withalm: Aber Ihre Prophezeiung war anders, Frau Kollegin: Sie haben vor der Wahl gesagt, es wird weniger werden!)*

Die Kriegsoffer allerdings haben sich eine Verbesserung mit ziemlich drastischen Mitteln erzwungen. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Klaus.)* Schwächen Sie es nicht ab, Herr Bundeskanzler; wer die Demonstrationen und Konferenzen miterlebt hat, der weiß Bescheid. *(Abg. Dr. Withalm: So, wie zu Zeiten der Koalition Ergebnisse zustande kamen! — Abg. Dr. Pittermann: Ohne Demonstration!)* Wer das miterlebt hat, der weiß also, daß die Kriegsoffer verstehen, für ihre Rechte zu kämpfen, und daß sie hier eine Verbesserung erzielt haben, obwohl der Herr Finanzminister gesagt hat, daß keine Mittel vorhanden sind, um die berechtigten Forderungen der Kriegsoffer zu erfüllen. Das, was Sie heute den Kriegsoffern versprechen — sie haben es ja noch nicht, das soll ja erst ins Haus kommen, wir haben noch nicht einmal einen Entwurf gesehen —, das entspricht ziemlich genau dem, was Herr Abgeordneter Libal und einige seiner Klubgenossen als Initiativantrag schon im Juni des vorigen Jahres eingebracht haben.

Diese schmale Bilanz, die wir hier ziehen müssen, ist deswegen bedauerlich, meine Damen und Herren, weil wir eine Reihe von drängenden Problemen haben. Ich möchte sie nur aufzählen, um nicht zu breit zu werden:

Da fehlt noch immer eine gesetzliche Grundlage für die aktive Arbeitsmarktpolitik. Die Betriebe sperren zu, neue sollen errichtet werden. Die Forderung nach Betriebsgründungen hört man von allen Seiten. Es gibt kein Programm dafür, es gibt keine gesetzlichen Möglichkeiten, um eine anpassungsfähige und ausreichende Um- und Nachschulung durchzuführen. Es gibt kein Konzept für regionalpolitische Maßnahmen. Es zeichnet sich hier eine Hilflosigkeit ab, die einem Sorge bereiten kann. Wer bei der letzten Sitzung des Finanz- und Budgetausschusses war, mußte hören, daß zwar endlich Geld aus dem ERP-Fonds freigegeben worden ist, daß aber jetzt keine Projekte vorhanden sind, und wir mußten den Herrn Staatssekretär Koren klagen hören, daß Bewerber fehlen, ganz kleine Interessenten seien nur da, und das sei noch nicht einmal sicher. Er hat gesagt, hoffentlich werden sich Interessenten finden. Das alles deutet doch

darauf hin, daß auf der einen Seite die Privatinitiative versagt und daß auf der anderen Seite die Regierung kein Konzept hat und auch keine entsprechenden Vorsorgen trifft.

Was uns in dem Sozialbericht fehlt, ist die Antwort auf die Frage: Was wird mit den Krankenanstalten? Läßt man sie weiter in ihrer bedrängten finanziellen Situation? Hat man sich bei der Regierung schon Gedanken gemacht, wie die Spitalerhalter mit ihrer finanziellen Last fertig werden? Wir müssen sehr bedauern, daß man sich mit einem für die Bevölkerung so wichtigen Problem in der Erklärung nicht auseinandersetzt.

Eine andere Frage haben Sie, Herr Abgeordneter Reich, angeschnitten, aber kein Wort dazu gesagt, wie man die sozialen Krankenkassen in Ordnung halten will. Man weiß genau, daß die Einnahmen und Ausgaben 1966 nur knapp ausgeglichen waren, daß wir für 1967 bereits einen Abgang erwarten müssen. Man weiß, daß die Ärzte Forderungen gestellt haben, die nicht weniger als 1 Milliarde Schilling im Jahr kosten. Man hört von einem weitgesteckten Plan der Ärztekammer zur Zerstümmerung der sozialen Krankenversicherung. Aber die Regierung schweigt, sie hat kein Wort der Beruhigung für die Öffentlichkeit, sie bezieht keine Stellung, wie es mit der Entwicklung der sozialen Krankenversicherung weitergehen soll.

Die Sozialisten haben jedenfalls ihre Meinung schon klar zum Ausdruck gebracht. Sie werden alles tun, um die jahrzehntealte Errungenschaft zu verteidigen, sie werden alles tun, damit es eine soziale Krankenkasse bleibt und keine Klassenkrankenkasse wird. *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)*

Wie die ÖVP ihre Einstellung zur Familienpolitik überhaupt mit dem Gedanken eines Selbstbehaltes von 20 Prozent oder noch mehr vereinbart, das ist mir auch unklar. Denn um was müßten wir die Kinderbeihilfen erhöhen, um das wieder auszugleichen, was den Familien an Belastung auferlegt wird, wenn sie einen Selbstbehalt von einer solchen Höhe auf sich nehmen müssen? *(Abg. Reich: Wann hat das die ÖVP gesagt? Das habe ich jetzt nicht verstanden!)* Sie sagt eben nichts dazu, das ist das Bedauerliche. Und da kann eine Regierung nicht schweigen, wenn Memoranden mit fünf Punkten herumschwirren, die darauf hinauslaufen, die Krankenversicherungen in vier Klassen einzuteilen. Ja, dazu muß doch die Regierungspartei Stellung nehmen! *(Abg. Grete Rehor: Dazu ist doch Stellung bezogen worden, Frau Kollegin! — Ruf bei der ÖVP: Das ist doch keine Regierungserklärung, wenn jemand ein Memorandum herausgibt!)* Ich habe die Erklärung der Regierung sehr

Rosa Weber

genau gelesen, ich habe nichts darin gefunden. Und bloß die Erklärung der Regierung steht hier zur Debatte, es tut mir leid. Was ich will, ist, das Bedauern darüber auszudrücken, daß ein so großes Problem in der öffentlichen Diskussion steht, aber die Regierung kein einziges Wort dazu zu sagen hat. Das möchte ich hier zum Ausdruck bringen, und das können Sie doch auch nicht widerlegen und bestreiten.

Es ist erfreulich, daß versprochen worden ist, das Karenzurlaubsgeld auf 500 S zu erhöhen. Aber ich möchte gleich hinzufügen, daß diese Nachziehung ungenügend ist, denn man ist nicht von ungefähr auf die 400 S im Jahre 1960 gekommen, sondern man hat mehr als die Hälfte der höchsten Lohnklasse angesetzt: das waren die 400 S. Inzwischen ist aber beim Leistungsrecht der Arbeitslosenversicherung etwas vor sich gegangen: Es sind auch die Beitragsgrundlagen erhöht worden. Man muß also auch mehr Beiträge leisten. Es wäre somit nur recht und billig, bei der Erhöhung des Karenzurlaubsgeldes — eine Forderung, die schon seit Jahren hier in diesem Hause gestellt worden ist — die gleichen Beurteilungsgrundsätze wie 1960 bei der Schaffung des Karenzurlaubsgeldes anzuwenden. Denken wir daran, daß das ja kein Geschenk an diese Frauen ist, denken wir daran, daß das eine Versicherungsleistung ist, daß dafür die Anwartschaftszeit erworben werden muß, daß die Mittel aus der Arbeitslosenversicherung kommen, daß kein einziger Schilling Bundesmittel dabei ist. Das heißt, daß sich das die Arbeiter und Angestellten selbst verdienen müssen. Wenn man bei einer Reserve von mehr als 1 Milliarde so kleinlich ist und bei einer Reform, die schon überfällig ist, nicht entsprechende Berechnungen anstellt, dann ist das mit einer fortschrittlichen Sozialpolitik, wie das im Bericht gerühmt wird, nicht vereinbar.

Es wurde heute von der „Demagogie“ gesprochen, die wir angeblich betreiben. Ein höheres Maß an Demagogie ist doch schon nicht mehr denkbar als im Zusammenhang mit der Erhöhung des Karenzurlaubsgeldes. Da steht im „Volksblatt“ vom 10. Mai unter dem Titel „Um 100 S mehr Karenzurlaubsgeld“ der Untertitel: „Mindestsatz unter SPÖ-Sozialminister fünf Jahre unverändert“. Wer weiß, wie oft wir um eine Verbesserung dieser Leistungen gerungen haben, wie sehr sich Sozialminister Proksch bemüht hat, im Rahmen der Nachziehung der Arbeitslosenversicherung auch das Karenzurlaubsgeld mitzunehmen, wer sich an die Ausschusssitzungen erinnert, die wir zu diesem Gegenstand abgehalten haben, und an die Anträge, die die Sozialisten gestellt haben, der kann doch nur sagen: Billiger geht es wirklich nicht mehr!

Und macht uns keinen Vorwurf, wir wären demagogisch, wenn solche Artikel in der Parteipresse der Österreichischen Volkspartei stehen! (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Ein Beispiel dafür, wie sehr es wahr ist, was in der Erklärung der Regierung steht, daß man nicht allen Interessengruppen Vorteile bringen kann, ist der Entwurf über die Reform des Familienlastenausgleichs. Denn da wird auf der einen Seite genommen und auf der anderen Seite gegeben. Genommen wird denjenigen Eltern, die einen Lehrling in einer gewerblichen Lehre haben, und gegeben wird denjenigen, die ein Kind haben, das ein Einkommen von mehr als 973 S im Monat — das ist die jetzige Grenze — hat. Also ich überlasse es Ihrer Beurteilung, welche Interessengruppen in diesem Jahr ÖVP-Alleinregierung zum Zuge gekommen sind und wahrscheinlich weiter zum Zuge kommen werden.

Aufschlußreich für das, was die Regierung getan hat, ist, was nicht in dem Bericht steht, was nicht in dem Bericht stehen kann, weil die Regierung keine Initiativen ergriffen hat. Es würde mich sehr reizen, jetzt etwas ins Detail zu gehen, aber ich möchte es mir versagen. Es handelt sich um die Einstellung der Regierung zur Ratifizierung internationaler Übereinkommen. Was wir da in den letzten Sitzungen mit den drei Übereinkommen erlebt haben! Die Übereinkommen 121, 123 und 124 mußten dieses Jahr das Haus passieren. Die Ratifikation keines dieser Übereinkommen hätte eine Veränderung der innerstaatlichen Rechtsordnung notwendig gemacht. Trotzdem hat die ÖVP-Regierung nein gesagt, weil eine einzige Interessenvertretung dagegen war: die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft. Und wo die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft nicht einverstanden ist, da kann ganz einfach nichts gemacht werden, auch wenn es nur um das Mindestalter für die Zulassung von Lehrlingen bei Untertagearbeiten im Bergbau geht, auch wenn es nur darum geht, eine ärztliche Untersuchung dieser Jugendlichen sicherzustellen. Aber da zeigt sich eben die Einstellung: Die Regierung sagt njet, wenn die Bundeskammer es so will. Ich brauche nicht darauf hinzuweisen, daß andere wichtige Übereinkommen nicht ratifiziert worden sind und daß wir schön langsam den Ruf eines sozial fortschrittlichen Landes in der internationalen Welt verlieren.

Ich habe schon in einem Zwischenruf geantwortet, daß sich die Regierung hier brüstet, 12 Milliarden Schilling für die Sozialpolitik auszugeben, daß das aber Leistungen früherer Regierungen sind und daß man eben mit einem Stillhalten der Mittel auch den Sozialstopp nicht vermeiden kann.

4456

Nationalrat XI. GP. — 55. Sitzung — 19. Mai 1967

Rosa Weber

Ich möchte nun zum Schluß kommen und nur noch eine Frage anschneiden. Sie ist nämlich auch beim letzten Redner angekommen, beim Herrn Abgeordneten Withalm.

Ich muß erst einmal darauf hinweisen, daß kein einziger Schilling im Budget 1967 vom Bund für den sozialen Wohnungsbau bereitgestellt worden ist. Man hat die Genossenschaften auf den Anleiheweg verwiesen. Ich möchte die konkrete Anfrage stellen: Wann kommt die Wohnbauanleihe? Wann kommt die Anleihe, die es ermöglichen soll, daß die Genossenschaften ihrer Aufgabe auch gerecht werden können? Es ist uns heute angekündigt worden, daß nun eine große Wohnbaureform kommt. Wir selbst haben im Begutachtungsverfahren gesehen, was diese sogenannte große Wohnbaureform enthält. Sie wird ein Chaos bei den Althauswohnungen hervorrufen. Sie wird den Althausbestand nicht sichern können, weil überhaupt keine Vorkehrung dafür vorhanden ist. Es werden keine zusätzlichen öffentlichen Mittel bereitgestellt, die einzige Möglichkeit, um den sozialen Wohnungsbau auch wirklich wieder sozial zu machen. Es gibt kein Grundbeschaffungsgesetz, um der Bodenspekulation Einhalt zu gebieten.

Jetzt überlasse ich es Ihrer Beurteilung, wie sehr langfristige und vorausschauende die Politik der Österreichischen Volkspartei ist. Sie wird sich wundern, wenn das Gesetz wird, was sie uns im Begutachtungswege zugeleitet hat, was in zwei, drei Jahren die österreichischen Wähler zu dieser „vorausschauenden Politik“ der Österreichischen Volkspartei zu sagen haben werden.

Meine Damen und Herren! Wenn man alles das in Betracht zieht, dann kommt man doch wohl zu dem Schluß, daß, wie wir es vorausgesehen haben, die Sozialpolitik zu kurz gekommen ist. Die Stagnation auf dem Gebiete der Sozialpolitik ist nicht überwunden worden; das ist sehr bedauerlich.

Wir Sozialisten werden weiterhin das treibende Element im Kampf für eine fortschrittliche Sozialpolitik sein, denn wir wissen: Eine gute Sozialpolitik überwindet soziale Spannungen, trägt zum inneren Frieden bei. Daher werden sich die Sozialisten weiterhin mit aller Kraft für eine aktive Sozialpolitik einsetzen. (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Oskar Weihs. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs (SPÖ): Hohes Haus! Aus der Rede von Herrn Dr. Withalm war der Geist, allerdings nicht jener, welcher die Materie formt, sondern jener Geist zu erkennen, den die ÖVP bei ihrer Alleinherrschaft auf verschiedenen Ge-

bieten anwendet; wenn ich nicht höflich wäre, würde ich sagen: vielleicht sogar mißbraucht. (*Abg. Dr. Withalm: Bleiben Sie höflich!*) Ich werde mich sehr bemühen, Herr Dr. Withalm. Ich werde so höflich sein, wie Sie es waren.

Aber folgendes, Herr Dr. Withalm, wollen Sie bitte zur Kenntnis nehmen (*Abg. Dr. Pittermann: Er sagt „bitte“!*): Was die Opposition tut — ich war wirklich höflich — oder läßt, das ist ihre Angelegenheit und geht Sie gar nichts an! (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Withalm: Sicherlich!*) Sie läßt sich dies nicht von Ihnen, meine Herren von der Österreichischen Volkspartei, vorschreiben. Daß wir sachlich sind, das haben wir schon x-mal bewiesen, und Sie werden das auch heute wieder hören; dann können Sie Ihre eigene Glaubwürdigkeit ja selbst überprüfen.

Meine Damen und Herren! Sie haben aus dem Munde der Bundesländervertreter meiner Fraktion gehört, wie die Tatsachen in den einzelnen Bundesländern wirklich sind. Diese Entwicklung voraussehend, haben wir Sozialisten anlässlich der Debatten über die Bundesfinanzgesetze 1966 und 1967 wegen der nicht als rosig zu bezeichnenden wirtschaftlichen Entwicklung — und wir haben bedauerlicherweise recht behalten — unter anderem einen Entschließungsantrag eingebracht, in dem die Bundesregierung vom Nationalrat ersucht wurde, ehestmöglich einen ausführlichen Bericht über die voraussichtliche Entwicklung der österreichischen Volkswirtschaft in den Jahren 1967 bis 1971 vorzulegen.

Unsere Auffassung, daß wir einen solchen bekommen werden, wurde auch durch eine Antwort des Herrn Bundeskanzlers bekräftigt, die er mir auf meine Anfrage nach einem Bericht über unsere wirtschaftliche Lage gegeben hat, daß nämlich ein solcher wegen der Schwierigkeit der Materie erst im Mai erfolgen könne. Das nahmen wir damals zur Kenntnis.

Nun hat uns der Herr Bundeskanzler lediglich eine Erklärung über die Tätigkeit der Bundesregierung im vergangenen Arbeitsjahr gegeben; übrigens auch keine vollständige, Herr Bundeskanzler, denn das Arbeitsjahr dieser Bundesregierung endet bekanntlich mit 19. April 1967 und nicht bereits am 31. Dezember 1966, wie dieser Bericht lautet. Hätte also der Herr Bundeskanzler wirklich über das vergangene Arbeitsjahr berichtet — er hat guten Grund gehabt, es nicht zu tun —, so hätte sein Bericht wesentlich anders aussehen müssen, worauf eine Reihe von Rednern schon hingewiesen haben.

Was nun die Entwicklungsvorschau betrifft, so ist unsere Kritik umso berechtigter, als sich der Herr Bundeskanzler vor wenigen

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs

Wochen (*Abg. Probst: Erzählt uns, was war!*) doch den Herrn Universitätsprofessor Dr. Koren als Staatssekretär „zugelegt“ hat. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Withalm. — Abg. Probst: Nein, der Herr Kanzler hätte eine Vorschau geben sollen!*) Denn durch diesen Experten wäre die Möglichkeit gegeben, uns zumindest eine bescheidene wirtschaftliche Vorschau für die nächste Zukunft vorzulegen.

Aber das, was uns hier vorgelegt wurde, läßt eigentlich nur zwei Schlüsse zu. Der eine ist der, daß der Herr Bundeskanzler uns Abgeordneten — damit meine ich auch die wenigen im Saal anwesenden Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei — und damit dem ganzen österreichischen Volk die auf uns immer näher zukommende harte Realität verschweigen wollte. Er ersparte sich allerdings damit, zugeben zu müssen, daß seine Regierung nicht in der Lage war, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu meistern (*Zwischenruf des Abg. Hartl*) — Herr Hartl, Sie haben am allerwenigsten Grund zu lachen (*Abg. Hartl: Warum?*), weil Sie doch davon überhaupt nichts verstehen (*Heiterkeit bei der SPÖ*) — und die Mittel des Staates so einzusetzen, daß die Strukturschwächen unserer Wirtschaft energisch bekämpft worden wären. (*Abg. Hartl: Volkshochschule!*)

Der andere Schluß jedoch, den man ziehen kann, ist viel härter, nämlich der, daß beabsichtigt war, das österreichische Volk zu täuschen, ihm gar nicht die Wahrheit zu sagen, wie es in Wirklichkeit um die Wirtschaft unseres Landes bestellt ist.

Ich sehe mit Befriedigung, daß man an den Gesichtern einiger Abgeordneter der Österreichischen Volkspartei feststellen kann, daß sie ähnliche Befürchtungen hegen wie ich, und ganz zart und inniglich klang es auch in ihren Reden durch, daß sie ebenso von dieser Erklärung ihres Bundeskanzlers und zudem ihres Bundesparteiobermannes einigermaßen enttäuscht worden sind genauso wie wir sozialistischen Abgeordneten.

Meine Damen und Herren! Mit einer Aneinanderreihung von Regierungsvorlagen innerhalb von 8½ Monaten, wie das in dieser Erklärung vorliegt, ist niemandem gedient. Jeder von uns hier im Saal — ich nehme Sie nicht aus, weil ich Hochachtung vor Ihnen habe — hätte erwartet, daß der Herr Bundeskanzler Dr. Klaus eine effektive wirtschaftliche Vorschau geben — es interessiert ihn zwar jetzt auch noch nicht — und anschließend an diese die erforderlichen Schlüsse ziehen würde, um letztlich alle jene Maßnahmen aufzuzeigen, die notwendig sind, die österreichische Wirtschaft aus der derzeitigen Malaise herauszuführen.

Nach einem solchen Tatsachenbericht, den wir von ihm erwartet haben, wäre es selbstverständlich nützlich gewesen, eine große Wirtschaftsdebatte in diesem Hause abzuführen und die sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen dann in die Tat umzusetzen. Leider sind uns aber, wie ich bereits erwähnte, Bericht und Vorschau vorenthalten oder bestenfalls äußerst mangelhaft gegeben worden, sodaß keine Schlüsse gezogen werden können, was die Alleinregierung der Österreichischen Volkspartei in Zukunft zu tun beabsichtigt, um der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Herr zu werden. Wie man sieht, hat sie keine Möglichkeit.

Nach diesen einleitenden Worten gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, daß ich einige meritorische Gedanken und Ausführungen zu den Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers mache.

Abgesehen von Ihren Ausführungen über den Rückgang der Wachstumsrate in einigen Teilen der westlichen Welt stellten Sie, Herr Bundeskanzler, fest, daß die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft im Jahre 1966 im allgemeinen nicht unbefriedigend war. Sie versuchen, diese Ihre Ansicht mit der 4,3prozentigen realen Steigerung des Bruttonationalproduktes zu untermauern. Diese Zahl stimmt.

Die Zuwachsrate war aber nur möglich — das wurde, habe ich den Eindruck, absichtlich verschwiegen —, weil in der Land- und Forstwirtschaft 1966 ausgezeichnete Ernteergebnisse eingetreten waren. Gegenüber 1965 war beispielsweise die Ernte in Getreideeinheiten um 16 Prozent höher, und der gesamte Ertrag war auch um 3 Prozent größer als im Jahr 1964, dem Jahr mit den bisher besten Erntergebnissen. Der Obstertrag stieg sogar um 66 Prozent, der von Feldgemüse um 7 Prozent, um nur einige Zahlen zu nennen, die Ihnen später einiges verständlich erscheinen lassen werden. Auch in der Viehhaltung und Milchgewinnung war eine entsprechende Steigerung zu verzeichnen gewesen. Daraus, meine Damen und Herren, war eine entsprechende Steigerung der Wachstumsrate zu verzeichnen, und darum ist die Höhe dieser Wachstumsrate erklärbar. Die Expansion der Industrie betrug dagegen nur knapp 4 Prozent gegenüber 5 Prozent im Durchschnitt der Jahre 1956 bis 1966.

Herr Bundeskanzler! Eine Analyse dieser Wachstumsrate zeigt uns aber sehr genau, daß das Bruttonationalprodukt im ersten Quartal 1966 gegenüber 1965 noch um 5,8 Prozent stieg, im zweiten Quartal nur mehr um 4,5 Prozent, im dritten Quartal nur noch 3,4 Prozent erreichte und im vierten Quartal wieder auf etwa 3,7 Prozent anstieg. Für diese leichte Erhöhung gegenüber dem dritten Quartal waren allerdings verschiedene Sondereinflüsse

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs

maßgebend, die im Dezember die Zuwachsrate der Industrieproduktion vorübergehend steigen ließen.

Noch schlechter sieht es jedoch im heurigen Jahr aus. Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung stellt nämlich fest, daß die Flaute der österreichischen Wirtschaftskonjunktur fühlbarer geworden ist und die Konjunkturverflachung weiter zunimmt. Davon war in Ihrer Erklärung nichts zu lesen.

Ende März ist die Industrieproduktion in weiten Bereichen unter das Vorjahrsniveau gesunken. Im Jänner 1967 hat die Industrie um 0,6 Prozent weniger als im Jänner 1966 erzielt. Bedeutend ungünstiger noch entwickelte sich die Produktion in der Investitionsgüterindustrie. Hier war sie sogar um 7 Prozent geringer als zur gleichen Zeit des Vorjahrsmonats. Alle Investitionsgütergruppen mußten ihre Erzeugung drosseln. Am stärksten fiel die Produktion fertiger Investitionsgüter. Diese lag sogar um 12 Prozent unter dem Vorjahresniveau.

Was dieser Rückgang bedeutet, brauche ich Ihnen, meine Damen und Herren, die Sie alle einigermaßen ökonomisch vorgebildet sind, nicht weiter auszuführen. Diese Minderung setzt die Tendenz, die sich im zweiten Halbjahr 1966 bereits anbahnte, nur fort, und es besteht durchaus kein Anlaß zu dem vom Herrn Bundeskanzler Dr. Klaus zur Schau gestellten Optimismus und noch weniger Anlaß für ihn, mit Selbstzufriedenheit auf die angeblichen Leistungen der Österreichischen Volkspartei-Alleinregierung zurückzublicken.

Aber auch die weitere Tatsache, Herr Bundeskanzler, die Sie hervorhoben, nämlich daß die Vollbeschäftigung 1966 einen neuen Höchststand darstellt, bedarf einer genauen Erläuterung. Während zum Beispiel die Beschäftigung im vierten Quartal 1966 wie üblich — das ist absolut unbestritten — unter die des Jahresdurchschnitts sank, gab es Ende März 1967 aber bereits um fast 5000 oder 7 Prozent mehr Arbeitslose als im März 1966, wovon allein 4000 auf Bauarbeiter entfielen, die infolge der schleppenden und unzulänglichen Auftragsvergabe vor allem des Bundes noch keinen Arbeitsplatz gefunden hatten. Der Verzug der Bausaison allein beeinflusste wesentlich die Struktur dieser Arbeitslosigkeit. Aber auch im April, Herr Bundeskanzler, gab es noch immer um 3700 Arbeitslose mehr als im Vorjahrsmonat.

Aber deutlicher als in der Arbeitslosigkeit spiegelt sich die Konjunkturdämpfung im Stellenangebot wider. Die Zahl der offenen Stellen stieg zum Beispiel im März um 5000 schwächer, als im vergangenen Jahr und als saisonmäßig zu erwarten war, obwohl vor

allem das Wetter im März ja bereits sehr günstig für den Beginn der Bausaison gewesen wäre. Die Zahl der offenen Stellen lag um 7700 unter dem Vorjahr und überstieg damit nur knapp den Stand von 1963. Die Zahl der heimischen Beschäftigten, Herr Bundeskanzler — und das ist sehr bedenklich —, ist seit dem Vorjahr um etwa 50.000 Personen gesunken. Dieser Rückgang läßt sich, wie das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung ja festgestellt hat, nicht mehr allein auf die Einführung des 9. Schuljahres zurückführen, wie man das im Vorjahr erklärt hat. Die Tatsache, daß im heurigen Jahr mehr Arbeitslose, weniger Beschäftigte und weniger offene Stellen vorhanden sind, deutet sehr eindeutig auf eine Konjunkturdämpfung hin. Die Auswirkungen sind vorerst allerdings zum größten Teil auf den Bauarbeitersektor beschränkt. Doch war auch in verschiedenen anderen Berufen die Arbeitslosigkeit heuer bereits größer als im Vorjahr.

Man nimmt aber auch in Wirtschaftskreisen an, Herr Bundeskanzler, daß sich die ersten Anzeichen der Konjunkturdämpfung auf dem Arbeitsmarkt noch wesentlich verstärken werden. Und diese Tatsachen widersprechen diametral, möchte ich sagen, der von Ihnen, Herr Bundeskanzler, abgegebenen Erklärung. Gestatten Sie mir jetzt den Ausdruck, er ist nicht sehr höflich: Die destruktive und verantwortungslose Tätigkeit der von Ihnen, Herr Bundeskanzler, geführten Regierung kommt in diesem Zusammenhang nicht nur dadurch zum Ausdruck, daß sie keine entsprechenden Maßnahmen gegen die Verschlechterung unserer wirtschaftlichen Situation zu ergreifen bereit war, sondern vor allem auch dadurch, daß sie, wie dies Herr Universitätsprofessor Dr. Koren — seit einigen Wochen Ihr Staatssekretär — in der vergangenen Woche in Innsbruck zum Ausdruck gebracht hat, eine Konjunkturverflachung durch bewußte Maßnahmen herbeigeführt hat.

Ich erspare Ihnen dabei, das zu zitieren, weil es bereits am Mittwoch meines Wissens Kollege Peter zitiert hat. Aber eines hat er übersehen, was man noch hätte zitieren müssen, nämlich daß der Herr Staatssekretär Doktor Koren noch unter anderem sagte, daß er als seine vordringlichen Aufgaben eine grundlegende Verbesserung der Instrumente der Investitionsfinanzierung, die Ankurbelung der unzureichenden Investitionsneigung und die Konzentration aller Anstrengungen auf regionale und branchenmäßige Schwachbereiche bezeichne.

Und da muß ich jetzt dem Herrn Dr. Bassetti widersprechen — er ist nicht da, er ist wahrscheinlich beim Abendessen —, der erklärt

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs

hat, daß Dr. Kienzl sagte — bei derselben Konferenz —, daß das Wirtschaftswachstum nebensächlich sei und daß man ganz andere Maßnahmen ergreifen müsse. Ich darf auch hier wörtlich zitieren, und zwar ist das die amtliche „Wiener Zeitung“ vom 13. Mai 1967. Hier steht nämlich wörtlich:

„Generalrat Dr. Kienzl erklärte, die Wirtschaftsprognostiker der OECD hätten vorge-rechnet, daß Österreich in sieben Jahren das niedrigste Pro-Kopf-Einkommen unter allen europäischen Industriestaaten haben werde, wenn sich unser Wirtschaftswachstum dem Trend der letzten Jahre entsprechend weiter-entwickelt.“

Genau das Gegenteil von dem steht hier, was Herr Dr. Bassetti in vielleicht etwas demagogischer Weise am Mittwoch von sich gab.

Aber die Äußerung des Herrn Staatssekretärs Dr. Koren, daß eine unzureichende Investitionsneigung vorhanden ist, meine Damen und Herren, widerspricht doch eigentlich der vielgerühmten Unternehmerinitiative, die hier vollständig versagt hat. Man hat sich nicht den Kopf über neue Produktionen oder neue Produktionsverfahren bei uns zerbrochen, sondern man ist den viel bequemeren Weg gegangen, nämlich den Weg der Lizenzaufnahme, wie dies die Lizenzausgaben im Ausland immer deutlicher zutage bringen, denn bis vor zwei, drei Jahren waren die Lizenzen, die wir vom Ausland erhielten, wesentlich höher als die Lizenzgebühren, die wir ans Ausland zahlten; heute ist es genau umgekehrt. Heute zahlen wir wesentlich mehr Lizenzen an das Ausland, als wir einnehmen. Aber was heißt das, meine Damen und Herren, mit anderen Worten? Man darf sich dann gar nicht wundern, wenn unsere so wenig initiativen Unternehmer für veraltete Verfahren und Produkte Lizenzen bezahlen und sich schließlich dann immer noch wundern, daß sie diese Erzeugnisse auf dem Markt nicht mehr wettbewerbsfähig unterbringen können. (Abg. Staudinger: Das ist nur die stark verkürzte englische Art der Betrachtung!)

Haben Sie eine Ahnung von einer kurzen englischen Betrachtung, Herr Kollege Staudinger. Das hat etwas mit der Industrie zu tun und nicht mit dem Handel, wo Sie vielleicht bewandert sein mögen, aber hier würde ich Ihnen doch vielleicht raten, sich nicht allzusehr in diese Diskussion einzumengen.

Herr Bundeskanzler! Sie erwähnten in Ihren Ausführungen auch, daß nach dem Verbraucherpreisindex die Steigerung des Preisniveaus mit 2,2 Prozent die geringste seit Jahren gewesen sei. Das stimmt vollkommen. Allerdings muß man dabei den Eindruck

gewinnen, daß diese geringe Steigerung der Preise nur auf die Tüchtigkeit Ihrer eigenen Regierung zurückzuführen sei. (Abg. Doktor Klaus: Woraus schließen Sie das? Aus welchen Worten schließen Sie das, Herr Abgeordneter?) Weil Sie damit stolz sagen, daß sie die geringste seit Jahren war. (Abg. Dr. Klaus: Das ist eine Tatsache!) Aber entschuldigen Sie, Herr Bundeskanzler, wenn Sie einen Bericht über ein Arbeitsjahr geben (Abg. Dr. Klaus: Da ist ja keine Wertung drinnen!) und nicht über ein Kalenderjahr — das ist ein kleiner Irrtum und ein Unterschied —, dann hätten Sie auch das erste Quartal 1967 mit einbeziehen müssen, und dann hätten Sie Ihre Wunder erlebt, wie ich Ihnen das gleich sagen werde. (Abg. Dr. Withalm: Wer wäre dann schuld daran?) Sie natürlich! Und Ihr Finanzminister, Herr Dr. Withalm. Denn der war ja der Preistreiber, daß der Preisindex plötzlich auf 4,5 Prozent gestiegen ist. (Zwischenrufe.) Seien Sie nicht so hudelig. Herr Generalsekretär, ich werde Ihnen das noch ganz sachlich auseinandersetzen. (Abg. Dr. Withalm: Ich habe noch gar nichts gesagt!) Ich bin immer sehr sachlich, und die Zahlen können Sie jederzeit überall nachprüfen. Ich bin auch bereit, Ihnen zu sagen, wo ich die Zahlen überall gefunden habe.

Nun komme ich aber zum Verbraucherpreisindex zurück. (Zwischenruf des Abg. Doktor Withalm.) Ein Momenterl, Herr Generalsekretär, warten Sie doch ein bißchen, Sie können es gar nicht mehr erwarten. Ich sehe ein, es ist viertel neun, aber ich habe Ihnen auch sehr geduldig zugehört. (Abg. Doktor Withalm: Ich höre zu!) Sie unterbrechen öfter. (Abg. Dr. Withalm: Ich werde mich sehr bemühen! Ich bin einige Male unterbrochen worden, ob Sie es waren, weiß ich nicht, aber von Ihrer Seite!) Ich bin auch einige Male von allen Seiten unterbrochen worden, aber mich stört ja das weiter nicht, denn ich bewahre die Ruhe. (Abg. Probst: Die guten Monate ins Kröpfchen, die schlechten ins Töpfchen! — Abg. Dr. Withalm: Selbstverständlich!)

Wenn ich diesen Verbraucherpreisindex analysiere — anscheinend haben Sie nicht gern Analysen, denn sonst würden Sie nicht so nervös werden ... (Abg. Doktor Withalm: Wer?) Sie nicht, nein. (Zwischenruf des Abg. Guggenberger.)

Davon verstehen Sie doch überhaupt nichts. Warum mischen Sie sich da schon wieder hinein? Es ist doch eigenartig, daß die Leute immer davon reden, wovon sie gar nichts verstehen. (Heiterkeit bei der SPÖ. — Abg. Guggenberger: Ich beziehe mein Wissen

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs

aus dem Gewerkschaftlichen Nachrichtendienst, da müßte lauter Blödsinn drinnen stehen!) Es ist nur eine Frage, lieber Freund, wie man das, was man liest, verwertet. Das scheint mir nicht ganz am Platz zu sein. (*Zwischenruf des Abg. Guggenberger.*) Sie sind keine Regierung, Sie kommen garantiert nicht in die Regierung. Das glaube ich Ihnen aufs Wort.

Ich hoffe, daß ich jetzt endlich meinen Gedankengang fortsetzen darf. Wenn ich diesen niedrigen Verbraucherpreisindex analysiere, so ist er darauf zurückzuführen, daß die Steigerung des Index im zweiten Quartal 1966 — Herr Bundeskanzler, Sie werden mir beipflichten — nur 1,6 Prozent betrug und im dritten Quartal sogar nur 0,6 Prozent.

Worauf war das zurückzuführen? (*Abg. Guggenberger: Das habe ich ja schon gesagt!*) Nein, Sie verstehen das nicht. Diese niedrige Preiserhöhung in beiden Quartalen ist aber davon abzuleiten, daß die enormen Preissteigerungen — und jetzt geben Sie acht, Herr Kollege — bei Obst und Gemüse im Jahre 1965 (*Abg. Guggenberger: Damals war die Regierung schuld!*) infolge einer guten Ernte im Jahre 1966 — hudeh Sie doch nicht, sonst kommen Sie mit dem Gedankengang nicht mit (*Ruf bei der SPÖ: Er kommt eh nicht mit!*); das merkt man ohnehin — zurückgegangen sind, sodaß durch den großen Preisrückgang dieser Saisonprodukte alle übrigen in der Zwischenzeit eingetretenen Preiserhöhungen überdeckt wurden.

Und jetzt komme ich zu dem, wozu Sie mich aufgefordert haben, Herr Generalsekretär. (*Abg. Dr. Withalm: Ich unterbreche nicht!*) Danke vielmals. Daß dagegen Ihre Regierung aber selbst als Preistreiber aufgetreten ist, haben Sie in Ihrer Erklärung, Herr Bundeskanzler, nicht erwähnt. Die Methode Ihrer Regierung, zusätzliche Einnahmen zu erschließen, war mehr als unsozial.

Und das, Herr Kollege Withalm, ist, hoffe ich, nicht Ihre Auffassung von der echten Demokratie, die Sie uns vorhin hier dokumentiert haben, denn durch die bereits im August 1966 eingetretene Erhöhung der Personen- und Gütertarife und der Mineralölsteuer ... (*Abg. Dr. Klaus: Ist es in der Koalitionsregierung nie der Fall gewesen, daß Tarife und Steuern erhöht worden sind?*) Entschuldigen Sie, Herr Bundeskanzler: Sicherlich, aber man hat eine Abgeltung gegeben. Ich werde gleich sagen, wie diese Abgeltung hier aussieht. Sie haben eines dabei übersehen: Wenn Sie nämlich gleichzeitig Fracht der Schiene und Fracht der Straße im Preis erhöhen, erhöhen sich automatisch die Fracht-

gebühren, erhöht sich automatisch die Belastung für jedes sowohl auf der Schiene als auch auf der Straße geführte Produkt.

Außerdem haben Sie durch die ab 1. Jänner 1967 erfolgten Gebührenerhöhungen bei Post und bei Telephon sowie durch den Subventionsabbau gerade die Verbraucher mit den kleinsten Einkommen am meisten belastet, denn das, was Sie ihnen an Entgelt geboten haben, war null und nichtig.

Dabei scheint Ihnen, Herr Bundeskanzler, wie auch Ihrer Regierung gar nicht zu Bewußtsein gekommen zu sein, daß auf der anderen Seite Tarif- und Gebührenregulierungen Überwälzungsvorgänge in der Wirtschaft hervorrufen, die kosteninflationär wirken. Und die Folge haben wir ja. „Kosteninflationär“ heißt nichts anderes, als daß Preisverteuerungen eingetreten sind.

Mit dieser durch die Regierung hervorgerufenen Teuerungswelle widersprechen aber Sie, Herr Bundeskanzler, Ihrer abgegebenen Erklärung über die Sicherung der Geldwertstabilität — das steht in Ihrer Erklärung drinnen —, um die Sie sich angeblich so bemüht gezeigt haben. (*Abg. Dr. Klaus: Das war ein echtes Ziel!*) Es war natürlich ein echtes Ziel: die Preise in die Höhe zu treiben und den Geldwert dadurch ins Schwanken zu bringen. Das ist auch ein Ziel, natürlich. Aber man nennt dieses Ziel dann Inflation, Herr Bundeskanzler, und nicht Geldwertstabilisierung. Denn mit Ihrer Genehmigung, Herr Bundeskanzler, ich kann es mir nicht anders vorstellen, hat zum Beispiel der Herr Finanzminister — er ist nicht da — in seiner Rede zum Budget 1967 erklärt, daß er durch den „Griff in die Taschen der Verbraucher“ eine Umschichtung von potentiellen Konsumausgaben zugunsten der Investitionen vornehme. (*Abg. Staudinger: Ganz im Sinne Aussch!*) Ja, nur haben Sie die Seite verwechselt, Herr Kollege. (*Abg. Dr. Withalm: Das macht Schiller in der Bundesrepublik so!*) Nur macht er es etwas anders, Herr Dr. Withalm! Er schichtet um, verwendet es aber zu Investitionen. Nur Ihr Finanzminister nicht. (*Abg. Dr. Withalm: Das machen Strauß und Schiller genauso wie wir!*) O nein, da haben Sie schlecht gerechnet. Er hat 3,2 Milliarden Schilling Konsumkraft abgeschöpft, hat 2,7 Milliarden Schilling, großteils zweckgebunden, für Investitionen gegeben und hat mit den 0,5 Milliarden Schilling sein Loch im Budget gestopft und keine Investitionen gemacht. Das ist ein kleiner Unterschied. (*Abg. Dr. Klaus: 3,2!*) Ja, ganz richtig, aber er hat nur 2,7 für Investitionen zur Verfügung gestellt, Herr Bundeskanzler. Sie können das genau im Bundesfinanzgesetz 1967 nachsehen.

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs

Wenn Sie sich nun — jetzt komme ich wieder zum Verbraucherpreisindex zurück — den Verbraucherpreisindex für das erste Quartal 1967 ansehen ... (Abg. Guggenberger: *Das war eine Umschichtung zugunsten der Familien!*) Ja, ja, Sie haben eine Ahnung von Umschichtung. Es ist sagenhaft, was Sie da sagen. Eine Umschichtung für die Familien, wo man für den Liter Milch um 1 S mehr zahlen muß! Das nennen Sie „zugunsten der Familien“. Da haben Sie einen schönen Begriff von einer „Umschichtung zugunsten der Familien“. (Abg. Guggenberger: *Daß die Kinderbeihilfen erhöht worden sind, nehmen Sie einfach nicht zur Kenntnis!*) Sie haben zur Kenntnis genommen, daß Sie für den Liter Milch um 1 S mehr zahlen müssen. Sie sind ja auch bei der Regierungspartei! (Abg. Dr. Withalm: *Was vergütet die Gemeinde Wien denen, die durch die Erhöhung der Straßenbahntarife geschädigt sind, also wirklich der kleine Mann?*) Herr Kollege Withalm! Wir sprechen hier im Nationalrat, und wir sprechen hier vom Bund. (Abg. Dr. Withalm: *Aber der Grundsatz ist der gleiche!*) Dann sprechen Sie vielleicht im Wiener Gemeinderat. Aber wir sind hier dafür zuständig, für den Bund zu sprechen, und der Bund, das heißt Ihre Regierung ist als Preistreiber aufgetreten. (Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Lanc: *Gehen Sie nicht auf die Frau Dr. Schaumayer so los!* — *Zwischenrufe.*) Das Gefühl habe ich auch. (Neuerliche Zwischenrufe.) Ich bin Österreicher und nicht Engländer, ich überlasse es Ihnen, so zu sprechen, wie Sie wollen.

Hohes Haus! Darf ich nun weiterreden? (Abg. Dr. Gorbach: *Ja, bitte!*) Das ist reizend, Herr Altkanzler. Herr Bundeskanzler und Herr Dr. Withalm! Jetzt muß ich Sie fragen, denn ich bin überzeugt, daß auch Sie die Erklärung sehr genau kennen: Ist das das in der Erklärung abgegebene Leitbild der Regierung, verantwortlich für alle Österreicher zu handeln, also eine Politik für alle Österreicher zu betreiben? Ist das die in Ihrer Erklärung abgegebene These, daß sich keine Wirtschaftspolitik auf die Dauer behaupten kann, wenn sie nicht der gerechten Verteilung der Einkommen das erforderliche Augenmerk zuwendet? Das finden Sie sehr gerecht, wenn Sie den Kleinstverdienenden so enorm belasten und ihm dafür keine Entlastung geben? (Abg. Dr. Klaus: *Wie hoch war denn die Realeinkommensteigerung bei den Masseneinkommen?*) Herr Bundeskanzler, das war doch nicht real, was Sie da hineingeschrieben haben! (Abg. Dr. Klaus: *Dann sage ich Ihnen: Das Institut für Wirtschaftsforschung, wo ganz prominente Sozialisten im Vorstand und im Kuratorium sind,*

hat das, was ich hier gesagt habe, behauptet! Die reale Einkommensteigerung des Jahres 1966!) Nein, die haben nicht von realen 10 Prozent gesprochen wie Sie in der Erklärung! Sie müssen davon, wenn Sie von real sprechen, noch all das in Abzug bringen, was uns Ihr Finanzminister von vornherein abzieht, und das in Form der Steuer. Was Sie gebracht haben, ist nicht die reale Steigerung! (Abg. Dr. Klaus: *Ich habe die reale Einkommensteigerung aus dem Bericht des Instituts zitiert!*)

Ich bitte Sie, Sie wollen doch nicht behaupten, daß 12 Prozent real sind, was die Arbeiter und Angestellten im Jahre 1966 verdient haben! (Abg. Dr. Withalm: *Real 6 bis 7 Prozent!* — Abg. Dr. Klaus: *Das ist nicht das, was ich gesagt habe!*) Was haben Sie gesagt, Herr Bundeskanzler? Sagen Sie, was Sie gesagt haben! (Abg. Dr. Klaus: *6 bis 7 Prozent!*) Das steht in der Erklärung nirgends! (Abg. Dr. Klaus: *Warum lesen Sie denn das nicht?*) Ich habe sie sehr genau gelesen, sonst könnte ich Sie ja nicht widerlegen! Ich wäre sehr erfreut, Herr Bundeskanzler, wenn Sie mir das dann zeigen würden. Ich habe allerdings 10 Prozent gelesen, aber das macht nichts. Es steht 10 Prozent. Sie sprachen von 10 Prozent bei Lohneinkommen. (Abg. Dr. Withalm: *6 bis 7 Prozent! Sie haben gesagt 12 Prozent, das ist brutto!*) Einen Moment! Der Herr Bundeskanzler sagte, daß das real war, und davon zog er die Preissteigerungen ab; aber er zog nicht davon ab, was ihm der eigene Finanzminister noch aus der Tasche zog. Dann wären Sie nämlich erst beim Realen. (Abg. Dr. Withalm: *6 bis 7 Prozent sind real!*) Aber, Herr Dr. Withalm, das ist doch keine Angelegenheit, das ist eine simple Rechnungsmethode, nichts anderes! (Lebhafte Zwischenrufe bei der ÖVP. — *Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen.* — *Bundeskanzler Dr. Klaus begibt sich auf die Regierungsbank und zeigt dem Redner seine Unterlagen.*) Herr Bundeskanzler, hier haben Sie die 10 Prozent, von denen ich gesprochen habe! Hier stehen 10 Prozent, darüber sind wir uns schon einig: Die Lohn- und Gehaltssumme ist um 10 Prozent gestiegen. Der Herr Bundeskanzler hat es in seiner Erklärung selbst gesagt. Hier steht es sehr genau. Es steht sogar das netto! Aber er wird mir wahrscheinlich darauf antworten und wird mich wahrscheinlich berichtigen.

Und nun muß ich Sie noch einmal fragen, Herr Bundeskanzler — verzeihen Sie vielmals, ich muß Sie schon wieder fragen —: Ist das eigentlich mit Ihrer Behauptung vereinbar, daß alle Bevölkerungsschichten einen entsprechenden Anteil am wachsenden Sozialprodukt erhalten sollen, wenn Sie durch Ihre

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs

Handlungen die Masse der österreichischen Bevölkerung mit Milliardenbeträgen belasten und nur einigen wenigen Großen Milliarden-geschenke machen? (*Abg. Guggenberger: Das ist Ihre Behauptung! Wem geht es denn schlechter in Österreich? Antworten Sie!*) Ihnen bin ich doch gar keine Rechenschaft schuldig, Sie komischer Kindskopf! (*Lebhafte Zwischenrufe.*)

Präsident Wallner (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte, den Redner nicht fortwährend zu unterbrechen, wir halten uns selbst in der Verhandlung auf!

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs (*fortsetzend, als Abg. Dr. Withalm auf die Broschüre weist*): Sie reden immer netto. (*Abg. Dr. Withalm: „7 bis 8 Prozent“!*) Ich habe gesagt brutto! (*Abg. Ing. Häuser: Er hat ein eigenes Exemplar! — Abg. Dr. Klaus, der inzwischen zu seinem Abgeordnetensitz zurückgekehrt ist, weist auf einen Bericht des Wirtschaftsforschungsinstitutes: Davon stammen meine Ziffern! Im Vorstand befinden sich dort Präsident Hrdlitschka, Präsident Benya, Vizebürgermeister Slavik ...!*) Verzeihen Sie Herr Bundeskanzler, der Vorstand errechnet nicht diese Zahlen! Darüber sind wir uns doch im klaren! Diese Zahlen werden doch von den Beamten dort errechnet! (*Abg. Dr. Klaus: Aber daß der Vorstand falsche Zahlen billigt?*) Da wird doch der Vorstand nicht gefragt, ob das Heft herauskommen darf oder nicht! Herr Bundeskanzler, da muß ich schon sagen, man muß sich doch etwas besser informieren! (*Abg. Dr. Staribacher: In diesem Haus sitzen mindestens ein halbes Dutzend Personen, die dort im Kuratorium sind! — Abg. Dr. Klaus: Auch Sie! Ich habe vergessen, auch Sie vorzulesen! — Heiterkeit.*) Herr Bundeskanzler, fragen Sie ihn doch, ob er den Bericht immer liest! (*Weitere Zwischenrufe. — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen.*) Das ist eine echte parlamentarische Debatte: Alles redet durcheinander, nur der, der da steht, darf nicht reden!

Herr Bundeskanzler, nachdem dieses kleine Intermezzo erledigt ist und Sie doch zum Teil überzeugt sind, daß ich nicht gar so unrecht gehabt habe mit den von Ihnen genannten Zahlen ... (*Abg. Dr. Klaus: Das war doch die Lohnsumme, nicht die reale Einkommensteigerung! Sie verwechseln das!*) Die 10 Prozent lassen sich nicht leugnen, ich verwechsle das nicht! Wenn einer von uns zweien das verwechselt, dann bin es nicht ich! Das andere überlasse ich Ihnen zu überlegen.

Und nun, Herr Bundeskanzler, muß ich Sie wieder etwas fragen: Glauben Sie, daß die Wachstumsgesetze, die Ihre Partei gegen unsere ausdrückliche Warnung und gegen unsere Stimmen durchgepeitscht hat, der Wirtschaft

wirklich Wachstumsimpulse gegeben haben? (*Abg. Dr. Klaus: Ja!*) Das ist dann ein Aber-glaube! Sie haben nur eines zuwege gebracht, sie haben 2 Milliarden Schilling Ausfall im Budget gebracht. Der Herr Finanzminister hat vor einigen Tagen erklärt: Im Jahre 1968 habe ich ein Loch von 8 Milliarden Schilling. Wie wollen Sie das decken? Sie wollen doch nicht genau so kindlich sein wie er und sagen: Ich gehe auf den Kreditmarkt und werde 8 Milliarden durch Kreditoperationen decken! Wie wollen Sie denn das? Das hat der Finanzminister gesagt, nicht ich, denn ich hätte so etwas nie gesagt. An diese Wachstumsgesetze, Herr Bundeskanzler, glaubt nicht einmal Ihr eigener Finanzminister! Sonst hätte er nicht vor einigen Wochen, wie man in der Zeitung lesen konnte, gesagt, daß man als Mittel zur Beseitigung der Strukturschwächen unserer Wirtschaft auch diese Wachstumsgesetze novellieren muß. (*Abg. Dr. Kreisky: Er hat sich dem Kabarett verschrieben! — Heiterkeit. — Abg. Probst: Dort hat er eine Quiz-Steuer verlangt!*) Ich nehme an, Herr Bundeskanzler, Sie haben das genauso gelesen wie ich. Wir Sozialisten, darf ich hier noch einmal festhalten, haben bei der Debatte bereits darauf verwiesen, daß diese Gesetze keine Wachstumsimpulse auslösen werden, so wie es auch der Rückgang der Investitionsgüterindustrie im heurigen Jahr beweist. Man hat sich sogar damals zu der Äußerung verstiegen, daß die Tatsache, daß überhaupt diese Gesetze — so wurde es im Ausschuß gesagt — beschlossen werden sollen, bereits genügt, die Investitionstätigkeit der privaten Wirtschaft anzuregen. (*Abg. Czettel: Die Verheißungstheorie!*)

Herr Bundeskanzler, ich muß Sie heute fragen: Glauben Sie wirklich auch noch an dieses Märchen? (*Abg. Dr. Klaus: Zur Hälfte ist die internationale Lage schuld, daß unsere Industrie nicht so investiert, wie es sein soll! — Abg. Ing. Häuser: Zur anderen Hälfte Sie!*) Natürlich, weil ja, wie gesagt, die Initiative fehlt. Das habe ich eingangs erwähnt. Aber eines ist tatsächlich eingetreten, meine Damen und Herren: daß durch die verringerten Staatseinnahmen, die diese Regierung durch Tarif- und Gebührenerhöhungen und durch Subventionsabbau auszugleichen versuchte, bei einer saldenorientierten Budgetpolitik das Investitionsvolumen verringert wurde. Ich glaube, das ist allen verständlich. Durch die Wachstumsgesetze ist nämlich nur eines eingetreten: eine Erhöhung der privaten verfügbaren Einkommen (*Abg. Dr. Pittermann: Die sind gewachsen!*), die allerdings nicht zu einer Erhöhung der privaten Investitionstätigkeit geführt hat. (*Abg. Dr. Kreisky: Genau!*) Das ist der Unterschied unserer beiden Auffassungen. Damit haben wir leider Gottes

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs

mit unserer Mahnung, die wir damals nicht nur im Ausschuß, sondern auch im Haus immer wieder deponiert haben, recht behalten, daß diese Wachstumsgesetze, die Sie beschlossen haben, die Ihre Regierung uns vorgelegt hat — Herr Generalsekretär Dr. Withalm hat damals stolz verkündet: einen von den 11 Punkten haben wir bereits erledigt (*Abg. Dr. Withalm: Es sind schon mehr!*) —, zu einer Verringerung der gesamtwirtschaftlichen Investitionstätigkeit und damit zu einer Verlangsamung des Wirtschaftswachstums führen werden. Das haben wir damals gesagt; leider Gottes haben wir heute recht behalten. (*Abg. Dr. Withalm: Aber doch nicht auf Grund der Wachstumsgesetze!* — *Abg. Dr. Klaus: Das ist doch allen bekannt, daß dies auf Grund der internationalen Lage so ist!* — *Abg. Dr. Pittermann: Die neue Ausrede!*) Natürlich, Herr Kanzler, das ist Ihre Ansicht, und Sie werden warten, bis in Deutschland vielleicht die Konjunktur wieder hochgeht und wir ein halbes Jahr später wieder nachzügeln werden. Da werden Sie schon sehr enttäuscht werden! (*Abg. Guggenberger: Genauso wie die Sophisten auf dem Areopag in Athen!*) Da fehlt Ihnen aber die Tunika dazu! (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.* — *Abg. Guggenberger: Die ist Gott sei Dank in Rom getragen worden und nicht in Athen!*) Ja, da hat man ein ähnlich kurzes Kittelchen getragen.

Noch etwas darf ich dazu erwähnen. Wir haben damals besonders hervorgehoben, daß bei der vorzeitigen Abschreibung der Verzicht auf regionale und strukturelle Differenzierung keinesfalls zur Beseitigung der strukturellen Schwächen unserer Wirtschaft führen wird, die auch nach Ihrer Ansicht, Herr Bundeskanzler, wie das in Ihrer Erklärung deponiert ist, eindeutig besteht, der Sie allerdings, wie sich auch wieder aus dieser Erklärung ableiten läßt, machtlos gegenüberstehen.

Ihre Maßnahmen haben also vollständig versagt. Das kann man, glaube ich, kurz und bündig feststellen. Wirtschaftswachstum kann man, meine Damen und Herren, nur mit einer konsequenten Wirtschaftspolitik erreichen. Eine solche haben aber Sie, Herr Bundeskanzler, mit Ihrer Regierung bisher noch nicht beschritten. Denn dazu — ob Ihnen das jetzt weh tut oder nicht, weiß ich nicht — ist ein Wirtschaftskonzept notwendig, das auf einer Input-Output-Analyse, einer Geldstromrechnung und einer vorausschauenden gesamtwirtschaftlichen Rechnung beruht und welches in erster Linie auf strukturelle und weniger auf konjunkturpolitische Probleme Rücksicht nimmt. (*Abg. Dr. Withalm: Das hat dem Kanzler nicht weh getan!*) Mit anderen Worten gesagt, Herr Bundeskanzler, wir haben weniger das

Problem der Aufrechterhaltung einer ausreichenden Nachfrage als vielmehr das Problem der Beseitigung der schwachen Stellen unserer Wirtschaft zu lösen.

Der technische Fortschritt, der Zwang zur Rationalisierung und Automatisierung infolge Ausschöpfung der Arbeitskraftreserven, die rasche Veränderung der Produktions- und Bedarfsstrukturen im Zusammenhang mit der von Ihnen sehr heftig angestrebten wirtschaftlichen Integration und auch die Leistungen für die Entwicklungshilfe werden noch lange in unserer Wirtschaft treibende Kräfte sein. Und hier, Herr Bundeskanzler, hätten Sie mit Ihrer Erklärung richtungweisend sein sollen und Orientierungsbehelfe für unsere Wirtschaft geben müssen. (*Abg. Dr. Klaus: Das steht doch in der Regierungserklärung vom 20. April 1966!*) — Nichts steht drinnen! Das haben Sie unterlassen! — Dies deshalb, weil künftig nicht erwartet werden kann, daß alle Bereiche unserer Wirtschaft von der Konjunktur erfaßt bleiben. Da hätten Sie einsetzen müssen.

Als sicher kann aber angenommen werden, daß sich der Strukturwandel der Wirtschaft weiter beschleunigen wird — ich glaube, darüber sind wir einer Meinung —, was insbesondere, wie wir glauben, auf folgende Ursachen zurückzuführen ist: Das gesamte verfügbare Arbeitsvolumen verringert sich. Das habe nicht ich festgestellt, sondern nach Schätzungen des Wirtschaftsforschungsinstitutes soll es im Jahre 1970 um rund 10 Prozent geringer sein als 1960. Diese Entwicklung zwingt die Expansionsindustrien — das steht in dem Heft, das mir zuvor der Herr Bundeskanzler gezeigt hat —, sofern wir noch solche bei uns haben, künftig im vermehrten Maße dazu, auf Beschäftigte zurückzugreifen, die in volkswirtschaftlich unterdurchschnittlich produktiven Industriezweigen tätig sind.

In Österreich wird die entwicklungsbedingte Überführung von Arbeitskräften eines stagnierenden Industriezweiges in einen expandierenden Zweig durch das vollkommene Fehlen einer aktiven Arbeitsmarktpolitik nicht nur erschwert, sondern auch verhindert. Bei uns ist die Lösung des Arbeitsmarktproblems besonders dringend. Während die externe Entwicklung die Notwendigkeit zu strukturellen Anpassungen erhöht, nimmt die natürliche Anpassungsfähigkeit der Arbeitskraft ab: Für die kommenden Jahre wird mit der Abnahme der Zahl der Erwerbstätigen gerechnet, und dies besonders unter der Gruppe der jüngeren und anpassungsfähigeren Erwerbstätigen.

Ein weiterer Faktor besteht darin, daß die Wachstumsrate in Österreich mehrere Jahre schon beträchtlich hinter jenen der EWG-

4464

Nationalrat XI. GP. — 55. Sitzung — 19. Mai 1967

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Wechs

Länder zurückbleibt. Ein weiteres Zurückbleiben könnte durch die Auswanderung gerade der dynamischsten Elemente der Arbeitskraft in die Nachbarländer mit höherem Einkommen nur noch kumulativ werden; Tendenzen in dieser Richtung bestehen eindeutig.

Meine Damen und Herren! In den Schlußfolgerungen der OECD-Studie über den österreichischen Arbeitsmarkt wird die Notwendigkeit betont, eine Arbeitsmarktpolitik durchzuführen, durch welche ein Umbau der Wirtschaft zugunsten der produktivsten Zweige erleichtert wird. Wenn den Arbeitern während der Zeit, in welcher sie sich an neue Arbeitsplätze anpassen, eine bessere Form von wirtschaftlicher und sozialer Unterstützung geboten werden könnte, wäre ein allmählicher Abbau der Erhaltungsmaßnahmen für Arbeitsplätze in nicht konkurrenzfähigen Branchen durchführbar. So die Studie der OECD über Arbeitsmarktpolitik. Wir haben einen diesbezüglichen Antrag über geeignete Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik bereits am 1. Dezember 1966 eingebracht, dessen befristete Behandlung Sie allerdings, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, vorgestern abgelehnt haben.

Hohes Haus! Herr Universitätsprofessor Dr. Weber — ich glaube kaum, daß er den Sozialisten nahesteht, geschweige denn, daß er einer ist — stellt in seinem Artikel „Das Budget und seine Reform“ sehr treffend fest, daß die finanzwirtschaftlichen Aktionen des Staates Wirkungen auf den privaten und umso mehr auf den öffentlichen Sektor ausüben.

Mit ihrer Vervielfachung und Vervielfältigung — so Dr. Weber — wird es daher immer wichtiger, die ökonomischen Effekte des Bundesbudgets sowie überhaupt aller Haushalte der einzelnen Gebietskörperschaften einschließlich der Fonds möglichst genau und rasch zu erkennen. Derart bedarf die öffentliche Finanzwirtschaft aus rein ökonomischen Gründen einer gewissen Vorschau oder Projektion und sogar echter Planung. So Universitätsprofessor Dr. Weber.

Und wenn ein so renommierter Gelehrter wie Professor Weber feststellt, was wir Sozialisten von Ihnen schon immer wieder gefordert haben, dann muß es doch Ihrer Partei, Herr Bundeskanzler, endlich dämmern, daß ein Weiterwursteln wie bisher unser Land in noch größere Gefahr bringt, ein Entwicklungsland wie viele asiatische oder afrikanische Staaten zu werden.

Haben wir Ihnen, Herr Bundeskanzler, nicht schon bei jeder Budgetdebatte gesagt, wie notwendig es wäre, endlich die Aufgaben

der Budgetpolitik so zu sehen, daß sie einen wichtigen Beitrag zur Wachstumsförderung, zur Geldwertsicherung und zur Vollbeschäftigung leisten? Wie Professor Dr. Weber bestätigt, war auch unsere Forderung, daß die Budgetpolitik bewußt im Rahmen einer umfassenden langfristigen Konzeption geführt und die bisherige einjährige Budgetplanung durch ein mehrjähriges Rahmenprogramm ergänzt werden muß, vollständig richtig.

Durch eine derartige Konzeption wäre es auch leichter möglich gewesen, die von Ihnen angedeuteten großen Infrastrukturvorhaben, die über mehrere Jahre gehen, durchzuführen. Von der Bereinigung der Infrastruktur oder gar von der dazu erforderlichen Infrastrukturplanung haben Sie, Herr Bundeskanzler, allerdings fast nichts gesprochen — Sie deuteten es zart und mäßig an, wie ich bereits einmal erwähnte —, obwohl gerade in dieser Situation die öffentliche Hand direkt die Verantwortung für bestimmte Wirtschaftsbereiche hätte, für die sie auf Grund ihrer wirtschaftlich beherrschenden Stellung als Auftraggeber oder als Unternehmer die Entwicklung in hervorragendem Maße zu bestimmen vermag. Daß dazu mehrjährige Investitionsprogramme erforderlich und die dafür notwendigen finanziellen Mittel sicherzustellen sind, davon scheinen Sie noch nichts gehört zu haben. Daß es notwendig wäre, in Anlehnung an zahlreiche Beispiele in westlichen Industriestaaten eine Einrichtung zu schaffen und diese mit ausreichenden finanziellen Mitteln auszustatten, deren Aufgabe in der Förderung von Industriebetrieben, in Industrie Gründungen und in der Förderung des Gewerbes bestehen soll, haben Sie in Ihrer Erklärung nicht einmal am Rande erwähnt.

Meine Damen und Herren! Die vom Herrn Bundeskanzler erwähnte große Lohn- und Einkommensteuerreform schaut für die Arbeitnehmer mit geringem Einkommen sehr, sehr dürftig aus. Es steht außer Zweifel, daß durch die Einführung eines Freibetrages für den alleinverdienenden Familienerhalter dieser gegenüber dem derzeitigen Zustand begünstigt wird. Aber das, was die Arbeitnehmer von der Lohnsteuerreform erwartet haben, nämlich eine starke Änderung der Progression des Steuertarifes in den unteren und mittleren Einkommenstufen, das ist leider nicht eingetreten. Erst bei höheren Einkommen wirkt sich die vorgesehene Tarifsenkung spürbar aus. Von der Forderung des Gewerkschaftsbundes und des Österreichischen Arbeiterkammertages, die Progression bis zu einem Monatseinkommen von 6000 S wesentlich herabzusetzen, steht leider nichts in Ihrer Erklärung, Herr Bundeskanzler.

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs

Es bleibt wie ein roter Faden im Steuerentwurf die Tatsache bestehen, daß dort, wo Änderungen vorgenommen wurden, diese den Höchsteinkommen unsozial hohe Vorteile bringen. Die steile Progression in Verbindung mit dem vorgeschlagenen Absetzbetrag wird nur einer kleinen, aber einkommenstarken Bevölkerungsschicht umso mehr Ersparnisse bringen, je höher deren Einkommen ist.

Nach Auffassung des Gewerkschaftsbundes und des Arbeiterkammertages kann man durch steuerliche Maßnahmen allein die Mehrheit der Familienerhalter überhaupt nicht entlasten, sondern es müßte für diese gleichzeitig eine Erhöhung der Kinderbeihilfen um 50 S erfolgen.

Mit ganz besonderem Nachdruck fordern beide Institutionen eine Vorziehung der Steuerreform auf den 1. Juli 1967, um dadurch zumindest eine geringfügige Entlastung für die eingetretenen Preiserhöhungen zu erhalten. Diese Forderungen der Institutionen haben Sie, Herr Bundeskanzler, nicht zur Kenntnis genommen, sonst würden Sie in Ihrer Erklärung nicht, wie vorgebracht, das Inkrafttreten der Steuerreform mit 1. Jänner 1968 in Aussicht stellen. Sind Sie — ich muß Sie leider wieder fragen — auch hier der Meinung, daß diese Reform eine Politik für alle ist? Und sind Sie nicht der Auffassung, daß Sie als Regierungschef dafür Sorge tragen müßten, daß eine sozial gerechte Behandlung der Staatsbürger in allen diesen Fragen gewährleistet ist? Die Regelung dieser Einkommensteuerreform ist demnach ein weiterer Schritt zu dem von Ihnen und Ihrer Regierung schon in vielen Fällen getätigten Klassenkampf: Benachteiligung der Kleinen und Förderung der Großen, den auf die Dauer das österreichische Volk in keiner Weise verstehen und mitmachen wird.

Hohes Haus! Zusammenfassend darf ich feststellen:

1. Der Herr Bundeskanzler hat weder seine Zusage eingelöst, einen Bericht über die Situation der österreichischen Wirtschaft zu geben, noch hat er der im Herbst einstimmig gefaßten Entschliebung entsprochen, eine Vorschau auf die Sicherstellung der österreichischen Wirtschaft zu geben. (*Abg. Dr. Klaus: Die kommt ja noch!*) Sie haben mir im Jänner oder Februar auf meine Anfrage erklärt, im Mai, und ich habe Verständnis dafür gehabt. (*Abg. Dr. Klaus: Ich habe Ihnen doch einen fünf Seiten langen Brief geschrieben!*) Ich habe eingangs erwähnt, da haben Sie wahrscheinlich nicht achtgegeben, daß ich eingesehen habe, daß wegen der Schwierigkeit dieser Materie der Bericht erst jetzt vorgelegt wird. Mir privat bleibt es frei, ob ich enttäuscht davon

bin oder nicht. (*Abg. Dr. Klaus: Das war ein vollkommenes Mißverständnis auf Ihrer Seite!*)

2. Herr Bundeskanzler, Sie haben keine Vorschläge gemacht, welche Maßnahmen die Bundesregierung zu ergreifen gedenkt, um die prekäre wirtschaftliche Situation zu meistern.

3. Der Herr Bundeskanzler hat es vielmehr unternommen, fiktive Leistungen und Scheinerfolge für die Alleinregierung der Österreichischen Volkspartei in Anspruch zu nehmen, wobei oft kein anderer Weg als der der Täuschung dies ermöglichen sollte.

Eine derartig nichtssagende Aneinanderreihung von Phrasen, derartige Täuschungsversuche als Bericht des Chefs der Bundesregierung sind meiner Auffassung nach mehr als beschämend und müssen als Zumutung gegenüber diesem Hohen Haus und als Ausdruck einer sterilen und destruktiven Politik schärfstens zurückgewiesen werden! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Peter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Peter (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Klubobmann der Österreichischen Volkspartei stellte fest, die Oppositionsfractionen hätten in keiner Weise gewürdigt, daß seit Beginn dieser Legislaturperiode mehr als hundert Gesetze durch einstimmigen Beschluß aller drei Fractionen rechtskräftig geworden sind. Herr Abgeordneter Dr. Withalm, dies zu erwähnen ist nicht Sache der Oppositionsfractionen. Das ist vielmehr eine Tatsache, die unter Beweis stellt, daß beide Oppositionsfractionen zu ernsthafter und sachlicher Zusammenarbeit zum Wohle Österreichs mit der Regierungspartei dann bereit sind, wenn diese dem Hohen Hause entsprechende Vorlagen unterbreitet. Wenn Sie aber die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers hinsichtlich der Würdigung der Mitarbeit des Nationalrates bei der Lösung dieser Probleme einer Prüfung unterziehen, dann stellt sich heraus, daß Dr. Klaus in seiner Erklärung der Arbeit des gesamten Nationalrates in keiner wie immer gearteten Weise gerecht geworden ist. Nicht Sache der Opposition ist es, diese Tatsache festzustellen, sondern Pflicht des Bundeskanzlers wäre es gewesen, darauf einzugehen und sich damit in einer würdigenden Form auseinanderzusetzen.

Schon gar nicht kann es die Sache der Oppositionsfractionen dieses Hohen Hauses sein, dann Anerkennung zu zollen, wenn kein Grund für diese Anerkennung vorhanden ist. Bedenken wir, daß diese Bundesregierung schubweise und nicht kontinuierlich arbeitet: Es kommt ein Arbeitsschub ins Parlament,

Peter

der unter Aufbietung aller Kräfte kaum bewältigt werden kann. Dann tritt wieder eine tote Zeit ein, die es unmöglich macht, eine kontinuierliche Arbeit im Nationalrat zu vollbringen. Ich räume der Bundesregierung ohneweiters ein, daß sie seit dem 6. März 1966 Erfolgsansätze in Detailfragen erzielt hat. Ich gestatte mir aber an den Herrn Bundeskanzler vor seinem Schlußwort die Frage zu richten: Wo liegen die Lösungen der großen Probleme Österreichs und seiner Wirtschaft? Der Lösung dieser Aufgaben ist der Herr Kanzler in seiner Regierungserklärung von vorgestern in keiner Weise gerecht geworden. Herr Abgeordneter Doktor Withalm, Ihre Ausführungen kamen einer Rechtfertigung und Begründung für die Auflösung der früheren Koalition gleich. (Abg. Dr. Pittermann: Ein Notar darf auch verteidigen!) Aber er verteidigt meistens schlecht, Herr Abgeordneter Dr. Pittermann, daher soll man sich in der Regel nie eines Notars bei einer Verteidigung bedienen, wie die Fakten heute gezeigt haben. (Zwischenruf des Abg. Dr. Pittermann. — Abg. Dr. Withalm: Seien Sie vorsichtig! Rufmord an den Notaren!)

Ich stelle fest, daß ich keinen Rufmord am ehrenwerten Berufsstand der Notare begehen wollte. (Abg. Dr. Kranzlmayr: Das war ein Rückzieher!) Natürlich! Nur Sie sind überheblich und erhaben genug, als Mehrheitspartei sich nirgendwo der Meinung eines anderen anzuschließen, wenn diese Meinung sachlich berechtigt ist. (Abg. Dr. Kreisky: Als Notar hat Dr. Withalm recht!) Das paßt nicht in das Gottesgnadentum dieser Bundesregierung. (Abg. Glaser: Der Herr Lehrer hat jetzt Unterricht gekriegt!) Wenn die Zwischenrufe des Herrn Bundeskanzlers, Herr Abgeordneter Glaser, dazu beigetragen haben, dieses Hohe Haus in eine Kaffeehaustimmung zu versetzen, dann gestatten Sie mir, daß ich die zur Diskussion stehenden Probleme von einem anderen Standpunkt aus sehe, als es der Herr Bundeskanzler in der letzten halben Stunde getan hat. (Beifall bei der FPÖ.)

Ihre Ausführungen, Herr Abgeordneter Doktor Withalm ... (Abg. Dr. Withalm: Vom Pittermann haben Sie jetzt gesprochen! Sie haben unterbrochen, Sie sind noch nicht fertig gewesen!)

Der Herr Abgeordnete Dr. Pittermann ist mir im Augenblick nicht so wichtig wie der Abgeordnete Dr. Withalm, aber ich kann gelegentlich noch auf ihn zurückkommen. (Abg. Dr. Pittermann: Der Hofrat Stamprecht verwechselt uns im Fernsehen! Sie brauchen sich nichts drauszumachen! — Abg. Dr. Kranzlmayr: Das ist die Verkalkung!) Wenn nur der Kalk nicht zu sehr in den Gliedern des Herrn Staatssekretärs

außer Dienst Dr. Kranzlmayr rieselt. Ich bin gern bereit, mich mit Ihnen, Herr Staatssekretär, einem Test zu unterwerfen, um festzustellen, wer von uns beiden mehr Kalk angesetzt hat, Sie oder ich. (Abg. Dr. Kranzlmayr: Weil Sie nicht mehr weiter gewußt haben, was Sie mit dem Kollegen Pittermann angefangen haben!) Herr Abgeordneter Doktor Kranzlmayr! Ich würde mich freuen, wenn Sie einmal an dieses Rednerpult herantreten würden und hier nicht vom Blatt lesen, sondern eine freie Rede halten würden. (Abg. Dr. Kranzlmayr: Das habe ich schon oft gemacht! — Abg. Glaser: Da waren Sie noch lange nicht im Parlament!) Die Staatssekretäre waren schon in der Koalitionsregierung schlecht. Sie sind auch in der ÖVP-Regierung schlecht, Herr Staatssekretär Dr. Kranzlmayr hat das ja schon seinerzeit bewiesen. Darum hat ihn ja seine Partei vorzeitig aus der Regierung wieder zurückgenommen. (Abg. Harwalik: Ihr rhetorischer Appetit auf die Staatssekretäre ist beängstigend, er ist unstillbar! — Abg. Dr. Kreisky: Das war ja kein Rufmord an dem Staatssekretär!) Staatssekretäre sind keine Notare, sondern Politiker, Herr Abgeordneter Dr. Kreisky. Ihre Staatssekretärszeit liegt ja so weit zurück, daß die Verjähmung schon wirksam ist. (Ruf bei der SPÖ: Da hat es noch keinen Kalk gegeben! — Heiterkeit. — Abg. Dr. Kranzlmayr: Aber jetzt bringen Sie auch eine Kaffeehaustimmung herein!)

Der Herr Abgeordnete Dr. Withalm stellte fest, es wäre ein Glück gewesen, daß die österreichische Bundesregierung den Weg nach Brüssel so früh beschritten hat. Die österreichische Bundesregierung, Herr Abgeordneter Dr. Withalm, hat nach Ansicht der freiheitlichen Fraktion den Weg nach Brüssel zu spät angetreten. Sie ist einen nicht zielführenden Umweg über die EFTA gegangen. Die Situation der österreichischen Wirtschaft ist heute ein Beweis dafür, daß der Umweg über die EFTA nicht zielführend gewesen ist. Gerade Sie und Ihre Partei haben hier in diesem Hause in der EWG-Frage Jahre hindurch genau das Gegenteil von dem gesagt, was die Österreichische Volkspartei heute als richtig anerkennt. (Abg. Dr. Withalm: Das „gerade Sie“ muß ich zurückweisen!) Sie, Herr Dr. Withalm, haben in diesem Hohen Hause zur Zeit der Koalition keine Reden gehalten, die rechtfertigen würden, daß Sie von Anfang an ein Freund der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gewesen wären. (Abg. Dr. Withalm: Ich habe dazu überhaupt keine Rede gehalten!)

Sie stellten darüber hinaus heute fest, Herr Abgeordneter Dr. Withalm, daß die Koalition praktisch seit 1965 tot gewesen ist. Es wäre bereits im Jahre 1965 erkennbar gewesen,

Peter

daß diese Koalition die Probleme Österreichs nicht mehr bewältigen kann. Warum haben Sie dann nach dem 6. März 1966 der Sozialistischen Partei neuerdings ein Koalitionsangebot gemacht, um mit einer Arbeitsform weiterzuregieren, die sich nach Ihrer Ansicht bereits überlebt hat? (*Abg. Dr. Withalm: In anderer Form natürlich! — Ruf bei der SPÖ: Das war Augenauswischerei!*)

Sie, Herr Abgeordneter Dr. Withalm, stellen weiterhin fest, daß die Österreichische Volkspartei geschlossen hinter dieser Regierung stünde, weil es sich um eine entschlußfähige und um eine entscheidungsfähige Regierung handle. (*Abg. Dr. Withalm: Entscheidungsfreudige!*)

Sie haben ebenfalls erklärt, daß diese Regierung noch den Beweis erbringen wird, daß sie eine gute Regierung sei. Sie sprachen vom Beweis erbringen. Daraus deduziere ich, daß die von der Österreichischen Volkspartei getragene Bundesregierung bis zum heutigen Tag nicht in der Lage war, diesen Beweis anzutreten. (*Abg. Dr. Withalm: Das ist eine falsche Deduktion!*) Sie finden also, daß die Regierung bereits den Beweis erbracht hat? (*Abg. Dr. Withalm: Das war der Leistungsbericht, den der Bundeskanzler gegeben hat!*) Das, was der Herr Bundeskanzler vorgestern berichtet hat, ist nach Ihrer Auffassung ein Leistungsbericht? (*Abg. Dr. Withalm: Jawohl, für das abgelaufene Jahr! Ganz genau!*) Das ist nach unserer freiheitlichen Auffassung eine Statistik gewesen. Ein Aneinanderreihen von bereits im Nationalrat getroffenen Entscheidungen oder von eingebrachten Regierungsvorlagen, die die schwierige wirtschaftliche Situation Österreichs nicht bewältigen.

Ich möchte namens der freiheitlichen Fraktion feststellen, daß es dem Herrn Bundeskanzler Dr. Klaus nicht gelungen ist, in einer ersten Stunde des Vaterlandes einen Weg aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten Österreichs aufzuzeigen. Nach der Regierungserklärung von vorgestern sind wir freiheitlichen Abgeordneten der Überzeugung, daß sich die Bundesregierung in einer Krise befindet. Der Bundeskanzler war leider nicht in der Lage, die beabsichtigte Kabinettsumbildung in die Tat umzusetzen.

Unabhängige Presseorgane stellten in den letzten Tagen fest, daß die vom Arbeiter- und Angestelltenbund gestellten Minister ihre Ämter im Geiste sozialistischer Ressortführung verwalten. Ich weiß, daß die ÖVP-Abgeordneten derartige Argumente, von einem Freiheitlichen ausgesprochen, mit großer Skepsis zur Kenntnis nehmen. Ich erlaube mir daher einen nicht nur dem Herrn Bundes-

kanzler, sondern auch der Österreichischen Volkspartei überaus nahe stehenden Journalisten zu zitieren. Herr Hans Thür schrieb am 17. dieses Monats einen Artikel, der unter der Überschrift „Wachstumskrise der Mehrheit“ erschienen ist. Herr Thür ist ein Journalist, den man wahrlich nicht als einen Gegner oder Feind der Österreichischen Volkspartei bezeichnen kann. Er stellte unter anderem fest: „Die Volkspartei steckt noch tiefer, als sie meint, in den Gewohnheiten der Koalition.“ Nicht nur die österreichische Wirtschaft unterliegt nach Ansicht dieses Journalisten einer Wachstumskrise, sondern auch die Mehrheitspartei ist bereits von dieser Wachstumskrise erfaßt worden. Weiter führt Herr Thür aus: „Jetzt, im zweiten Jahr der Alleinregierung der Volkspartei und da die erste Legislaturperiode mit einer absoluten Mehrheit auf die Mitte zugeht, macht sich die Wachstumskrise der Regierungspartei bemerkbar. Der Kader ist von einer gewissen Malaise erfaßt. Im Gespräch mit Funktionären aller Rangstufen merkt man Unsicherheit.“ „Führungsorgane“ — der Österreichischen Volkspartei — „brechen unter der Peitsche ihrer Termine fast zusammen, wie das eben dem Bundeskanzler geschehen wäre.“

Und für diese „Zeitdruckpeitsche“, die nicht nur über der Bundesregierung, sondern über dem gesamten Nationalrat lastet, ist in erster Linie der Stil der Einparteienregierung verantwortlich. Die Verantwortung dafür haben Sie, meine Herren der Österreichischen Volkspartei, zu tragen. Sie laufen Gefahr, nach diesen Erklärungen des Herrn Hans Thür, Opfer Ihres eigenen Tempos, Opfer Ihres eigenen Stils und Opfer Ihrer eigenen Betriebsamkeit zu werden. Sie unterliegen nach dem Inhalt der Regierungserklärung von vorgestern einer Selbsttäuschung. Der Herr Bundeskanzler hat den Versuch unternommen, Erfolge vorzutäuschen, die nicht vorhanden sind. Der Herr Bundeskanzler hat es ebenso unterlassen, auf die wesentlichen und ernsthaften Probleme der österreichischen Wirtschaft einzugehen. (*Abg. Glaser: Arbeiten wir zuviel oder arbeiten wir zuwenig nach Ihrer Meinung?*) Sie arbeiten zuwenig in qualitativer Hinsicht, und Sie arbeiten in quantitativer Hinsicht zuviel. Es kommt nicht, Herr Abgeordneter Glaser, auf die Zahl der beschlossenen Gesetze, sondern viel mehr auf den Inhalt und auf die Qualität der beschlossenen Gesetze an. Ich zitiere Ihnen noch Stimmen von Fachleuten, die sich mit dieser Frage beschäftigen.

Ein Abgeordneter der Regierungspartei machte bei einem sozialistischen Redner folgenden Zwischenruf: „Wem geht es schlecht in Österreich?“ Meine Damen und Herren

Peter

der Österreichischen Volkspartei! Jenen Staatsbürgern geht es schlecht, die von der Entlassungswelle erfaßt worden sind und denen noch keine neuen Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt worden sind. So leicht sollten wir uns diese Frage nicht machen, wie es die Mehrheitspartei gerade am heutigen Abend getan hat.

Herr Bundeskanzler! Wo ist in Ihrer Regierungserklärung eine Aussage enthalten, die einen echten Ausweg aus den Engpässen unserer Wirtschaft aufzeigt? Eine Regierung, die erklärt, eine solche für alle Österreicher zu sein, darf sich nicht auf statistische Darbietungen beschränken. Diese Bundesregierung muß dem Parlament entsprechende konzeptive Grundlagen unterbreiten. *(Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.)*

Ich zitiere aus einem Artikel, der im „Kurier“ vom 28. April 1967 unter dem Titel: „Umschulung für 800.000?“ erschienen ist: „Professor Dr. Nemschak hob hervor, daß rund ein Drittel aller unselbständig Erwerbstätigen in Österreich — das sind rund 800.000 — auf andere, produktivere Tätigkeiten in der Wirtschaft umgeschult werden müßten. Dies sei zur Erhaltung der Vollbeschäftigung in Österreich von besonderer Bedeutung.“

Herr Bundeskanzler! Wenn diese gigantische Aufgabe auf Österreich zukommt, dann wird die österreichische Wirtschaft nicht in der Lage sein, sie aus eigener Kraft zu bewältigen. Wenn das eintreten sollte, dann ist die Stunde da, wo die ganze Kraft des Staates zur Entfaltung gebracht werden muß, um diese Aufgabe, auf weite Sicht gesehen, zu bewältigen.

Ich frage Sie in aller Höflichkeit: Wie sieht das Konzept der Bundesregierung für die Bewältigung dieser Aufgabe aus? Wie erfolgt diese Umschichtung? Wie sieht die Struktur dieser Umschichtung aus? In welchen Etappen können wir eine solche Umschichtung bewältigen? Welche Mittel stehen für diese Aufgabe langfristig zur Verfügung? Und mit welchem wirtschaftspolitischen Ziel, mit welchem strukturellen Ziel haben wir dieses Konzept angelegt?

Herr Kanzler, Sie sprachen vom Hochstand der Vollbeschäftigung, wie wir ihn nie erreicht haben. Gerade in diesem Zusammenhang stellte wiederum Professor Nemschak fest und wies auf die Gefahr hin, daß die allmählich ansteigende Arbeitslosigkeit sehr rasch zu einem Dauerzustand werden könnte, wenn wir die Strukturveränderungen nicht bewältigen können. Hier, Herr Bundeskanzler, ist in der Nemschak-Feststellung auch ein Widerspruch zu Ihrer vorgestrigen Regierungserklärung enthalten. Nemschak sagt: Es muß die Richtigstellung der Arbeitsmarktstatistik erfolgen, da sie derzeit die wirkliche Lage auf dem

Arbeitsmarkt verschleiert. — Das ist ein sehr schwerer Vorwurf gegenüber jenen, die diese Arbeitsmarktstatistik zu verantworten haben. Wenn Nemschak irrt, dann ist es Pflicht und Aufgabe der Bundesregierung, ihn in aller Öffentlichkeit zu berichtigen. Wenn Nemschak aber recht hat, dann müssen die Verantwortlichen des Staates mit dieser Verschleierung der Arbeitsmarktstatistik endlich Schluß machen.

Weiterhin fordert Professor Dr. Nemschak ein Erfassen der voraussehbaren Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt und die Feststellung der Herde der österreichischen Arbeitslosigkeit. — Wo sind die Herde dieser Arbeitslosigkeit in Österreich im besonderen? Mit welchen Mitteln glauben Sie von der ÖVP diesen Herden der Arbeitslosigkeit Herr zu werden? Auch darauf, Herr Bundeskanzler, wären Sie nach Ansicht der freiheitlichen Fraktion dem Nationalrat eine Erklärung schuldig gewesen. Sind diese Herde regionaler und struktureller Natur? Auch darauf muß die Bundesregierung eine Antwort geben.

Einer Ihrer Mitarbeiter, Herr DDDr. Klose, stellte in den Mitteilungen der Handelskammer für Niederösterreich am 22. April dieses Jahres fest, daß „der Gürtel enger geschnallt“ werden muß. „Die besondere Problematik, vor die sich die Wirtschaftspolitik 1967 gestellt sieht, ist durch die Fülle der Versäumnisse in den vergangenen Jahren bestimmt.“ — Wie Sie diese Fülle der Versäumnisse vergangener Jahre in der weiteren Folge dieser Legislaturperiode wettzumachen gedenken — auch darauf, Herr Bundeskanzler, sind Sie vorgestern die Antwort schuldig geblieben. Wenn aber das Volk den Gürtel enger schnallen muß, dann ist von der Bundesregierung eine entsprechende Aufklärung über die Ursachen und Beweggründe für dieses „Gürtel-enger-Schnallen“ notwendig. Dann muß sich die Bundesregierung in einem viel intensiveren Maß einer Aufklärungsarbeit unterziehen, als es bisher der Fall war.

Herr Bundeskanzler, Sie haben vorgestern eine Schönfärberei in Ihrer Regierungserklärung betrieben und haben sich zuwenig mit diesem „Gürtel-enger-Schnallen“ auseinandergesetzt. Auch diese Frage ist offen.

Wer also soll den sozial Schwachen in dieser Situation des „Gürtel-enger-Schnallens“ helfen? Und wie soll den sozial Schwachen in dieser Situation ihr Arbeitsplatz erhalten werden?

Herr Abgeordneter Dr. Withalm! Sie haben erklärt, daß diese Bundesregierung die Wirtschaft auf gesunde Beine gestellt hat. Diese Aufgabe ist noch nicht erfüllt. Dieses Ziel ist nicht erreicht. Wir stehen der Situation

Peter

gegenüber: In 5000 Industriebetrieben Österreichs haben unter Einschluß der verstaatlichten Unternehmungen 650.000 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz. In 100.000 Gewerbebetrieben finden aber 620.000 Beschäftigte Arbeit und Brot. Und gerade im Hinblick auf die Wachstumsgesetze ist für den Bereich der mittelständischen Wirtschaft von der Bundesregierung zuwenig Vorsorge getroffen worden. Wir haben an den Herrn Finanzminister die Bitte gerichtet — sachlich begründet und sehr eindringlich —, die Anspannfrist von drei auf fünf Jahre anzuheben. Der Herr Bundesminister für Finanzen hat diese sachliche Forderung der Freiheitlichen abgelehnt und hat sie als nicht erfüllbar bezeichnet. Gerade diese mittelständische Wirtschaft hat im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Integration Europas genau die gleiche Aufgabe zu erfüllen wie die österreichischen Industrieunternehmungen. Auch darüber, Herr Bundeskanzler, haben Sie uns in Ihrer vorgesagten Regierungserklärung nichts gesagt und sind uns die Antwort schuldig geblieben.

Ich komme jetzt auf eine Feststellung zurück, die auf dem diesjährigen internationalen Produktivitätskongreß vom Generaldirektor der Semperit, Herrn Dr. Rueger, getroffen wurde. Er forderte, daß die Rationalisierungsinvestitionen kurzfristig verdient werden müssen. Darf ich die Bundesregierung bitten, mitzuteilen, wie diese sachlich berechtigte Forderung Dr. Ruegers: „Rationalisierungsinvestitionen müssen kurzfristig verdient werden“, bei dem Steuersystem und dem Steuerdruck bewältigt werden soll, den ein ÖVP-Finanzminister der österreichischen Wirtschaft genauso auferlegt wie den Arbeitnehmern.

Herrn Abgeordneten Dr. Weihs — er ist leider jetzt nicht da — muß ich in einem Punkt heftig widersprechen. Herr Abgeordneter Dr. Weihs hat erklärt, die Unternehmerinitiative in Österreich habe versagt. Ich wage eine gegenteilige Behauptung: Die Unternehmerinitiative hat in Österreich in den letzten 20 Jahren beachtliche Leistungen unter größten Opfern vollbracht. Versagt hat die Steuer-, Finanz- und Budgetpolitik des Staates, aber nicht die Unternehmerinitiative; genauso wenig wie die Arbeitnehmer versagt haben.

Die „Salzburger Nachrichten“ berichteten vor wenigen Tagen über den „Milliarden-Alarm im Finanzministerium“, über den sich der Herr Finanzminister nach freiheitlicher Auffassung nicht so tiefe Gedanken macht, wie es angesichts der ernsthaften Situation notwendig wäre. Wenn der Herr Finanzminister davon spricht, daß das Riesendefizit, das im nächsten Jahr zu erwarten ist, durch

Kreditoperationen gedeckt werden soll, um damit eine antizyklische Wirkung zu erreichen, dann verstehen wir Freiheitlichen darunter etwas anderes. Antizyklisch vorzukehren heißt unter anderem, von den in der Hochkonjunktur getätigten Rücklagen die Verflachung der Wirtschaft abzufangen. Sie haben ja keine Rücklagen, Herr Finanzminister! Vorangegangene Bundesregierungen haben in Zeiten des Wohlstandes und der Konjunktur die Rücklagenbildung vernachlässigt. Kreditoperation heißt in ihrem Sinn Deckung des Defizits durch nichts anderes als Schuldenmachen; die Schulden vorantreiben, ohne die Wirtschaft dabei wirklich gesunden zu lassen.

Auch über diese Dinge ist uns die Regierungserklärung eine ausreichende, aufklärende und zukunftsweisende Stellungnahme und Konzeption schuldig geblieben.

Im übrigen verweist Horst Knapp in seinen „Finanznachrichten“ darauf, daß die Demokratie in Österreich immer mehr zur „Expertokratie“ entartet und daß an Stelle von Lösungen Professorengutachten, Expertenberichte und Enqueten das Wesen der Demokratie auszumachen beginnen.

Es wäre angebracht, daß von der Bundesregierung in Zukunft umfassendere Vorkehrungen und Planungen getroffen werden, wenn sie es für notwendig erachtet, den Nationalrat mit einer Regierungserklärung zu bedenken. Die freigewählten Abgeordneten eines demokratischen Parlaments haben das Recht, vom Regierungschef nicht nur in Selbstlob gipfelnde Erklärungen zu erhalten, sondern von dem Regierungschef in gleicher Weise zukunftsweisende Konzepte vorgelegt zu bekommen, die zur Gesundung und zur Leistungssteigerung der österreichischen Wirtschaft beitragen, Konzepte, die Österreich den Weg in eine Zukunft weisen, in der die Arbeitsplätze und die Vollbeschäftigung gesichert sind, damit das Wohlergehen aller Bürger gewährleistet ist. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Die Aussprache ist damit beendet.

2. Punkt: Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (206 der Beilagen): Bundesgesetz über die Haftung der Organe der Gebietskörperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts für Schäden, die sie dem Rechtsträger in Vollziehung der Gesetze unmittelbar zugefügt haben (Organhaftpflichtgesetz) (467 der Beilagen)

3. Punkt: Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (207 der Beilagen): Bundesgesetz über den Verzicht auf Schadenersatzforderungen des Bundes gegenüber Bundesorganen (468 der Beilagen)

Präsident: Wir gelangen nunmehr zu den Punkten 2 und 3 der heutigen Tagesordnung, über die beschlossen wurde, die Debatte unter einem abzuführen. Es sind dies die Berichte des Verfassungsausschusses über das Organhaftpflichtgesetz und über das Bundesgesetz über den Verzicht auf Schadenersatzforderungen des Bundes gegenüber Bundesorganen.

Berichterstatter zu beiden Punkten ist der Abgeordnete Dr. Hauser. Ich ersuche ihn um seine beiden Berichte.

Berichterstatter Dr. Hauser: Hohes Haus! Der Verfassungsausschuß hat in seiner Sitzung am 4. November 1966 zur Vorberatung der Regierungsvorlage einen zwölfgliedrigen Unterausschuß eingesetzt, dem Abgeordnete sämtlicher drei Fraktionen angehörten und der unter dem Vorsitz von Herrn Abgeordneten Dr. Kleiner tagte. Der Unterausschuß hat den Gesetzentwurf in mehreren Sitzungen eingehend beraten und verschiedene Abänderungen vorgeschlagen, worüber dem Verfassungsausschuß am 16. Mai 1967 berichtet wurde.

Während die Programme des Artikels 23 Abs. 1 und 2 Bundes-Verfassungsgesetz über die Schadenshaftung der Gebietskörperschaften und der sonstigen Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts für ihre in Vollziehung der Gesetze handelnden Organe und deren Regreßpflicht bereits mit der Erlassung des Amtshaftungsgesetzes im wesentlichen verwirklicht wurden, steht derzeit noch immer eine Ausführung zu Artikel 23 Abs. 3 Bundes-Verfassungsgesetz aus.

Der vorliegende Gesetzentwurf setzt sich darum zum Ziel, in Anpassung an die Haftungsregeln des Dienstnehmerhaftpflichtgesetzes die bundesgesetzlichen Ausführungsbestimmungen zu Artikel 23 Abs. 3 Bundes-Verfassungsgesetz zu schaffen.

Der Verfassungsausschuß hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 16. Mai 1967 beraten. Er hielt es für notwendig, zu einzelnen Bestimmungen des Gesetzentwurfes folgende Feststellungen zu treffen:

Zu § 1 Abs. 2: Unter Organen im Sinne des § 1 Abs. 2 des Gesetzentwurfes sind nicht Organe der Gesetzgebung des Bundes zu verstehen, soweit sie kraft ausdrücklicher verfassungsgesetzlicher Normen an der Vollziehung des Bundes mitzuwirken haben. Insofern muß der Begriff „Vollziehung“ organisatorisch und nicht materiell verstanden werden.

Organ der Vollziehung im Sinne des § 1 Abs. 2 ist dagegen auch der Präsident des Nationalrates, wenn er etwa kraft ausdrücklicher Verfassungsvorschrift als Organ der Vollziehung tätig wird.

Der Begriff der „Vollziehung der Gesetze“, der durch den Klammerausdruck (Gerichtsbarekeit oder Hoheitsverwaltung) erläutert wird, ist im gleichen Sinn verwendet wie im Amtshaftungsgesetz. Der Begriff der Vollziehung der Gesetze erfaßt nämlich auch im Anwendungsbereich des Amtshaftungsgesetzes nur die Gebiete der Gerichtsbarekeit und der Hoheitsverwaltung, und es entspricht daher in Einklang mit der Rechtsprechung der Höchstgerichte, insbesondere des Obersten Gerichtshofes, nur dem Erfordernis der Deutlichkeit, wenn das Gesetz in dem gegebenen Zusammenhang statt des Begriffes der „Verwaltung“ jenen der „Hoheitsverwaltung“ verwendet. Eine sachliche Differenzierung gegenüber dem § 1 Abs. 2 des Amtshaftungsgesetzes ist hiemit nicht verbunden.

Zu § 2: Die im Gegensatz zur einschlägigen Bestimmung des § 2 Abs. 2 des Amtshaftungsgesetzes im § 2 Abs. 1 der Vorlage enthaltene Wortwendung „oder durch eine Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof“ bedeutet nicht eine Einschränkung, sondern nur eine Spezifikation des im § 1304 ABGB. verankerten Grundsatzes der Rettungspflicht. Der Hinweis auf die Möglichkeit einer Anrufung des Verfassungsgerichtshofes stellt daher nichts anderes als eine Bekräftigung des schon im bürgerlichen Recht verankerten Gebotes dar, alles dem Gefährdeten rechtlich wie tatsächlich zu Gebote Stehende zu unternehmen, um einen drohenden Schadenseintritt abzuwehren.

Zu § 7: Anlässlich der Ausschlußberatung wurde die Frage aufgeworfen, welches Organ eines Rechtsträgers, insbesondere des Bundes oder eines Landes, einen Schadenersatzanspruch unter Beobachtung des Verfahrens des § 7 des Entwurfes geltend zu machen hat, wenn der Schadenersatzanspruch des Rechtsträgers gegenüber einem obersten Organ der Vollziehung dieses Rechtsträgers geltend gemacht werden soll.

Der Ausschluß neigte der Auffassung zu, daß in der Regel die Mittel der politischen Kontrolle, insbesondere die der politischen Verantwortlichkeit hinreichen werden, um ein oberstes Organ der Vollziehung zur Schadensvergütung zu veranlassen.

Auch Artikel 73 der Bundesverfassung würde im Fall einer Interessenkollision Lösungsmöglichkeiten gestatten.

Dr. Hauser

Bei der Abstimmung wurde der Gesetzentwurf in der dem Ausschlußbericht beige-druckten Fassung mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Verfassungsausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem dem Ausschlußbericht angeschlossenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Ich berichte nunmehr zu der Beilage 207 (*Abg. Dr. Pittermann: Wir lesen es lieber, Herr Berichterstatter!*): Regierungsvorlage über den Verzicht auf Schadenersatzforderungen des Bundes gegenüber Bundesorganen.

Der Verfassungsausschuß hat in seiner Sitzung am 4. November 1966 zur Vorberatung dieser Regierungsvorlage ebenfalls einen zwölf-gliedrigen Unterausschuß eingesetzt. Dieser Unterausschuß hat den von der Bundes-regierung vorgelegten Entwurf eines Bundes-gesetzes über den Verzicht auf Schadenersatz-forderungen des Bundes gegenüber Bundes-organen in zwei Sitzungen gemeinsam mit dem mit dieser Vorlage in engstem sachlichen Zu-sammenhang stehenden Entwurf eines Organ-haftpflichtgesetzes beraten. Das Ergebnis stellt der in der Anlage enthaltene Gesetz-entwurf dar, zu dem ich berichten darf, daß nach dem Wort „Bundesgesetz“ im Titel einzufügen wäre „vom ...“, weil irrtümlich die Datumsangabe des Bundesgesetzes unter-lassen wurde.

Ich stelle namens des Verfassungsausschusses den Antrag, der Nationalrat wolle dem dem Ausschlußbericht angeschlossenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Für den Fall, daß Wortmeldungen erfolgen, bitte ich, General- und Spezialdebatte unter einem durchzuführen.

Präsident: Der Herr Berichterstatter be-antragt, General- und Spezialdebatte unter einem vorzunehmen. — Einwand wird nicht erhoben. Wir gehen somit in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Kleiner. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Kleiner (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie vor allem meiner Bereitschaft versichern, Sie nicht lange auf-zuhalten (*Beifall bei der ÖVP*) und nur so viel Zeit zu verwenden, als zur kürzesten Begrün-dung der Ablehnung der Regierungsvorlage über ein Organhaftpflichtgesetz notwendig ist. (*Abg. Dr. Mussil: Die aller kürzeste ist nur das Wort „Nein“ und sonst gar nichts!*) Das geht auch, aber da ich gehört habe, Herr Dr. Mussil, daß nach mir einer Ihrer Kollegen die Zustimmung Ihrer Fraktion zu dem Gesetz

begründen wird, so muß ich doch einige Worte darüber verlieren, warum wir das Gesetz ablehnen werden. Aber außerdem werde ich einen Antrag stellen, und zumindest den muß ich dem Hohen Haus zur Kenntnis bringen.

Meine Damen und Herren! Das Organhaft-pflichtgesetz ist ein richtiges Gesetz in Durch-führung des Artikels 23 des Bundes-Ver-fassungsgesetzes.

Daß wir das Gesetz ablehnen, hat seinen Grund in der Ungleichheit, die durch das Amtshaftungsgesetz und durch das nun zu beschließende Organhaftpflichtgesetz für einen rechtlich einheitlich gegliederten Personen-kreis begründet wird. Nach dem Amtshaftungs-gesetz haften Organe, die in Vollziehung von Gesetzen tätig sind, für Schäden, die sie einem Dritten zufügen und für die die Gebietskörper-schaften und sonstige Körperschaften des öffentlichen Rechtes haftbar sind, nur nach Maßgabe eines vorhandenen Dolus und grober Fahrlässigkeit. Nach dem Organhaftpflicht-gesetz haften dieselben Personen, soweit sie als Organe in Vollziehung von Gesetzen tätig sind, für jedes Verschulden, und das ist meiner Ansicht nach und nach Ansicht der sozialistischen Fraktion weder durch die Ver-fassungsgesetzgebung noch durch sonst er-gründbare Umstände verständlich und ge-boten.

Wegen dieser Ungleichheit, die durch das Amtshaftungsgesetz und das heute zu be-schließende Organhaftpflichtgesetz begründet wird, sehen wir uns, wie gesagt, veranlaßt, das Gesetz abzulehnen.

Ich bringe nun den Antrag ein, betreffend die Abänderung der Regierungsvorlage (206 der Beilagen): Bundesgesetz über die Haftung der Organe der Gebietskörperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts für Schäden, die sie dem Rechtsträger in Voll-ziehung der Gesetze unmittelbar zugefügt haben (Organhaftpflichtgesetz) in der Fassung des Berichtes des Verfassungsausschusses (467 der Beilagen) wie folgt:

Der Nationalrat wolle in zweiter Lesung beschließen:

1. § 2 Abs. 2 hat zu lauten:

„(2) Von einem Organ kann kein Ersatz wegen einer Handlung begehrt werden, die leichtfahrlässig verursacht wurde oder auf Weisung (Auftrag, Befehl) eines Vorgesetzten erfolgt ist, es sei denn, das Organ hätte die Weisung eines offenbar unzuständigen Vor-gesetzten befolgt oder in Befolgung der Weisung gegen strafgesetzliche Vorschriften verstoßen.“

2. § 3 hat zu entfallen.

Dr. Kleiner

3. Die §§ 4 bis 15 erhalten die Paragraphenbezeichnungen 3 bis 14; an die Stelle der Zitierungen „§ 6 Abs. 1“ bzw. „§ 14“ in den §§ 7 und 13 Abs. 2 treten die Zitierungen „§ 5 Abs. 1“ bzw. „§ 13“.

Und nun, nachdem ich mich als Kontraredner gegen das Organhaftpflichtgesetz betätigt habe, wandle ich mich in eigener Person zum Proredner für das zweite Gesetz, über das Herr Dr. Hauser Bericht erstattet hat, nämlich über das Gesetz über den Verzicht auf Schadenersatzforderungen des Bundes. Diesem Gesetz werden wir gerne unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Guggenberger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Guggenberger** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich hinsichtlich der Kürze meinem Vorredner unbedingt anschließen. Es ist aber notwendig, zu begründen, warum wir dem Antrag der sozialistischen Abgeordneten, der auch im Ausschuß behandelt wurde, nicht beitreten konnten.

Nach unserer Auffassung steht dieser Antrag in Widerspruch zum Absatz 3 des Artikels 23 der Bundesverfassung. Das wurde zwar von den sozialistischen Abgeordneten bezweifelt, wir haben aber festgestellt, daß kein Geringerer als der seinerzeitige Präsident des Verfassungsgerichtshofes, Professor Dr. Adamovich, diese Bestimmung ausdrücklich dahin gehend kommentiert hat, daß hier die Haftung auch bei leichter Fahrlässigkeit eintreten würde. Wir waren daher der Meinung, daß ein Nachgeben gegenüber dem sozialistischen Wunsch zu einer Verfassungswidrigkeit führen würde.

Es war uns sehr wohl bekannt, daß die Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten zu Beginn der Verhandlungen mit der Verwaltung über dieses Gesetz auch diese Forderung gestellt hat. Sie ist aber dann in weiterer Folge deshalb nicht mehr mit ganzer Vehemenz an dieser Forderung geblieben, weil die Beschlußfassung eines Verzichtsgesetzes ja weitgehende Möglichkeiten offenläßt und weil ihr außerdem das vorgesehene richterliche Mäßigungsrecht in Härtefällen ausreichend erscheint.

Wir sind schließlich deshalb für das Organhaftpflichtgesetz, weil wir der Meinung sind, daß die Haftung nach dem Amtshaftungsgesetz dem ursprünglichen Motiv nach nur für die Tätigkeit in der Verwaltung, also bei der Erlassung von Bescheiden, vorgesehen war. In weiterer Folge ist dann in Vollziehung der Gesetze ein Personenkreis hinzugekommen, der eigentlich keine Verwaltungstätigkeit, sondern eine wirtschaftliche Tätigkeit ausübt. Da das Dienstnehmerhaftpflichtgesetz, das im

Jahre 1965 beschlossen wurde, für die öffentlich Bediensteten im Bereich der privaten Wirtschaftsverwaltung der Hoheitsträger, aber auch der gesamten übrigen privaten und staatlichen Wirtschaft gilt, waren wir der Meinung, daß die Herstellung des Gleichheitsgrundsatzes durch ähnliche beziehungsweise gleiche Haftungsbestimmungen wie im Dienstnehmerhaftpflichtgesetz herbeigeführt werden müßte. Wir haben hier bewußt von einer privilegierten Stellung der in der Hoheitsverwaltung tätigen öffentlich Bediensteten abgesehen.

Das sind die Gründe, warum wir nicht in der Lage waren, dem Antrag der sozialistischen Abgeordneten beizutreten.

Die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei werden daher beiden Gesetzesvorlagen, sowohl dem Organhaftpflichtgesetz als auch dem Verzichtsgesetz, ihre Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort. Wir gelangen somit zur Abstimmung, die ich über jeden der beiden Gesetzentwürfe getrennt vornehmen werde.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Entwurf des Organhaftpflichtgesetzes. Hiezu liegt ein Abänderungsantrag der Abgeordneten Dr. Kleiner und Genossen vor. Ich werde daher paragraphenweise abstimmen lassen.

Zu § 1 und § 2 Abs. 1 liegt kein Abänderungsantrag vor.

Ich lasse daher hierüber unter einem abstimmen und bitte jene Damen und Herren, die diesen Teilen des Gesetzentwurfes in der Fassung des Ausschußberichtes ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Zu § 2 Abs. 2 liegt ein Abänderungsantrag der Abgeordneten Dr. Kleiner und Genossen vor.

Ich lasse zunächst über den § 2 Abs. 2 in der Fassung des Abänderungsantrages und, falls sich hiefür keine Mehrheit findet, in der Fassung des Ausschußberichtes abstimmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem § 2 Abs. 2 in der Fassung des Abänderungsantrages der Abgeordneten Dr. Kleiner und Genossen ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über den § 2 Abs. 2 in der Fassung des Ausschußberichtes abstimmen und bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Präsident

Zu § 2 Abs. 3 liegt kein Abänderungsantrag vor. Ich lasse hierüber abstimmen und bitte jene Damen und Herren, die dem § 2 Abs. 3 in der Fassung des Ausschlußberichtes ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Hinsichtlich des § 3 liegt ein Streichungsantrag seitens der Abgeordneten Dr. Kleiner und Genossen vor. Ich kann nur positiv abstimmen lassen. Wird der § 3 in der Fassung des Ausschlußberichtes angenommen, ist der Streichungsantrag gefallen. Sollte aber der § 3 nicht angenommen werden und damit dem Streichungsantrag entsprochen werden, so hätte dies zur Folge, daß die bisherigen §§ 4 bis 15 die Paragraphenbezeichnungen 3 bis 14 erhalten und daß die Zitierungen „§ 6 Abs. 1“ beziehungsweise „§ 14“ in den derzeitigen §§ 7 und 13 Abs. 2 auf „§ 5 Abs. 1“ beziehungsweise „§ 13“ abgeändert werden.

Ich lasse nunmehr über den § 3 abstimmen und bitte jene Damen und Herren, die diesem Paragraphen in der Fassung des Ausschlußberichtes ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Angenommen. Damit ist der Streichungsantrag gefallen.

Zu den restlichen Teilen des Gesetzentwurfes, das ist zu den §§ 4 bis einschließlich 15, liegen keine Abänderungsanträge vor. Ich lasse hierüber unter einem abstimmen und bitte jene Damen und Herren, die diesen restlichen Teilen des Gesetzentwurfes samt Titel und Eingang in der Fassung des Ausschlußberichtes ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Damit ist die zweite Lesung beendet.

Der Berichterstatter beantragt die sofortige Vernahme der dritten Lesung. — Kein Einwand. Ich bitte daher jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Der Gesetzentwurf ist somit auch in dritter Lesung angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Gesetzentwurf betreffend den Verzicht auf Schadenersatzforderungen des Bundes gegenüber Bundesorganen. Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf samt Titel und Eingang in der Fassung des Ausschlußberichtes ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

Der Berichterstatter beantragt die sofortige Vernahme der dritten Lesung. — Kein Einwand. Ich bitte daher jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf

auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Ich stelle die Einstimmigkeit fest. Der Gesetzentwurf ist somit auch in dritter Lesung angenommen.

4. Punkt: Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage (416 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem gesellschaftsrechtliche Bestimmungen über die Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln getroffen werden (Kapitalberichtigungsgesetz) (469 der Beilagen)

Präsident: Wir gelangen zum 4. Punkt der Tagesordnung: Kapitalberichtigungsgesetz.

Berichterstatter ist der Abgeordnete Scherrer. Ich bitte ihn um seinen Bericht.

Berichterstatter **Scherrer:** Ich habe den Bericht über die Regierungsvorlage (416 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem gesellschaftsrechtliche Bestimmungen über die Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln getroffen werden (Kapitalberichtigungsgesetz), zu erstatten.

Als eines der sogenannten Wachstumsgesetze ist vom Nationalrat auch das Bundesgesetz vom 6. Juli 1966, BGBl. Nr. 157, über steuerliche Maßnahmen bei der Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln beschlossen worden. Durch dieses Gesetz ist die vom österreichischen Schrifttum und auch von der Rechtsprechung schon bisher für zulässig anerkannte Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln durch unmittelbare Umwandlung von Rücklagen in Nennkapital aktuell geworden. Da sich aber bei dieser bisher weder im Aktiengesetz noch im Gesetz über Gesellschaften mit beschränkter Haftung geregelten Art der Kapitalerhöhung gesellschaftsrechtliche Zweifelsfragen ergeben können, soll unabhängig von dem eingangs erwähnten Gesetz und seiner zeitlichen Befristung durch den vorliegenden Entwurf eines Kapitalberichtigungsgesetzes eine unbefristete Regelung geschaffen werden, die sowohl den Interessen der Gesellschafter als auch der Gläubiger dient.

Der Justizausschuß hat die Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 16. Mai 1967 der Vorberatung unterzogen. Nach einer Debatte, an der sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Gratz, Dr. Halder, Dipl.-Ing. Dr. Leitner und Dr. Mussil beteiligten, wurde der Gesetzentwurf mit den dem Bericht beigedruckten Abänderungen mit Stimmenmehrheit angenommen.

Namens des Justizausschusses stelle ich daher den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (416 der Beilagen) mit den angeschlossenen Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

4474

Nationalrat XI. GP. — 55. Sitzung — 19. Mai 1967

Scherrer

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, beantrage ich, General- und Spezialdebatte unter einem abzuführen.

Präsident: Wortmeldungen liegen keine vor. Wir gelangen somit zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung wird der Gesetzentwurf mit den vom Ausschuß beschlossenen Abänderungen in zweiter und dritter Lesung mit Mehrheit zum Beschluß erhoben.

5. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (427 der Beilagen): Bundesgesetz, betreffend entgeltliche und unentgeltliche Veräußerung von bundeseigenen Liegenschaften (464 der Beilagen)

Präsident: Wir gelangen zum 5. Punkt der Tagesordnung: Entgeltliche und unentgeltliche Veräußerung von bundeseigenen Liegenschaften.

Berichterstatter ist der Abgeordnete Ing. Karl Hofstetter. Ich bitte um seinen Bericht.

Berichterstatter Ing. Karl Hofstetter: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich gebe den Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (427 der Beilagen): Bundesgesetz, betreffend entgeltliche und unentgeltliche Veräußerung von bundeseigenen Liegenschaften.

Die Bundesregierung hat am 3. April 1967 den Entwurf eines Bundesgesetzes, betreffend entgeltliche und unentgeltliche Veräußerung von bundeseigenen Liegenschaften, eingebracht, dem Anträge des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, des Bundesministeriums für Bauten und Technik, des Bundesministeriums für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen sowie der Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen zugrunde liegen. Da die Veräußerungen Zwecken dienen, bei denen dem Bundesminister für Finanzen keine Verfügungsermächtigung zusteht beziehungsweise bei denen die Wertgrenze von 2,5 Millionen Schilling überschritten wird, ist eine gesetzliche Veräußerungsermächtigung des Nationalrates erforderlich.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat diesen Gesetzentwurf am 16. Mai 1967 in Gegenwart des Bundesministers für Finanzen Dr. Schmitz der Vorberatung unterzogen und unverändert mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Ich stelle daher namens des Ausschusses den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (427 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, General- und Spezialdebatte unter einem abzuführen.

Präsident: Wortmeldungen liegen keine vor. Wir gelangen somit zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung wird die Regierungsvorlage in zweiter und dritter Lesung einstimmig zum Beschluß erhoben.

6. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Bericht des Bundesministers für Finanzen, betreffend Auflösung von Rücklagen für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1966 (465 der Beilagen)

Präsident: Wir gelangen zum 6. Punkt der Tagesordnung: Bericht des Bundesministers für Finanzen, betreffend Auflösung von Rücklagen für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1966.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Fink. Ich bitte um seinen Bericht.

Berichterstatter Dipl.-Ing. Fink: Hohes Haus! Unter Berufung auf das Bundesfinanzgesetz hat der Bundesminister für Finanzen über die von ihm genehmigten Jahreskreditüberschreitungen, die sich aus der Auflösung von Rücklagen ergeben, für die in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1966 aufgelösten Teilbeträge den gegenständlichen Bericht vorgelegt. In diesem Zeitraum wurden lediglich zweckgebundene Einnahmerücklagen in der Höhe von 275,697,150 S aufgelöst. Eine Zusammenfassung der im Jahre 1966 aufgelösten Rücklagen ist in diesem Bericht enthalten; ihre Summe beträgt rund 494 Millionen Schilling. Ich darf der Kürze halber auf diesen Bericht und auch auf den Ausschußbericht verweisen. Ich bitte, den Bericht zustimmend zur Kenntnis zu nehmen und, falls Wortmeldungen erfolgen, General- und Spezialdebatte unter einem abzuführen.

Präsident: Wortmeldungen liegen keine vor. Wir gelangen somit zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung wird der Bericht des Bundesministers mit Mehrheit zur Kenntnis genommen.

7. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Bericht der Bundesregierung gemäß § 11 Abs. 2 ERP-Fonds-Gesetz betreffend Ergänzung des Jahresprogrammes 1966/67 des ERP-Fonds; Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen für Kohlenarbeiter — Abänderung der Grundsätze (466 der Beilagen)

Präsident: Wir gelangen zum 7. Punkt der Tagesordnung: Bericht der Bundesregierung gemäß § 11 Abs. 2 ERP-Fonds-Gesetz betreffend Ergänzung des Jahresprogrammes 1966/67

Präsident

des ERP-Fonds; Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen für Kohlenarbeiter — Abänderung der Grundsätze.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Kulhanek. Ich bitte ihn um seinen Bericht.

Berichterstatter **Kulhanek**: Hohes Haus! Der Nationalrat hat am 20. Jänner 1967 die Ergänzung des Jahresprogramms 1966/67 des ERP-Fonds und die Grundsätze hiezu zur Kenntnis genommen. Durch diese Ergänzung wurden 100 Millionen Schilling ERP-Mittel für die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen ausgeworfen.

Die Bedingungen beziehungsweise Grundsätze für die Bereitstellung von 100 Millionen Schilling zur Ergänzung des ERP-Programms zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Verminderung der Förderung freigesetzter Arbeiter des Kohlenbergbaues werden insoweit abgeändert, als in den in den bisherigen Grundsätzen angeführten Kohlengebieten bereits Betriebe mit begünstigten Mitteln errichtet, erweitert oder dorthin verlegt wurden oder die Errichtung geplant ist, derzeit aber noch keine Kohlenarbeiter freigestellt werden können. Diese Projekte können auch dann aus begünstigten 100 Millionen Schilling ERP-Krediten finanziert werden.

Im Zuge der Ausschlußberatung wurde klargestellt, daß es sich bei den im Bericht der Bundesregierung als Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen für Kohlenarbeiter bezeichneten Maßnahmen natürlich um die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen für freiwerdende Bergarbeiter im Kohlenbergbau handelt.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle den Bericht der Bundesregierung zur Kenntnis nehmen. Falls Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, General- und Spezialdebatte unter einem abzuführen.

Präsident: Zum Wort ist niemand gemeldet. Wir gelangen somit zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung wird der Bericht der Bundesregierung einstimmig zur Kenntnis genommen.

Präsident: Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung berufe ich für Mittwoch, den 31. Mai, 11 Uhr, mit folgender Tagesordnung ein:

1. Bericht des Landesverteidigungsausschusses betreffend die Regierungsvorlage (423 der Beilagen): Bundesgesetz über die Lagerung von Munition durch das Bundesheer (472 der Beilagen),

2. Bericht des Landesverteidigungsausschusses betreffend den Bericht des Bundesministers für Landesverteidigung über die Hilfeleistungen des Bundesheeres bei Hochwasserkatastrophen 1965 und 1966 (473 der Beilagen) und

3. Bericht des Bautenausschusses über den Bericht des Bundesministers für Bauten und Technik zur Entschließung des Nationalrates vom 20. Jänner 1967, betreffend die Einbeziehung des Radstädter Tauernpasses in das Sofortprogramm 1967 für Lawinenverbauung (471 der Beilagen).

Diese Sitzung beginnt mit einer Fragestunde.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 21 Uhr 45 Minuten